

Class, Heinrich

Daniel Frhmann: Wenn ich der Kaiser wär' – politische Wahrheiten und Notwendigkeiten

Vierte Auflage
16. bis 20. Tausend

Viel Feind' – viel Ehr'



Erschienen in Leipzig 1913 in der Dieterich'schen
Verlagsbuchhandlung, Theodor Weicher, Inselftraße 10

DE
227.5
.027
1913

Druck von Oscar Brandstetter in Leipzig.

227495

611
2

**Meinem liebsten Weggenossen
zum Dank
für Treue und Wahrheit**

Vorwort.

Als wir Kinder waren, spielten wir nicht selten ein Wunschspiel, das großen Reiz für uns hatte; es ging darum, was man tun würde, wenn man König, Papst, Kaiser wäre. So kindisch dies Spiel war, ich habe später doch oft gedacht, wie charakteristisch für die Teilnehmer die Wünsche waren, die sie sich ausgedacht hatten, wenn sie auf des Lebens Höhe gestellt würden.

„Wenn ich der Kaiser wär“, so nenne ich in Erinnerung an eine allzu ferne Jugend diese Schrift; sie aber ist kein Spiel der Gedanken und Wünsche, sondern der Niederschlag ernster Erfahrungen eines vielgestaltigen politischen Lebens; sie ist der Ausdruck von beklemmenden Sorgen um unser Vaterland; sie ist endlich die Zusammenfassung der Überzeugungen, die ich in einer mehr als ein Menschenalter langen politischen Selbsttätigkeit und Beobachtung gewonnen habe.

Vieles von dem, was auf den folgenden Blättern niedergelegt ist, wird in gleichgesinnten Seelen Anklang finden, manches ist bereits Gemeingut ungezählter Deutscher, die durch die politische Entwicklung, besonders durch das allgemeine Wahlrecht tatsächlich mundtot gemacht, jedenfalls im weiteren politischen Leben ausgeschaltet worden sind; das Meiste, darüber bin ich mir klar, wird den Zorn oder Hohn der Diener der Masse erwecken, und man wird die Ratschläge verachten, die ich zu geben unternehme.

Mag immerhin die Zustimmung der Massen mir versagt bleiben — ich folge der Pflicht und spreche meine Überzeugung aus; ich weiß, ich darf für den Augenblick auf Gehör, auf Wirkung nicht rechnen, aber ich bin sicher, daß die Entwicklung einer hoffentlich nicht zu fernen Zeit in der Hauptsache so gelenkt werden muß, wie ich es meine, wenn nicht das deutsche Volk nach innen und außen einen furchtbaren Zusammenbruch erleben soll.

Das sei gesagt — ich bin kein Parteimann, und mit Parteipolitik und -interessen hat diese Schrift nichts zu tun; die Angehörigen der Rechten werden mich des Mangels an Respekt vor der Obrigkeit zeihen und in manchem den Demokraten wittern; die der Linken mögen in mir den roten Reaktionär und unmodernen Junker erblicken — ich aber bin nichts als ein selbständiger Mann, der sein Urteil frei hält vom Parteibefehl; ich habe die Entwicklung seit der Gründung des Deutschen Reiches mit offenen Augen miterlebt, manchen Irrtum dieser 40 Jahre mitbegangen, manchen berichtigt, und sehe nun, daß wir an dem Punkte angekommen sind, wo nichts weniger als unsere ganze Zukunft in Frage gestellt ist. Ich sehe weiter, daß die Regierung nichts tut, um die Entwicklung entschlossen in gesunde Bahnen zurückzulenken, ja ich muß glauben, daß sie gar nicht weiß, was jetzt auf dem Spiele steht; die Volksvertretung ist nicht anders, und wo ein Abgeordneter etwa klarsehend genug ist, um „den Geist der Zeit“ zu erkennen, da verbietet ihm das Parteiinteresse das offene Wort — denn von Volkes Gnaden ist er, was er ist, und die Partei schädigt, wer die Unfehlbarkeit der Masse anzweifelt.

Endlich sehe ich, daß die Fürsten des Reiches — wenn man sein Urteil nach ihrem Tun und Treiben bildet — nicht ahnen, wohin die Reise auf dem jetzt eingeschlagenen Wege führen muß; der erste und einflußreichste unter ihnen, der Deutsche Kaiser, wird zwar von seinen Verehrern ein moderner Herrscher genannt, aber ich fürchte, dies modern darf nicht so aufgefaßt werden, daß er die echten Forderungen der Zeit versteht, sondern daß er sich ihren Schwächen angepaßt hat.

In solcher Zeit, wie der unsrigen, die ganz allgemein als eine des Übergangs angesehen wird, ist ein starker Führer nötig, der den Schritt zur Genesung, zur inneren und äußeren Festigung erzwingt, der die Entwicklung zum Verfall hindert.

* * *

„Wenn ich der Kaiser wär“ — heiße dies Buch, und ich will damit sagen, was ich tun würde, wenn ja, wenn! der Vermessene, der Citle, der auch nur zu träumen wagte, er könne auf solcher Höhe stehen!

So ist es nicht gemeint; ich bin froh und zufrieden, ein schlichter Bürger unseres Reiches zu sein, und freue mich meiner Herkunft und meiner Unabhängigkeit nach allen Seiten. Es kann aber, meine ich, nur das Gefühl der eigenen Verantwortlichkeit stärken, wenn man sich in die Lage versetzt, wichtige Entscheidungen selbst treffen zu müssen — vielleicht aber kann es auch dazu dienen, das Verantwortlichkeitsgefühl der Hochgestellten zu vertiefen, wenn sie hören, wie einer die Dinge an ihrer Stelle betrachten und behandeln würde.

So ist's gemeint, wenn ich vor dies Buch den Titel setze:

Wenn ich der Kaiser wär'.

Ostern 1912.

Inhaltsverzeichnis.

Vorwort	
Von den Schäden, Nöten und Gefahren	1
Politischer Tatbestand S. 1 — Die Unzufriedenheit und ihre Ursachen S. 3 — Schwäche und Erfolglosigkeit der äußeren Politik S. 5 — Die nachbismarckische Zeit; ihre Aufgaben, ihre Fehler S. 9 — Die serbische Krisis S. 10 — Marokko S. 12 — Weitere Ursachen der Verstimmung S. 16 — Bismarcks Nachfolger S. 17 — Wirtschaftliche Entwicklung S. 19 — Die Industrialisierung und ihre Schäden S. 20 — Das Großkapital S. 26 — Gefahren des Reichtums S. 29 — Die Juden S. 30 — Jüdischer Einfluß, jüdische Persektion S. 36 — Die Regierenden und die Fragen der Zeit S. 38.	
Von der Reichsreform	40
Das allgemeine gleiche Wahlrecht S. 40 — Die Sozialdemokratie S. 41 — Wirkungen des allgemeinen gleichen Wahlrechts S. 43 — Gegen das geltende Wahlrecht S. 45 — Wahlrechtsreform S. 46. — Bedenkliche Vorschläge S. 49 — Wahlrechtsänderung S. 52 — Übergang zum Parlamentarismus S. 55 — Pflichten der oberen Schichten S. 58 — Größt-Grundbesitz S. 59. — Größt-Industrie S. 60 — Großbanken S. 62 — Warenhäuser S. 63 — Die Reichsreform als Ganzes S. 64 — Kampf gegen den Umsturz S. 64 — Reform des öffentlichen Lebens S. 68 — Schutz der Arbeitswilligen S. 69 — Die Presse S. 71 — Die Juden unter Fremdenrecht S. 74 — Die Zionisten S. 78 — Andere Volksfremde S. 79 — Die Polen S. 80 — Das Reichsland S. 83 — Die Dänen S. 89 — Reichsfremde Volksfremde S. 90 — Agrarreform S. 94 — Bauernpolitik S. 95 — Landarbeiter S. 97 — Folgen der inneren Kolonisation S. 98 — Die Freizügigkeit 100 — Heer und Flotte S. 102 — Volksgesundheit S. 104 — Erziehung S. 106 — Staatsbürgerlicher Unterricht S. 108 — Universität und Bildung S. 110 — Bureaukratie S. 112 — Kunstpolitik S. 114 — Das Theater S. 116 — Die Wohnungsfrage S. 116 — Die Frauenfrage S. 118 — Frauenpflichten S. 121 — Umbdenken S. 122 — Aktive innere Politik S. 123 — Suum cuique S. 124 — Industrie und Landwirtschaft S. 126 — Amerikanisierung S. 128 — Rückkehr zum politischen Leben S. 130 — Sport und Spiel S. 130 — Gegen den Materialismus S. 131 — Deutscher Idealismus S. 132 — Innere Umkehr S. 133 — Volk und Herrscher S. 134.	
Von den Grundzügen deutscher Machtpolitik	136
Unsere Lage S. 136 — Entweder, oder S. 138 — Die Möglichkeiten, allgemein S. 140 — Ausdehnung nach Südosteuropa	

§. 142 — Überseeische Siedlung §. 143. — England §. 144 — Frankreich §. 149 — Belgien und die Niederlande §. 152 — Die Schweiz §. 157 — Österreich-Ungarn §. 157 — Aufgaben des nächsten Kaisers §. 160 — Die Deutschen und die Krone §. 162 — Deutschland und Österreich §. 165 — Rußland §. 168 — Die Türkei §. 171 — Rumänien §. 172. — Vorderasiatische Siedlungspläne §. 172 — Nordamerika §. 173 — Südamerika §. 176 — Japan §. 176 — Italien §. 177 — Auswärtiges Amt §. 179 — Äußere Politik und nationales Leben §. 181 — Krieg und Frieden §. 182 — Deutsche Machtpolitik und innere Wirkung §. 184 — Deutschtum und Menschheit §. 186 —	
Helfer und Gegner	1
Die Aufgabe §. 189 — Nationale Radikale §. 190 — Schrittmacher der Sozialdemokratie §. 192 — Das Zentrum §. 192 — Zentrum und Nationalpolitik §. 196 — Die Nationalliberalen §. 200 — Bassermann als Führer §. 202 — Zukunft der Partei §. 204 — Die Reichspartei §. 206 — Die Konservativen §. 207 — Volkstümlich-konservative Politik §. 209 — Krone, Regierung und konservative Partei §. 211 — Konservative Pflichten §. 213 — Die Antisemiten §. 214 — Bund der Landwirte §. 215 — Der Bauernbund §. 216 — Die nationale Presse §. 217 — Die Parteilosen §. 217 — Die Krone §. 219 — Der Kaiser §. 221 — Der Zustand §. 224 — Der Kronprinz §. 225 — Der Kaiser als Führer §. 227 — Die Helfer §. 227 —	
Wenn ich der Kaiser wär'	2
Herrscher und Volk §. 230 — Herrscher und Helfer §. 231 — Kaiserpflicht §. 232 — Absicht und Anlaß §. 233 — Die Schicksalsfrage §. 235.	

Von den Schäden, Nöten und Gefahren

Politischer Tatbestand

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt zum vierzigsten Geburtstag des Deutschen Reiches voll tiefer Philosophie:

„Die Entwicklung eines Volkes ist Kampf und abermals Kampf, die Wirklichkeit hat keine letzten Lösungen, und ihre Blühträume reifen nie zu Ende. Auch die Völker finden nur im Weiterschreiten ihr Glück. Nach eigenem Gefühl und Urteil mag jeder sich heute im einzelnen die Frage beantworten, ob die Entwicklung des Reichs, die politische, kulturelle und wirtschaftliche Stellung, die das deutsche Volk in den letzten vier Jahrzehnten erreicht hat, die Hoffnungen jener Generation enttäuscht, erreicht oder übertroffen hat. Wer in berechtigter oder unberechtigter Unzufriedenheit mit irgendeiner Teilerscheinung den klaren und objektiven Blick für das Ganze nicht verloren hat, wird zugestehen müssen, daß noch nie ein Volk in so kurzer Spanne Zeit auf allen Gebieten so weit und energisch fortgeschritten ist, wie das deutsche. Diese Tatsache kann niemand leugnen, der Augen hat, das wachsende Volk bei der Arbeit zu sehen. Und doch ist sicherlich noch nie während einer Periode solcher Entwicklung so viel von dem Pessimismus, der weite Schichten des Volkes ergriffen haben soll, von Verärgerung über eine unerträgliche Reaktion die Rede gewesen. Diese Erscheinung ist zum Teil Mangel an Sinn für das Ganze und Mögliche, zum Teil Ausfluß einer dogmatischen Auffassung von dem Inhalt des Fortschritts, die mit dem Leben der Nation nichts zu tun hat. Wo sie weder das eine noch das andere ist, wird man auch in ihr eine Folge des steten Strebens zu sehen haben, das alle Teile des Volkes erfasst hat, alle Stände treibt, sich emporzudrängen, Geltung und Einfluß zu erlangen.

1 Frymann, Wenn ich der Kaiser wär.

Mithin ist auch sie letzten Endes ein Zeichen der Stärke und nicht der Schwäche.“

Es ist der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung nicht gelungen, mit dieser papiernen Weisheit die Unzufriedenheit einzudämmen, von der sie redet, und ziemlich genau ein Jahr nachdem sie also gesprochen, erhielt ihre Auftraggeberin, die Regierung, eine nicht mißzuverstehende Antwort durch den Ausfall der Reichstagswahlen dieses Januars: Einhundertundzehn Sozialdemokraten — über ein Viertel der Volksvertretung — zogen im Prunkbau am Königsplatz ein; dazu kam, daß in einer nicht unbedeutenden Zahl von Wahlkreise die sozialistischen Kandidaten nur mit ganz geringen Mehrheiten geschlagen wurden, so daß damit gerechnet werden muß, daß bei der nächsten Gelegenheit auch diese Wahlkreise sozialistisch werden.

Kein Zweifel: die vier Millionen sozialdemokratische Stimmen sind im Januar 1912 abgegeben worden von Leuten die für sich und ihre Partei Geltung und Einfluß heischen — also wäre ihre Abstimmung, wenn man der Norddeutsche Allgemeinen Zeitung vom Jahre zuvor folgen will, ein Zeichen der Stärke. Hier stock' ich schon — wie komm' ich weiter fort? Nun, wenn man die Offiziösen am Ende des letzten Wahlkampfes und nachher hat reden hören, so sieht man doch, daß jene über den Gewässern schwebende philosophische Betrachtung sich angesichts der Tatsachen in die Erkenntnis verwandelt hat, daß vier Millionen staats- und volksfeindliche Wähler weder nach innen, noch nach außen einen Kräftezuwachs bedeuten.

Und in der Tat ist man sich außerhalb der sozialdemokratischen Partei, des Freisinn's und der mit ihm eigentlich identischen Jungliberalen darüber ganz klar, daß das gewaltig Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen und die Verdoppelung der Machtstellung der Partei im Reichstage ein höchst bedenkliches Symptom in unserem nationalen und staatlichen Leben ist; es beweist eine Unzufriedenheit der Massen mit den bestehenden Zuständen, die nicht allein durch die

strupellose Verhezung der sozialistischen und der an einem Strange mit ihr ziehenden jüdischen Presse erklärt werden kann. Aber mindestens gerade so bedenklich, wie als Beweis des Massenmißmuts, ist das Anwachsen der Sozialdemokratie, wenn man die völlig ungenügende Abwehr der bürgerlichen Parteien und Gesellschaft ins Auge faßt und überzeugt ist, daß sie zum guten Teile auf die Verbitterung und den Unwillen der Gebildeten und Besitzenden zurückzuführen ist, die ihre Enttäuschung über die Regierungsergebnisse der nachbismarckischen Zeit durch Enthaltung vom politischen Leben zum Ausdruck bringen.

In der philosophischen Staatslehre verfährt man doktrinär, aber das Leben eines Volkes lehrt bei jeder Gelegenheit, daß Volksstimmungen auf die politische Gestaltung von allergrößtem Einfluß sind.

Volksstimmungen. Man darf nicht überhebend fragen, wer ist in solchem Falle das Volk? Das wäre zulässig, wenn da oder dort eine kleine Gruppe parlamentarisch oder publizistisch ihre Auffassung als diejenige der Gesamtheit hinzustellen versuchen wollte. So liegt die Sache aber nicht, und es muß offen und unzweideutig ausgesprochen werden, daß heute in der Tat das ganze Volk mit der Art unzufrieden ist, wie es regiert wird.

Die Unzufriedenheit und ihre Ursachen

Daß dies hinsichtlich der Sozialdemokraten und der bürgerlichen Radikalen zutrifft, braucht nicht bewiesen zu werden; aber wer heute konservative und nationalliberale Zeitungen in die Hand nimmt oder politische Versammlungen dieser Parteien besucht, weiß, welche Verbitterung sich in diesen Kreisen angesammelt hat, ja, er erschrickt über deren Maß, wenn er Gelegenheit hat, führende Persönlichkeiten sich vertraulich über die Lage unseres Vaterlandes äußern zu hören.

Am wenigsten unzufrieden scheinen noch die Anhänger des Zentrums — ein Zeichen der Zeit —, aber auch sie sind pessimistisch; die politisch Geschulten unter ihnen, weil sie die besondern Schäden unseres staatlichen Lebens mindestens zum Teil erkennen und sehen, daß die Regierung dagegen nichts tut, die Masse der Wähler, weil sie zum Mißtrauen gegen den Staat aus klerikalem Interesse erzogen ist.

Also, es ist so und muß ins Auge gefaßt werden: es gibt heute, abgesehen von erfolgreichen Strebern und nur an sich denkenden glücklichen Geschäftsleuten, abgesehen auch von den politisch Gleichgültigen, auf deutschem Boden von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken keinen politisch Zufriedenen — ein Ergebnis, das ohne schwerste Fehler der Regierung undenkbar wäre, und das allein schon eine furchtbare Anklage in sich schließt, wenn man es der Begeisterung gegenüberstellt, die das neubegründete Reich begrüßte, oder auch nur der Stimmung, die Bismarck im Kampf um das Septenat im Frühjahr 1887 hervorgerufen hat.

Das ist von vornherein klar, wenn die Gefolgschaft Seydewitzs und Bebels gleich unzufrieden ist, müssen die Ursachen grundverschieden sein; aber die Entschuldigung, eine Regierung könne es nicht allen recht machen, zieht nicht, sobald feststeht, daß sie es keinem, aber auch keinem recht macht.

Prüft man die Ursachen der allgemeinen Unzufriedenheit, so ergeben sich solche allgemeiner und besonderer Art, die sich zum Teil wieder scheiden, je nachdem es sich um die oberen oder die unteren Volksschichten handelt. Dieser Unterschied kann und muß gemacht werden, und es muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß wir eine obere und eine untere Schicht haben, wie immer auch die Umschmeichler der Masse dagegen wettern. Die Einteilung des alten Gneiß nach „Bildung und Besitz“ und diejenigen ohne Beides, hat noch immer ihren Wert, und entspricht auch dem sittlichen Bedürfnis; denn sie setzt die Bildung dem Besitze gleich und rechnet zur Oberschicht auch den Nichtbesitzenden, der sich Bil-

dung erarbeitet hat, und hält jedem den Eintritt in diesen Kreis frei, der sie sich erarbeitet.

Schwäche und Erfolglosigkeit der äußeren Politik

Als hauptsächlichste der allgemeinen Ursachen des Winters deutschen Mißvergnügens, der jetzt schon über 20 Jahre währt, ist ganz gewiß die Enttäuschung anzusehen, die alle Bevölkerungskreise, und zwar bis tief in die Sozialdemokratie hinein, über die Erfolglosigkeit und Unfruchtbarkeit der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches erfüllt. Alle Staaten um uns her in Europa, alle auf dieser Erdkugel, in denen der staatliche Lebensnerv, der Wille zur Macht noch nicht getötet ist, greifen um sich und erweitern ihr Einflußgebiet; es tun dies selbst Staaten, die innerlich so ungesund sind wie Frankreich und Rußland; es tun dies Staaten mit so unermäßigem Besitz wie England und die nordamerikanische Union, endlich, es tut dies ein Staat, dessen Bevölkerung angefangen hat, zurückzugehen, wie Frankreich, wo also ganz gewiß ein Bedürfnis nach weiterem Kolonialboden nicht vorhanden ist. Alle greifen um sich, selbst das schwache Spanien wehrt sich seiner Haut und sucht in Marokko wiederzugewinnen, was es gegen die Vereinigten Staaten verloren hat — nur das Deutsche Reich ist „saturiert“ und beeilt sich, sobald irgendwo in einem für den Einfluß der Kulturstaaten in Betracht kommenden Lande ein Konflikt ausbricht, sein „politisches Desinteressement“ zu verkünden — wie es so schön heißt, und nur die Wahrung seiner wirtschaftlichen Interessen zu verlangen.

Wenn aber irgendein Staat Anlaß hat, für die Vergrößerung seines Machtgebietes zu sorgen, so ist es das Deutsche Reich, denn seine Volkszahl vermehrt sich rasch, seine Industrie braucht neue Absatzgebiete, seine Gesamtwirtschaft den Boden zur Erzeugung tropischer und halbtropischer Produkte aller Art, deren Beschaffung uns

heute in unerträgliche Abhängigkeit von andern gebracht hat, wobei nur auf Baumwolle verwiesen sei.

Nach Stimmung und Erkenntnis ist die Ansicht heute doch allgemein verbreitet, daß die auswärtige Politik versagt hat gegenüber den Aufgaben, die sich hieraus ergeben; der Landzuwachs von den letzten kolonialen Erwerbungen Bismarcks an bis zum November 1911 beschränkt sich auf Helgoland, Kiautschau und die paar Inseln in der Südsee — was in der Zeit England und Frankreich erworben haben, um nur von diesen beiden zu reden, ist zu bekannt, als daß es hier wiederholt werden müßte.

Aber wir sind und bleiben saturiert, d. h. unsere Regierenden tun so, als ob wir es wären, und überlassen die Aufteilung der Erde den andern; unsere Diplomaten haben nur eine Aufgabe: den Frieden zu erhalten. Um gerecht zu sein, muß man zugeben, daß die zwar ruhselige, aber für ein wachsendes Volk grundverkehrte Auffassung von der deutschen Saturiertheit auf Bismarck zurückgeht, der das Schlagwort geprägt hat. Ihm kam es darauf an, die mißtrauischen Nachbarn nach den gewaltigen Ereignissen seiner drei siegreichen Kriege zu beruhigen und Zeit zum Ausbau seines Werkes zu gewinnen; er brauchte Ruhe nach außen, und unmittelbar nach 1871 bedurfte das deutsche Volk keiner Erweiterung seines Machtgebietes, denn der Reichsboden genügte für die Bevölkerung von 40 Millionen, und die Industrie befand sich, an der heutigen Entwicklung gemessen, erst im Entstehen. Das Schlagwort vom „saturierten“ Deutschen Reiche war ursprünglich zu bestimmten politischen Zwecken geprägt, kein dauerndes Programm; es ist bedauerlich, daß Bismarck es mit fortschreitendem Alter aber zum Programm erhob, so daß seine trotzdem bewundernswerte auswärtige Politik rein defensiven Charakter annahm. Es muß bei aller Verehrung für Bismarck gesagt werden, daß spätestens am Ende der zwei Jahrzehnte seiner staatsmännischen Tätigkeit nach der Reichsgründung die Entwicklung unseres Volkes so fortgeschritten war, daß eine reine Verteidigungs-

politik unrichtig wurde und einen Verzicht auf die Sicherung der Zukunft in sich schloß. Daß ein Bismarck sich aber von einem Programm nicht gefesselt fühlte, zeigte sein Verhalten auf dem Gebiete der Kolonialpolitik; denn er hat alle die großen überseeischen Erwerbungen gemacht, die wir heute besitzen. Sonst aber war er friedfertig geworden, der geistige Urheber dreier Kriege, und er ließ sich selbst durch die stärksten Reizungen Frankreichs und Rußlands nicht aus seiner rein verteidigenden Politik herausbringen. Allein die stolze, offene Sprache, die er, wenn nötig, vor dem Reichstage über Fragen der auswärtigen Politik redete, erinnerte an den Löwen.

Wo sind die Zeiten hin, daß ein deutscher Minister zum Ausland Fraktur zu reden wußte? Nehmt die zahmen Reden eines Schön und Riederlen, und ihr wißt, wohin wir gekommen sind — denkt daran, wie Bethmann Hollweg den Abgeordneten von Hendebrand schulmeisterte, als er im November 1911 über England so sprach, wie der Augenblick es verlangte.

Man sagt und beklagt es, daß Bismarck keine Schule gemacht habe; das ist nur zum Teile richtig. Denn er hat Schule gemacht, soweit die Schwächen seiner Politik in Betracht kommen, nicht aber für ihre Stärke. Alle die Mittelmäßigkeiten, die nach ihm kamen, haben das Wort vom gesättigten Deutschland nachgebetet und danach gehandelt, und vielleicht noch schädlicher war es, daß draußen im Lande alle, die an Bismarcks Autorität glaubten, das gleiche taten, so daß eine gedankenarme, lebensfremde Bürokratie und die öffentliche Meinung allzu lange Hand in Hand gingen und nur eines predigten: Die Heiligkeit des Friedens. In jeder Thronrede, bei allen Erörterungen der äußeren Politik in und außerhalb des Parlaments und in der Presse, immer die Phrasen vom Frieden, bis sie einem Gesunden zum Ekel wurden.

Zur Ehre unseres Volkes sei es gesagt, daß in den denkenden, politisch geschulten Kreisen die Erkenntnis von der Unrichtigkeit der deutschen Sättigung bald nach Bismarcks Ausscheiden aus dem Dienste einsetzte, und nach und nach die

öffentliche Meinung erobert hat; der grüne Tisch aber glaubt noch daran — so langsam lebt die Bureaokratie, so schwer ist sie aus dem gewohnten Geleise zu bringen, so träge ist sie im Umdenken.

In einem Punkte sieht sie sich unterstützt von der konservativen Auffassung, die innerlich immer skeptisch gegen jede Überseepolitik war, weil sie meint, wir brauchten keinen kolonialen Gebietserwerb, da Deutschland nicht nur nicht überbevölkert sei, sondern in weiten Teilen an Bevölkerungsmangel leide; die richtige Kolonialpolitik liege im Osten des Reiches. Das ist zweifellos richtig, aber kein zureichender Grund gegen überseeische Kolonien. Es heißt eines tun und das andere nicht lassen — die Regierung aber läßt beides.

Man muß doch ins Auge fassen, daß die Zwecke überseeischen Landerwerbs mannigfach sind, je nach den wirtschaftlichen und nationalen Bedürfnissen, denen sie dienen sollen: industrielle Absatzgebiete und Boden für industrielle Rohstoffe brauchen wir, und zwar schon jetzt und unter allen Umständen — daneben aber auch Land zur Ansiedlung Deutscher, für die dereinst das Vaterland wegen Überbevölkerung keinen Raum mehr hat. Dieses Land aber muß schon heute erworben, aufgeschlossen und gesichert sein, wenn es auch erst in zwanzig oder dreißig Jahren größeren Zuzug bekommen wird, denn man kann nicht von heute auf morgen eine Kolonie zur Aufnahme größerer Einwandererscharen herrichten und bis zu dem Zeitpunkt, wo sie hierfür gebraucht wird, kann und wird sie den andern Zwecken bereits dienen.

Diese Erwägung hat in wachsendem Maße auch den mehr inneren Widerspruch der Konservativen gegen die Forderung einer planvollen und kräftigen Überseepolitik zum Schweigen gebracht, zumal diese Kreise durchaus der Meinung sind, daß uns kein größerer Verlust an nationaler Kraft mehr durch Auswanderung in fremde Staaten treffen darf.

Die nachbismarckische Zeit; ihre Aufgaben, ihre Fehler

Man kann also sagen, in unserer öffentlichen Meinung hat seit Bismarcks Abgang eine vollständige Wandlung sich vollzogen; das Wort von der deutschen Sättigkeit gilt nicht mehr; Entwicklung und Bedürfnis zeigen, daß wir wieder hungrig geworden sind, hungrig nach Land, und damit sind der deutschen Staatskunst Aufgaben gestellt, die über Bismarck hinausgehen. Es ist nun kein schlechtes Zeichen für die beginnende Politisierung unseres an sich unpolitischen Volkes, daß diese Wandlung zuerst und am entschlossensten gerade von den Kreisen durchdacht und vollzogen wurde, die Bismarcks treueste Gefolgschaft waren — nach seiner Entlassung und nach seinem Tode; das Wort des Meisters hat sie nicht gebunden, sein Geist, seine Gesinnung, sein Wille und Wesen war und ist ihnen richtunggebend — sein Handeln nach den Notwendigkeiten seiner Zeit, nicht seine Worte in den Jahren der von ihm aus guten Gründen gewünschten Ruhe.

Es sind nun Anzeichen dafür vorhanden, daß auch der grüne Tisch jetzt endlich, d. h. etwa im Anfang des Jahres 1911 mit der deutschen Sättigung brechen wollte, und damit komme ich auf die Marokkopolitik, deren Wirkungen auf die Volksseele mir besonders verhängnisvoll erscheinen.

Die „Volksseele“ — wie kommt der Skeptiker dazu? Ich weiß, welcher Mißbrauch mit diesem Worte getrieben wird; aber ich weiß auch, daß es ganz gewiß etwas wie eine „Volksseele“ gibt, und ruhig antworte ich den Zweiflern: Ich glaube daran.

Wenn man die Enttäuschung über Kiderlens Kongo Sümpfe ganz verstehen will, muß man doch einen Blick werfen auf das Entstehen und Anwachsen der Verstimmung über unsere äußere Politik. Als Caprivi den russischen Draht zerriß und seinen prächtigen Sansibar-Vertrag schloß, fand er die Billigung der Nation bis auf einen engen Kreis, der abfällige Kritik übte, und der der Kern des Widerstandes gegen diese neue Staatskunst wurde. Auch der Delagoa-Vertrag Bülow's fand noch

Bewunderer, obwohl man sich auf dunkle Andeutungen verlassen mußte, und allgemeinerer Unwille entstand erst durch die Haltung während des Burenkrieges. Was hatte aber die Regierung während dieser ersten zehn Jahre nach Bismarck schon alles eingesteckt von Russen, Franzosen, Engländern, Amerikanern, ja selbst von den Bundesgenossen Italien und Österreich? Man merkte, der Respekt war fort.

Und in dem zweiten Jahrzehnt ging es so weiter; jeder der im Wettbewerb mit uns stehenden Staaten gewann etwas, mancher viel — nur wir nicht, und das machte doch stutzig. Dazu kam König Eduards geheimnisvolle Tätigkeit, die von der Öffentlichkeit viel ernster genommen wurde, als sie es verdiente, und die offensichtliche Überhebung fremder Staatsmänner. Man fragte sich, wenn wir in Ost und West, in Nord und Süd nichts zu sagen haben und uns noch beglückwünschen, wenn bisherige Gegner die Reibungsflächen zwischen sich beseitigen — ja, für was brauchen wir dann eine Diplomatie, für was in solchem Umfang Heer und Flotte? Mit den Versicherungen der Minister, daß alles schön und gut sei, und der Bestätigung dessen durch die ihnen ergebene Presse war auf die Dauer nichts geschafft — kurz, es kamen Zweifel, sie verdichteten sich zum Mißbehagen und schlugen empor als nationaler Unwille, als die Ereignisse des Spätherbstes 1908 dartaten, in welchen Händen die auswärtige Politik des Deutschen Reiches ruhte.

Die serbische Krisis

Ein Lichtblick — die Sache vom Auswärtigen Amte aus betrachtet — schien der Erfolg der deutschen Haltung in der serbischen Krisis des Frühjahrs 1909; kaltblütig und entschlossen stellte das Deutsche Reich sich im bosnischen Annexionsstreite neben Österreich, wie Kaiser Wilhelm später etwas hyperbolisch sagte „in schimmernder Wehr“, wie Bülow sehr schief meinte, indem es „die Nibelungentreue bewies“,

und in der Tat fielen die englisch-russisch-französischen Intrigen zusammen, und der Friede blieb erhalten. Bülow nahm das Lob entgegen, das ein anderer verdiente, und unsere öffentliche Meinung glaubte an einen großen Erfolg und begann sich schon wieder zu beruhigen. Diese Politik war für den neuen Kurs eine ganz anständige Leistung, und diejenigen, die um die Dinge wußten, waren berechtigt, in ihrem Träger eine neue Hoffnung zu erblicken. Dies war der Bukarester Gesandte, Alfred von Riederlen-Waechter, der damals den stets erholungsbedürftigen Staatsmann Freiherrn von Schön im Auswärtigen Amte vertrat. Für ihn war klar, — das hat er mit schöner Offenheit seinen Vertrauten von der Presse dargelegt — daß Deutschland gar keine andere Option habe, als für Österreich, weil Bülows Tatlosigkeit und König Eduards Verbissenheit uns wirklich in eine wenig glänzende Vereinsamung gebracht hatte. Für die Feinde Österreichs konnte man aus hundert Gründen nicht optieren; jetzt neutral bleiben, ergab vielleicht den Krieg der anderen gegen Österreich, in den wir dann doch als Verbündete hineingezogen werden mußten — wir aber wollten keinen Krieg, so tat Riederlen das einzig Richtige, nur scheinbar aus freiem Entschluß, und stellte sich in der Höhe der Krisis offen zu Österreich, in der Berechnung, vielleicht sogar in der über Bukarest erlangten Gewißheit, daß Rußland den Krieg nicht wolle. Das war saubere Arbeit, klare Politik, die Riederlen da trieb, und man muß es ihm lassen, daß er sie durchsetzte ohne nervös zu werden oder zu schwanken. Im Reich atmete man förmlich auf; denn bisher war unser Auswärtiges Amt auf jeden fremden „Bluff“ hineingefallen, diesmal aber leistete es sich selbst einen „Bluff“, auf den die andern hineinfliegen — das war es in der Tat, und erst recht von Riederlens Standpunkt aus, der sich kriegerisch stellte, weil er keinen Krieg wollte.

Hier hatte also endlich wieder einmal einer Politik gemacht, und es war ein doppelter Erfolg, daß sie freiwillig erschien, obschon sie notgedrungen war; besonders in die Augen fallend und das deutsche Selbstbewußtsein hebend, war, daß

mit einem Schlage König Eduards Einkreisungsnetz zerrissen wurde; ein stimmungsmaßiger Nebenerfolg, der vielleicht realpolitisch ausgenutzt werden konnte, war die Begeisterung der Deutschen Österreichs und die Verbesserung ihrer Lage dem Hause Habsburg gegenüber.

Wie gesagt, der Träger dieser brauchbaren Politik blieb im Hintergrunde, Bülow tat auch diesmal fremden Ruhm ein, was immer die stärkste Seite seiner persönlichen Diplomatie war, und Herr von Schön kehrte wieder in die Wilhelmstraße zurück — Riederlen aber wurde eine Hoffnung, trotz seiner Vergangenheit, und das unerfreuliche Februar-Abkommen mit Frankreich, das er gleichfalls geschlossen, war man geneigt, als ein Zwischenspiel anzusehen, nicht als Lösung.

Marokko

Bülow ging und Bethmann Hollweg kam, ihm zur Seite blieb Schön, und die marokkanische Frage wurde durch Frankreichs planvoll gewalttätiges Vorgehen von neuem und immer wieder brennend. Das Auswärtige Amt zeigte Geduld, wich mutig zurück, bewies das berühmte kalte Blut und ließ sich auch durch die zum größten Teile berechtigten alldeutschen Angriffe nicht aus der Reserve bringen; es war aber doch starker Tabak, der da geboten wurde, die Gebrüder Mannesmann verstanden es, die öffentliche Meinung zu ihren Gunsten — und zwar in der Sache durchaus mit Recht — mobil zu machen, und Frankreichs zahllose Verstöße gegen den Vertrag von Algeiras wurden direkt als Herausforderung Deutschlands empfunden.

Nun ging Herr von Schön als Botschafter nach Paris, und Riederlen-Wächter wurde sein Nachfolger. Er schien in ein und der andern Frage aktive Politik zu betreiben, so daß das Vertrauen zu ihm allgemeiner wurde, aber in der marokkanischen Frage bewies er eine merkwürdige Zurückhaltung, der

Vorschußlorbeer wollte welken — da kam der erste Juli, und der Panther erschien vor Agadir.

Man mag es drehen und wenden wie man will, und ganz absehen von den Behauptungen des Alldeutschen Verbandes, der in der marokkanischen Frage offenbar ganz besonders aktiv war und seine guten Gründe dazu gehabt zu haben scheint — das muß jeder politisch Denkende zugeben: der Jubel, der in der ersten Zeit nach Agadir die Regierung umbrauste, war veranlaßt durch eine Maßnahme dieser selben Regierung und entsprang dem instinktiven Gefühl der Befreiung von dem Alpe der bisherigen Marokkopolitik, der Meinung, daß ein großer Schlag geführt werden solle, der Hoffnung, daß er gelingen werde.

Der Ruf nach einer deutschen Siedelungskolonie in Westmarokko ging laut und allgemein durch das Reich, mindestens das wertvolle Sus, das Hinterland von Agadir schien das Ziel der deutschen Politik. Die Herren von Bethmann Hollweg und Riederlen-Waechter bestreiten, jemals Landwerb in Marokko angestrebt zu haben, obwohl dies die Regierungen Frankreichs und Englands ganz offenbar angenommen haben, und obwohl die öffentliche Meinung im Reiche durchweg das Erscheinen des Panthers vor Agadir so auffaßte.

Man kann es dahingestellt sein lassen, ob das Auswärtige Amt ursprünglich den Auftrag hatte, ein Stück Marokkos zu gewinnen oder nicht, und man braucht sich in den bis jetzt noch unentschiedenen Streit zwischen dem Alldeutschen Verbande und dem Auswärtigen Amte nicht einzumischen — das, was bleibt, ist genug, um die Entrüstung und Empörung jedes auf das Ansehen seines Vaterlandes blickenden Deutschen zu erregen.

Ging man nur nach Agadir, um Frankreich gegenüber „Acte de présence“ zu machen und ein Stück vom Kongo zu erlangen, so war dies eine psychologische und politische Kurzsichtigkeit ohnegleichen, für Leute, die an der Spitze eines Staates stehen, einfach eine Ungeheuerlichkeit.

Ging man nach Agadir, ohne sich darüber klar zu sein,

daß dieser Schritt den Krieg bedeute, falls nicht eine Demütigung Frankreichs oder Deutschlands erfolge, so war dies ein Verrechnen in den Elementen der Politik, an das man nicht glauben kann.

Und schließlich genügt es zu wissen, daß auf dem Auswärtigen Amte den Männern, die man bearbeiten wollte, ein Gebieterwerb von dem mehrfachen Umfange des später erreichten als gewiß hingestellt wurde, um sich darüber klar zu sein, daß Deutschland zurückgewichen ist.

Maßgebend für das Urteil über diese Art, auswärtige Politik zu treiben, scheinen mir diese Gesichtspunkte:

Die Preisgabe Marokkos an Frankreich ist an sich eine politische Sünde wider die Zukunft unseres Volkes.

War man zur Preisgabe entschlossen und ging nur nach Agadir, um eine Kompensation anderwärts zu erzwingen, so war dies ein politischer Frevel, da man für solchen Vorteil, der recht gesehen, immer ein Verlust war, die schwere Alternative des Krieges oder einer diplomatischen Demütigung heraufbeschwor.

Glaubte man, durch den Erwerb eines Stückes des französischen Kongos bei gleichzeitiger Preisgabe Marokkos das deutsche Volk mit einem Schlage alle Mißerfolge der letzten zwei Jahrzehnte vergessen machen zu können, und eine Zeit nationaler Erhebung heraufzuführen, die über das innerpolitische Elend hinausbringen sollte, so war man über die Dynamik jedes Volkslebens, besonders aber des eigenen in beschämender Unkenntnis — und mir ist von Männern, an deren Verständnis und Zuverlässigkeit ich glauben muß, versichert worden, daß dies wirklich der wahre Zweck der Übung gewesen sei.

Und das Ergebnis!

Zweimal haben wir im Spätsommer 1911 unmittelbar vor dem Kriege gestanden, haben im internationalen Verkehr unerhörte Reden englischer und französischer Minister über uns ergehen lassen müssen und sind in der Presse dieser

Länder in ehrverletzender Weise behandelt worden; während des unerträglich widerwärtigen Kuhhandels um die „Kompensation“ hat die deutsche offiziöse Presse einen Tiefstand in bezug auf Gewissen, Anstand, Ehrgefühl gezeigt, der zu schlimmen Schlüssen auf die moralischen und politischen Qualitäten ihrer Auftraggeber zwingt. Die Verhandlungen vor dem Reichstag und noch mehr in der Kommission haben dargetan, wie frevelhaft leichtfertig unser Auswärtiges Amt in dies Unternehmen hineingestürzt ist, wie unzulänglich es unterrichtet war, wie beleidigend selbstherrlich es gleichgeordnete Stellen der Reichsverwaltung zur Seite geschoben hat, und wie unzuverlässig endlich der Staatssekretär in seinen Angaben war. Ein groteskes Abenteuer, auslaufend in einen politischen und moralischen Zusammenbruch. Jedes Auftreten des Reichskanzlers und des Staatssekretärs brachte eine Niederlage — die Verhandlungen in der französischen Kammer und im englischen Parlament unterstrichen alle Fehler der deutschen Diplomatie, und es blieb nichts übrig, als der Erwerb der Kongosümpfe und der Ekel an dem ganzen Unternehmen, das gedacht war als der Anlaß neuer nationaler Erhebung.

Genug davon!

Aber wer wundert sich außerhalb der beiden schuldigen Ämter in der Wilhelmstraße darüber, daß dies im ganzen und in allen Einzelheiten einzig dastehende Sathyrspiel verwüstend gewirkt hat?

Der Rest des Vertrauens ist dahin. Der Verlust an Autorität, den die oberste Bureaucratie hier erlitten hat, der Unwille über solche Führung der auswärtigen Geschäfte hat dem sozialistischen Wahlsiege das Feld bereitet — positiv durch die Verstimmung des Volkes, negativ durch die Schwächung des Abwehr- und Kampfesiegers der nationalen Wählerschaft. Wer dazu nimmt, was vor Agadir von Mißmut bereits vorhanden war, wundert sich über nichts.

Weitere Ursachen der Verstimmung

Besitz und Bildung fühlen sich politisch entrechtet, durch die Entscheidung der Massen mundtot gemacht. Die Unternehmer, die nach der Entwicklung der letzten Jahrzehnte doch zu den Pfeilern unserer nationalen Wirtschaft geworden sind, sehen sich der Willkür der sozialistisch verhegten Arbeiterschaft ausgesetzt — jeder staatliche Schutz wird versagt.

Der *circulus vitiosus* der Lohnerhöhungen und Preissteigerungen trägt Unbehagen in jedes Haus.

Der sozialistischen Presse und den Parteiagitatoren hat man über zwanzig Jahre unbeschränkte Gelegenheit gewährt, ihre zersezende, verhegende Tätigkeit auszuüben, und die urteilslosen Massen dem eigenen Volke und Staate abzu-
lehren.

Die Liberalen aller Schattierungen, abgesehen vom rechten Flügel der Nationalliberalen, betreiben unter der Führung des Hansabundes die selbstmörderische Steuerhege und den Kampf gegen das Phantom des schwarzblauen Blocks; ihre Presse, ihre Agitatoren arbeiten der Sozialdemokratie gewissenlos in die Hände.

Was kann das werden?

Es scheint eingetreten, was Heinrich von Treitschke am Schlusse eines Aufsatzes über das neue Reich einst schrieb, als die Anfänge der Entwicklung sich zeigten, deren Folgen wir heute erleben: „Unter allen Übeln, die uns heimsuchen können, wäre das ärgste eine schwache Reichsregierung.“

Saben wir überhaupt eine Reichsregierung? Wir haben Behörden, mehr als genug. Aber haben wir eine Regierung? wir werden verwaltet, anständig und wohlwollend — aber regiert? Die Zügel der Zeit, des wild gewordenen Renners, von dem Geibel gesprochen, sind den schwachen Händen entfallen — wohin geht sein Lauf?

Bismarcks Nachfolger

Man darf sich nicht verhehlen, daß die Tauglichkeit der Männer, denen nach Bismarcks Entlassung das Kanzleramt übertragen wurde, von Nachfolger zu Nachfolger gesunken ist — wer heute im alten Radziwillschen Palais wohnt, heißt wohl Reichskanzler, ist es aber mit nichten.

Caprivi, der gerade von den Nationalen am meisten Gescholtene, war noch der wertvollste; gerade was ihm am meisten Schuld gegeben wird, die Verfolgung Bismarcks und die Unterwürfigkeit unter jede Willensregung des Kaisers, geschieht zu Unrecht. Die unwürdige Behandlung seines großen Vorgängers geschah ohne sein Wissen, und ihre Urheber sind in der Richtung zu suchen, nach der der Kladderadatsch seinerzeit seine Pfeile schoß; Caprivi fand nur nicht den Entschluß, das Geschehene unter Opferung der Schuldigen gut zu machen. Und dem Kaiser gegenüber hat er seinen Mann gestanden — offen und ehrlich, und eine Sprache geredet, die deutlich war. An Charakter und Mut hat es ihm nicht gefehlt, auch nicht an Willen — seine Mängel, die groß genug waren, um ihn zu seinem Amte untauglich zu machen, lagen in dem Fehlen politischer Schulung und des Blickes für Ursache und Wirkung.

Hohenlohe besaß diese Schulung, und er hatte sich in seiner staatsmännischen Laufbahn Verdienste erworben — kein Zweifel, daß er ein von Bismarck geschätzter Gehilfe bei der Arbeit um die Reichsgründung gewesen war und daß er als bayerischer Ministerpräsident gegenüber dem vatikanischen Konzil sich als besserer Kenner und Beurteiler erwiesen hat, als Bismarck selbst. Aber er war ein alter, verbrauchter Mann, der körperlich die Last der Jahre schwer trug, der körperlich den Aufgaben der Kanzlerschaft nicht mehr gewachsen war und dessen Amtszeit daher durchaus senilen Charakter trägt; der körperlich gebrochene Mann konnte nicht mehr das Gefäß starken Willens sein.

Bülow brachte wie Hohenlohe diplomatische Gewandtheit und Erfahrung mit; aber er war und blieb immer

Diplomat — mehr nicht. Ihm fehlte vor allem der Charakter, und es fehlte jedes feste Ziel, auch jeder Fleiß und Ernst. Die Verlegenheiten des Tages mit einer gewissen Schlaueit und Gewandtheit zu beseitigen, verstand er wohl — eine über den armen Tagesbedarf hinausblickende Politik zu treiben, war er unfähig. Man kann, ohne ihm Unrecht zu tun, sagen, daß er nach Graf Taaffes Programm und Rezept regierte: sich durchfretten, fortwursteln. Seine Hinterlassenschaft im Tohumabohu der Finanzreform war ein außer- und innerpolitisches Trümmerfeld.

Seinem Erben Bethmann Hollweg mußte jeder Kenner der Bülow'schen Mißwirtschaft das beneficium inventarii nach jeder Richtung zugestehen, und deshalb wartete man geduldig mit dem Urteil auf politische Taten, die in ihren Unlagen nicht auf den Vorgänger zurückgingen, sondern eigener Initiative entsprangen. Die elsass-lothringische Verfassung war der erste Streich — wenn wir einen Staatsgerichtshof hätten, gehörte ihr Urheber dort zur Rechenschaft gezogen, womit alles gesagt ist. Der zweite war der Abbau der Polenpolitik, deren Verdienste übrigens nicht Bülow zukommen, sondern einem engen Kreise tüchtiger Geheimräte dreier Ressorts. Dann kam Marokko.

Was diesen Kanzler auszeichnet, ist treuester Fleiß und Ernst; er hat viel gelernt und weiß wirklich viel; er besitzt Charakter und verdient menschlich alle Achtung. Aber läßt alle Hoffnung fahren, sobald die Politik beginnt, denn ihm fehlt nicht weniger als jede Spur politischen Instinktes.

Nun ist leider das Amt des Reichskanzlers ein politisches, und aller Fleiß, alle Gewissenhaftigkeit vermögen den Mangel jeglicher politischer Veranlagung nicht zu ersetzen. Kein Wunder, daß die Desorganisation in den leitenden Stellen weiter frißt, kein Wunder auch, daß der menschlich achtungswerte Mann, um sich Haltung zu geben, sich in Besserwisserei und Überhebung verbissen hat, die ein Zusammenarbeiten eigentlich unmöglich machen.

Solch ein Mann hat nicht das Zeug in sich, der Not der Zeit zu steuern, so wenig oder weniger als seine Vorgänger, wobei man nur bedenken muß, daß die Probleme, die zu Bismarcks Zeit sich andeuteten, inzwischen auswuchsen, zum Teil ins Riesengroße, und daß ganz neue Probleme schwieriger Art dazu gekommen sind: man vergleiche nur die Reichsschuld des Jahres 1890 in Höhe von rund 1300 Millionen mit der heutigen von rund 4 $\frac{1}{2}$ Milliarden, die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen damals mit 1 $\frac{1}{2}$ Millionen und heute über 4 Millionen; die Zahl der Volksfremden auf Reichsboden mit rund 430 000 damals gegen anderthalb Millionen heute.

Hier ist es nun angezeigt, einen Überblick zu geben über die wirtschaftliche Entwicklung etwa des letzten Menschenalters, soweit sie politische Folgen gehabt hat — dies Wort ganz allgemein genommen; damit gewinnt man gleichzeitig ein Bild der Schäden, Mängel und Gefahren unseres heutigen Volkslebens und bereitet die Erörterung der bei der Bekämpfung in Betracht kommenden Mittel vor.

Wirtschaftliche Entwicklung

Die Begründung des Deutschen Reiches war der Ausgangspunkt für einen wirtschaftlichen Aufschwung, wie ihn die kühnste Phantasie nicht für möglich gehalten hätte und wie ihn in dieser stürmischen Schnelligkeit kein anderes Volk erlebt hat — wir haben hierin die Amerikaner über-amerikanert. Zwar war schon vor der Reichsgründung im wesentlichen das heutige Reichsgebiet durch den deutschen Zollverein ein großes einheitliches Wirtschaftsgebiet geworden, so daß auch im Deutschen Bund schon die Grundlage eines intensiveren Wirtschaftslebens gegeben war, und es ist bekannt, welche segensreiche Folgen wirtschaftlich der Zollverein für die zu ihm gehörenden Staaten gehabt hat. Um sie mit einem Schlagwort zu umschreiben: die Deutschen begannen wohlhabend zu werden.

Zu dem vorhandenen einheitlichen Wirtschaftsgebiet fügte Bismarcks Schöpfung die gewaltige staatliche Macht des Reiches, die Impulse einer großen Zeit und die Mittel der französischen Kriegsschädigung hinzu, und er tat dann, als trotzdem kein rechtes Gedeihen kommen wollte, genial und kühn den entscheidenden Schritt, indem er Ende der siebziger Jahre die Schutzzollgesetzgebung schuf. Als bald setzte die Entwicklung ein, die zu den heutigen ungeheuren Ziffern des Gesamtjahreseinkommens, der Aus- und Einfuhr, der Bank- und Sparkassenguthaben und der deutschen Anlagen im Auslande geführt hat; Handel, Industrie, Land- und Seeverkehr — alles wuchs riesenhaft, geleitet von dem Willen tatkräftiger, durchweg besonnener Unternehmer, ausgeführt von dem Fleiße eines ganzen Volkes.

Und die Folge: wir machten den Schritt von der Wohlhabenheit zum Reichtum. Aber nicht ohne Einbuße zu leiden an Leib und Seele des Volkes.

Die Industrialisierung und ihre Schäden

Die gewaltige Entfaltung der Industrie zog nicht nur die am Orte der einzelnen Unternehmungen vorhandenen Arbeitskräfte an sich, sondern das Land mußte solche in Massen abgeben, und verlockt von den Annehmlichkeiten des städtischen Lebens, dem leichteren Verdienste, der größeren Freiheit zogen Millionen und aber Millionen aus den Dörfern in die Städte, ohne zu bedenken, was sie aufgaben. Die beim Beginne dieser Entwicklung vorhandenen älteren industriellen Mittelpunkte wuchsen ungeheuer, Dörfer wurden Großstädte, Großstädte wurden Riesenstädte. Andererseits sank manche alte Landstadt zum Dorf herab oder blieb stehen, ganze Provinzen gaben ihren Zuwachs ab und mußten froh sein, wenn ihre Bevölkerung nicht zurückging.

Die Landwirtschaft verlor in der Hauptsache an Arbeitern, was die Industrie gewann, und mußte, um ihren

Bedarf zu decken, fremdvölkische Ausländer heranziehen. Es ist klar, daß diese Entwicklung insbesondere den Osten schädigte, da das Vorkommen von Kohle und Eisen, das Vorhandensein dichter Bevölkerung und besserer Verkehrsmittel und die Ansätze älterer Industrie den Westen begünstigten; die so entstehende Binnenwanderung von Osten nach Westen setzte Menschenmassen in Bewegung, gegen die etwa die Völkerwanderung ein Kinderspiel ist.

Aber was das flache Land der Heimat abzugeben hatte, genügte noch nicht, und es fluteten Massen industrieller Ausländer ein, wie bei der Landwirtschaft besonders polnischer Herkunft; die Verwendung im Dienste der Industrie brachte es mit sich, daß diese sich geschlossen ansiedelten, und so entstanden in Rheinland und Westfalen die besorgniserregenden polnischen Kolonien, die es wagen können, auf den politischen Kampfplatz zu treten. Inmitten der rassenmäßig-deutschesten Bevölkerung des Vaterlandes hat ein polnischer „Staat im Staate“ sich gebildet.

Niemand, der diese Entwicklung historisch so betrachtet, wie sie gekommen ist, kann der Industrie, d. h. ihren führenden Köpfen einen Vorwurf machen, wenn den Lichtseiten solche des Schattens gegenüberstehen — auch nicht, wenn der Schatten sich immer weiter ausbreitet und das Licht zu verdunkeln beginnt. Und ebensowenig ist man berechtigt, die Landwirtschaft zu tadeln, wenn sie, der Macht der Not gehorchend, Polen ins Land holt, um den Betrieb aufrecht zu erhalten. Subjektiv sind — in der Hauptsache — beide frei von Schuld, objektiv aber ist unserm Volke schwerer Schaden zugefügt worden, der täglich wächst und uns um die Zukunft fürchten macht; das gibt jeder Industriekapitän und jeder Großgrundbesitzer zu, der über dem eigenen Vorteil das Ganze, sein Volk, die Zukunft nicht vergißt.

Die Schäden und Gefahren liegen auf moralischem, hygienischem, politischem und schließlich auch auf wirtschaftlichem Gebiete.

Moralisch kommt in Betracht das Loslösen zahlloser

Menschen von der Scholle, was einem Verluste der Heimat gleichkommt, und bisher ansässige Elemente in eine ruhelos hin und her flutende, nirgends festhaft werdende Masse verwandelt; daß damit der Verlust nicht gleichgültiger Gemüths- werte verbunden ist, leuchtet ein. Das Leben in der Groß- stadt läßt kein Heimatgefühl aufkommen, wohl aber öffnet es mit all seinen Verführungen, dem größeren Verdienste, der größeren Freiheit sittlicher Verwilderung die Schranken und züchtet die materialistische Lebensauffassung, die dem Un- gebildeten viel gefährlicher werden muß, als dem Gebildeten.

Denkt dazu an die großstädtische Presse, die solchen Ent- wurzelten in die Hände kommt, denkt an ihre Vergnügungs- stätten, und es ist klar, daß zur Gefahr der moralischen Ent- artung diejenige des körperlichen Verfalls, des Raubbaus an Rassenkraft und Volksgesundheit tritt.

Diese ist an sich schon durch die industrielle Beschäftigung in manchen Betrieben gegeben, und das städtische Leben aller Berufe hat rascheren Kraftverbrauch, als das ländliche im Gefolge; die zuletzt geschilderten Umstände verschärfen die Gefahr nur.

Mir ist der Eindruck unvergeßlich, den ich vor Jahren in einer wichtigen Industriestadt Sachsens gehabt habe, als um die Mittagszeit Männer und Frauen die Fabriken ver- ließen — ein klägliches Geschlecht, an dem nichts daran er- innerte, daß es auf deutschem Boden lebt, verkümmert, freud- los — dem Volksfreunde ein seelischer Schmerz.

Und vor kurzem habe ich in Westfalen im Vororte einer gewaltig angewachsenen Industriezentrale ein Bild gesehen, das mich erschüttert hat; da stand vor seiner Hütte ein Ar- beiter, ein prächtiger Westfale mit blondem Haar und blauen Augen, hochgewachsen, hager, ein Sohn bester Rasse; auf dem Arme trug er ein jämmerliches Kind, und drei ältere Kinder spielten zu seinen Füßen — alle mit den traurigsten Zeichen der Rachitis; ein Bild jähen Massenverbrauchs.

Ofter betrachte ich mir, wohin ich komme, nach Schul- schluß die Kinder städtischer Unterrichtsanstalten aller Stufen,

und ich erschrecke immer von neuem, wie gering die Zahl der gut gewachsenen und gesund aussehenden unter ihnen ist.

Zwiefach ist die Gefahr des städtischen und industriellen Lebens: die Geburtenzahl sinkt, und was geboren wird, ist zum Teil rassenmäßig minderwertig — also mit einem Wort, weniger und unkräftigere Kinder.

Darüber darf der hohe Geburtenüberschuß nicht hinwegtäuschen, der in den letzten Jahren durchschnittlich nahe an 900 000 Köpfe kam, denn die Geburtenzahl ist von 2 097 838 im Jahre 1901 auf 2 038 357 im Jahre 1909 gesunken, der Prozentsatz gar von 4,05 im Jahre 1878 auf 3,19 im Jahre 1909, und der hohe Überschuß wird aufrecht erhalten durch die Verlängerung der Lebensdauer, die an sich kein Zeichen von Volksgesundheit ist, sondern hauptsächlich eine Wirkung der sozialen Fürsorge.

Nun muß man bedenken, daß wir doch erst am Anfang der Periode großstädtischen und industriellen Lebens stehen, daß unsere ältesten Industriebezirke sich erst im dritten Menschenalter befinden, der Großteil im zweiten, einige noch im ersten. Und doch schon solche Folgen!

Wer wagt es auszudenken, wie unser Volk beschaffen sein wird, wenn erst einmal fünf oder sechs Menschenalter solchen Lebens hinter ihm liegen, wenn der Raubbau an der Volkskraft weitergeht wie bisher.

Nicht zu vergessen ist dabei die Gefahr der Rassenverschlechterung durch die Vermischung mit den volksfremden Industrie- und Landarbeitern aus dem Ausland, der unbedingt rechtzeitig gesteuert werden muß.

Es ist wirtschaftlich im höchsten Grade bedenklich, daß Landwirtschaft und Industrie in solchem Umfange auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen sind — einmal wird deren Lohn mindestens zum Teil der vaterländischen Volkswirtschaft entzogen, und außerdem werden wir vom guten Willen des oder der fremden Staaten abhängig, von denen wir in Massen Arbeiter beziehen; man muß sich in diesem Zusammenhange nur einmal vorstellen, was geschähe, wenn

unter den heutigen Umständen z. B. Rußland seine Grenzen schloße und keine Untertanen mehr ins Deutsche Reich ließe. —

Die Massenverschlechterung des eigenen Volkes und der Geburtenrückgang bergen, wenn man über den Tag hinaus sieht, auch politisch schwerste Gefahren in sich, wobei man nur an die Wehrkraft zu denken braucht; nach dieser Richtung wirkt das bekannte Wort des Prager Professors Dr. Hüppe ein Schlaglicht, daß Frankreich vom deutschen Volke endgültig nicht vor Sedan, Metz oder Paris, sondern nach dem großen Kriege im deutschen Ehebett besiegt worden sei.

Denken wir diesen Gedanken durch, so entsteht die Frage, ob nicht in gleicher Weise die Slaven uns besiegen werden, und als Menetekel stehe über der Zukunft, daß das Zweikindersystem anfängt, sich über unser Volk zu verbreiten.

Damit sind wir dazu gekommen, die politischen Folgen der gewaltigen Binnenwanderung von Ost nach West, vom Lande in die Stadt zu erörtern, die gleichzeitig solche des großstädtischen und industriellen Lebens sind.

Die Zusammenballung von Massen wenig besitzender und minder gebildeter Menschen an einem Orte liefert diese dem politischen Schlagwort aus, und wir haben es erlebt, daß eine Großstadt nach der andern, soweit die Wahlen zum Reichstag in Betracht kommen, der Sozialdemokratie verfallen ist — nur ganz wenige machen eine ehrenvolle Ausnahme, und diese bei der Fortdauer der heutigen Zustände wohl nur noch auf kurze Zeit. Der großstädtische Arbeiter ist — abgesehen von den Fällen, wo der kirchliche Einfluß noch nicht gebrochen ist — der Einwirkung der sozialistischen Verhezung durch Wort und Schrift durchweg widerstandslos preisgegeben; er sieht Reichtum und Luxus und vergleicht damit seine eigene Lage, und folgt den Agitatoren, die ihm ein besseres Los im Zukunftsstaat versprechen. Die Massierung gibt dann dem verheßten Arbeiterstande nicht ohne Grund das Gefühl der Stärke, das aufgestachelt und gesteigert wird zu dem der politischen Überlegenheit. Die Beispiele sozialdemokratischen Übermutes, der zum Terrorismus wurde,

sollten schrecken und zu bedenken geben, wie rasch der Schritt zur Anarchie getan werden kann.

Stellt man sich vor, daß eine schwere wirtschaftliche Krisis die Ernährung dieser städtischen Massen gefährden würde, oder daß durch irgendeinen Vorgang der inneren oder äußeren Politik die Staatsgewalt gelähmt wäre — was kann man von den Massen erwarten, die man jetzt zwei Jahrzehnte dem Einfluß der Sozialdemokratie ausgeliefert hat?

Im höchsten Grade gefährlich ist der Abzug ländlicher Volksmassen in die Städte auch politisch unter dem Gesichtspunkte der Schwächung der Volkskraft und des allmählichen Versiegens ihrer Quellen. Man mag zu dem Bauern und Landstädter stehen, wie man will, und kann zugeben, daß er durchschnittlich kein Engel ist — aber das ist unbestreitbar, daß das Land und die ländliche Bevölkerung das unentbehrliche Sammelbecken für das Ganze sind; die großstädtische Bevölkerung verbraucht sich nach genauen Forschungen in drei, höchstens vier Generationen — wo soll der Ersatz herkommen, wenn das weiter entvölkerte Land ihn nicht mehr liefern kann. Und wer füllt die Reihen unserer Regimenter, wenn es dazu käme? Es ist bewiesen — was aber von vornherein gar nicht erst hätte bewiesen zu werden brauchen —, daß das flache Land einschließlich der Landstädte in wesentlich höherem Grade zum Heeresdienst taugliche Menschen liefert, als die Städte; wo auch das Land jetzt schon versagt, liegen besonders ungünstige Verhältnisse vor, die rechtzeitig bekämpft werden müssen.

Man halte sich, um die Gefahren der großstädtischen Entwicklung ja recht klar zu sehen, vor Augen, wie beschämend niedrig die Zahl der Militärtauglichen in Berlin mit knapp 30% ist, gegenüber Ostpreußen, dem angeblichen Hort der Reaktion, mit über 63%.

Denkt weiter an die Möglichkeit, daß bei fortschreitender Entvölkerung des Landes rentable landwirtschaftliche Betriebe nicht aufrecht erhalten werden können, so daß wir in unserer Ernährung abhängig werden vom Auslande! Man weiß,

wie viel Kopfzerbrechens diese Frage den Engländern macht, aber wie viel übler wären wir daran, da wir zwischen anderen in Europa eingekleint sind und den Seeweg jeden Augenblick verlegt bekommen können.

Dabei ist noch nicht in Betracht gezogen, welche Einbuße unser Nationalvermögen durch die Entwertung des ländlichen Bodens erleiden würde, und welche verwüstende Wirkung die beeinträchtigte Kaufkraft der verbliebenen Landbevölkerung gerade auf alles städtische Wirtschaftsleben einschließlich der Industrie wird ausüben müssen.

Wiederum sei aber gesagt, wenn wir schon jetzt Schäden sehen, daß wir erst am Anfang der Entwicklung stehen; das Beispiel Englands sollte mahnen, rechtzeitig Halt zu machen.

Nur um vollständig zu sein, sei an die Erscheinungen erinnert, die das Aufkommen jeder Industrie auf dem flachen Lande hervorbringt: das Auftreten der Sozialdemokratie und die Abziehung männlicher und weiblicher Arbeitskräfte von der Landarbeit, sowie daran, daß schon ganze Landstriche dadurch politisch verdorben worden sind, daß die männliche Bevölkerung zeitweise in Städten arbeitet, dort sozialistisch vergiftet wird und ihre Gesinnung bei periodischem Aufenthalt in der ländlichen Heimat politisch betätigt.

Das Großkapital

Im engsten Zusammenhange mit dem Wachstum der Industrie, in Wechselwirkung es anregend und von ihm gefördert, steht die großkapitalistische Entwicklung der letzten Jahre; wie die Industrie auf die Hilfe des Kapitals angewiesen war, so war die Bildung großer und größter Kapitalien nur möglich durch die Überschüsse der industriellen Betriebe, und so ging es weiter zur Bildung der heutigen Großbanken und großindustriellen Betriebe.

Das bei den Großbanken tätige Kapital ist eine ungeheure Macht; es hat aufgehört, nur wirtschaftliche Macht zu

sein, und ist bereits politische Macht geworden. Das ist das erste große Bedenken gegen das heute durch Kapitalhäufung entstandene Großbankwesen, und es kann die Beunruhigung des Patrioten nur vermehren, wenn er sieht, daß in der nächsten Umgebung des Monarchen — wohl König Eduards modernem Beispiel folgend — Leute der Höchstfinanz eine Rolle spielen, daß sie bei Prinzen und Ministern aus- und eingehen und diese bei sich zu Gaste sehen. Nicht daß man den Geldherren so vornehmen Verkehr mißgönnte, man fürchtet nicht ohne Grund die Infizierung dieser für das nationale Leben nun einmal nicht gleichgültigen Personen durch Angehörige des Großkapitals mit nur-kapitalistischen Gedankengängen, und damit die Verankerung kapitalistischen Einflusses an höchst wichtigen Stellen des Staates.

Für diese sollte es aber gerade jetzt heißen, wachsam zu sein, voller Mißtrauen das Gehaben der Großfinanz zu beobachten, jedem Übergriff auf das Gebiet politischen Einflusses entgegenzutreten.

Die Zeiten scheinen schon vorüber zu sein, wo das Großkapital wegen seiner Förderung der Industrie und des Handels in der Hauptsache Dank verdiente — die Kapitalmasse ist so groß geworden, daß nicht mehr geprüft wird, ob eine Anlage volkswirtschaftlich nützlich ist im Sinne der Allgemeinheit, sondern sie soll nur reiche Verzinsung einbringen. So werden Unternehmungen durch das Geld der Großbanken gegründet und gefördert, die direkt schädlich sind — schädlich insofern, als sie unser Volksleben durch die Zerstörung tüchtiger Stände des Bürgertums untergraben, damit einige wenige Unternehmer bereichert werden; hierher gehört ganz gewiß das Warenhauswesen.

Nicht zu vergessen ist auch, daß unser Wirtschaftsleben durch die Großbanken geradezu mediatisiert wird; sie raffen Depots aus der Provinz bis ins fernste Dorf zusammen, bringen die Eigentümer dieser Werte unter ihren wirtschaftlichen Einfluß, ihre Leitung und benutzen deren Mittel zu ihren Zwecken. Mit fremdem Gelde machen die Großbanken

ihre Geschäfte; sie entziehen es dem Wirtschaftsleben der engeren Heimat des Anlagesuchenden und zentralisieren die verfügbaren Mittel an wenigen Stellen. Das mag zweckmäßig sein für ihr Ziel raschen und großen Verdienstes — der Allgemeinheit ist damit nicht gedient, und verfehlte Unternehmungen des Großkapitals werden ihre Wirkungen auf diese Weise im kleinsten Dorfe äußern können.

Das Großkapital ist seinem Wesen entsprechend profitgierig, kann also in jedem Augenblicke gemeinschädlich werden.

Eine schlimme Folge der Mediatisierung unseres Wirtschaftslebens ist die Notlage zahlloser Angehöriger des Mittelstandes, die als selbständige kleinere oder größere Unternehmer unter der Doppelwirkung leiden, daß das Großkapital zwar dem Großunternehmer Geld zur Verfügung stellt, dessen Konkurrenz dadurch übermächtig gemacht wird, nicht aber dem geldbedürftigen kleineren Unternehmer, Handwerker, Händler. Ein fortschreitendes Umsichgreifen der Großen ist die Folge, während die Kleinen sich nicht halten können und zusammenbrechen; sie geraten in die wirtschaftliche Abhängigkeit von anderen, indem die bisher Selbständigen zu Angestellten werden. Das liegt aber ganz gewiß nicht im Interesse der Allgemeinheit, des Staates.

Großkapital, Großindustrie, Großhandel gefährden den Mittelstand aufs schwerste, und es ist begreiflich, daß Existenzen, die trotz allen Fleißes, aller Sparsamkeit in diesem Kampfe nicht voran kommen oder gar unterliegen, dem Staate gram werden, der zugeesehen hat, wie die größere Kapitalmacht sie erwürgt. Das einst als Inbegriff volkswirtschaftlicher Weisheit verehrte „freie Spiel der Kräfte“ hat sehr seine zwei Seiten, und die schlimme Seite trägt ihr Teil der Schuld daran, daß heute die ehemals treuesten und zuverlässigsten Schichten der Bevölkerung unzufrieden sind.

Gefahren des Reichtums

Oben ist gesagt worden, daß wir den Schritt von der Wohlhabenheit zum Reichtum gemacht haben; das gilt natürlich nur für die Spigen im Wirtschaftsgetriebe, aber es ist kein Zweifel, daß niemals vorher die Allgemeinheit des Volkes so leicht Geld verdient und so viel Geld in der Hand gehabt hat wie jetzt, zumal selbst der Landarbeiter, nachdem die Naturallöhne abgeschafft sind, die Gegenleistung für seine Tätigkeit in barem Gelde erhält. Geldarm ist der kleingewerbliche Mittelstand, geldknapp die Landwirtschaft — sonst aber rollt das Geld, wie nie zuvor in der deutschen Geschichte.

Die Wirkungen des Reichtums zeigen sich leicht begreiflich überwiegend in den Städten, und hier wieder besonders in den Großstädten, wo die aus Industrie und Handel strömenden Geldquellen am ergiebigsten fließen. Üppigkeit und Luxus sind in die Oberschichten eingedrungen; die Unterschichten haben sich daran gewöhnt, in den Tag hinein zu leben, und diese Neigung ist durch die soziale Gesetzgebung nach vielen Erfahrungen verstärkt worden, indem ihre Wohltaten das Verantwortlichkeitsgefühl der Sozial-Versicherten geschwächt haben.

Alle Stände, die über bares Geld verfügen, sind von einer Genußsucht ergriffen, die den Patrioten mit ernster Sorge erfüllt, und die eine sittliche Verwilderung nach den mannigfachen Richtungen im Gefolge hat. Vergnügen, Fuß, Abwechslung, Sensationen erfüllen die Gedankengänge dieses Geschlechtes, das innerlich ärmer geworden ist als je. Geld ermöglicht dies Leben für die Eindrücke des Augenblicks, Geld verschafft Ansehen, Geld öffnet die Pforten der Gesellschaft — ja, es ist so weit, daß der Besitz großer Vermögen genügt, um in die Umgebung des Trägers der Kaiserkrone zu bringen.

Wo Geld aber das Maß aller Dinge geworden ist, wo die Leistung, der Dienst, die Tat als solche nicht mehr gewertet werden, sondern nur nach dem Ertrag, da muß eine Wandlung der Welt- und Lebensanschauung eintreten, die

auflösend und zerlegend wirkt. Der Tanz ums goldene Kalb verwirrt die Begriffe; die Verwirrung steigert sich und wird allgemeiner, wenn der Anfänger in dieser Kunst die Erfolge des Geübteren sieht, und der Materialismus gewinnt Macht über die Seelen. Sein Reich breitet sich mit jedem Tage weiter aus, und unser Volk, dem man einst vorgeworfen hat, daß es aus Idealismus weltfremd sei, sich im Reiche der Gedanken verliere und die Welt den andern überlasse, gerät in die Gefahr, einer dem deutschen Wesen durchaus fremden Lebensanschauung zu verfallen; der Drang nach Besitz will der herrschende Trieb werden, der Erfolg im Streben nach Besitz der alleinige Gradmesser.

Die Juden

Sier nun muß der verhängnisvollen Rolle gedacht werden, die in unserem Volksleben das Judentum spielt, seitdem ihm das Geschenk der Emanzipation in den Schoß geworfen wurde, das durch keinerlei Leistungen verdient war, sondern aus der Stimmung an sich schöner Menschlichkeit, aus der Idee der Gleichheit der Menschen heraus gewährt wurde.

Nun sind Deutscher und Jude ihrem innersten Wesen nach wie Feuer und Wasser; solange unser Volksleben moralisch gesund war, gab es nichts Verschiedeneres als die deutsche und die jüdische Lebensauffassung. Der Deutsche steht über dem Besitz, bleibt ihm gegenüber innerlich frei und beweist seine Freiheit, indem er sich ausleben will ohne Rücksicht auf den wirtschaftlichen Erfolg. Ehre, Unabhängigkeit, Eigenwilligkeit sind die Triebfedern seines Handelns, das oft unzweckmäßig sein mag, aber jedenfalls eine Gedankenrichtung beweist, die nicht allein „von dieser Welt“ ist; der Jude aber stellt sein Leben unter die Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit; der Erwerb, der Besitz sind ihm alles; ihnen gegenüber ist er unfrei; ihnen ordnet er seine ganze Persönlichkeit unter. Kein Wunder, daß Menschen mit solchen Eigenschaften, wenn

ihnen einmal gleiches Recht verliehen ist, im Wirtschaftsleben anders ausgerüstet dastehen als die Deutschen, haben sie doch selbst bei ungleichem Rechte verstanden, die Deutschen auszubehuten und Reichtümer anzufammeln.

Nun aber waren die Schranken gefallen, und zwar etwa zur selben Zeit, wo zunächst durch die Bildung des Zollvereins ein einheitliches Wirtschaftsgebiet geschaffen war, das einen Handel im größeren Stile begünstigte, wo dann durch Erfindungen aller Art rasch um sich greifende Industrien entstanden. Damit wuchs der Geldverkehr, das Geldbedürfnis und die Nachfrage nach der nutzbringenden Verwendung erworbenen Besitzes; es folgten die Gründung des Reiches und die Schutzzollgesetzgebung mit ihrem unerhörten wirtschaftlichen Aufschwung auf allen Gebieten.

Durch alle diese Vorgänge und eine Fülle wirtschaftlicher Begleitumstände wurden die Erwerbsmöglichkeiten in ungeahnter Weise gesteigert. Die Allgemeinheit der Deutschen fand sich langsam in die neuen Verhältnisse, die zunächst nur von denen verstanden und ausgenützt wurden, die bisher schon in engeren Verhältnissen an der Spitze des wirtschaftlichen Lebens gestanden hatten und den Vorteil der Erziehung zum kaufmännischen Berufe größeren Stiles für sich hatten — daneben natürlich von einer Reihe kaufmännisch besonders Begabter; die Masse aber fand sich schwer und langsam zurecht, ja man kann sagen, daß ganze Schichten bis heute noch nicht den Anschluß gefunden haben, wobei man nur an den kleineren städtischen Mittelstand und fast die ganze Landwirtschaft zu denken braucht.

Ganz anders die Juden, das geborene Volk des Geld- und Zwischenhandels, deren Instinkt und Geistesrichtung auf den Erwerb geht; ihre hohe Zeit war gekommen, jetzt konnten sie ihre Fähigkeiten entfalten. Nicht selbst Werte schaffend, also arbeitend im schöpferischen Sinne, sondern vermittelnd, handelnd, und sie gewannen schnell im Geldwesen und im Handel eine führende Stellung. Das Glück der ansässigen Juden lockte ungezählte Scharen aus Rußland und Galizien

über die Grenzen, die Preußen harmlos offen ließ; sie stürzten sich in unser Erwerbsleben, und recht eigentlich diese moralisch und kulturell für uns ganz unverdaulichen Juden brachten nun mit ihrer Skrupellosigkeit, ihrer Habgier, ihrer Gleichgültigkeit gegen Recht und Unrecht, Ehre und Unehre die Elemente der Hast, Rücksichtslosigkeit und moralischen Gefühllosigkeit in unser Wirtschaftsleben. Jetzt tobte das „freie Spiel der Kräfte“ — der Jude hatte Erfolg, er gewann Geld, er wurde durch sein Geld ein großer Mann. Dies Beispiel lockte und verführte, und da nach der liberalen Auffassung der Zeit nichts geschehen durfte, um diesem freien Spiele der Kräfte zu wehren, gingen allzu viele Deutsche in die Schule der Juden und folgten ihrem Beispiel. So ist unser wirtschaftliches Leben verwildert, und die Teilnehmer am Tanz ums goldene Kalb, von dem oben berichtet ist, wurden, wenn man der Sache auf den Grund geht, moralisch, d. h. nach Gesinnung und Lebensauffassung zu Juden.

Die Träger und Lehrer des heute herrschenden Materialismus sind die Juden; seine deutschgeborenen Anhänger sind den angeborenen Instinkten entfremdete Verführte.

Zu wirtschaftlicher Macht gekommen, griffen diese volks- und rassenfremden Gäste auf deutschem Boden auf alle Gebiete des nationalen Lebens über — an sich ein tragikomischer Widerspruch in sich selbst — aber infolge des Geschehenlassens eine historische Tatsache. Publizistik, Theaterwesen, Journalistik wurden erobert; die Advokatur, die Hochschulprofessuren, die ärztliche Laufbahn wurden ein besonderes Feld jüdischer Betätigung und jüdischen Einflusses.

Und dem Gesetze seines Wesens entsprechend — keiner kann aus seiner Haut, das gilt auch für alles rassenmäßig Ererbte — ist der Jude in allem, was er angreift, Jude. Treibt er Politik, so kann er sie nur als Jude betreiben, d. h. ohne Sinn und Verständnis für das Sich-Einfügen, für Unterordnung, ohne Liebe für das geschichtlich und organisch Gewordene; wird er Anwalt, so wirkt er zersetzend, weil seine

angeborenen Rechtsbegriffe im Widerspruch stehen zu denen, die dem geschriebenen deutschen Rechte innewohnen, und es kommt zu jenen talmudistischen Praktiken, die Recht zu Unrecht verdrehen wollen und umgekehrt; wirft er sich auf die Kunst, so fehlt ihm die Innerlichkeit, die doch der Mutterboden jeder selbstschöpferischen Leistung ist. Man weiß, daß das sog. deutsche Theaterwesen heute fast völlig in jüdischen Händen ist; was das für die deutsche Produktion bedeutet, das machen sich nur die wenigen klar, die daran denken, daß die Ausführung neuer Werke vom Urteil der jüdischen Theaterleiter und ihrer Berater abhängt, die zu entscheiden haben, ob ein Stück „bühnenwirksam“ ist; das Urteil, von Juden kommend, wird der jüdischen Auffassung von Bühnenwirksamkeit entsprechen, und man kann jedenfalls theoretisch behaupten, daß manches gute, deutschem Geiste entsprungene Bühnenwerk im Schreibtische des Dichters verstaubt, weil es von volksfremden Beurteilern nicht als bühnenfähig befunden wird. Sensation aber ist das Maß des Wirksamen, und der deutschgeborene Schriftsteller, der auf die Bühne will, muß umdenken, muß schreiben wie ein Jude.

Zieht man den Mangel jeder irgend beträchtlichen eigenen Leistung des Judentums auf diesem Gebiete in Betracht, so ist klar, daß durch den jüdischen Einfluß auf das Theater dieses für das geistige und moralische Leben der Nation so wichtige Kunstgebiet unter eine Vormundschaft gelangt ist, die einer unerträglichen Zwingherrschaft gleichkommt.

Biel schlimmer aber noch ist die Einwirkung durch die jüdische Presse, weil sie unmittelbar auf die Volksmassen erfolgt und dies zwar Tag für Tag; hier heißt es „steter Tropfen höhlt den Stein“. Das Judentum hat die Hand auf die Presse gelegt, und man kann sagen, daß eigentlich nur die Zentrumspresse wenigstens in der Hauptsache sich seinem Einfluß entzieht — sonst aber, abgesehen von den wenigen antisemitischen Zeitungen, kein Blatt auf deutschem Boden, selbst nicht die Parteiblätter der äußersten Rechten. Wo eine Zeitung nicht direkt in jüdischem Besitze ist, oder wo die Redakteure

nicht Juden sind, da ist es der Anzeigenteil, durch den die Haltung des Blattes bestimmt wird — mindestens in allen Fragen, die das Judentum betreffen.

Tausende jüdischer Federn fabrizieren Tag für Tag unsere öffentliche Meinung, in Millionen von bedruckten Papierblättern gelangen ihre Äußerungen an deutsche Leser — und die Wirkung soll ausbleiben?

Von dem schamlosen Treiben jüdischer sog. Witzblätter, die vom Geschlechtlichen leben, und von der Verhöhnung der Ehe, des Thrones und alles dessen, was einst fest gestanden hat in der Geltung des Volkes, sei hier nur im Vorübergehen die Rede, um auf die planvolle Herabsetzung insbesondere der Ehe zu verweisen; viel schlimmer, weil weiter wirkend, ist der Einfluß der jüdischen Tagespresse: was wissen diese Leute von der deutschen Freiheit, die sich in der Beschränkung aus eigenem Willen ihre Grenzen setzt, was von der notwendigen Unterordnung eines Jeden? Was ist diesen Heimat- und Staatlosen Vaterland und Staat? Was kriegerische Zucht? Was die Monarchie?

Nirgends ist der Jude selbstschöpferisch — in dem, was man sich gewöhnt hat, Politik zu nennen, ist er unbedingt und völlig negativ; das weltgeschichtliche Examen in der Politik hat er nicht bestanden, denn er hat eine dauernde Staaten- gründung nicht zu Wege gebracht — ja, man muß bezweifeln, wenn man die Schicksale der Stämme, die in Palästina gelebt haben, kritisch betrachtet, ob jemals wirklich ein jüdischer Staat zustande gekommen ist.

In bezug auf die Erkenntnis der politischen und moralischen Einwirkung des jüdischen Bestandteils unter nicht- jüdischen Gastvölkern hat Graf Gobineau letzteren, soweit sie noch leben und nicht zugrunde gerichtet sind, einen Dienst erwiesen, der, recht verstanden, eine rettende Tat sein müßte; man mag an der Methode und an den Einzelbehauptungen des normannischen Edelings vieles aussetzen haben — das tut der Hauptsache keinen Eintrag. Mit wahrhaft genialer

Intuition hat dieser germanische Seher in die Vergangenheit geblickt und seinem Auge haben die wahren Ursachen des Verfalls der antiken Völker sich geoffenbart: die Zersetzung durch jüdisches Blut und jüdischen Geist.

Kein Deutschgeborener hat das Recht, die geistige Großtat dieses Großen überhebend zur Seite zu schieben — tut es doch einer, so hat er schon das Gift in sich aufgenommen. Der Ernst des Mahners heischt Gehör — wann hören ihn die Regierenden?

Ein anderer Nichtdeutscher, H. St. Chamberlain kommt zu ähnlichen Schlüssen wie Gobineau — ganz abgesehen von den großen Erkennern des Judentums aus deutschem Blut von Luther bis Treitschke. Es war seinerzeit denen, die den tiefsten Kern der Judenfrage erfaßt haben, eine freudige Kunde, daß Kaiser Wilhelm II. ein begeisterter Verehrer Chamberlains sei und dessen Grundlagen des 19. Jahrhunderts in Tausenden von Exemplaren habe verbreiten lassen. Nun und? Hat der Kaiser das Buch gelesen und begriffen? Wie ist es dann möglich, daß er gerade nachher ein Gönner der Juden geworden ist, wie selbst nicht sein instinktloser Oheim Eduard, indem er reichgewordene jüdische Unternehmer, Bankiers und Großhändler in seinen Verkehr zog, adelte und selbst ihren Rat einholte. Einer der Widersprüche dieses an solchen überreichen Lebens — wahrscheinlich der folgenreichste, schlimmste!

Darüber ist unter geschichtlich Gebildeten kein Wort zu verlieren — selbst wenn Gobineaus „Essai sur l'inégalité des races humaines“ und Chamberlains „Grundlagen“ nie geschrieben worden wären, daß der Jude zu allem taugen mag, nur nicht zum politischen Führer und Berater seines Gastvolkes.

Und nun ist es möglich, daß die Arglosigkeit desselben Volkes, das eben den unter ihm wohnenden Juden gleiche Rechte verliehen hatte, sich freiwillig unter jüdische Führung begibt. Es sei weniger Gewicht auf die Rolle gelegt, die so flache und unfruchtbare Pseudo-Deutsche wie Lasker und Bamberger in den ersten Jahren des neuen Reiches spielen konnten

— das waren verhältnismäßig noch die besten Zeiten jüdischer Betätigung; aber wie jetzt mit ganz geringen Ausnahmen, die nicht ultramontane und antisemitische Presse in jüdische Hand oder jedenfalls unter jüdischen Einfluß kommen konnte, ist das nicht eine Ungeheuerlichkeit?

Jüdischer Einfluß — jüdische Zersetzung

Wer hat den Mut zu bestreiten, daß unser ganzes politisches Leben unter jüdischem Einfluß steht? Gibt es eine intensivere Einwirkung als die durch die Presse? Kommen unsere deutschesten Politiker mit ihren Sorgen, Warnungen, Ratschlägen an ihr Volk heran? Die Zeitungen, die ihnen zugänglich sind, werden in beschränktem Kreise der Gebildeten gelesen; die Bücher, die sie schreiben, wenn sie noch so erfolgreich sind, mögen in Tausenden verbreitet sein; was heißt das der Masse gegenüber, die das Judentum durch seine Tageszeitungen aller Richtungen am Gängelbände hat? Gibt es eigentlich etwas Tragischeres, als die Rolle der heutigen Regierenden? Zwischen ihnen und dem Volke steht ein Mittler — der Jude — und er läßt nur durch, was ihm gefällt. Einst, als das römische Priestertum sich zwischen den deutschen Christen und seinen Gott als Mittler gedrängt hatte, erstand aus unserm Volke der Mann, der die Herrschaft über die Seelen zerschlug — nun wir politisch mediatisiert sind, wo ist der Retter?

Ich glaube, wenn man einmal so weit von unserer Zeit entfernt ist, daß die Nachlebenden eine Periode von zwanzig, dreißig Jahren als Einheit überschauen können, daß dann der Vorwurf gegen Bismarck erhoben wird, er habe trotz der Fülle seiner Macht nichts gegen die Folgen der Judenemanzipation getan, ja der judengegnerischen Bewegung seiner Zeit entgegen gearbeitet.

Was kann da werden: dem politisch ungeschulten Volke

wird das allgemeine, gleiche Wahlrecht gegeben, und die Juden reißen die Presse an sich!

Wer diese beiden Tatsachen zusammen betrachtet, der wundert sich über nichts; er nimmt seinen Gobineau in die Hand und findet in der Geschichte an anderen Völkern wieder, was er heute an seinem eigenen erlebt, und wenn er eine starke Seele und Vertrauen auf sein Volk besitzt, dann tröstet er sich, daß wir erst am Anfang der Entwicklung stehen. Aber er weiß auch, daß die Entwicklung sich heute unvergleichlich viel schneller vollziehen wird, als bei der Vernichtung der alten Völker, weil die Einwirkungsmöglichkeiten durch die politische Technik der Zeit vervielfacht und gesteigert sind, wobei wieder auf die Presse verwiesen werden muß.

Es gibt nun Deutsche, die der Judenfrage auf den Grund gegangen sind, die im Ernste behaupten, daß die Juden planvoll und absichtlich die moralische und politische Zersetzung des deutschen Volkes betrieben — das ist gewiß ein Irrtum. Der Anschein des Planvollen kommt von selbst, indem Tausende jüdischer Menschen nach ihrem Wesen, ihren Instinkten arbeiten; es ist ganz klar, daß der Einheitlichkeit des Wesens so vieler Handelnder der Erfolg entsprechen muß. Und dieser Erfolg heißt: Verwüstung und Korruption unseres öffentlichen Lebens.

Nimmt man die Parteien als dessen Organe, so wird es von niemand, der die Verhältnisse, auch die Personen kennt, bestritten werden, daß die Sozialdemokraten und die Freisinnigen schlechthin die Werkzeuge des Judentums sind, natürlich nicht bewußt, sondern aus fehlendem Instinkt, fehlender Erkenntnis. Dasselbe gilt unbedingt vom linken Flügel der Nationalliberalen und den sog. Jungliberalen, und erst recht von dem Hansabund, der allerdings nicht Partei ist. Das germanische Unterbewußtsein wird erst wirksam bei den Rechts-Nationalliberalen und verstärkt sich je weiter nach rechts — aber es bleibt Unterbewußtsein, abgesehen von den schwachen antisemitischen Gruppen, und von einer durchgreifenden Erkenntnis der Judengefahr sind diese Parteien noch weit ent-

fernt. Dasselbe gilt vom Zentrum, das wie gebannt auf die angebliche Imparität der Katholiken und der katholischen Kirche starrt, ja, soweit es demokratisch ist, um der Gleichheit willen geneigt ist, die Juden in Schutz zu nehmen, weil es ihre Religion angegriffen wähnt, ein Irrtum, den die Juden geflissentlich aufrecht erhalten.

Das A und O der Maßregeln gegen die jüdische Bersezung lautet aber: Die Rasse ist der Quell der Gefahren — die Religion spielt keine andere Rolle, als daß sie ein Ausfluß der Rasse ist.

Der Hof, die auf ihn blickende Regierung, die gouvernementalen Bestandteile der Konservativen sind mit dem Judentum ein Herz und eine Seele — mit der Blindheit geschlagen, die den Todfeind nicht erkennt.

Wer diese Ursachen nicht ergründet hat, dem ist das politische Tohuwabohu der letzten Jahre unverständlich — dem will es nicht in den Kopf, wie das blöde Schlagwort vom „schwarz-blauen Block“ länger als eine Woche leben konnte, dem ist es unfassbar, wie zwei Parteien von den Verdiensten der nationalliberalen und konservativen zu tödlichem Haß entzweit werden konnten. Lest die Zeitungen, fragt wer sie schreibt oder in wessen Auftrag sie schreiben, und euch ist alles klar: Hier habt ihr ein Fieber, das die Krankheit andeutet — die Krankheit aber heißt das Chaos.

Die Regierenden und die Fragen der Zeit

Rönnen wir noch auf Genesung hoffen? Sollen wir tun, was irgend möglich ist, um die Krisis herbeizuführen? Ja, wer soll, wer kann das tun?

Als der Reichskanzler diesem Reichstag — den der Volksmund der Rechtsstehenden mit rechtem Instinkt das Ergebnis der „Judenwahlen“ nennt — zuerst entgegentrat, sprach er von der Sehnsucht des Volkes nach großen Zielen.

Die ist da, Herr Kanzler, ganz allgemein, sie war da,

als man sich für ein deutsches Marokko erregte. Aber, wo sind die großen Ziele der Regierung?

Wer hat aus dem Munde des Herrn von Bethmann Hollweg, des Herrn von Riederlen-Waechter, des Herrn Delbrück etwas gehört, was nach Größe klang! Haben sie ein Wort gesprochen, das darauf schließen läßt, daß sie die wahre Not der Zeit erfasst haben und sich das Hirn zermartern, wie ihr gesteuert werden kann?

Der Kanzler beschwert sich über die Zerrissenheit und Unfruchtbarkeit des politischen Lebens mit seinem Parteihader — ihm ist nicht klar, daß er selbst die letzte Möglichkeit, nationale Politik zu treiben in seiner Instinktlosigkeit vernichtet hat.

Alles spricht dafür, daß, wie jetzt die Dinge liegen, erst eine Katastrophe den Boden wieder bereiten kann für das, was man nationale Politik wird nennen können; sie aber darf nicht lange auf sich warten lassen, sonst wirkt „das Ferment der Dekomposition“, von dem der Philosophen Kommsen gesprochen hat, so, daß kein Arzt mehr helfen kann.

Alle, die heute an der Regierung mitwirken, die Krone, die Minister, die Parlamentarier sind blind gegenüber dem Urgrund des Übels — nur die wenigen „Stillen im Lande“ sehen klar und fürchten sich nicht vor dem Erkennen und dem Erkannten.

Können sie darauf rechnen, Gehör zu finden? Will der sie hören, dessen echteste Freunde sie sind, der Träger der Krone mit den Seinen?

In dieser Frage liegt das Schicksal.

Von der Reichs-Reform.

Das allgemeine, gleiche Wahlrecht

Wenn man den Dingen auf den Grund geht, wird man sagen müssen, daß in dem Augenblicke, wo das Sozialistengesetz nicht wieder erneuert wurde, die Art an die Wurzel des allgemeinen gleichen Wahlrechts gelegt wurde. Denn dies demokratischste Wahlrecht ist politisch nur möglich, wenn die Gesamtheit der Wähler erfüllt ist von der gleichen National- und Staatsgesinnung, wenn alle einig sind über die Grundlagen des staatlichen Lebens wie Volkstum, Monarchie, Eigentum, und wenn die Auffassungen nur auseinandergehen in Fragen der Abstufung des Maßes der Rechtsverteilung zwischen der Gesamtheit (dem Staate) und dem einzelnen, sowie in Fragen der staatlichen Zweckmäßigkeiten. Sobald eine stärkere Wählergruppe die Grundlagen des staatlichen und nationalen Lebens verwirft, ist das allgemeine Wahlrecht in Frage gestellt, und es wird unmöglich, wo Wählermassen dasselbe tun.

Damit wird der Staat verneint, und der Staat verneint sich selbst, wenn er die Mitentscheidung über sein Schicksal solchen Wählern und ihren Vertretern überläßt, die ihn verneinen.

Von dieser grundsätzlichen Betrachtung ausgehend, wird man sagen müssen, daß das Bismarcksche Sozialistengesetz das Palladium des allgemeinen gleichen Wahlrechts war. Wie ist denn die Entwicklung bis zum Jahre 1878 gewesen?

Das allgemeine gleiche Wahlrecht war eine alte Forderung jener Parteien, die den von dem Frevler Rousseau propagierten Gleichheitsgedanken unbedingt vertraten; dies waren nicht die Liberalen schlechthin, sondern eigentlich ihr linker Flügel, die sog. Demokraten. In der Stunde der Entscheidung

auf Leben und Tod zwischen Preußen und Österreich holte Bismarck diese Forderung aus der politischen Kustkammer hervor, um in und außerhalb Preußens einen Stimmungsumschwung für seine Politik zu erreichen — ein verzweifeltes Mittel, dessen Notwendigkeit man um so weniger anerkennen wird, als damals der gehabte Erfolg ausblieb. Nachdem der preußisch-österreichische Konflikt gelöst war, konnte dem Norddeutschen Bunde dies Wahlrecht nicht vorenthalten werden, und so erbte es das neugegründete Deutsche Reich — ein Geschenk der bösen Fee, die mit an seiner Wiege gestanden hat.

Man mag es bedauern, daß Bismarck diesen verhängnisvollen Schritt getan, aber man hat nicht das Recht, ihn als unbedingt unstaatsmännisch zu verurteilen; denn das brauchte dieser Meister nicht in Rechnung zu stellen, daß Hunderttausende und später Millionen Deutscher dem eigenen Staate, dem Vaterlande, dem Königtum absagen würden, die gerade für die wirtschaftlich Schwachen gesorgt haben, wie nie zuvor und gleichzeitig eine staatliche Gemeinschaft. Zudem war Bismarck, der den preußischen Verfassungskampf siegreich bestanden hatte, der Mann, der ein durch die Schuld der Wähler zur politischen Unmöglichkeit gewordenes Wahlrecht beseitigt haben würde, und man kann es heute als erwiesen annehmen, daß er am Ende seiner staatsmännischen Laufbahn dazu entschlossen gewesen ist. Jedenfalls hat er, als er wahrnahm, daß die staats- und gesellschaftsfeindliche Sozialdemokratie Massenzulauf gewann, dieses „freie Spiel der Kräfte“ nicht sich selbst überlassen, sondern durch das Sozialistengesetz von 1878 einen Damm gezogen.

Die Sozialdemokratie

Die Erneuerung wurde ihm, wie er sie für brauchbar gehalten hatte, durch die Abstimmung des Reichstags vom 25. Januar 1890 versagt, und die darauf folgenden Wahlen vom 20. Februar brachten fast anderthalb Millionen sozialisti-

scher Stimmen, gegen die letzte Wahl vorher (1887) fast eine Verdoppelung.

Einen Monat später schied Fürst Bismarck aus seinen Ämtern; die Bekämpfung der Sozialdemokratie übernahm der Kaiser persönlich, der erklärt hatte, mit ihr allein fertig zu werden, während auch unter den liberalen Parteien die Redensart von der „geistigen Überwindung“ und von der „Bekämpfung durch private Tätigkeit“ vermehrte Anhänger fand.

Statt aus der Wahl von 1890 die Lehre zu ziehen, daß die bisherigen Abwehrmaßnahmen nicht genügten und vielleicht auch psychologisch nicht richtig wirkten, gab man jeden Widerstand auf und überließ die Masse der städtischen Bevölkerung der sozialistischen Agitation, die sich nun schrankenlos entfalten konnte. Es wird einst der schwerste Vorwurf gegen die Regierung Wilhelms II. und seiner Kanzler nach Bismarck sein, daß sie dieser Pflicht der Abwehr nicht genügt haben; so ist die Partei Bebels zur stärksten des deutschen Reichstags geworden und hat über vier Millionen Wähler hinter sich.

Der billige Trost, daß die meisten unter diesen gar nicht wußten, was die Sozialdemokratie will, und daß sie weit davon entfernt wären, sich mit ihren Zielen zu identifizieren, ändert daran gar nichts, sondern schließt eigentlich, wenn er richtig wäre, einen weiteren Vorwurf in sich: diese Mitläufer wählen so, weil die Spitzen des Staates der Sozialdemokratie gegenüber keinen Ernst zeigen. Aber wer hat denn das Recht zu sagen, von den vier Millionen sind soundsoviele gar keine Sozialdemokraten — wie will man das beweisen?

Die kaiserliche Politik der Überwindung durch die kaiserliche Person ist von vornherein gescheitert; der geistige Kampf den Massen gegenüber ist und bleibt ein Wahn; die Bekämpfung durch „private Tätigkeit“ ist gar nicht versucht worden. Bleibt noch die Hoffnung auf die sog. „Mauferung“, die bei jeder Gelegenheit von den sozialistischen Führern selbst mit Spott und Hohn abgetan wird.

Wer zu der Sozialistengefahr für das Reich die richtige

Stellung gewinnen will, muß sich darüber klar sein, daß die Massenvergiftung deutscher Wähler ohne die Mitwirkung des Judentums gar nicht möglich gewesen wäre, daß die wahren Führer Juden sind, daß auch diejenigen, auf denen die Hoffnung der Mauerung ruht, diesem Volke angehören; die „deutschen“ Sozialdemokraten machen wie die österreichischen unter jüdischer Führung Ernst mit ihrem Internationalismus, während z. B. die französischen, italienischen, tschechischen gar nicht daran denken, dies zu tun.

Die Reichsverfassung ist von den Sozialdemokraten ernstlich bedroht — dürfen sie sich darüber wundern, wenn auf anderer Seite der Gedanke auftaucht, diese Verfassung zu ändern, wenn auch in anderer Richtung, als die Anbeter der Masse es verlangen?

Wirkungen des allgemeinen gleichen Wahlrechts

Das allgemeine gleiche Wahlrecht ist immer eine Unwahrheit gewesen, da es eine Gleichheit der Menschen voraussetzt, die sich niemals verwirklichen lassen wird. Es ist unmoralisch, indem es den Würdigen, Fähigen, Reifen genau so behandelt, wie den Unwürdigen, Unfähigen, Unreifen. Es ist endlich ungerecht, indem es tatsächlich durch die Gewalt der Masse, die Massenstimmzahl, die Gebildeten und Besitzenden entrechtet. Es war nur so lange erträglich, als die nationale und staatliche Gesinnung auch der Nichtbesitzenden und Ungebildeten die in ihm ruhenden Gegensätze ausglich; bis dahin konnte man sagen, die Vaterlandsliebe hielt die Gefahren im Zaume; mit dem Massenabfall vom Vaterlande ist das ausgleichende Moment beseitigt, und das allgemeine gleiche Wahlrecht wirkt unverhüllt zerstörend gegen den Staat, entrechtend gegenüber allen, die ihn verteidigen wollen.

Der Reichstag ist nun das Produkt dieses Wahlrechts; seine Stellung im Verfassungsleben ist abhängig gewesen von

dessen Wirkungen; die Volksvertretung muß praktisch verlieren, wenn die Zahl der Staatsfeinde in ihr wächst; sie muß an moralischem Gewicht verlieren, wenn die Erkorenen der Masse, einseitige Vertreter der Ungebildeten und Nichtbesitzenden und ihrer Interessen, in einer Zahl auftreten, die die nationale Entwicklung gefährden kann.

Seit 1890 mußte es klar sein, daß der Reichstag in wachsendem Maße dem Ansturm der Sozialdemokratie ausgesetzt sein werde; mochte man immerhin den Kaiser seinen Versöhnungsversuch machen lassen, mochten auch Caprivi und Hohenlohe zunächst der Entwicklung ihren Lauf lassen, schon um die liberalen Bedenken gegen die gesetzgeberische Bekämpfung der Sozialdemokratie durch die Tatsache ihres Überflutens ad absurdum zu führen — daß seitdem nichts geschah, ist unverantwortlich, und geradezu frevelhaft ist die Haltung Bülow's gewesen.

Wollte man der Sozialdemokratie noch nicht direkt durch staatliche Kampfmaßregeln entgegentreten, so mußte doch alles geschehen, um die aristokratischen Elemente der Verfassung zu stärken, mindestens zu erhalten, damit ein Gegengewicht gegen die Radikalisierung da sei.

Bülow tat das Gegenteil; er gewährte dem Reichstag Diäten und beeinflusste damit die Personenauswahl für die bürgerlichen Kandidaturen in ungünstiger Weise; die Diäten verlocken manchen, bei dem es dazu reicht, im Wahlkreis eine Rolle zu spielen, zu dem Streben, Abgeordneter zu werden; das Niveau der Volksvertretung sinkt, und damit werden die Abgeordneten auf der bürgerlichen Seite untauglicher, den Kampf gegen eine unfähige Regierung und gegen die staatsgefährliche Sozialdemokratie zu führen. Heute ist kein Zweifel mehr möglich, daß der Reichstag keine Volksvertretung ist, der die Achtung der staatserschaltenden Kreise des Volkes zufällt. Die Auslese auf der bürgerlichen Seite hat so gelitten, daß die politischen Köpfe zu zählen sind, womit das parlamentarische Tohwasohu erklärt ist.

Gegen das geltende Wahlrecht

Es ist möglich, daß Herr von Bethmann Hollweg trotzdem und trotz der 110 Sozialdemokraten mit diesem Reichstag fertig wird und fortwurstelt; man hat sich daran gewöhnt, so etwas „Regieren“ zu nennen. Das wird aber alle, die nicht einfach in den Tag hinein leben, nicht darüber täuschen, daß wir uns in einer politischen Zerfetzung befinden, die zum Zusammenbruche führt, falls nicht endlich dagegen angekämpft wird.

Was kann geschehen?

Der englische Staatsmann und Philosoph Lord Bolingbroke führt in seinem Essay „über den Geist des Patriotismus“ eine Bemerkung des Sokrates an:

„Wiewohl kein Mensch ein Geschäft, und sei es das niedrigste, anfängt, von dem er nichts versteht, so hält sich doch jedermann für befähigt zu dem schwierigsten aller Geschäfte, dem des Regierens.“ —

Dies trockene Wort des alten Griechen enthält ein treffendes Urteil über das allgemeine gleiche Wahlrecht, das in den Staaten mit Massenbevölkerung nichts anderes ist, als die Form der Teilnahme des einzelnen an der Regierung durch beauftragte Vertrauensmänner.

Nicht nur hält sich ein jeder für befähigt, durch die Abgabe seiner Stimme an der Regierung mitzuwirken — die Reichsverfassung geht viel weiter und erklärt jeden Deutschen über 25 Jahre, der im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte ist, hierzu für befugt, indem sie stillschweigend die Fiktion der Fähigkeit aufstellt.

Allein schon das widerstandlose Sichbeugen unter die jüdisch-sozialistischen Volksverführer hat diese Fiktion zerstört. Das allgemeine gleiche Wahlrecht ist nicht die Form, durch die eine Volksvertretung geschaffen wird, wie sie ein großes Volk in schwierigster Lage braucht. Deshalb muß grundsätzlich die Forderung erhoben werden, dies Wahlrecht zu beseitigen; wer die Dringlichkeit und Richtigkeit dieser Forde-

zung anerkennt, wird bereit sein, den Kampf darum aufzunehmen und diejenigen, die ihn führen, in jeder Weise zu unterstützen.

Zunächst sei erörtert, welches Wahlrecht an die Stelle des gleichen und allgemeinen gesetzt werden könnte.

Wahlrechtsreform

Mir scheint, daß das allgemeine Wahlrecht nicht wohl mehr beseitigt werden kann, zumal ihm die Funktion, die man dem heutigen Rechte beilegt, das „Ventil“ der öffentlichen Meinung zu sein, nicht abzusprenken ist. Das an Stelle des bisherigen tretende Wahlrecht würde also zwar allgemein bleiben, aber ungleich werden müssen.

Es ist nun die Frage, ob man ein Klassenwahlrecht oder ein Mehrstimmenrecht einführen will.

Mich schreckt der Haß gar nicht, den der bürgerliche Radikalismus und die Sozialdemokratie gegen das preussische Dreiklassensystem hegen; mag Bismarck es immerhin aus besonderem Anlaß das elendeste aller Wahlrechte genannt haben, es ist doch viel besser als sein Ruf, und man wird erwägen, ob nicht ein Mehrklassensystem sich schaffen läßt, das den rohplutokratischen Charakter vermeidet und neben dem Besitze die Bildung und die Werte schaffende Arbeit zur Geltung kommen läßt; die in der dritten Klasse wählenden Minister, denen der reiche Spekulant als Mann der ersten Klasse stolz gegenübersteht, würden dann verschwinden.

Ich wüßte nicht, weshalb die Zahl der Klassen nicht vermehrt werden könnte, ja ich nehme an, daß dies entsprechend der weiter entwickelten Differenzierung unserer gesellschaftlichen Zustände nötig wäre, und würde fünf Klassen für richtig halten. Als Hauptmerkmal käme nach wie vor die Steuerleistung in Betracht; unabhängig davon würden z. B. in eine höhere Klasse, als sie ihrer Steuerleistung entspricht, eintreten:

Männer von gesteigerter Verantwortlichkeit, wie kaufmännische und technische Leiter von Unternehmungen, die eine größere Zahl von Angestellten zu betreuen haben;

ländliche Grundbesitzer entsprechend der Größe ihres Besitzes und der Zahl der von ihnen beschäftigten Arbeiter;

ehrenamtlich in der Selbstverwaltung tätige Bürger;

höhere Beamte und akademisch Gebildete, entsprechend ihrem Wirkungskreise und der Zahl der ihnen Unterstellten;

Gewerbetreibende mit fremden Arbeitskräften usw.

Nur um Beispiele zu geben, wie ich mir die Einreihung denke, sei gesagt, daß auch der kleinste Meister, sobald er einen Gesellen hat, also über seine Familie hinaus sorgen muß, trotz niedrigster Steuerleistung in die zweitunterste Klasse käme; daß Minister und die Leiter großer Betriebe (Werste, Fabriken, Bergwerke, Handelsfirmen) in der ersten Klasse wählen würden, auch wenn ihr Einkommen sie nicht dahin verweist. Die Zwischenstufen werden sich nach dem Gedanken der Verantwortlichkeit bestimmen lassen.

Ein Umstand, der vielleicht diese Klassenbildung für das Reichstagswahlrecht erschwert, liegt darin, daß die für die Klassenbildung zugrunde zu legende Steuerleistung durch Landesrecht bestimmt ist und Verschiedenheiten aufweist; aber bei dem großen Spielraum vom niedersten bis zum Millionen-einkommen wird es sich verantworten lassen, schematisch fünf Steuerklassen zu bilden für das ganze Reich ohne Rücksicht auf die Klassen der einzelstaatlichen Gesetzgebung. Darauf sollte bestanden werden, daß, wer gar keine Steuern zahlt, auch kein Wahlrecht hat. Die Ableistung des Heeresdienstes allein begründet noch keinen Anspruch auf das Wahlrecht, da sie das Entgelt für den Schutz darstellt, den der Staat dem einzelnen gewährt.

Die technischen Schwierigkeiten der Klassenbildung werden sich leicht überwinden lassen, diejenigen der Qualifikation für eine höhere Klasse bei zweckmäßigem Vorgehen desgleichen. Nehmen wir an, es steht eine Wahl bevor und die Aufstellung der Wahllisten ist angeordnet, so erfolgt diese wie bisher; der

Wähler wird durch ein Formular benachrichtigt, daß er in die Liste aufgenommen worden sei und aufgefordert, binnen einer kurzen Frist das Formular beantwortet zurückzuschicken. Darin finden sich die Fragen, die sich auf die Qualifikationsmomente beziehen, und die unter Versicherung der Richtigkeit an Eidesstatt zu erledigen sind. Nur um Beispiele zu geben, seien einige Fragen erwähnt:

Beschäftigen Sie nicht zur Familie gehörige Arbeitskräfte und wie viele?

Sind Sie ehrenamtlich in der Selbstverwaltung tätig?

Haben Sie Grundbesitz? Von welchem Umfang?

Die Beantwortung könnte durch Verwaltungsstrafen erzwungen werden, und die beantworteten Formulare werden nun von einem nicht aus Subalternen zusammengesetzten Ausschuß von etwa drei Personen — ein Verwaltungsbeamter, ein in der Selbstverwaltung gegen Entgelt und ein ehrenamtlich Tätiger — durchgearbeitet; die sich ergebenden Qualifikationsmomente kommen durch Veretzung in die höhere Wählerklasse zum Ausdruck, die neben dem Namen des betreffenden Wählers vermerkt würde. Nach Feststellung der Klasse erhält jeder Wähler eine kurze Mitteilung, und es steht ihm innerhalb kurzer Frist ein Beschwerderecht zu, über das der erwähnte Ausschuß endgültig entscheidet.

Welches bureaukratische Hin und Her!

Wer jedoch weiß, was allein in Steuersachen hin und her geschrieben wird, den schreckt das durchsichtige Verfahren nicht, das der zweckmäßigen Verteilung des für Staat und Gesellschaft schließlich doch wichtigsten Rechtes dienen soll.

Dabei wäre zu erwägen, ob nicht gleichzeitig die Wahlpflicht einzuführen wäre.

In Betracht käme auch ein Mehrstimmenrecht, das dem meistberechtigten Wähler fünf Stimmen verleihe; bei Verleihung und Festsetzung der Zusatzstimmen wäre entsprechend dem Vorschlage für das Fünfklassenwahlrecht zu verfahren, wobei die Steuerleistung zunächst die Stimmenzahl festlegen würde und außerdem noch andere Qualifikations-

momente für die Zusatzstimmen einzuführen wären. Daß Mehrstimmenrecht bietet den Vorteil, daß man bei der Wahl selbst eine einheitliche Wählermasse hat, deren stärkeres oder schwächeres Recht nur durch den Stimmzettel zum Ausdruck kommt, während bei der Mehrklassenwahl getrennte Wählergruppen auftreten.

Man wird die psychologischen Vorteile und Nachteile beider Systeme prüfen und danach entscheiden; im Hinblick auf die Steigerung des nationalpolitischen Lebens halte ich die Einheitlichkeit der Wählermasse bei der Wahlhandlung für erwünscht, während die Klassen den organischen Gedanken eines so beschaffenen Wahlrechts nach Steuerleistung, Verdienst und Verantwortlichkeit schärfer zum Ausdruck bringen.

Bedenkliche Vorschläge

In diesem Zusammenhange sei verschiedener Vorschläge und Verlangen gedacht, die von verschiedenen Parteien in bezug auf das jetzige Wahlrecht gestellt werden.

Die Sozialdemokraten und bürgerlichen Radikalen bestehen auf Änderung der Wahlkreise, indem sie auf die Bevölkerungsverchiebung seit Schaffung der jetzigen Verfassung, und insbesondere auf das ungeheure Anwachsen der Städte hinweisen; die städtische Wählerschaft soll mehr Wahlkreise erhalten, die der ländlichen genommen werden sollen.

Dieses Verlangen zeigt die ganze formalistisch-materiellistische Auffassung, von der diese Parteien erfüllt sind; sie übersehen mehreres. Zunächst besteht ein Staat nicht nur aus Menschen, wesentlich ist ihm auch das Territorium, der Boden; beide gehören zusammen, beide sollen entsprechend ihrer Bedeutung berücksichtigt werden. Der Abgeordnete vertritt nicht nur die Menschen seines Wahlkreises, sondern auch das Stück des Staatsgebietes, das sie bewohnen — wobei man daran denken mag, von welcher ungeheurer Bedeutung Grund und Boden für eine weitausschauende inländische Kolo-

nialpolitik werden muß. Die Fragen der Ernährung, der Volksgesundheit, des Volksnachwuchses lassen das Land der Stadt mindestens gleichwertig erscheinen, und es hat den Blick fürs Ganze verloren, wer ein paar Quadratkilometer städtischen Gebietes einem Vielfachen des flachen Landes gleich stellen will, weil ersteres dichter bewohnt ist. Der Hinweis auf die größere Steuerleistung kann auch nicht den Ausschlag zugunsten der Städte geben, da ihm die größere Leistung des Landes für die Landesverteidigung gegenübersteht. Mit einem Worte, man darf sich nicht darauf beschränken, die Köpfe zu zählen, sondern man muß ins Auge fassen, was Menschen und Boden zusammen nach jeder Richtung hin für den Staatsorganismus bedeuten. Dann kommt man zur Ablehnung des Verlangens nach Vermehrung der städtischen Wahlkreise zum Schaden der ländlichen.

Die Verhältnißwahl, die von manchen Seiten als Heilmittel gegen die heutigen Übel vorgeschlagen wird, scheint mir ganz ungeeignet, denn sie geht der Krankheit nicht auf den Grund, der Unsittlichkeit und Ungerechtigkeit des allgemeinen und gleichen Wahlrechts, das sie natürlich beibehalten will. Sie ist, wie meine Vorschläge, nur durch entsprechende Änderung der Verfassung einzuführen — wenn man aber an eine solche denkt oder dazu bereit ist, soll man doch eine Umgestaltung ins Auge fassen, die wirklich Gesundheit bringt.

Von rechtsstehenden Politikern ist mehrfach vorgeschlagen worden, die Fiktion der heutigen Verfassung aufzugeben, daß jeder Abgeordnete das ganze Volk vertrete, und entschlossen zum berufsständischen Parlament überzugehen. Dieser Vorschlag hat manches für — aber ein wesentliches Bedenken gegen sich: die Verewigung der Interessentkämpfe der einzelnen Stände und ihre Erhebung zur Grundlage des politischen Lebens der Nation. Was uns not tut, das ist die Überwindung der Interessengegensätze der einzelnen Stände und Berufe durch den nationalen Gedanken; unser politisches Leben soll gehoben werden, auf daß wieder nationale Politik getrieben werden kann. Die berufsständische Vertretung aber würde es nicht

mur in den Niederungen des Vorteils einzelner Gruppen halten, sondern das Volk dauernd in solche Gruppen spalten. Wir sind ein Volk, brauchen eine Volksvertretung, die diesem Gedanken entspricht, und lehnen daher ein System ab, das eine neue Art von Ständevertretung bedeuten würde.

Wiederum die Sozialdemokraten und bürgerlichen Radikalen verlangen die Verleihung des Wahlrechts an die Frauen, selbstverständlich nicht nur bei Fortbestand des allgemeinen gleichen Wahlrechts, sondern unter Vermehrung der städtischen Wahlkreise. Diese Forderung ist für den, der den Staat als einen lebendigen Organismus betrachtet, ganz undiskutierbar. Sie zu erfüllen, hieße nichts weniger, als die sozialistischen Stimmen mindestens verdoppeln, also den Einfluß der Nichtbesitzenden und Ungebildeten steigern und verewigen.

Mit der sog. Frauenfrage, d. h. ihrem sozialen und wirtschaftlich berechtigten Inhalte, hat diese Wahnidee nichts zu tun; sie ist eine Ausgeburt des Machthungers der Radikalisierten und schon genügend gekennzeichnet nach denen, die sie erheben; eine weitere Charakterisierung erhält sie noch dadurch, daß in der Hauptsache Juden und Jüdinnen, sei es in der Presse oder durch Agitation dafür eintreten. Ich weiß sehr wohl, daß auch deutsche Frauen von unbezweifeltem Nationalgefühl sich für das Frauenstimmrecht einsetzen — bei aller Achtung vor ihnen muß ihnen offen gesagt werden, daß sie einen verhängnisvollen Fehler begehen und die Gefahr heraufbeschwören, wenn ihr Streben Erfolg hätte, nicht nur sich selbst politisch zu entrechteten, trotz des scheinbar erworbenen politischen Rechtes, sondern auch die politische Stellung ihrer männlichen Angehörigen weiter unheilbar zu verschlechtern.

Dabei will ich die moralischen und gesellschaftlichen Folgen der „Politifizierung“ der Frauen gar nicht erörtern, sie würden dergestalt sein, daß jede gebildete Frau mit unzerstörten weiblichen Instinkten den Ekel bekommen würde.

Es wird Sache der zur Mitarbeit an der Rettung unseres Volkes entschlossenen Männer sein, mit den deutschen Frauen zusammenzuwirken, damit die Frauenfrage sozial und wirtschaftlich gelöst wird — aber den politischen Wünschen gegenüber müssen sie mit allem Ernste darauf beharren: „Vestigia terrent.“

In einer Zeit, wo alle über den Tag hinaus Denkenden sich darüber klar sind, daß die männliche Bevölkerung des Deutschen Reiches politisch längst noch nicht reif ist für die vernünftige Ausübung des allgemeinen gleichen Wahlrechts, ist es ungereimt dessen Ausdehnung auf die Frauen zu betreiben, zumal niemand den Mut haben wird zu behaupten, daß gerade die Frauen für die vernünftige Ausübung besser vorbereitet seien als die Männer.

Wahlrechtsänderung

Im vollen Bewußtsein dessen, was damit gesagt wird, behaupte ich gerade in diesem Zusammenhang, daß unter vier Augen kein politisch Geschulter von den Rechtsnationalliberalen bis zu den Deutsch-Konservativen einschließlich der nicht-demokratischen Zentrumsleute das jetzige Wahlrecht verteidigt; alle erklären seine Beseitigung für unbedingt geboten — wohl verstanden, unter sich oder unter vier Augen, vor den Wählern aber klingt es anders, denn die Rücksicht auf das Mandat verleih ihnen „gekrümmte Zungen“, wie die Indianer sagten.

Unsere „Realpolitiker“ nun in der Regierung, dem Parlament und der Presse, die mit Bülow unter Realpolitik verstehen, was man bequem erreichen kann, schlimmstenfalls nach einigem Kuhhandel, werden jeden Vorschlag, der nicht eine Vermehrung der Rechte der Masse bringt, als „Utopie“ verwerfen, und erneut auf den „geistigen Kampf“ oder die „private Tätigkeit“ verweisen. Der minder bequeme, dafür seiner Ver-

antwortung aber um so mehr Bewußte wird ihnen antworten, daß einst der Wunsch nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht ebenso utopisch war, wie die Sehnsucht nach dem Deutschen Reiche, daß noch Ende der neunziger Jahre eine Flotte, wie wir sie heute haben, für eine Utopie erklärt worden wäre, wenn man daran zu denken gewagt hätte. Der Vorwurf der Utopie wird einen geschichtlich Geschulten überhaupt nicht schrecken — es gilt nur die Frage, ob eine Änderung des bestehenden Zustands politisch notwendig und sittlich gerechtfertigt ist; wird sie bejaht, so muß die Änderung um jeden Preis betrieben und durchgeführt werden.

Um jeden Preis — auch den des Konflikts oder des Staatsstreichs?

Um jeden Preis. Das klingt frivol und gewalttätig, ist es aber ebensowenig, wie wenn ein Vater sich entschließt, an einem geliebten Kinde, um sein Leben zu retten, eine schwere Operation vornehmen zu lassen. Unser Volk ist politisch sterbenskrank; um es zu retten ist eine Verfassungsänderung nötig; erwünscht ist es selbstverständlich aus den mannigfachen Rücksichten, daß sie verfassungsmäßig zustande kommt — geht dies nicht, weil die Volksvertretung sich weigert, so muß es doch geschehen, wie auch der Vater gegen den Willen des sich sträubenden Kindes die Ärzte ihr Werk verrichten lassen wird.

Nicht ausgeschlossen erscheint das Dazwischentreten auswärtiger Verwicklungen; wie die Weltlage sich jetzt gestaltet hat, steht der Friede dauernd auf des Messers Schneide. Englands Neid, Frankreichs Nachsicht und unser eigenes Bedürfnis nach Machterweiterung schaffen Gegensätze, die sich nicht beseitigen lassen, wenn wir nicht als Großmacht durch Preisgabe unseres Selbstbestimmungsrechts abtanzen wollen. Wer nun sein Volk liebt und die Krisis der jetzigen Krankheit beschleunigen möchte, wird den Krieg herbeisehnen als den Erwecker aller guten, gesunden, starken Kräfte im Volke — und wenn die Fachleute der Heeres- und Flottenverwaltung unsere Rüstung noch nicht für ganz vollendet erklären, wird er mit allen

Mitteln dafür wirken, daß wir zu diesem Kampfe, der über unsere ganze Zukunft als Staat und Volk entscheidend sein wird, so gut wie es nur irgend möglich ist, gerüstet sind. Daß wir alle, aber auch alle Hilfsmittel anwenden, um diesen Krieg siegreich zu bestehen.

Was uns bevorsteht, ist ja kein kurzer Kampf mit leichtem Niederwerfen des Gegners, sondern ein schwerer Krieg gegen eine wahrscheinlich bedeutende Übermacht der Feinde, der die ganze Kraft des deutschen Volkes in Anspruch nehmen wird.

Siegen wir, was ich hoffe, so wird eine Erhebung der Seelen eintreten, wie der große Krieg gegen Frankreich sie gebracht hat, und sie wird politisch in ähnlicher Weise zum Ausdruck kommen wie damals: ein Reichstag mit nationaler Mehrheit wird gewählt werden. Man täusche sich nicht, diese Stimmung wird vorübergehend sein, und sie muß ausgenützt werden. Dann muß die Änderung der Verfassung im Sinne der Beseitigung des allgemeinen gleichen Wahlrechts betrieben werden; dabei soll die Masse nicht sagen können, daß die Krone und die oberen Schichten ohne Gegenleistung eine Erweiterung ihrer politischen Rechte erlangt hätten — von den Opfern, die beide zu bringen haben, sei später die Rede.

Werden wir besiegt — welche Möglichkeit den Tapfern nicht schrecken wird, da ein Volk von über 65 Millionen nicht niedergelämpft werden kann; es würde sich also nur um ein vorübergehendes Unglück handeln — so wird die heutige innere Zerrissenheit sich zum Chaos steigern, das nur durch den machtvollen Willen eines Diktators zur Ordnung zurückgebracht werden kann. Die Diktatur wird, gestützt auf das Heer und die Zustimmung aller Staats-treuen, die notwendige Verfassungsreform durchführen, wobei gleichfalls die Krone und die oberen Schichten ihre politischen Opfer auf dem Altar des Vaterlandes bringen müssen.

Will kein Krieg werden, so darf die Reform nicht verschoben werden. Die Regierung und ihre Bundesgenossen unter den Parteien und sonst im Lande müssen sich offen zu ihrer Absicht bekennen, einen fertigen Vorschlag einbringen

und den verfassungsmäßigen Kampf dafür aufnehmen. Wenn alle verfassungsmäßigen Mittel erschöpft sind, dann heißt es durchhalten, und der Staatsstreich muß helfen.

Das wäre unerwünscht im höchsten Grade — aber als letztes Mittel, wenn kein andres mehr verfangen will, notwendig; da die Krone durch den Staatsstreich auch sich selbst weitgehende Opfer auferlegen würde, könnte von einer „Revolution von oben“ im hergebrachten Sinne nicht gesprochen werden.

Dem Ängstlichen, der nicht weiß, daß Selbstbehauptung die erste Pflicht des Staates ist und daß alles hierzu Notwendige, gerechtfertigt erscheint, sei gesagt, daß sittlich und politisch der Bruch des geschriebenen formellen Rechtes noch immer durch das Urteil der Geschichte gutgeheißen worden ist, wenn das Notwendige ausgeführt worden ist, im Sinne des Staates das materielle Rechte. Zudem, ihr Zaghaften, spielt nicht die jüdisch-sozialistische Propaganda jahraus jahrein mit dem Gedanken der Revolution, die für alle Zeit das deutsche Volk vernichten müßte, wenn sie gelänge. Sollen die Verteidiger des Staates sich nicht darüber klar werden dürfen, daß der Staat zur endgültigen Abwehr des Zerfalls im äußersten Notfall zum Staatsstreich berechtigt ist?

Übergang zum Parlamentarismus

Wiederholt war die Rede von den Opfern, die von der Krone und den oberen Schichten als Gegenleistung für die Verfassungsreform gebracht werden sollten; wie ist das gedacht?

Die Krone kann, wenn das allgemeine gleiche Wahlrecht durch ein solches im Sinne der obigen Vorschläge ersetzt wird, den Übergang zur parlamentarischen Verfassungsform zugestehen.

Der Streit um die beste Staatsform war immer müßig, da Männer nach Treitschkes ewigwährem Wort Geschichte machen; heute ist er es erst recht. Aber die theoretische Unter-

suchung wird feststellen, daß die Rückkehr zum absoluten Staate unmöglich ist; die Höchstleistung dieser Staatsform wurde mit Friedrich dem Großen erreicht, und selbst die Kraft dieses politischen Genies genügte gerade, um die Maschine im Gange zu halten, sie reichte aber nicht dazu aus, den Staat vor der Erstarrung zu bewahren. Darüber ist man sich klar: im absoluten Staate hängt alles von der Tüchtigkeit der obersten Leitung ab. Wenn es aber physisch unmöglich wird, sei es durch die Größe eines Staates oder die Kompliziertheit seiner Verhältnisse oder beides, daß die oberste Leitung alles selbst lenken und überwachen kann, so ist die Zeit für den Absolutismus vorüber. Das gilt für alle modernen Staatswesen längst, und natürlich auch für das Deutsche Reich.

Unser heutiger Konstitutionalismus ist eigener Art, wie er der starken Stellung der preußischen Krone gemäß den tatsächlichen Leistungen ihrer großen Träger entsprach, und zuletzt auf die Persönlichkeiten Wilhelms des Ersten und Bismarcks zugeschnitten war, wiederum ihren Verdiensten entsprechend. Nun scheint es mir von niemand bestritten zu werden, daß im neuen Kurs sowohl die Stellung der Krone, wie die des Reichskanzlers nicht gewahrt worden ist; es sei dahingestellt, ob dies auf die Dauer überhaupt möglich war angesichts der Vergrößerung und Vermehrung der Aufgaben des Kaisers und des Reichskanzlers — jedenfalls hat die nicht glückliche Gesamtwirksamkeit Wilhelms des Zweiten und die Unzulänglichkeit seiner Berater es herbeigeführt, daß die derzeitige Regierungsform als unerträglich empfunden wird; das geben ganz rechts stehende Politiker zu, die aus ihrer Erkenntnis die Folgerungen nur im Hinblick auf das allgemeine gleiche Wahlrecht nicht zu ziehen wagen. Männer bedeuten im Staatsleben alles — und gerade die Berufung und Entlassung der höchsten Beamten, im Reiche des einzigen verantwortlichen Ministers, steht allein im Willen des Kaisers, manchmal schien es, in seiner Willkür. Es ist gleichgültig, ob das Parlament Vertrauen zu seinen Beratern hat, ob es ihre Handlungen mißbilligt oder billigt —

sie sind die Vertrauensmänner der Krone und bleiben oder gehen, wie der Herrscher es will. Das führt auf die Dauer, besonders bei gehäuften Fehlern und Mißerfolgen, dazu, daß alle Unzufriedenheit, die den Beratern gilt, sich gegen die Krone wendet — zum Schaden ihrer Autorität. Die unerhörten Pflichtwidrigkeiten oberster Stellen, wie sie die sog. „Schwarze Woche“ im Spätherbst 1908 zutage förderte, und jetzt der Zusammenbruch der Marokkopolitik Bethmann Hollwegs und Ribbentrop-Waechters haben die Frage in Fluß gebracht, ob nicht der Übergang zur parlamentarischen Regierung notwendig geworden sei. Die Stimmen dafür mehren sich, und ich glaube, man wird die Bedenken dagegen ganz fallen lassen, wenn durch gleichzeitige Änderung des Wahlrechts ein Parlament gesichert wird, in dem Bildung und Besiz den gebührenden Einfluß haben; ein solches Parlament wird zur Mehrheitsbildung fähig sein und Männer in sich haben, die zur obersten Staatsleitung fähig sind. Dadurch wird der hohen Bureaucratie wieder Leben eingeflüßt, das sie aus der jetzigen Erstarrung herausreißt, wenn anders man das Versagen in den nationalen Lebensfragen als solche auffaßt.

Wohlgemerkt: Hand in Hand müssen beide Verfassungsänderungen gehen; eine Volksvertretung auf Grund des jetzigen Wahlrechts ist zur parlamentarischen Regierung nicht tauglich — die Beseitigung des allgemeinen gleichen Wahlrechts ohne den Übergang zum Parlamentarismus kann der Krone nach den Übelständen der letzten zwei Jahrzehnte nicht zugestanden werden.

Wird diese Reform vollzogen, so ist es klar, daß ein verantwortliches Reichsministerium geschaffen werden muß, und die dazu notwendigen Änderungen der Reichsverfassung werden mit den Einzelstaaten ohne zu große Schwierigkeiten vereinbart werden können.

Pflichten der oberen Schichten

Die politische Geltung der Besitzenden und Gebildeten wird durch die vorgeschlagene Reform nach zwei Richtungen gehoben werden: Der Masse gegenüber durch die Änderung des Wahlrechts, der Krone gegenüber durch den Übergang zur parlamentarischen Staatsform; sie werden dem Staate und der Gesamtheit dafür Gegenleistungen zu machen haben, durch die ihr Erwerb höherer Rechte von vornherein seine sittlich-politische Berechtigung vertieft.

Zunächst muß von ihnen verlangt werden, daß sie mit ihrer Person in viel höherem Maße als bisher der Gesamtheit dienen. Sicherlich haben sie, wo sie bisher in der Selbstverwaltung tätig waren, ihre Pflicht im verwaltungstechnischen Sinne getan, d. h. sauber und ehrlich mit verwalten helfen — aber darüber hinaus ist es schlecht bestellt mit ihren Verdiensten. Führer des Volkes zu werden, haben sie gar nicht versucht. Es ist die Rede davon gewesen, daß gerade die Gebildeten und Besitzenden sich von unserem öffentlichen Leben zurückgezogen haben, und es sind auch die Ursachen dieser unbestreitbaren Erscheinung erörtert worden, wobei zugegeben wurde, daß diese Kreise Anlaß genug haben, über die politische Entwicklung in unserem Vaterlande verstimmt zu sein. Aber ein Gefühl der Verstimmung darf das Verhalten des Mannes in den öffentlichen Dingen nicht regieren, für ihn gebe es nur einen Maßstab, den der Pflicht. Man kann doch auch die Frage aufwerfen, ob die Zustände, die jene verstimmt haben, nicht erst dadurch möglich geworden sind, daß sie schon vorher nicht das Ihrige getan haben, um unser öffentliches Leben in gesunden Bahnen zu erhalten? Und weiter, ist es nicht so, daß viele sich schon bei den Anfängen der Unerfreulichkeiten verärgert zurückgezogen haben? Ist es nicht so, daß der fehlende Widerstand dann die Entwicklung zum Ungünstigen erst recht ermöglicht hat? Dabei ist von den Bequemen, von den Gleichgültigen, und von allen denen noch gar nicht die Rede, die ihre Kraft nur dem wirt-

schaftlichen Fortkommen gewidmet haben, ohne an die Pflichten gegen die Allgemeinheit zu denken.

Alles in allem wird man nicht einen Augenblick zweifeln dürfen, daß ein großer Teil der heute beklagten Erscheinungen auf allen Gebieten des nationalen Lebens der ungenügenden Mitarbeit oder Gegenwehr der Besitzenden und Gebildeten belastet werden muß, und wenn man ihnen jetzt die Möglichkeit verstärkter Wirksamkeit gewährt, so muß verlangt werden, daß sie davon Gebrauch machen und sich dem Vaterlande zur Verfügung stellen. Sie mögen sich vor Augen halten, daß jedes politische Recht verpflichtet.

Größt-Grundbesitz

Die oberste Schicht des großen Grundbesitzes, die Inhaber der Latifundien werden sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Rücksicht auf das gemeine Wohl es nötig machen wird, daß ihr Land zum Teile öffentlichen Zwecken zur Verfügung gestellt werde, um die unaufschiebbare Agrarpolitik und innere Kolonisation zu betreiben, von denen später die Rede sein wird. Die Formen und Bedingungen, in denen solche Abtretung liegenschaftlichen Eigentums sich vollziehen läßt, werden sich zwischen dem Staate und einer nationalbewußten Aristokratie ohne Schwierigkeiten feststellen lassen. Das sollte aber für die Zukunft gerade in bezug auf die Dringlichkeit und dauernde Wichtigkeit der inneren Kolonisation bestimmt werden, daß ein Höchstmaß des Grundbesitzes eingeführt wird, und daß neue Fideikomnisse nicht mehr zugelassen werden.

Gewiß liegt hierin eine Beschränkung der privatwirtschaftlichen Tätigkeit, aber sie rechtfertigt sich daraus, daß Grund und Boden nur einmal vorhanden sind und mit allem Fleiß, so lange die Reichsgrenzen nicht erweitert worden sind, nicht größer gemacht werden können.

Größt-Industrie

Man wird sagen können, daß den wirklichen „Latifundien“ gegenüber eine auf geschichtliche Erfahrungen gestützte einheitliche Meinung vorhanden ist, die ein dem Bedürfnis der Allgemeinheit entsprechendes Verhalten des Staates gutheißt, obwohl nicht zugegeben werden kann, daß die Latifundienwirtschaft unter allen Umständen schädlich ist; für die Bewirtschaftung größter Forsten z. B. ist sie geradezu die gegebene Form. Staatliches Eingreifen ist auch gegenüber den allergrößten industriellen Betrieben angeregt worden, die viele Tausende von Arbeitern und ein Mehrfaches ihrer Angehörigen ernähren; sie sind für alle diese Menschen zu einer Macht geworden, die den staatlichen Einfluß mehr oder weniger auszuschalten scheint, gleichzeitig haben sie aber auch durch das Schwergewicht ihres Bestehens und ihrer gewaltigen Überlegenheit gegenüber kleineren Betrieben oder etwa neu gegründeten eine monopolistische Stellung inne. Was diese riesenhaften großgewerblichen und industriellen Unternehmen betrifft, deren einheitliche Leitung durch eine verantwortliche Persönlichkeit nicht mehr möglich ist, so wird man zu untersuchen haben, ob hier nicht im Interesse der Allgemeinheit eine Schranke geschaffen werden soll; Kurt Bressig hat Derartiges angeregt, und zwar unter dem Gesichtspunkte der Persönlichkeit: was ein Mann nicht mehr übersehen kann, wo die Einwirkung seiner Person auf die Mitarbeiter im weitesten Sinne ausgeschlossen ist, sei nicht haltbar.

So groß nun die Bedenken nach dieser Richtung gegen die Riesenbetriebe sind, es handelt sich doch dabei um wirklich organisch Gewordenes, das man nicht spalten, nicht zurückschrauben kann. Nehmen wir einen Betrieb wie Krupp, die großen Werfte von Blohm & Voß, Schichau u. a. — wie will man sich da eine Zerlegung denken? Solche lebendige Organismen mit eigenem großartigem Leben sind etwas anderes als Latifundien, die sich im Notfalle in kleinere landwirtschaftliche Betriebe zerlegen lassen. Sie dienen der Volksgesamtheit, sie sind, nachdem sie einmal entstehen konnten,

unentbehrlich. Derartig organisch Gewordenes trägt seine Daseinsrechtfertigung in sich; man rühre deshalb nicht daran.

Etwas anderes ist es, ob man solchen Unternehmungen die weitere Vergrößerung im allgemeinen untersagen und nur dann gestatten will, wenn ein öffentliches Interesse dafür spräche; dahin würde auch das Verbot von Vereinigungen, sog. „Fusionen“ gehören. Der für solche Beschränkungen sprechende Grund wäre die Begünstigung der Bildung neuer selbständiger Unternehmungen, der Antrieb dazu — dagegen aber spricht der gewaltsame Eingriff in die Lebensbetätigung eines wirtschaftlichen Körpers, dessen organische Entstehung und Entwicklung bis zum heutigen Stande man anerkennen muß. Entscheidend scheint mir diese letztere Erwägung, und man wird vertrauen können, daß nur der gesunde wirtschaftliche Organismus weiter wachsen kann.

Eine bedauerliche Folge der Nichtbeschränkung der Großbetriebe wird es sein, daß, wie bisher, die sog. Industriekapitäne dem politischen Leben fern bleiben werden, da ihre ganze Kraft in ihren Unternehmungen gebraucht wird; das ist ein Übelstand, dessen Größe man erst ganz erkennt, wenn man weiß, wie viel Charakter, Tatkraft, Fleiß und Erfahrungen dort vorhanden sind. Diese Herren beschwerten sich mit Recht darüber, daß in den Parlamenten kaum Männer zu finden seien, die wirklich etwas von der Industrie und ihren Bedürfnissen verstehen; fordert man sie auf, selbst zu kandidieren, so lautet die Antwort regelmäßig, man sei im Werke unabhkömmlich, es gehe mit dem besten Willen nicht. Es ist bekannt, daß die konservative Partei, um der rheinisch-westfälischen Großindustrie ihren guten Willen zu beweisen, sichere agrarische Wahlkreise für Kandidaten dieser Industrie zur Verfügung gestellt hat — aber es fand sich niemand, der kandidieren wollte. Wie anders war dies zur Zeit der industriellen Anfänge; es sei nur des alten Harfort gedacht, dessen parlamentarischer Tätigkeit man sich gern erinnern wird.

Es ist ein dringendes Bedürfnis unseres öffentlichen Lebens, daß die Industriekapitäne mit ihren Erfahrungen

zur Teilnahme gewonnen werden; möglich, daß die Reform des Wahlrechts und die dadurch herbeigeführte Hebung des parlamentarischen Niveaus diesen Führern unseres Wirtschaftslebens die Mitwirkung wieder erwünschter erscheinen läßt.

Großbanken

Ganz anders, als mit den selbst Werte schaffenden Großbetrieben liegt die Sache mit den Großbanken; hier liegt kein öffentliches Interesse vor, um diese gewaltigen Kapitalmassen in einer Hand zu lassen, auch nicht das der Geldbeschaffung im Kriegsfall. Mir scheint es richtig, eine Begrenzung des Kapitals der großen Banken herbeizuführen und ein Verbot der Kapitalvergrößerung zu erlassen. Soweit der Stand dieser Banken die Grenze übersteigt, wird eine Betriebsteilung in mehrere selbständige Banken sich durchführen lassen, wobei der äußere Rahmen als durch die Zweigstellen der einzelnen Großbanken gegeben betrachtet werden kann.

Bei dieser Gelegenheit müßte auch die Umgestaltung der Reichsbank zu einer wirklichen Staatsbank größten Stiles erfolgen.

Die sog. Fusion von Banken, deren Kapital zusammen die Grenze überschreiten würde, müßte verboten sein.

Das öffentliche Interesse sollte bei jeder Privatbank von einiger Größe durch Staatskommissare überwacht werden, deren Aufgabe es z. B. besonders wäre, die Liquidität der Bank zu sichern und zu verhindern, daß inländisches Geld durch Bankvermittlung an unsolide ausländische Unternehmungen abgegeben wird.

Warenhäuser

In diesem Zusammenhange seien auch die Warenhäuser erwähnt, die der Ruin für die mittleren und kleineren Spezialgeschäfte geworden sind, also die gefährlichsten Feinde des Mittelstandes.

Wer es im allgemeinen Interesse für geboten hält, daß der Mittelstand sich erhalte, sich wieder bilde und kräftige, der wird ein unbedingter Gegner der Warenhäuser sein und vor keiner Maßregel zurückschrecken, die den Mittelstand von diesem Würgengel befreit.

Ich halte die völlige Unterdrückung der Warenhäuser für nötig und glaube, daß sie durchführbar ist.

Die Einrede, daß Ausnahmegeetze im Rechtsstaate vermieden werden sollten, verfängt Notständen gegenüber nicht — und die Notlage des Mittelstandes rechtfertigt jede Maßregel, die zu seiner Rettung dienen kann; diesem „freien Spiel der Kräfte“ muß ein Ende bereitet werden; die mehrfach vorgeschlagene hohe Umsatzsteuer genügt für diesen Zweck nicht.

Man muß das vollständige Verbot der Warenhäuser verlangen, d. h. die Schließung der bestehenden innerhalb einer bestimmten Frist, und Neugründungen untersagen; für das Verbot müßten offene Verkaufsgeschäfte und Versandhäuser ins Auge gefaßt werden, die Waren mehrerer — die Zahl wäre durch Gutachten der in Betracht kommenden mittelständischen Interessenvertretungen zu ermitteln — nicht verwandter Produktionszweige zum Verkauf stellen und ein Verkaufspersonal haben, das eine bestimmte, wiederum geeignet festzusetzende Zahl übersteigt. Das wären also die wesentlichen Merkmale: Das Übergreifen auf verschiedenartigste, gar nicht verwandte Warengattungen und der Umfang, letzterer gemessen an der Zahl der Verkaufsgehilfen.

Bei dieser entschlossenen Rettungsaktion für den Mittelstand müßten auch Vorkehrungen getroffen werden, die dem Unwesen der Filialen und dem Wettbewerb der Konsumvereine Einhalt gebieten.

Die Reichsreform als Ganzes

Die letzten Erörterungen bezüglich der Großbanken und Warenhäuser haben schon in Einzelfragen hineingeführt, die mit den grundsätzlich bei der Reichsreform geforderten Gegenleistungen der Gebildeten und Besitzenden an sich ursächlich nichts zu tun haben, die aber aus Zweckmäßigkeit an dieser Stelle mit erledigt werden konnten; zusammenfassend sei darauf hingewiesen, daß mein Reformvorschlag ein einheitliches Ganzes ist, das dahin umschrieben werden kann:

Ersatz des allgemeinen gleichen Wahlrechts durch eingeeignetes Klassen- oder Mehrstimmenwahlrecht bei gleichzeitigem Übergang zum parlamentarischen System unter persönlichen Gegenleistungen der Gebildeten und Besitzenden auf dem Gebiete der politischen Arbeit.

Mir scheint es nicht zweifelhaft, daß durch eine solche Reform die Grundlage für ein gesundes politisches Leben der Nation geschaffen werden kann; der Ekel, der ihm die ernstesten und wertvollsten Kräfte entfremdet hat, wird verschwinden, und wir werden es wieder erleben, daß Männer von großer Auffassung und tiefer Kenntnis des deutschen Volkes und seiner Bedürfnisse sich dem Vaterlande für die politische Arbeit zur Verfügung stellen. Während die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen durch gesetzliche Maßnahmen eingeführt und gesichert werden, läßt die politische Mitarbeit sich nicht gesetzlich erzwingen, aber man wird darauf bauen dürfen, daß sie gerne geleistet wird, wenn erst die Möglichkeit erspriesslichen Schaffens sich wieder zeigt.

Rampf gegen den Umsturz

Damit wäre also das politische Leben gesundet — aber, wie man sofort bemerken wird, nur soweit es sich parlamentarisch abspielt; das öffentliche Leben außerhalb des Parla-

menten würde sich kaum ändern, vielleicht sogar noch mehr verwildern, indem die Sozialdemokratie durch das Schlagwort von der Entrechtung des Volkes die Massen weiter verhezen würde; wer denkt nicht an die Möglichkeit revolutionärer Erhebungen?

Deshalb ist es unter allen Umständen nötig, gesetzgeberische Maßnahmen zu treffen, die den volks- und staatsverräterischen Hezern das Handwerk gründlich legen.

Die erste Antwort auf diese Forderung ist wieder der Schreckensschrei über das verlangte Ausnahmegesetz. Demgegenüber sei ganz allgemein ausgesprochen, daß es nichts Bequemereres gibt, um die Untätigkeit gegenüber einem gefährvollen Zustande zu rechtfertigen, als die Berufung auf derartige Maximen, daß Ausnahmegesetze mit dem Rechtsstaate unvereinbar seien; das sind im Grunde nichts anderes als Phrasen, die den Mangel an Mut, oder Gewissen oder Erkenntnisfähigkeit verschleiern sollen. Der Rechtsstaat ist und bleibt Staat; seinem Zwecke und Wesen nach muß er sich selbst erhalten und behaupten; er muß alles tun, was zur Erfüllung dieser seiner Uraufgabe notwendig ist; weil er Rechtsstaat ist, darf dies nicht geschehen durch willkürliche Anordnungen des Staatsoberhauptes oder durch willkürliche Handlungen der Verwaltung (Polizei), sondern auf Grund gesetzlicher, allgemein gültiger Bestimmungen.

Solche Bestimmungen widersprechen dem Wesen des Rechtsstaats ebensowenig, wie etwa das Strafgesetzbuch, das man mit dem gleichen Unrecht ein Ausnahmegesetz nennen könnte, wie das frühere Sozialistengesetz, dessen Folgen doch nur der Bürger fühlen mußte, der sich gegen die Sicherheit des Reiches vergangen hatte.

So wie bisher, kann und darf es mit dem Gewährenlassen der Sozialdemokratie gegenüber nicht weitergehen — darüber sind alle ernstesten Patrioten einig.

Über zwanzig Jahre lang hat man den Teil unseres

Volkes, der infolge geringerer Bildung und Einsicht gegen die Schlagworte der Sozialdemokratie geistig und moralisch nicht zum Widerstande fähig ist, der Agitation durch Presse und Versammlungspredner ausgesetzt; was das heißt, beurteilt man nur richtig, wenn man den Ton dieser Zeitungen kennt und es erlebt hat, mit welchen Mitteln die Agitatoren in Versammlungen arbeiten. Angesichts dieser Volksvergiftung ist es eigentlich zu verwundern, daß wir die offene Revolution noch nicht haben. Die besseren Instinkte sind noch nicht völlig ertötet, der Sinn für Ordnung noch nicht ganz zerstört. Aber wie lange wird es dauern, bis die Zügellosigkeit alle Anhänger der Sozialdemokratie ergriffen hat?

Wie sehr der Respekt vor der Staatsgewalt und die Achtung vor fremdem Rechte erschüttert sind, zeigen die Vorgänge jedes Streiks und mancher offene Aufruhr in Großstädten.

Das Übel darf sich nicht einfressen, und es ist die unbedingte Pflicht des Staates, rücksichtslos der weiteren Verheerung zu wehren; die bürgerliche Gesellschaft wird ihn dabei unterstützen müssen, wenn sie nicht Selbstmord begehen will.

Aber was soll man tun?

Man greife zurück auf den Entwurf des Sozialistengesetzes, den Bismarck im Jahre 1878 dem Reichstag vorgelegt hat und lasse ihn Gesetz werden ohne die Verwässerungen, die damals vom Parlament beliebt wurden. Danach wäre zu verbieten alles, was Bestrebungen dient, die darauf ausgehen, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu untergraben oder solches befürchten lassen; also Versammlungen, Vereine, Zeitungen, Zeitschriften solcher Tendenz werden nicht geduldet, im übrigen müssen alle die Vorbeugungsmaßregeln eingeführt werden, die der Entwurf vom September 1878 vorsah.

Aber man muß einen Schritt weitergehen.

Eine radikale Arbeiterpartei, die auf dem Boden des Staates, der Nation, der Monarchie steht, kann unser öffentliches Leben verdauen, vielleicht sogar ganz gut gebrauchen,

um die Gewissen gegenüber jeder Hinneigung zu einer „Bourgeoispolitik“ nötigenfalls zu wecken — nicht aber eine dem Anarchismus zutreibende Vertretung der Massen, die dem eigenen Volke, dem eigenen Vaterlande die Absage erteilt hat.

Eine Mauferung der Sozialdemokratie unter jüdischer Führung ist ausgeschlossen, auch eine langsame Abwendung vom Internationalismus. Es heißt deshalb, der Masse die Gelegenheit zur Umkehr oder zum Haltmachen dadurch zu bereiten, daß man sie von der jetzigen Führerschaft befreit, indem alle Reichstags- und Landtagsabgeordneten, alle Parteibeamten, alle Herausgeber, Verleger, Redakteure sozialistischer Zeitungen und Zeitschriften, alle sozialistischen Gewerkschaftsführer — kurz alle im Dienste der sozialistischen Propaganda Stehenden aus dem Deutschen Reiche ausgewiesen werden; dasselbe gilt natürlich auch für alle Anarchisten.

Man wird nicht sentimental sein dürfen, wo die Befreiung des Volkes von den Treibern in die Verwilderung verlangt wird; wer sich selbst für volklos erklärt — etwas anderes ist der „internationale“ Sozialdemokrat nicht —, wer sich darin gefällt, immer wieder die unversöhnliche Feindschaft gegen Staat, Gesellschaft und Monarchie zu verkünden, der darf sich nicht darüber wundern, wenn diese endlich die Geduld verlieren. Ein solcher Feind seines Vaterlandes hatte längst das Recht verwirkt, als gleichberechtigter Bürger mit allen Rechtsgarantien behandelt zu werden und dabei unter dem Schutze der Gesetze seine zerstörende Arbeit der Volksverhöhnung verrichten zu können. Wenn ihm jetzt die Türe des verhaßten Vaterlandes gewiesen wird, so geschieht ihm ja nach seiner Meinung gar nichts Schlimmes; er mag in den gepriesenen Ländern der angeblich echten Freiheit sein Glück versuchen — vom Deutschen Reiche sei er ausgestoßen, wie er sich von ihm geschieden hat.

Wird der sozialistischen Bewegung so durch Ausweisung

der Führer und durch Unterdrückung der Presse die geistige Leitung entzogen, wenn man das Wort geistig in diesem Zusammenhange nicht für entweiht hält, so muß natürlich damit gerechnet werden, daß damit der Sozialismus keineswegs tot ist. Der Kampf ist aufgenommen und beginnt, und der Staat muß entschlossen sein, von den Verteidigungsmitteln Gebrauch zu machen, die das neue „Umsturzgesetz“ ihm verleiht: jeder neu auftretende Führer muß sofort des Landes verwiesen werden, wenn er revolutionär wirkt; jede parteilos gegründete Zeitung, die Miene macht, sozialistisch im Sinne der Staatsfeindlichkeit zu werden, muß unterdrückt werden; jede Versammlung ist aufzulösen, die im Sinne der sozialistischen Propaganda mißbraucht zu werden droht. Man muß auch mit bewaffnetem Widerstande rechnen, der unbedingt niederzuschlagen wäre, indem man daran denkt, daß entschlossenheit und rasches Eingreifen im Ergebnis viel weniger grausam ist, als das zaghafte und zögernde, das den Übermut der Gesetzlosen nur reizt.

Reform des öffentlichen Lebens

Uber auf diese Abwehrmaßregeln darf man sich nicht beschränken; sie liegen dem Staate ob; gleichzeitig muß die Gesellschaft alles tun, um die Massen dem Vaterlande zurückzugewinnen. Gemeinnützige Gesellschaften werden die Herausgabe billigster Tageszeitungen in die Wege leiten, um das Volk mit unvergiftetem Lesestoff zu versorgen, und damit die Lücke schließen, die durch die Unterdrückung der sozialistischen Presse entstanden ist; eine großzügige nationale Versammlungstätigkeit muß einsetzen, wobei die Besten aller Stände und Berufe an der Versöhnung mitarbeiten werden; vaterländische Festfeiern für das Volk sind zu veranstalten — kurz, es ist nachzuholen, was in den Jahren ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwungs nach der Reichsgründung, und nachher in den Jahren der Erbitterung versäumt worden ist: wir müssen

den „Kampf um die Seele des Volkes“ aufnehmen, wie man es mit einem schönen Schlagwort umschrieben hat. Die Heeresverwaltung wird die bürgerliche Gesellschaft in diesem Bemühen unterstützen und Gelegenheit bieten, daß den Soldaten Vorträge aus der deutschen Geschichte gehalten werden — kurz, die zu solchem Ehrendienst Fähigen und Berufenen in Stadt und Land werden ihr Bestes daran setzen, um die Gegensätze auszugleichen, die man mit bösem Willen bis zur Feindseligkeit verschärft hat.

Möglich, ja wahrscheinlich, daß uns bei solchem Vorgehen gegen die Sozialistengefahr einige schlimme, ruhelose Jahre bevorstehen — das hilft nichts und wir müssen hindurch. Aber das wollen wir doch abwarten, ob nicht Friede und Eintracht in deutschen Gauen wiederkehrt, wenn erst einmal die Erreger der Zwietracht beseitigt sind und ferngehalten werden. Aber, wenn man den Kampf aufnehmen will, muß man sich darüber klar sein: keine Halbheit, keine Schwäche, keine Sentimentalität — ganze Arbeit mit festem, hartem Willen. Denkt daran: wenn die Sozialdemokratie zur Herrschaft käme, würde sie sentimental verfahren? Es läuft mancher auf deutschem Boden herum, der ein „kleiner Robespierre in statu nascendi“ ist.

Schutz der Arbeitswilligen

In dem anzustrebenden Sozialistengesetz, wenn man will, der neuen „Umsturzvorlage“ muß unbedingt auch der Schutz Arbeitswilliger gegen Angriffe und Behelligungen durch die Streikenden in Ausstandszeiten ausgiebig geregelt werden; es war nicht zuviel gesagt, wenn jetzt im Herrenhause die bisherige Passivität des Staates nach dem Scheitern der früheren, allerdings höchst unglücklichen Umsturzvorlage als „Bankrott der Staatsgewalt“ bezeichnet worden ist.

Es wird zweckmäßig sein, den Schutz Arbeitswilliger nicht nur durch Bestrafung der Zuwiderhandelnden zu sichern,

sondern auch nach Möglichkeit strafbaren Zuwiderhandlungen gegen die Schutzvorschriften vorzubeugen; das liegt recht eigentlich im Interesse der Streikenden selbst, die dadurch vor strafbaren Handlungen bewahrt werden.

Ich denke an ein Verfahren, das in der Konsequenz der *caution of misdemeanour* des englischen *common law* liegt: steht ein Streik bevor, so soll der dadurch betroffene Arbeitgeber — bei mehreren alle zusammen und jeder einzelne — befugt sein, den geographischen Bezirk, in dem sein Betrieb liegt, unter Streitschutz zu stellen; die Verwaltungsbehörde würde dann den Befehl erlassen, daß im Umkreis von *sound-*soviel Kilometern (dessen Umfang nach dem Schutzzweck im einzelnen Falle festzusetzen sein wird) von dem oder den betroffenen Betrieben jede Ansammlung von Personen, jedes Aufstellen von sog. Streikposten, jedes Anreden Arbeitswilliger durch Angehörige der Streikpartei an sich verboten wird. Wer gegen dies Verbot verstößt, ohne sich sonst einer strafbaren Handlung schuldig zu machen, kann in Sicherungshaft genommen werden, und die Verwaltungsbehörde hat das Recht je nach der größeren oder geringeren Gespanntheit der Lage im Streikgebiet diese Haft auf die ganze Dauer des Streiks auszudehnen. Streikgebiet kann also sowohl eine einzelne Fabrik sein mit dem Umkreis, der eine Belästigung und Überwachung der Arbeitswilligen beim Ab- und Zugang unmöglich macht, aber auch ein großer Bezirk, wie z. B. das ganze Kohlenrevier.

Die Haft ist Sicherungshaft und dieser ihr Charakter müßte streng aufrecht erhalten werden; sie darf keinesfalls als Strafhaft behandelt werden; dagegen müßte es zugelassen werden, daß die von der Haft Betroffenen außerhalb des Streikgebiets untergebracht würden, ja dies könnte unter Umständen geradezu unbedingt nötig werden.

Das Verfahren ist summarisch; es muß nur festgestellt werden, daß der Betroffene den Streitschutz verletzt hat; ist dies der Fall, so folgt der Ausspruch der Behörde, und zwar nicht kollegial und ohne Begründung; Beschwerde an die

unterste kollegiale Verwaltungsinstanz ist zulässig, aber kein weiterer Refuz.

Ein derartiges Verfahren bietet gegenüber den Abstufungen des Belagerungszustands den Vorteil größerer Elastizität; es wird vorbeugend wirken, wobei natürlich vorausgesetzt wird, daß eine zu jedermanns Kenntnis kommende Bekanntmachung vorgegangen sein muß.

Soweit gesetzliche Bestimmungen zum Schutze der persönlichen Freiheit einem derartigen Streikschutz im Wege stehen, müßte natürlich entsprechende Änderung vorgenommen werden.

Die Presse

Schon wiederholt ist der Rolle gedacht worden, die die Presse, d. h. die jüdisch=sozialistische und jüdisch=pseudo=liberale Presse als Mitveranlasserin der mannigfachen Schäden spielt, an denen jetzt unser Volksleben leidet, und zuletzt ist darauf hingewiesen worden, daß zur wirkungsvollen Bekämpfung der Sozialdemokratie die vollständige Unterdrückung ihrer Parteipresse notwendig ist.

Über damit sind die Übel nicht beseitigt, die von der Presse kommen, da auch außerhalb der sozialistischen manche Quelle des Unheils fließt. Man denke nur an die verwüstende Tätigkeit der Berliner jüdisch=radikal=demokratischen Zeitungen vom „Berliner Tageblatt“ bis zur „Welt am Montag“, und man weiß, daß fast in jeder größeren Stadt ähnliche Blätter erscheinen, die, ohne sich zum Sozialismus zu bekennen, durch ihre zerlegenden Publizistik schließlich gerade so schädlich wirken, wie die anarcho=sozialistischen. Nichts steht solchen Blättern fest, nichts ist ihnen heilig; ohne Ehrfurcht und Scheu wird mit flacher Austerlogik alles Bestehende vor den Richterstuhl der sog. Vernunft gezogen; nur eines ist sicher vor ihren Angriffen, das unantastbare Judentum. Die Redakteure sind Juden oder durch ihre Schule gegangen, von ihnen ab-

hängig, und was sie schreiben, entspringt jüdischer Gesinnung oder entspricht jüdischer Auffassung.

Diese Presse ist die stärkste Waffe des Judentums: sie schlägt oder schweigt tot, was ihm gefährlich werden könnte, je nach der Lage des Falles; sie gibt das Bild der besten nationalen Bestrebungen verzerrt als halbverrückten und blutgierigen Chauvinismus wieder; sie ist der Erreger sich jagender Sensationen, die den Geschmack und das Urteil der Leser in gleicher Weise verwirren; sie ist Prophetin des ödesten Materialismus, zu dem eine widerliche Verhimmelung des Friedens und aller sog. Friedensbestrebungen gar nicht im Widerspruch steht. Was männlich und aufrecht ist in unserm Volke, dem ist diese Presse feind — sie imponiert ihren Lesern durch vorgetäuschte Unabhängigkeit und Freiheitsliebe; Männerstolz vor Königsthronen wird gerne markiert, und die guten Leser merken nicht, was dahinter steckt. Unser Volk muß eigentlich im Kerne unverwundlich sein, daß es dieser Presse noch nicht gelungen ist, die letzten Bande der Ordnung zu lösen — aber nicht länger dürfen wir es solcher Einwirkung aussetzen, und deshalb muß eine Reform des Preßrechts gefordert werden, in der alle Erfahrungen des bisherigen Zustands unter dem Gesichtspunkt beachtet werden, daß die weitere Vergiftung des Volkes verhindert wird.

Hier liegt eine der allerschwierigsten Teilaufgaben der Reichsreform, da die Freiheit der Presse — nicht die Zügellosigkeit — unter keinen Umständen geopfert werden darf; wir brauchen die freie Presse für unser nationales Leben, eine Presse von Deutschen für Deutsche in deutschem Geiste geschrieben, und wir können uns eine gesunde, freie, hochgemute Entwicklung gar nicht denken ohne eine solche Presse. Dabei muß des unverjährenen Verdienstes gedacht werden, das in diesen schweren Zeiten die sog. nationale Presse sich um unser Volk erworben hat; sie hat die Fahne des deutschen Gedankens hochgehalten, mit gesundem In-

stinkte die Ideale unseres Blutes vertreten, und es verstanden, männlich und tapfer nach oben wie nach unten ihre Unabhängigkeit zu wahren. Dafür ist sie von den Blättern der andern Seite als reaktionär, alldeutsch, chauvinistisch verschrien worden, was weder sie, noch ihre Leser irre gemacht hat, und ich glaube, man könnte die Behauptung aufstellen: wer den Kreis der bewußten Deutschen heute umschreiben wollte, der müßte die Leser der nationalen Presse ermitteln. Es läge nahe, hier die Blätter zu nennen, die sich diesen Ehrennamen verdient haben, aber da immerhin die Gefahr besteht, eine Zeitung zu übergehen, die es verdient hat, genannt zu werden, unterlasse ich die Aufzählung, überzeugt, daß sowohl meine Leser, wie die Zugehörigen der nationalen Presse wissen, wem dieser Dank gilt.

Nicht nur schwierig ist die Aufgabe, das Preßrecht dem Bedürfnis des gesunden nationalen Lebens entsprechend umzugestalten, sie wird auch die feinste sein, die man sich denken kann, da das gesunde geistige Leben nicht unterbunden werden darf; alles, was aussieht wie eine Anebelung, muß vermieden werden, auch alles, was einer Mißachtung des Geistigen ähnlich sähe.

Mit so groben Mitteln, wie der Verstaatlichung des Anzeigenteils oder dem Anspruch der Regierung auf weißes Papier in jedem Blatte zur Verteidigung ihrer Politik, ist nichts geschafft — mit dem ersten will man den Einfluß der Inserenten auf die Haltung der Blätter beseitigen, mit dem zweiten die Leser nicht einfach der Wirkung des vielleicht staats- und gesellschaftsfeindlichen redaktionellen Teiles sozialdemokratischer und radikaler Blätter überlassen, sondern ihnen auch zur Kenntnis bringen, was die Regierung zu sagen hat.

Möglich, daß die Unterdrückung der sozialistischen Presse und das, was ich nachher hinsichtlich der Fernhaltung des Judentums vom öffentlichen Leben vorschlagen werde, schon genügt, um unser Preßwesen gesunden zu lassen — aber bei dieser Hoffnung darf man sich nicht beruhigen, sondern man muß eine gesetzgeberische Lösung versuchen, die den nachteiligen

Folgen des „freien Spiels der Kräfte“ auf diesem für das geistige, sittliche, politische Leben des Volkes entscheidend wichtigen Gebiete dauernd vorbeugt.

Man wird das Vertrauen haben dürfen, daß die Herausgeber und Redakteure der nationalen Presse gewissenhafte und treue Berater sein werden, wenn es gilt, diese schwierigste und feinste Aufgabe der geistigen Reform in Angriff zu nehmen; jeder, der unsere Presse einigermaßen kennt, ist in der Lage die Namen zu nennen, die in einem Ausschuß zur Vorbereitung und Durchführung der Preßreform vertreten sein müßten.

Die Juden unter Fremdenrecht

Eine Gesundung unseres Volkslebens, und zwar aller seiner Gebiete, kulturell, moralisch, politisch, wirtschaftlich, und die Erhaltung der wieder gewonnenen Gesundheit ist nur möglich, wenn der jüdische Einfluß entweder ganz ausgeschaltet oder auf das Maß des Erträglichen, Ungefährlichen zurückgeschraubt wird.

Bei der Erörterung des nach dieser Richtung Notwendigen wird man sich darüber klar sein, daß der Unschuldige mit dem Schuldigen leiden muß — aber so sehr derartige dem gerechten Deutschen schmerzlich sein mag: es ist besser, eine gewisse Zahl hochstehender Juden leidet unter der Schuld ihrer minder wertvollen Stammesgenossen, als das ganze deutsche Volk wird durch das Gift dieser letzteren zugrunde gerichtet. Es rächt sich eben an den guten Juden vor allem der Fehler, den sie aus dem Gefühl der Rassenolidarität begangen haben, als sie nicht selbst dafür eintraten, daß die Einwanderung aus dem Osten im Augenblick der Emanzipation verboten wurde.

Daß heute die Grenzen vollständig und rücksichtslos gegen jede weitere jüdische Einwanderung gesperrt werden, ist unbedingt geboten, genügt aber längst nicht mehr. Ebenso selbstverständlich ist es,

daß die fremden Juden, die noch kein Bürgerrecht erworben haben, schnellstens und rücksichtslos bis auf den letzten Mann ausgewiesen werden — aber auch das genügt nicht.

So hart es der deutschen Gerechtigkeit wird: wir müssen die Rechte der ansässigen Judenschaft allgemein beschränken, so leid es jedem einzelnen von uns tun wird, wenn der Gute neben dem Schlechten getroffen wird; in solchem Falle darf man nur auf die Notwendigkeit sehen und muß sein Herz dem Mitleid verschließen; jedes Zugeständnis an unverdient Leidende würde die Ringe der Rüstung lösen, die wir uns schaffen müssen.

Die Forderung muß sein: die Landansässigen Juden werden unter Fremdenrecht gestellt.

Die Vorfrage lautet: wer ist Jude, und schon sie muß mit Härte beantwortet werden, indem man zwar den Glauben als ursprüngliches Erkennungszeichen ansieht, aber die Rassenangehörigkeit ins Auge faßt und auch den vom jüdischen Glauben Abgewandten als Juden behandelt, gleichzeitig auch für die Nachkommen von Mischehen an dem alten germanischen Grundsatz festhält, daß sie der „ärgeren Hand“ folgen. Man müßte, um durchzuschlagen, bestimmen: Jude im Sinne des geforderten Fremdenrechts ist jeder, der am 18. Januar 1871 der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat, sowie alle Nachkommen von Personen, die damals Juden waren, wenn auch nur ein Elternteil jüdisch war oder ist.

Man mag diese Zeitbestimmung willkürlich finden, wie sie es tatsächlich ist, wird aber zugeben müssen, daß praktisch eine solche zur Feststellung des Begriffs „Jude“ erforderlich ist; es mag geprüft werden, ob der Stichtag früher oder später gelegt werden soll.

Als Jude würde also nach dem obigen Vorschlage behandelt z. B. der Enkel eines im Jahre 1875 zum Protestantismus übergetretenen Juden, dessen Tochter einen Nichtjuden, z. B. Offizier geheiratet hatte. Dies klingt im Sinne unserer

bisherigen Nachgiebigkeit unerhört, ist es aber den Tatsachen gegenüber nicht: denn die Erfahrung lehrt, daß solch ein Kind rassistig wirklich der ärgeren Hand folgt.

Im vollen Bewußtsein dessen, was damit verlangt ist, wird diese Begriffsbestimmung vorgeschlagen, ja gerade im Hinblick auf die verhängnisvolle Rolle der Halbblütigen, durch deren Vermittlung der jüdische Geist, jüdische Gesinnung als Naturfolgen jüdischen Blutes in die obersten Schichten unseres Volkes eingedrungen sind und einzubringen drohen; auch hier heißt es, nicht nur für die Zukunft verhindern, sondern gut zu machen, was bereits verfehlt worden ist.

Sonach stünde fest, wer Jude ist und unter Fremdenrecht gestellt werden soll; was aber soll das Fremdenrecht bestimmen? Es soll den Strich zwischen Deutschen und Juden ziehen und die Möglichkeiten einschränken, eine volksschädigende Wirkung auszuüben. Dahin gehören folgende Maßnahmen:

Den Juden bleiben alle öffentlichen Ämter verschlossen, einerlei ob gegen Entgelt oder im Ehrenamt, einerlei ob für Reich, Staat und Gemeinde.

Zum Dienst in Heer und Flotte werden sie nicht zugelassen.

Sie erhalten weder aktives, noch passives Wahlrecht. Der Beruf der Anwälte und Lehrer ist ihnen versagt; die Leitung von Theatern desgleichen.

Zeitungen, an denen Juden mitarbeiten, sind als solche kenntlich zu machen; die andern, die man allgemein „deutsche“ Zeitungen nennen kann, dürfen weder in jüdischem Besitz stehen, noch jüdische Leiter und Mitarbeiter haben.

Banken, die nicht rein persönliche Unternehmen einzelner sind, dürfen keine jüdischen Leiter haben.

Ländlicher Besitz darf in Zukunft weder in jüdischem Eigentum stehen, noch mit solchen Hypotheken belastet werden.

Als Entgelt für den Schutz, den die Juden als Volk fremde genießen, entrichten sie doppelte Steuern wie die Deutschen.

Ich höre und sehe, wie man im Geiste die Hände über dem Kopfe zusammenschlägt über die kalte Grausamkeit dieser Vorschläge — wenn man sie nicht gar als Ausgeburten einer kranken Phantasie betrachtet, um so mehr als man sich in den harmlosen Kreisen des liberalen Bürgertums längst daran gewöhnt hat, mit den Juden über ihre mangelnde Gleichberechtigung zu zetern, weil sie noch nicht oder nicht allgemein Offiziere, Richter, Verwaltungsbeamte werden. Deshalb stöhnen sie über Mißhandlung, fehlende Gerechtigkeit und gefallen sich darin, die Gefnechteten zu spielen. Und doch ist es umgekehrt. Niemals in der Geschichte ist ein großes, begabtes, tüchtiges Volk so schnell und widerstandslos unter den Einfluß und die geistige Führung eines fremden Volkes von völlig anderer Veranlagung gekommen, wie jetzt das deutsche unter die jüdische Leitung.

Wohlgemerkt: es handelt sich nicht um die Milliarden, die das an Zahl kleine Judentum unter den Deutschen angesammelt hat, zum Teil unter Anwendung von Mitteln, die gesetzwidrig und gewissenlos waren und sind — es handelt sich nicht um das Wirtschaftliche, obwohl auf diesem Gebiet ernste Gefahren liegen. Uns kommt es darauf an, die Seele des deutschen Volkes zu retten, und da wir erkannt haben, daß der Mangel an Instinkt, die Harmlosigkeit, die fehlende Selbständigkeit unseres Volkes gerade dem jüdischen gegenüber so groß sind, daß der einzelne sich nicht selbst schützen kann, so muß der Staat den Schutz übernehmen, indem er, dem Zwange der Notwendigkeit folgend, harte Gesetze erläßt.

Man wird sagen, glaubst du, daß ein ehrenhafter Jude sich solchen Gesetzen unterwirft? Er wird den Staub des unwirtlichen deutschen Bodens von den Füßen schütteln und sich anderwärts eine Heimat suchen. Hart, aber unvermeidlich.

Und der Rest charakterloser, allem sich unterwerfender Juden bleibt? Mit dem wird man fertig werden — denn die Schwäche der deutschen Abwehr dem Judentum gegenüber

liegt recht eigentlich darin, daß so ziemlich jeder, der im öffentlichen Leben steht, einen oder mehrere einwandfreie Juden kennt; nach ihnen richtet er seine Gedanken, wenn sie sich mit der Judenfrage beschäftigen, das Mitleid mit ihnen macht ihn schwach. Das ist menschlich begreiflich — aber, wo es um die Zukunft unseres Volkes geht, müssen wir die Schwachheit von uns tun.

Die Zionisten

Wer in den Juden Angehörige einer fremden Rasse sieht, die trotz der Teilnahme an allen Gütern unserer Kultur nicht zu Deutschen geworden sind, weil sie es eben infolge einer grundverschiedenen Veranlagung nicht werden können, der muß es begrüßen, daß unter den Juden selbst die nationalistiche Bewegung, der sog. Zionismus mehr und mehr Anhänger gewinnt. Man kann vor den Zionisten nur Achtung haben; sie bekennen offen und ehrlich, daß ihr Volk ein Volk für sich ist, dessen Grundeigenschaften unerschütterlich sind und durch ein fast zweitausendjähriges Leben der Staatlosigkeit und zwischen Fremden nicht zerstört wurden; sie erklären auch ohne Rückhalt ein wirkliches Aufgehen der jüdischen Fremdlinge unter ihren Gastvölkern für unmöglich kraft des Naturgesetzes der Rasse, das stärker ist als das äußerliche Sich-Anpassen an die Verhältnisse der fremden Umgebung.

Die Zionisten bestätigen durchaus, was die auf dem Standpunkt der Rasse stehenden Gegner der Juden längst behaupten, und wenn sie auch im Verhältnis zur Gesamtheit ihrer Rassegenossen eine kleine Schar sind — die Wahrheit, die sie verkünden, kann nicht mehr mundtot gemacht werden. Deutsche und jüdische Nationalisten sind in bezug auf die Unzerstörbarkeit der jüdischen Rasse einer Meinung — wer will also den Deutschen das Recht streitig machen, daraus die notwendigen politischen Folgerungen zu ziehen?

Anderere Volksfremde

W eil wir von den Juden als Volksfremden gesprochen haben, so seien auch in diesem Zusammenhange die übrigen Volksfremden behandelt, deren Zugehörigkeit zum Deutschen Reiche den Deutschen Nöte bereitet; hierher gehören die Polen im Osten, im Westen die Franzosen und die Dänen im Norden. An die Spitze der Erörterung hierüber sei der Satz gestellt, den seinerzeit der jetzige Reichskanzler als preußischer Minister oder als Staatssekretär des Reichsamts des Innern ausgesprochen hat: in der Einleitung der Reichsverfassung ist festgelegt, daß der ewige Bund zwischen den Fürsten der Einzelstaaten geschlossen werde zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes; des deutschen Volkes.

Nebenbei gesagt, gilt dies auch den Juden gegenüber, aber es sei hier unterstrichen, daß ein deutscher Minister sich zu dieser Auffassung bekannt hat — für jeden Franzosen, Engländer, Italiener ist es selbstverständlich, daß sein Staat die Aufgabe hat, die Wohlfahrt des Staatsvolkes zu pflegen; die Nationalen unter den Deutschen müssen dankbar sein, wenn ein Minister den Mut hat, solches vor seinen den Fremden zugeneigten Landsleuten auszusprechen — aber sie erleben dann, daß derselbe Staatsmann es bei den Worten läßt oder, mit höherer Verantwortung belastet, als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident dem früher verkündeten Grundsatz direkt und standhaft zuwiderhandelt.

Die Polen

W as zunächst die Polen betrifft, so braucht hier über die Bedeutung der Polenfrage für den Bestand Preußens und die Sicherheit des Reichs kein Wort gesagt zu werden.

Aber wiederholt werde, wenn es auch schon tausendmal gesagt ist, daß die ganze kraftvolle Polenpolitik,

wie sie in der Tätigkeit der Ansiedlungskommission zum Ausdruck gekommen ist, zusammenbricht, wenn nicht noch im Jahre 1912 mit der Enteignung Ernst gemacht wird.

Der Reichskanzler und der Landwirtschaftsminister von Schorlemer-Dieser versichern immer wieder, daß die starke Politik fortgesetzt werde, und dasselbe tun die Offiziösen; aber sie handeln entgegengesetzt, d. h. sie tun gar nichts; indessen wird der polnische Grundbesitz von Tag zu Tag vermehrt, die Ansiedlungskommission baut ab, und die Polen werden die Herren Oberschlesiens.

Mit Bestimmtheit verlautet, daß an dem Plane festgehalten wird, einen Prinzen des königlichen Hauses im Posener Schloß Residenz nehmen zu lassen und die dortige Akademie zur Universität zu machen.

Um solche Pläne zu bekämpfen, die im Erfolg auf Landesverrat herauskommen müssen, kann man nicht radikal und rücksichtslos genug sein; erst recht nicht, wenn man bedenkt, daß also nicht nur nichts Positives geschieht, um dem siegreichen Vordringen der Polen in Posen, Westpreußen und Oberschlesien Einhalt zu gebieten, sondern daß umgekehrt Dinge im Werke sind, die das Polentum entscheidend fördern werden. Daß dies von der Universität Posen sicher gilt, bezeugt der Hinweis auf die Straßburger Universität, von der man bei der Gründung eine germanisatorische Wirkung erwartet hat; mag sein, daß die Hoffnung töricht war, mag sein, daß man das Recht dazu hatte — kein Recht aber hat man nach solcher Erfahrung, von einer Universität in Posen Gutes zu hoffen; wer einen solchen Plan vor dem preußischen Landtag zu vertreten wagt, sollte mit Entrüstung, mit Spott und Hohn nach Hause geschickt werden.

Aber der königliche Prinz in Posen, wird der nicht die Stütze des Deutschtums werden? Ja, wenn er eben nicht deutscher Abstammung wäre, gewiß — so aber nur sehr bedingt. Ja, selbst das ist nicht richtig, wenn man bestimmt hört, daß dieser Prinz die Aufgabe lösen soll, den

polnischen Adel zu versöhnen. Wozu man zunächst bemerken darf, daß diese Versöhnung, wenn sie ohne Schaden für das Deutschtum gelänge, politisch ohne Bedeutung wäre, weil der polnische Adel längst nicht mehr der Führer des polnischen Volkes ist. Aber man weiß, welche Erfahrungen bei solchen Versöhnungsversuchen gemacht worden sind und ist gewiß, sie werden sich wiederholen. Deutsche Prinzen werden im politischen Dienste für das deutsche Volk erst dann mit Erfolg tätig sein können, wenn sie von der leidenschaftlichen Liebe zu ihrem Volke erfüllt sind, die ihnen — besonders rühmliche Ausnahmen abgerechnet — leider heute noch durchweg fehlt.

Die Losung lautet: entschlossene Kampfpolitik gegen die Polen durch die Anwendung der Enteignung und die Einführung des Parzellierungsverbots, wobei der vom Auswärtigen Amte geübte Einfluß mit Rücksicht auf die Machtstellung der galizischen Polen in Oesterreich ausgeschaltet werden muß; Verhinderung der Universität Posen und der Statthalterschaft eines Prinzen daselbst; Ausdehnung der Kampfgesetze auf alle vom polnischen Ansturm gefährdeten Landesteile, besonders also auf Oberschlesien.

Aber darauf darf man sich nicht beschränken. Der Staat muß klar zum Ausdruck bringen, daß Angehörige eines Volkes, das sich ihm feindlich gegenüberstellt, keinen Anspruch darauf haben, an der Regierung und Verwaltung teilzunehmen. Es ist ein Unsinn in sich, daß im preussischen Abgeordnetenhaus und im Reichstage Vertreter der Polen sitzen, die unter Umständen die Entscheidungen dieser Parlamente maßgebend beeinflussen können; man erinnere sich der ersten Flottenvorlagen und denke an die Möglichkeit, daß die jetzt notwendigen Heeres- und Flottenverstärkungen von einer Mehrheit abgelehnt würden, bei der die Polen den Ausschlag geben.

Das muß doch auch dem Liberalsten klar machen, daß ein solcher Unsinn, der heute sehr wohl möglich ist, unmöglich

gemacht werden muß; im Ergebnis käme seine weitere Duldung dem liberum veto des polnischen Reichstags gleich. Deshalb muß man verlangen, daß die Erwählten des polnischen Volkes nur als Sachwalter in den Parlamenten sitzen, also kein Stimmrecht haben, sondern nur Gehör verlangen können in den Fragen, an denen ihre Volksgenossen oder ihre Heimat beteiligt sind.

Sollte sich herausstellen, daß diese Bestimmung durch den Anschluß oder das Aufgehen in andere Parteien umgangen würde, so dürfte man vor dem weiteren Schritt nicht zurückschrecken, den Polen endgültig das aktive und passive Wahlrecht zu entziehen.

Wer Pole ist, ließe sich in solchem Falle entsprechend dem Vorschlage der Zugehörigkeit zum Judentum festlegen, wobei natürlich die Sprache den Ausschlag gäbe.

Polnische Zeitschriften und Zeitungen müßten neben dem polnischen Text unter allen Umständen deutsche Übersetzung bringen; als Versammlungssprache müßte unbedingt nur Deutsch geduldet werden.

Ganz allgemein wären die Vorschriften des anzustrebenden Umsturzgesetzes auch auf die Machenschaften der polnischen und jeder sonstigen deutschfeindlichen Propaganda auszudehnen.

Aber es müßte auch eine Zentralstelle geschaffen werden, in der alles bearbeitet würde, was die Polenfrage betrifft; heute verteilen diese Angelegenheiten sich auf die Ministerien des Innern, der Finanzen, des Kultus und der Landwirtschaft, und wenn diese Ministerien die in der Polenfrage eingearbeiteten Chefs oder Räte verlieren, dann sikt die praktische Politik auf. Das wäre unmöglich bei einem Ostmarkenministerium, in dem die im praktischen Kampfe bewährten Kenner der Polenfrage zusammenwirkten, so daß einheitliche Leitung, gleicher Wille und entschlossene Durchführung gesichert wären — dann erst kann auf einen dauernden Erfolg gerechnet werden.

Sollte er durch polnischen Widerstand in Frage gestellt werden, der zu Mitteln greift, die bis heute vermieden worden

sind, so dürfte der Staat auch vor dem Äußersten nicht zurückschrecken — aber davon braucht man heute noch nicht, und hoffentlich nie zu reden.

Das Reichsland

In Elsaß-Lothringen liegen die Verhältnisse ganz anders als im Osten, sowohl was die Abstammung der Masse der Bevölkerung betrifft, wie hinsichtlich der geschichtlichen und kulturellen Entwicklung, und es ist ein Jammer, die dortige Lage zusammen mit der Polenfrage erwähnen zu müssen; denn bei aller sonstigen Verschiedenheit gleichen sich die Zustände an der Ost- und Westgrenze darin, daß die eingeborene Bevölkerung zum überwiegenden Teile dem Reiche mit offener Feindschaft gegenübersteht. Das „alte Vaterland“ Frankreich hat die Liebe dieser Querköpfigen, die ebensowenig daran denken, was sie dem Deutschen Reiche verdanken, wie die Polen wissen wollen, daß Preußen sie aus Schmutz, Verkommenheit und Knechtschaft befreit hat. Was aber im Reichsland den Patrioten am meisten schmerzt: Diese Deutschenfeinde sind nicht fremden Blutes — abgesehen von dem eigentlich recht schwachen französischen Bestandteil in Lothringen und Oberelsaß — es sind Deutsche alemannischen Stammes. Die ganze Querköpfigkeit dieses urdeutschen Stammes gehört dazu, um fertig zu bringen, was man eigentlich eine Perversion des Nationalbewußtseins nennen könnte: daß diese reinrassigen Deutschen, die, solange sie zu Frankreich gehört haben, die halb komische, halb traurige Rolle des „tête quarrée“ gespielt haben, sich gegen die Zugehörigkeit zu ihrem wirklichen Vaterlande sperren. Soweit sie — aus guten Gründen der sehr nahrhaft gewordenen Futtertrippe — auf die Rückkehr unter die französische Herrschaft verzichten, wollen sie doch die Träger einer „vermittelnden Doppelkultur“ sein und gleichzeitig ihren partikularen Neigungen als Elsaß-Lothringer leben. Die Doppelkultur fran-

zösisch=deutscher Art dieser nationalen Hermaphroditen hat man mit Recht lächerlich gemacht, da sie weder französisch, noch deutsch ist, sondern ein Zerrbild der Halbbildung; nicht besser ist der elsass-lothringische Partikularismus, der jetzt nach Verleihung der neuen Verfassung in der Maienblüte seiner Sünden steht, da ihm jede geschichtliche und kulturelle Unterlage fehlt.

Was jetzt der neue Landtag sich dem Kaiser, dem Statthalter und der Verwaltung gegenüber geleistet hat, ist natürlich erst die Einleitung, rechtfertigt aber allein schon die Bedenken derjenigen, die vor der Verfassungsänderung warnten; der Reichskanzler, schlecht beraten von Straßburg aus und durch den opportunistischen Staatssekretär Delbrück, hat es fertig gebracht, an der bei der heutigen Weltlage ganz besonders wichtigen Westgrenze einen deutschfeindlichen Partikularstaat zu errichten, auf dessen Verwaltung das Reich bald jeden Einfluß verlieren wird. Was dann?

Dabei reden wir nicht von der kulturellen Gefährdung des Deutschtums, deren Umfang man im Bundesstaate Elsaß-Lothringen ermessen kann, wenn man erwägt, daß unter der alten Verwaltung die Zahl der französisch Sprechenden seit 1871 stetig gewachsen ist.

Nun, nachdem das politische Verbrechen der Erhebung des Reichslands zum Bundesstaate begangen ist, bleibt nichts übrig, als dem Spiele zuzuschauen, bis es zum Bruche kommt.

Für diesen Augenblick, der bei einigermaßen festem Willen der Regierung kaum lange auf sich warten lassen wird, muß man gerüstet sein; was dann geschehen muß, geschehe frei von jeder Sentimentalität, für die der Elsässer gar kein Verständnis hat. Allein das Reichsinteresse hat zu entscheiden, und danach wird man sagen: so sehr es für die Deutschen des großen Jahres 1870/71 eine Ehrensache war, altes deutsches Land zurückzugewinnen, das einst dem Reiche frevelhaft geraubt worden war, trotzdem war die Rücksicht auf die Ehre nicht entscheidend, sondern das Bedürfnis der Sicherheit. Also realpolitische Erwägungen, nicht Gefühlspolitik. Das Gefühls-

mäßige kam auf altdeutscher Seite mit vollem Rechte dazu, wurde aber grausam enttäuscht. Gewiß mögen altdeutsche Beamte daran nicht ohne Schuld gewesen sein; aber daß die Eingefessenen die Rückkehr zum wirklichen Vaterlande mit solcher Abneigung, ja mit Haß beantworteten, das belastet sie allein, und sie allein werden auch die Verantwortung tragen, wenn das Reich doch endlich die Geduld verliert. Dann wird man auf den entscheidenden Grund des Wiedererwerbs zurückgehen, den man in der Erhebung der Seelen „Befreiung vom welschen Joche“ nannte, und kaltblütig aussprechen: nicht um eurer schönen Augen willen haben wir das Reichsland genommen, sondern aus militärischer Notwendigkeit; die Bewohner waren die Zugabe, das Land war die Hauptsache. Einmal haben wir schon optieren lassen; jetzt optiert noch einmal — aber gründlich. Öffentlich hat jeder Großjährige zu erklären, ob er sich offen und rückhaltlos zum Deutschen Reiche bekennt und für sich und die Seinen zur Bewährung dessen die Verpflichtung eingeht, die französische Sprache weder im Hause, noch außerhalb zu gebrauchen, noch aus Frankreich eingeführte Zeitungen, Zeitschriften oder Bücher zu beziehen. Wer diese Verpflichtung verweigert, hat gegen das Deutsche Reich optiert und muß in kurzer Frist das Land verlassen.

Wer beim Bruche der Verpflichtung betroffen wird, hat das gleiche Schicksal.

Es werden alle privaten Schulen abgeschafft; in den Volksschulen wird — abgesehen von dem wirklich französischen Sprachgebiet, das auch bei der Verpflichtung anders zu behandeln ist, und für das Übergangsvorschriften eingeführt werden — nur Deutsch gelehrt; in den Mittelschulen wird Französisch nur nach Maßgabe des auf altdeutschem Gebiet Üblichen zugelassen.

Auf deutschem Sprachgebiet werden französische Zeitungen ganz verboten, auf französischem nur mit deutschem Nebentext gestattet.

Die Staats-, Gerichts- und Kirchensprache ist im deutschen

Sprachgebiete allein deutsch; für das französische werden Übergangsbestimmungen getroffen.

Die Unterbringung von Kindern auf französischen Anstalten, denen solche in Belgien und der Schweiz mit französischer Verkehrssprache gleichzustellen sind, wird als Option des Vaters gegen das Deutsche Reich betrachtet.

Die Verfassung wird aufgehoben. Das Land wird einem Minister für Elsaß-Lothringen unterstellt, der in Straßburg seinen Sitz hat, nur dem Kaiser unterstellt ist, bzw. bei Einführung des Reichsministeriums in diesem Sitz und Stimme hat, und diktatorisch regiert. Der Elsässer ist ein spaßiger Herr, der Ernst sehen will — nachdem man ihn über 40 Jahre lang dumm-gutmütig-deutsch behandelt hat, muß man ihn einmal auf französische Art regieren.

Alle Behörden, die nach staatlicher Selbständigkeit des Landes aussehen, sind abzuschaffen, vor allem also der Statthalter; die von vielen Seiten empfohlene Angliederung an Preußen halte ich im Hinblick auf die Wirkung auf die süddeutschen Bundesstaaten nicht für ratsam, wenn diese nicht selbst sie betreiben. Für den Zweck, der wesentlich damit erreicht werden soll, genügt es, daß der Ministerdiktator alle Lehrer- und Beamtengehälter denen der bestgestellten deutschen Bundesstaaten gleich macht, so daß dann ein Beamtenaustausch jeder Kategorie stattfindet, der aufs eifrigste zu fördern ist. Die Elsässer sagen mit dem liebenswürdigen Humor, der ihnen eigen ist: „die Schwowe müsse us'm Ländle nus“ — richtiger wäre: die Elsässer müssen aus dem Land heraus, heraus aus ihrem engen, eigensinnigen Leben; hinaus ins Reich, damit sie ihr deutsches Stammvolk wieder kennen lernen. Deshalb soll auch kein geborener Reichsländer auf der Straßburger Universität zugelassen werden, der nicht vorher mindestens vier Semester auf andern deutschen Hochschulen studiert hat.

Innerhalb der Provinz Reichsland gibt es gar keine

Volkvertretung, sondern eine Art Beirat; die Kontrolle über die Verwendung öffentlicher Mittel wird von dem Rechnungshof des Reichs besorgt.

Für den Reichstag werden Vertreter gewählt mit der gleichen Stellung, wie die aus den polnischen Landesteilen — das „elsaß-lothringische Volk“ wollte es ja nicht anders haben; in den Gemeinden werden Vertretungen geschaffen mit den üblichen Befugnissen, doch muß das Wahlrecht dem Zwecke der politischen Erziehung dienen; die Bürgermeister und ihre Stellvertreter werden ernannt.

Das Umsturzgesetz sichert das Reich ganz allgemein gegen reichsfeindliche Unternehmungen.

Das alles klingt wiederum barbarisch, aber die Ausführung wird zeigen, wie gut gemeint es ist und wie nützlich. Zudem wird die Diktatur kein Schreckensregiment führen, ganz im Gegenteil, sondern im Sinne des Oberpräsidenten von Moeller gerecht, fest und wohlwollend regieren. Sie wird vor allem unter den Eingeweihten die Kräfte ausfindig machen und sich auf sie stützen, die bewußt deutsch sind und den Anschluß ans wahre Vaterland längst vollzogen haben; solche Männer sind zahlreicher vorhanden, als man glaubt, aber sie sind mundtot gemacht durch die Hezer und Schreier; sie werden die besten Berater für die Behandlung ihrer Landsleute abgeben.

Die Beamten des bisherigen Regiments der Schwäche müssen beseitigt und durch die Blüte der Beamtenschaft aller deutschen Bundesstaaten ersetzt werden.

Die Priesterschaft verdient besondere Aufmerksamkeit, da sie bisher das Rückgrat der deutschfeindlichen Bewegung abgegeben hat; es ist ganz klar, daß jeder Priester genau so behandelt werden muß, wie jeder andere Bürger, also zu optieren hat und an seine Optionsverpflichtung gebunden ist; der Staat muß fest entschlossen sein, jede Zuwiderhandlung mit den Folgen des Gesetzes zu beantworten, darf auch gegebenenfalls vor der Anwendung des Umsturzgesetzes nicht zurückschrecken.

Die wirkliche Wiedergewinnung des Reichslandes stellt der deutschen Verwaltung schwere Aufgaben; es wird schlimme Tage geben, bis durch die Austreibung der naturwidrigen französischen Sympathien und des traurigsten unter allen deutschen Partikularismen der Anschluß an das große deutsche Volk wieder gewonnen sein wird. Aber wir müssen durch, selbst auf die Gefahr hin, in dem Lande auf längere Zeit nichts anderes zu sehen als eine Art „Militärgrenze“. *Tua culpa, tua maxima culpa!*

Eine Hoffnung aber darf man doch haben, daß, bevor die Maßregeln nötig werden, von denen hier gesprochen wurde, der Krieg zwischen Frankreich und dem Deutschen Reiche ausgekämpft werden muß, und daß dann — wie die Folgen für das innere Leben des gesamten deutschen Volkes segensreich sein werden — der gemeinsame Kampf die Instinkte wecken wird, die den Elsässern sagen, wohin sie gehören.

Denen aber, die sich auf die Zugehörigkeit der Masse der reichsländischen Bevölkerung zum Deutschtum berufen und sagen, daß man unter keinen Umständen deutsche Volksgenossen, auch wenn sie sich feindlich zum Reiche stellen, behandeln dürfe wie Polen und Juden, diene zur Antwort, daß der abgefallene Volksgenosse kein Recht darauf hat, weiterhin als Glied des von ihm verachteten Gemeinwesens betrachtet zu werden; so gut wir den volksverheerenden Sozialdemokraten deutschen Blutes gegebenenfalls nicht mehr im Vaterlande dulden können, so gut wird auch der Elsässer seine Heimat verlassen müssen, wenn er ein offener Feind des Reiches geworden ist. Denn auch die freieste Freiheit, die wir ganz gewiß selbst genießen und allen Volksgenossen gewähren wollen, verleiht, recht verstanden, keinen Anspruch auf Bekämpfung des Staates — die Unantastbarkeit des Staates selbst ist die Schranke aller Freiheit.

Die Dänen

Noch ist der Dänenfrage an der Nordgrenze Preußen-Deutschlands zu gedenken; sie kann an Bedeutung und Gefährlichkeit nicht eigentlich mit der polnischen und der reichsländischen gleichgestellt werden, ist immerhin aber so geartet, daß sie nicht länger ungelöst bleiben sollte; man kann sogar sagen, wenn man sie vom Standpunkte deutschen Selbstbewußtseins betrachtet, sie sei die brennendste, weil dem deutschen Stolze unerträglichste.

Die Handvoll Dänen kann es fertig bringen, fast ein halbes Jahrhundert dem preußischen Staate Troß zu bieten, wobei sie es wagen, die Deutschen zu drangsalieren, die dänischem Einfluß ausgesetzt sind. Bedenkt man, wie die Dänen nach der Preisgabe Schlewig-Holsteins durch den Deutschen Bund und Preußen mit den Deutschen der unterlegenen Provinzen umgegangen sind, so muß man sagen, was Preußen sich von den Dänen Nordschleswigs bieten läßt, ist geradezu beschämend. Das wird nicht entschuldigt durch die Redensart „der Starke kann nachgiebig und duldsam sein“ oder durch die politische Analogie des Rechtspruchs „minima non curat praetor“; auch nicht mit der germanischen Rassenverwandtschaft zwischen Deutschen und Dänen, da wir ja deutschen Volksgenossen selbst nicht erlauben können, sich gegen den Staat aufzulehnen. Man muß es ruhig aussprechen, die Duldsamkeit gegen den dänischen Übermut an unserer Nordgrenze ist auf den Mangel an Staatsbewußtsein bei den Regierenden zurückzuführen; anders ist es nicht, und das Auf und Ab in der Behandlung der Dänen beweist nur, daß man eines festen Willens dort oben nicht fähig ist.

Wenn jetzt Ordnung in unserm Vaterlande geschafft wird, soll man auch der Dänen gedenken und auch sie vor eine neue, entscheidende Option stellen: wer sich nicht rückhaltlos zum preußischen Staate bekennt, muß über die Grenze. Die dänische Sprache muß von einem bestimmten Zeitpunkt aus Schule, Kirche, Gericht und Verwaltung ver-

schwinden; nur bis dahin werden dänische Zeitungen mit deutschem Nebentexte geduldet.

Zur Förderung der deutschen Besiedlung ist dem Staate ein Recht auf Enteignung dänischen Grundbesizes zu verleihen, entsprechend dem gegenüber den Polen geschaffenen; ganz allgemein werden übrigens die Schutzmaßregeln des Umsturzesgesetzes gegen dänische Umtriebe zur Anwendung zu bringen sein.

Reichsfremde Volksfremde

Da soeben die volksfremden Bürger an den Reichsgrenzen behandelt wurden, die kraft der geschichtlichen Entwicklung Reichsangehörige sind, wenn auch gegen ihren Willen, und nicht zum Nutzen der Deutschen, seien auch im Zusammenhange die volksfremden Nichtbürger im Reiche erwähnt; ihre Zahl ist seit der Begründung des Reiches ständig gewachsen und zwar von rund 200 000 im Jahre 1870 auf über anderthalb Millionen im letzten Jahre. Diese gewaltige Einwanderung ist auf die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands zurückzuführen, die früher geschildert wurde; die Industrie zieht zunächst alles von ländlichen Arbeitern aus dem Reiche an sich, was Neigung hat, die Scholle zu verlassen; was nun der Landwirtschaft fehlt, wird aus dem Auslande herbeigeholt; aber noch ist das Bedürfnis der Industrie nicht befriedigt, und auch sie braucht Massen ausländischer Arbeiter, um die Betriebe aufrecht zu erhalten; eine Folge dieser Vorgänge ist, daß auch das Wirtschaftsleben außerhalb der Landwirtschaft und Industrie nicht mit den inländischen Kräften auskommt, sondern Fremde herbeischafft, die besonders für die größten Formen ungelernter Arbeit verwendet werden (z. B. Italiener und Kroaten für Erdarbeiten, u. ä.).

Wie die Dinge heute liegen, sind diese Fremden in der Tat unentbehrlich, wobei bemerkt sei, daß die Masse aus Osterreich-Ungarn stammt (an 600 000, in der Hauptsache

Polen); dann folgen Rußland und Italien beide mit erheblich über 100000 Köpfen, die Schweiz und die Niederlande mit annähernd so vielen und endlich die übrigen mittelbar oder unmittelbar benachbarten Staaten.

In der vorhin genannten Zahl von anderthalb Millionen sind die landwirtschaftlichen Sommerarbeiter nicht einbegriffen, die sog. „Sachseugänger“ besonders aus Russisch- und Galizisch-Polen, die nur vorübergehend für den landwirtschaftlichen Bedarf während und nach der Ernte zugelassen werden und spätestens zum 1. Dezember des betr. Arbeitsjahres das Reichsgebiet wieder verlassen haben müssen; ihre Zahl kann trotz aller Kontrollmaßregeln nicht genau festgestellt werden, wird aber kaum weniger als eine halbe Million betragen.

Es braucht nicht auseinanderzusetzen zu werden, daß die Beschäftigung solcher Massen Volksfremder im Reiche unter jedem Gesichtspunkte ein schwerer Mißstand ist, dem mit aller Mitteln abgeholfen werden muß. Wirtschaftlich entsteht uns der Schaden, daß die Ersparnisse dieser Arbeiter ins Ausland fließen; wirtschaftspolitisch geraten wir in Abhängigkeit von den Staaten, aus denen wir die Arbeitskräfte beziehen; moralisch entsteht die Gefahr, daß die einheimischen Arbeiter von den tieferstehenden Fremden herabgezogen oder angesteckt werden, wobei man nur an die geseglosen Italiener und Kroaten zu denken braucht; vom Standpunkt der Rasse und Hygiene liegen die Gefahren auf der Hand, und politisch wird die Zahl des einheimischen Proletariats in verhängnisvoller Weise durch diese Fremden verstärkt.

Alles Nachteile, die den Staat veranlassen müssen, den bisherigen Zustand nicht ohne weiteres fortbestehen zu lassen. Bei den Gegenmaßregeln wird man unterscheiden müssen nach der Rassenverwandtschaft, sowie dem Werte oder Unwerte der Fremden und die Behandlung verschieden einrichten. So werden Blamen, Holländer, Deutsch-Schweizer, Deutsch-Österreicher ohne weiteres ertragen werden können, ja willkommen sein, wenn sie sich nicht durch ihre persönliche Aufführung mißliebige

machen — sie sind Staatsfremde, nicht Volksfremde. Polen, Juden (von denen schon in anderem Zusammenhange die Rede war), Russen, Kroaten, Italiener sind unter allen Umständen unerwünscht, und es muß dahin getrachtet werden, sie so bald wie irgend möglich aus den Grenzen des Reiches zu entfernen und diese alsdann dauernd zu schließen.

Als bedeutsame Maßregel zur Erreichung dieses Zieles sollte die hoch erfreuliche Rückwanderung Deutscher aus den verlorenen Posten alter deutscher Kolonien vom Reiche in großem Sinne unter Aufwendung reichster Mittel gefördert werden; wir haben einen Fürsorgeverein für diese Rückwanderung, der sehr Verdienstliches leistet und vor allem sich einarbeitet und Erfahrungen sammelt; in ihm dürfte der Kern einer Reichszentralbehörde für diese Aufgabe gefunden werden, die deutsche Kolonisten aus Südrußland, Galizien, Russisch-Polen, Nordamerika zurückholt und sie im Inland verteilt.

Soweit germanische Staaten eine irgendwie beträchtliche Auswanderung haben, sollte versucht werden, diese nach Deutschland zu ziehen, wobei man besonders an die skandinavischen Länder denken wird.

Der Auswanderung Reichsdeutscher wird man nach Möglichkeit entgegenwirken müssen — die wichtigste Maßregel aber wird eine großzügige, planmäßige innere Kolonisation durch Ansiedlung deutscher Kleinbauern und Landarbeiter sein, verbunden mit der Einleitung gründlicher Sozialreform zugunsten dieser wertvollen Bevölkerungsbestandteile.

Selbstverständlich wird niemand verlangen, daß die fremden Arbeitermassen von heute auf morgen abgeschoben werden; das würde für die Industrie und für die Landwirtschaft verheerend sein, für letztere voraussichtlich in noch höherem Grade, als für erstere. Man muß also Schritt für Schritt vorgehen, und sobald die positiven Maßregeln, von denen vorhin gesprochen wurde, in Wirkung treten: wie stärkere deutsche Rück-

wanderung, Einwanderung germanischer Staatsfremder, ländliche Sozialreform und Rentengutsbesiedelung — muß gleichzeitig zonenmäßig die Räumung des Reichsgebietes von den Ausländern einsetzen, die wir nicht brauchen können, also vor allem Slawen jeder Art und Italiener.

Man wird nach bestimmtem Plane Zonen einteilen, die wahrscheinlich für Industrie und Landwirtschaft gesondert sein müssen; dann können beide, wenn diese Räumungsarbeit auf Jahre hinaus verteilt wird, sich einrichten, und sie müssen sich einrichten.

Das fest ins Auge zu fassende Ziel heißt also: unter allen Umständen die nicht germanischen Volksfremden so schnell wie möglich aus dem Reichsgebiet entfernen und sie dann dauernd fernhalten.

Daraus ergibt sich dann die Handhabung des jetzt im Werden begriffenen Reichs-Angehörigkeitsgesetzes hinsichtlich der Aufnahme Fremder in den Reichsverband, und nur um den Tiefstand der Erkenntnisse auf diesem Gebiete zu kennzeichnen, sei im Vorbeigehen erwähnt, daß eben jetzt in der Reichstagskommission Sozialdemokraten und Freisinnige Bürgschaften dafür verlangten, daß zukünftig den östlichen Juden bei der Einwanderung keine Schwierigkeiten bereitet werden, ja sie verlangen förmlich ein Recht auf Aufnahme in den Reichsverband! Eine derartige Preisgabe des Wohles und der Zukunft des deutschen Volkes wird dadurch nicht erträglicher, daß die Regisseure dieser Anträge Juden sind, wie denn sogar ein jüdischer Abgeordneter den Takt besessen hat, einen der Anträge zugunsten seiner russischen und galizischen Stammesgenossen in Person zu vertreten. Und das heißt Deutscher Reichstag! Auch eine Erscheinung, die ihr Licht darauf wirft, was man dem Stammvolke des Deutschen Reiches glaubt bieten zu dürfen, des Deutschen Reiches, das angeblich zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes gegründet worden ist!

Agrarreform

Jede ernsthafteste Reichsreform wird als unentbehrlichen Bestandteil die Einleitung einer weitblickenden, großzügigen Agrarreform behandeln und die Fragen lösen, die, wenn man der Sache auf den Grund geht, schließlich über das Schicksal des deutschen Volkes entscheiden werden.

Es ist oben geschildert worden, wie unser Vaterland sich überraschend schnell vom Agrarstaat in einen Industriestaat verwandelt hat, und welche Wirkungen dies nach den verschiedensten Richtungen geäußert hat. Letztere seien hier der Übersicht halber noch einmal kurz zusammengefaßt: gewaltige Binnenwanderung in der Hauptrichtung von Osten nach Westen; rasches Anwachsen der Städte; Verödung des flachen Landes, besonders im Osten, verbunden mit starkem Arbeitermangel der Landwirtschaft; endlich Beseitigung dieses Notstandes durch Herbeiholen fremder, besonders slawischer Arbeiter.

Es leuchtet sofort ein, daß die Landarbeiterfrage aufs engste mit der Polenfrage im Osten zusammenhängt, so daß sie nicht nur aus den obigen wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern auch politisch von allergrößter Bedeutung ist; ihre glückliche Lösung kommt dem Deutschtum im Osten zugute, und das dortige Deutschtum kann ungekehrt auf die Dauer nicht gerettet werden, wenn nicht die Landarbeiterfrage befriedigend erledigt ist; aber damit allein ist es nicht getan, sondern es muß gleichzeitig über das ganze Land möglichst gleichmäßig verteilt ein gesunder, leistungsfähiger deutscher Bauernstand angesiedelt werden.

Um beides zu erreichen, ist eine durchgreifende Agrarreform nötig, deren Dringlichkeit sich allein schon daraus ergibt, daß der Osten durchschnittlich im Jahre 100 000 bis 150 000 Deutsche verliert, wodurch die ernste Gefahr entsteht, daß dieses Gebiet fortdauernd und steigend der polnischen Überflutung ausgesetzt ist und schließlich der Bevölkerung

nach gar nicht mehr als deutsches Land betrachtet werden kann; dem muß mit allen Mitteln entgegengearbeitet werden.

Bauernpolitik

In erster Reihe muß eine groß angelegte Bauernpolitik betrieben werden; zu diesem Zwecke muß der Staat den Teil der Latifundien, der nach dem früher gemachten Vorschlag von den Eigentümern an ihn gegen Entschädigung abgetreten werden soll, in richtig bemessene Bauernstellen aufteilen und sie baldigst vergeben; diese Art der inneren Kolonisation wird sich auf das ganze Reich ausdehnen müssen. Im Osten ist daneben von dem Rechte der Enteignung Gebrauch zu machen, und endlich sollte dort auch aller deutsche Großgrundbesitz, der sich aus irgendwelchen Gründen nicht halten kann, vom Staate aufgekauft werden, selbst wenn die Aufteilung an Bauern nicht sofort geschehen kann.

Das Ziel heißt also: ohne Verzug zu erwerben, was immer von Grund und Boden erworben werden kann, denn sein Besitz entscheidet über die nationale Zukunft des Landes; zu diesem Behufe darf dem Staate kein Geldopfer zu groß sein.

Diese innere Kolonisation muß — wenigstens in der Hauptsache — vom Staate besorgt werden; der Vorschlag, sie privater Tätigkeit zu überlassen, krankt daran, daß die gewaltigen Geldmittel, die dazu erforderlich sind, von Privaten nicht aufgebracht werden, so daß kleinere Unternehmungen nur langsam arbeiten können, also auch nur langsam Erfolge erzielen werden. Das hilft aber nichts; dem Osten kann überhaupt im Sinne der deutschen Rettung nur durch schnelle, große Erfolge geholfen werden. Außerdem aber wird der Private immer Geschäfte machen wollen, dem Ansiedlungsliebhaber also nicht uninteressiert gegenüberstehen; der Staat kann selbstlos sein, er wird sich nur als Vermittler betrachten und seine Beauftragten werden die Kolonisten so beraten und

versorgen, wie dies die Ansiedlungskommission zur allgemeinen Zufriedenheit in ihrem Arbeitsgebiete getan hat.

Es ist nun bekannt, daß der deutsche Großgrundbesitz des Ostens einer solchen Bauernpolitik ablehnend, ja feindlich gegenübersteht; für ihn kommt die Rücksicht auf die heute besessene politische Macht ins Spiel, die man sich nicht schmälern lassen will, und wohl auch das Standesinteresse gesellschaftlicher Art; deshalb strebt er lediglich die Besiedlung mit deutschen Landarbeitern an, die ihm die nötigen Arbeitskräfte liefern und gleichzeitig die polnischen Arbeiter entbehrlich machen sollen.

So unbedingt geboten nun die Ansiedlung von Landarbeitern ist — es soll sogleich davon gesprochen werden — so wenig genügt sie allein, um die große schicksalvolle nationale Aufgabe der inneren Kolonisation zu erfüllen: die Sicherung des Ostens für das deutsche Volk.

Der Landarbeiter allein kann sie nicht gewährleisten; er würde, da der gesellschaftliche Abstand zwischen ihm und dem Gutbesitzer zu groß ist, auf fremdem Lande ohne Führer dastehn und wäre der Gefahr ausgesetzt, entnationalisiert zu werden. Das nationale Rückgrat muß dem Arbeiterstand gegeben werden durch die Bauern, unter denen und mit denen er lebt. Der Bauer wird das Zwischenglied in der gesellschaftlichen Stufenreihe sein, er wird zudem das wirklich bodenständige Element liefern, das nicht nur selbst an der Scholle hängt, sondern auch den Arbeiter festhält.

Also, wir brauchen den Bauern, den freien, selbständigen, wirtschaftlich und national kräftigen Bauern in der Ostmark, und man kann überzeugt sein, daß die unbestreitbare Gleichheit der Interessen zwischen ihm und dem großen Grundherrschaft bald ein bundesgenossenschaftliches Verhältnis herstellen wird — eigentlichen Latifundienbesitz wird es ja in absehbarer Zeit nicht mehr geben, wenn nach unserm Vorschlag verfahren wird.

Gewiß mag es dem Großgrundbesitzer bequemer sein, die politische Macht in den überwiegend agrarischen Landesteilen

heute allein in der Hand zu haben und sie nicht mit eigenwilligen Bauern geteilt auszuüben — deshalb will es dem Patrioten doch nicht in den Kopf, daß die zu ihm gehörigen deutschen Herren den Vorwurf auf sich nehmen wollen, aus Rücksicht auf ihre persönliche Stellung eine Maßregel zu bekämpfen oder gar zu hintertreiben, die allein die Sicherheit bietet, daß der Boden, auf dem sie selbst sitzen, nicht von der slawischen Flut dem Deutschtum weggerissen wird.

Der preußische Staat wird mit weitem Blick und großen Mitteln seine Bauernpolitik in Angriff nehmen, und der Osten wird wieder das Ziel einer glückverheißenden Bauernwanderung sein, wie die stolze Zeit unserer mittelalterlichen Kolonialbewegung sie erlebt hat. Aus allen Teilen des Reiches werden sorgfältig ausgewählte Bauernfamilien mit zureichendem Vermögen nach dem Osten ziehen, und von den verlorenen Posten der ausländischen deutschen Kolonisation werden wohlhabende und kinderreiche Familien auf den Boden des alten Vaterlandes zurückkehren, um ihn verteidigen zu helfen.

Altgedienten Unteroffizieren, die vom Lande stammen und die früher in der Landwirtschaft tätig waren, wird man die Möglichkeit bieten, sich unter besonders günstigen Bedingungen, die eine Belohnung für die militärische Dienstleistung darstellen, ansässig zu machen.

Landarbeiter

Sleichzeitig und neben dieser Bauernansiedlung wird mit allem Eifer diejenige von Landarbeitern betrieben werden, und sie wohl allein vom Staate mit Rücksicht darauf, daß diese wirtschaftlich Schwachen unter keinen Umständen auch der geringsten Übervorteilung durch Private ausgesetzt werden dürfen; Haus und Land müssen so bemessen und die Bedingungen der Überlassung müssen so günstig sein, daß ein gutes Fortkommen bei Fleiß und Tüchtigkeit bestimmt erwartet werden kann.

Der Staat wird daran denken, mit welchem Wohlwollen

er nun dreißig Jahre lang der städtischen und industriellen Arbeiterschaft seine soziale Fürsorge gewidmet hat, während die ländlichen Arbeiter vergessen worden sind — freilich, sie hatten die sozialdemokratischen Helden der Feder und des Wortes nicht zu Fürsprechern. Es ist an der Zeit, im großen Stile nachzuholen, was dem Landarbeiter gegenüber versäumt worden ist, und man kann hoffen, daß, was bis heute bodenständig geblieben ist, dem Lande dauernd erhalten bleibt und dem Staate bessern Dank für seine Fürsorge beweisen wird, als das städtische Proletariat, das recht eigentlich nur nimmt und verlangt, verlangt und nimmt, aber nichts wissen will von Pflichten gegen die Gesamtheit.

Die ländliche Arbeiterfürsorge schließt in sich: den Bau von Wohnungen, die Schaffung eines den besonderen Bedürfnissen dieses Standes entsprechenden Landarbeiterrechtes, das wohl für einzelne Landesteile nach ihren Verhältnissen einzurichten wäre und die teilweise Rückkehr zum Naturallohn vorsehen wird; endlich eine Wohlfahrtspflege, die die Lockungen des städtischen Lebens zurücktreten läßt und das geistige und körperliche Wohl der Landbevölkerung fördert, wobei auf die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs und auf vernünftige Ernährung größtes Gewicht zu legen sein wird. Der ländliche Schulunterricht sollte bereits darauf hinarbeiten, die Bodenständigkeit bewußt zu fördern, die Anhänglichkeit an die Scholle zu festigen und die Vorzüge des Landes der heranwachsenden Jugend nahezubringen; während der Militärzeit müßten Vorträge gehalten werden, die mit Nachdruck die Stimmung für die Rückkehr zur Heimat erhalten und auch klar machen, wie viel der aufgibt, der von dem Lande in die Stadt zieht.

Folgen der inneren Kolonisation

Wenn der Staat diese beiden Aufgaben der Kleinbäuerlichen und Landarbeiteransiedlung entschlossen in die Wege leitet und durchführt, dann ist die Ostmarkenfrage gelöst und

der Osten national gerettet. Aber gleichzeitig wird der Schritt zur Erhaltung der Landbevölkerung getan, der im Hinblick auf unsere Volksgesundheit, unseren Nachwuchs, den Heeresersatz von entscheidender Bedeutung ist: zusammen mit der Sicherung des Ostens erreichen wir die festeste Verankerung des Standes, ohne den der Staat nicht bestehen kann.

Erfreuliche Nebenfolgen dieses Vorgangs werden überall dort, wo die innere Kolonisation wirksam gewesen ist, sein: die rasche Vermehrung der Bevölkerung und damit die Hebung ihrer Kaufkraft, sowie die Steigerung des Ertrags der bäuerlichen Güter gegenüber dem früheren Großbetriebe; der Bedarf an fremden Hilfskräften wird schnell sinken; die neuen Dörfer, die an Stelle der Gutsbezirke treten, werden Arbeiter an den übrig gebliebenen Großgrundbesitz abgeben können, und bald werden ausländische Arbeiter gar nicht mehr gebraucht werden: dann ist der ersehnte Augenblick gekommen, wo die Grenzen geschlossen werden.

Wie man dem deutschen Landarbeiter das Leben auf dem Lande tunlichst angenehm gestalten soll, um ihn zu halten, so muß auch der Bauer sich seines freien, unabhängigen Daseins freuen und erfolgreich arbeiten können. Im Hinblick darauf, daß man brauchbare Männer aus dem ganzen Reiche heranziehen wird, die aus Landesteilen mit ganz anderer gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Gliederung kommen, wird sich eine Ausgestaltung der Selbstverwaltung im Osten nicht umgehen lassen, die auch den mittleren Besitz zur Teilnahme heranzieht. Das hätte nicht nur den Vorteil der gesellschaftlichen Annäherung zwischen dem Großgrundbesitz und dem mittleren Besitzer, sondern würde letzteren auch politisch erziehen, was seine Wirkung weiter nach unten nicht verfehlen würde.

Ob es dazu dienen wird, die bäuerliche Bevölkerung dem Lande dauernd zu erhalten, wenn man das Unerbenrecht im Osten einführen würde, will mir zweifelhaft erscheinen, da die ausgefallenen Erben ganz besonders der Versuchung erliegen werden, dem Lande den Rücken zu kehren.

Die Freizügigkeit

Uber ernsthaft wird man im Zusammenhang mit der Agrarreform die Frage prüfen, ob das bisherige Recht der Freizügigkeit in seiner Schrankenlosigkeit bestehen bleiben kann. Ich weiß wohl, daß wer nur in Gedanken an dieser Einrichtung zu zweifeln wagt, sich dem Verdachte aussetzt, ein Reaktionär schlimmster Art zu sein — aber das hilft nichts, man muß auch dieser Frage ins Antlitz sehen.

Als vor kurzem die Massenerkrankungen in einem Berliner Asyl für Obdachlose die öffentliche Aufmerksamkeit auf solche Nachtbilder des großstädtischen Lebens lenkten, da zog sich einem das Herz zusammen vor Mitleid mit solchem Elend; bald hörte man, daß unter den vielen Vergifteten kein in Berlin Geborener sich befand, und wieder einige Zeit später wurde bekannt, welch ungeheure Opfer allein Berlin im Jahre für diese Verlorenen bringen muß; ich glaube, es war von 40 Millionen Mark die Rede, oder von noch mehr.

Da hat man auf einen Schlag Tatsachen, die an der Freizügigkeit irre machen müssen. In Berlin ungezählte Tausende Obdachloser, in jeder großen Stadt Arbeitslose in Menge, deren Unterhaltung gewaltige Summen verschlingt — ganz abgesehen von den Kosten sog. Notstandsarbeiten, die ja auch eine Form des Almosens sind. Man wird sich darüber klar sein: wenn auf dem flachen Lande drückender Arbeitermangel herrscht und in den Großstädten Massen von Arbeitslosen sich finden, dann stimmt etwas nicht in der Bevölkerungsverteilung, und die Quelle des Fehlers liegt in der unbedingten Freizügigkeit, die jedem die Erlaubnis gibt, anderswo sein Glück zu suchen, die in allzu vielen Fällen aber nichts anderes ist als die Erlaubnis zum Elend der Enterbten. Wird hier nicht eine gesetzliche Wohlthat in grausamstes Verderben verkehrt?

Man wird mit vollem Rechte den Satz aufstellen können, daß kein Krieg unserm Volke so schwere Verluste beigebracht hat, wie die Freizügigkeit. Wer zählt sie, die Opfer der Landstraße, die

Inassen der Asyle, die Toten der Spitäler, die zuletzt wenigstens noch ein Bett gefunden haben? Gewiß ist unter ihnen ein großer Teil, bei dem Willensmangel oder sonstige Defekte auch im gebundenen Leben ein nutzloses Dasein herbeigeführt hätten — aber wer kennt nicht Fälle, wo wirklich brauchbare Menschen verkommen sind, nachdem sie von der heimatlichen Scholle gelöst waren?

Dem Tüchtigen, Unternehmenden freie Bahn — das soll sein, und deshalb muß man Bedenken tragen, Fesseln zu schaffen, die an die Scholle binden, auch schon unter dem psychologischen Gesichtspunkte, den Haß gegen die erzwungene Heimat nicht zu erwecken.

Mir scheint, man kann zunächst nichts tun, als die Rückkehr derjenigen, die von Staats wegen zur Erfüllung ihrer Dienstpflicht in die Stadt müssen und dort das städtische Leben kennen lernen, nach Möglichkeit fördern; Max Bemers Sparsohd wird in diesem Sinne wirken und sollte eingeführt werden, ebenso wie die Vorträge, die dem jungen Soldaten die Erinnerung an die Vorzüge der Heimat wach halten sollen.

Im übrigen wird man abwarten, ob die durchgeführte Agrarreform nicht dahin wirkt, die Bodenständigkeit zu kräftigen und dadurch eine freiwillige Einschränkung der Freizügigkeit herbeizuführen: wir müssen unsern Volksgenossen auf dem Lande die Heimat erst geistig erobern, ihnen die Freude an der Scholle ins Herz legen, und wollen sehen, ob sie nicht festhaft bleiben.

Aber der Volksfreund wird sich bewußt bleiben, welche Gefahren die Freizügigkeit in sich birgt, und er wird bereit sein, dabei mitzuwirken, eine Reform dieses Rechtes anzustreben, wenn sie nötig werden sollte. Jetzt ist es für den Mann auf dem Lande ein trauriger Trost, daß die entwurzelten, gescheiterten Opfer der Freizügigkeit den Städten zur Last fallen.

Heer und Flotte

Zu einer der ernstesten Sorgen dieser Zeit hat die Wehrfrage sich für den deutschen Patrioten ausgewachsen, d. h. die Frage, ob unsere Wehrkraft zu Lande und zu Wasser so stark und so gerüstet ist, daß sie mit Aussicht auf Erfolg den Kampf aufnehmen kann, der uns bevorsteht. Es ist immer unpopulär gewesen, eine Verstärkung der nach dem Urtheil der linksstehenden Parteien unproduktiven Landesverteidigung zu verlangen — aber gerade das beweist, wie rückständig die politische Einsicht eines großen Theiles unserer Landsleute noch ist, und verpflichtet alle, die sich des Ernstes der Lage bewußt sind, erst recht daran zu arbeiten, daß die deutsche Öffentlichkeit in Wehrfragen so gewissenhaft und opferbereit wird, wie in Frankreich und England. Dort ist es wiederholt vorgekommen, daß die Parlamente die Regierung getabelt haben, weil sie in ihren Forderungen für die Wehrkraft zu bescheiden sei und nicht ausreichend für Heer und Flotte Sorge.

Wer heute die Verhältnisse in unserem Vaterlande überschaut, von denen am Eingange dieses Buches gesprochen worden ist, der wird mir recht geben, wenn ich sage: so lange das deutsche Volk sich nicht auf sich selbst besonnen und diejenigen Maßregeln getroffen hat, die seine Zukunft rassenmäßig, kulturell und sittlich sicherstellen — so lange müssen wir dem Schicksal danken, daß es uns in West und Ost und Nord Feinde gestellt hat, die uns zur Anspannung aller Kräfte zwingen. Man denke sich aus dem deutschen Leben der letzten zwanzig Jahre die Notwendigkeit hinweg, Frankreich, England und Rußland gegenüber auf dem Posten zu sein, und man wird erkennen müssen, daß bei der Geistesrichtung unserer Zeit, der Hingabe an den Materialismus, der Betrachtung aller Tätigkeit unter dem Gesichtspunkte des Erwerbs und endlich bei der Neigung zu weichlichem Wohlleben die männlichen Instinkte unseres Volkes nur durch Zwang sichergestellt sind, abgesehen von dem doch engen Kreise, der aus eigenem Willen und Erkennen der heroischen Lebensauffassung huldigt. Ohne diesen Zwang durch

unsere Feinde, die im Hinblick auf die Wohltat, die sie uns erweisen, unsere Warner, Ansporer, vielleicht unsere Retter sind, wären die Mißstände viel schlimmer, von denen berichtet wurde, und man kann im vollsten Rechte sagen: ohne Völkerkampf kein nationales Leben, wenn auch der Kampf noch nicht die Formen des Krieges angenommen hat.

Aber er kann dies jeden Tag tun, und die geringste Vernunft gebietet es, die Vorbereitungen so zu treffen, daß wir die Wahrscheinlichkeit des Sieges für uns haben.

Die nationale Presse ist voll der Beweise dafür, daß wir hinter Frankreich in unserer Heeresrüstung zurückgeblieben sind und den leitenden Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht preisgegeben haben, wonach das Heer das Volk in Waffen sein soll. Wenn es das wäre oder würde, wenn wirklich jeder Dienstfähige auch zur Fahne gerufen würde, dann wären wir gegen jedes mögliche Zusammengehen von mehreren Feinden gesichert.

Hier braucht nicht alles von Gründen wiederholt zu werden, was jetzt bei Erörterung der Wehrfrage für die ausreichende Verstärkung des Heeres angeführt wird; es sei nur ausgesprochen, daß diejenigen, die den unvergleichlichen Wert des Heeresdienstes nach der sozialen, gesundheitlichen, sittlichen und politischen Seite hin zu würdigen verstehen, nicht eher ruhen dürfen, als bis der Gedanke Scharnhorsts verwirklicht ist: jeder Waffenfähige trage die Waffen im Dienste des Vaterlandes.

Bei der Bewertung der beiden Arten der Wehrmacht — des Heeres und der Flotte — für die Sicherung unseres nationalen und staatlichen Daseins wird man sagen müssen, sie sind beide gleich hoch; um ein triviales Beispiel zu gebrauchen, beide so unentbehrlich, wie dem sog. Kulturmenschen Hose und Rod. Es kann nur im einzelnen Zeitpunkte fraglich sein, ob im Hinblick auf besondere Umstände, wie die Rüstung des Gegners, die Wahrscheinlichkeit des Angriffs von dieser oder jener Seite, die Verstärkung des Heeres oder der Flotte besonders dringlich ist. So liegen zurzeit genügend Umstände

vor, die den Ausbau unserer Landmacht unbedingt gebieten; das heißt aber nicht, daß die Flotte darüber vernachlässigt werden darf. Unser Volk ist reich genug, um seine Rüstung zu bezahlen.

Eines aber sollte zum Gemeingut der öffentlichen Meinung unseres Vaterlandes werden, wie kläglich die Auffassung ist, die unsere Wehrmacht zu Lande und zu Wasser nur als Verteidigungsmittel gegen feindliche Angriffe ansieht. Das heißt sie des besten Teiles ihres Wertes berauben, drückt sie herab zu Werkzeugen philiströser Politik. Oben habe ich die Ansicht bekämpft, daß wir „saturiert“ seien — stellt die öffentliche Meinung sich dazu in gleicher Weise, so wird sie auch unzweideutig aussprechen: Heer und Flotte sind auch Waffen des Angriffs, wenn die Sicherung unseres Daseins es verlangt.

Ein Glück ist es, daß unsere Offiziere von diesem Geiste erfüllt sind; möge er lebendig bleiben, bis auch die Leitung der Reichspolitik ihn in sich aufnimmt.

Volksgesundheit

Alle Reformen am politischen Körper des Deutschen Reiches werden sich nur lohnen, wenn das deutsche Volk seines Daseins wert ist. Eine rassistig entartete, sittlich verwüstete und kulturell herabgekommene Bevölkerung des reichsdeutschen Bodens wäre wohl staats- und völkerrechtlich das „deutsche“ Volk, solange der von ihr bewohnte Staat nicht zusammengebrochen wäre — das deutsche Volk wäre sie nicht, für das die bewußten Deutschen dieser Tage kämpfen und sich sorgen, nicht das deutsche Volk, dem unsere Großen entstammen, die Helden des Geistes und der Tat. Ein Mischmaschvolk als Nutznießer der Schöpfung Bismarcks ist ein unerträglicher Gedanke — lieber ein Ende mit Schrecken, aber in Ehren, als ein Fortbestehen, das den deutschen Namen entweicht.

Aber wir wollen leben. Wollen, daß unser Volk lebe. An das Wort von dem notwendigen Vergehen eines jeden Volkes glauben wir nicht, seitdem wir die Ursachen des Unterganges der toten Völker kennen.

An sich ist das Volk ewig, ewig kraft der Fortpflanzung, die es über die Einzelpersönlichkeit hinaushebt.

Und es wird ewig bleiben, wenn es die Reime des Verfalls, nachdem sie einmal erkannt sind, rücksichtslos tötet — mag die dazu nötige Handlung im einzelnen Falle hart und lieblos erscheinen, sie trägt ihr Recht in sich und dient dem höchsten Lebensgrundsatz: der Ewigkeit des Volkes.

Auch das klingt härter als es ist, wenn die gesamte Führung unseres Volkes dahin geht, Reime der Entartung gar nicht wieder aufkommen zu lassen; freilich, darum kommen wir nicht herum, die jetzt vorhandenen auszumerzen und den Verfallerscheinungen auf den Leib zu rücken.

Die sog. „Humanität“ im landläufigen Sinne mag wieder gelten, wenn wir politisch, sittlich, gesundheitlich und kulturell reformiert sind — bis dahin heißt es, aus Liebe hart sein, und danach wird sie ihre Grenzen immer finden müssen an dem Gesetze, daß der Gesundheit des Volkes jedes Opfer gebracht werden muß.

Noch hat die Reform nicht begonnen, aber doch heißt es schon alles vorbereiten, was dereinst der Sicherung ihrer Ergebnisse dient und sie gleichzeitig vorbereitet.

Die erste Grundlage ist die körperliche Gesundheit der deutschen Rasse. Staat und Gesellschaft müssen wetteifern, sie zu fördern, wobei man an die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs mit Ernst herantreten muß; das Verständnis für eine vernünftige Ernährung muß verbreitet werden; die Lust an der Bewegung im Freien ist zu wecken und in Bahnen zu lenken, die dem Zwecke dienen. Es muß mit Dank anerkannt werden, wie verdienstlich Vereine und Einzelne auf diesem Gebiete schon gearbeitet haben, aber nötig

ist es, um Großes zu erreichen, daß nach einheitlichem \AA unter der Leitung des Staates vorgegangen werde.

Im Hinblick hierauf verdient der Vorschlag deutscher Nationalfestspiele, an denen die Auslese der köstlichen Tüchtigkeit unseres Volkes sich bewähren soll, jede Unterstützung.

Erziehung

Auf der Grundlage der körperlichen Gesundheit wird der geistig-sittlichen des Volkes alle Sorge und \AA widmen; hier teilen Kirche und Schule sich in die Arbeit

Die Kirche wird die sittlichen Kräfte in der Richtung des Glaubens entwickeln und die Anschauungen der ihr vertrauten vom Instinktiven zum Bewußten vertiefen; daß sie bei dieser Arbeit an den Seelen ihrer Gläubigen dem Brod der ihr durch das Gesetz ihres Daseins gegeben ist, so wie sie nie vergessen, daß es deutsche Menschen sind an denen sie arbeitet.

Die Schule wird die Erziehung ganz bewußt so leiten daß sie dereinst Deutsche ins Leben entläßt, eine um welche Stufe es sich handelt.

Ich maße mir nicht an, für die Reform unseres Schulwesens Vorschläge zu machen, sondern beschränke mich dabei eines zu verlangen; der Unterricht in Deutsch und deutscher Geschichte muß für Knaben und Mädchen das Rückgrat der Schulerziehung werden, und wird sich ohne Schwierigkeit in Volksschulen, Realschulen, höheren Töchterschulen, Gymnasien dem Auffassungsvermögen der Schüler anpassen lassen.

Es werden Wunder erzählt, die den Rekrutenoffizieren in bezug auf die völlige Unkenntnis ihrer Zöglinge in elementarsten Dingen unserer vaterländischen Geschichte letzten Zeit vorgekommen sind. Das hört und liest der \AA lster, lächelt überlegen, und die Sache ist für ihn erledigt. Er weiß zufällig, wer Bismarck war, was bei Königgrätz

ging und hat selbst von Blücher etwas gehört. Aber fragt ihn, was etwas weiter vom Wege des Tagtäglichen liegt, und ihr werdet staunen, was er alles nicht weiß.

Das Leben, der Lebende hat recht — ganz gewiß; wir wollen keine Schnüffler der deutschen Vorzeit, keine die Gegenwart vergessenden Dilettanten der Vergangenheit, aber unsere Deutschen sollen so viel lernen von der Geschichte ihres Volkes, daß sie ein Urteil haben — ein Urteil, das dem Gange ihrer Erziehung entspricht. Wir geben jedem das Wahlrecht, und er lernt nichts von Wilhelm I., dem Unvergesslichen, nichts von Moos dem Getreuen, nichts von Bismarcks Schöpfungstat — nichts von Wilhelms Sorge für die Armen und Schwachen, nichts von Bismarcks „Recht auf Arbeit“. Und er fällt in die Hand des ersten besten Sozialdemokraten, der ebenso wenig gelernt hat von seines Volkes Großen und deshalb der Verführung verfallen ist; und jener läßt sich erzählen, welch ein Scheusal Bismarck war und wie schändlich die Fürsten das arme Volk drücken — und er glaubt das und wartet mit Sehnsucht auf die nächste Wahl, damit er sein neues Wissen verwerten kann.

Es ist beschämend, sich das auszudenken — niederdrückend aber ist es, in sog. gebildeter Gesellschaft, bei Leuten mit akademischer Bildung eine Unwissenheit über die Grundtatsachen der deutschen Geschichte zu finden, die unsere politische Haltlosigkeit begreiflich macht.

Wer es erlebt hat, wie Geschichte, richtig vorgetragen, ergreift und wirkt, der wird mir recht geben, wenn ich empfehle, sie neben der Pflege unserer unvergleichlichen Sprache zum Mittelpunkt des Unterrichts zu machen. Ich habe es selbst beim Erteilen militärischer Instruktion vor einem Vierteljahrhundert erlebt, daß eine ganze Kompagnie mit gespannter Aufmerksamkeit einer schlichten Erzählung folgte, und die Leute sagten, wenn es nur immer so wäre.

Das Gefühl der Liebe zum Vaterland, von dem ihr redet, wo soll es herkommen, wenn ich nichts wüßte, aber auch gar nichts von seiner Vergangenheit? Wer die Geschichte seines

Volk es nicht kennt, wird gleichgültig gegen sein Vaterland; er in Versuchung gerät, geht er ihm verloren.

Die politischen Zustände der letzten Zeit haben dazu geführt, daß man an der Erziehung unserer Jugend irre wurde, indem man so unerfreuliche Ergebnisse sah, und tiefblickende Männer verlangten die Einführung sog. „staatsbürgerlicher“ Erziehung. Über Erwarten schnell kam diese Forderung in Mode, und heute spricht man links und rechts und in der Mitte davon, ja selbst die Sozialdemokraten sind dazu haben — alle aber denken sich, der staatsbürgerliche Unterricht wird so ausfallen, daß er den Bestrebungen ihrer Partei dient.

Staatsbürgerlicher Unterricht

Es muß ausgesprochen werden, daß der staatsbürgerlichen Erziehung, wenn man sie sich auch nur als unpolitische Einführung — dies Wort im Sinne von Parteipolitik verstanden — in die politischen Zustände des Deutschen Reiches — diesmal Politik im weitesten Sinne gemeint — behandeln will, nichts mehr und nichts weniger fehlt als die Lehrer jeder Stufe, die das fertig brächten.

Wer einigermaßen im politischen Leben gestanden hat, der weiß, welch' einen Schatz wir an dem nationalbewußten Teile unserer Oberlehrer, Volksschullehrer und ihren weiblichen Berufsgenossinnen besitzen, und er erkennt dankbar ihren Verdienst dieser treuesten Helfer an; aber er weiß auch, daß viele weltbürgerlich-anationale und radikal-verbissene Lehrer jeder Art wir haben, und er denkt mit Schrecken daran, daß der staatsbürgerliche Unterricht solcher Bildner der Jugend ausfallen würde.

Hier ein Beispiel aus den letzten Wochen; ein Volksschullehrer veröffentlicht einen Aufsatz über die „Lehrerschaft und Marokko“ und wagt zu schreiben:

„Wir Lehrer des Volkes haben zu tun, was in unse-

Kräften steht, um die Unterschiede der Nationalitäten auszu-
merzen. Wir haben daher auch jeden Patriotismus
zu bekämpfen, mag er eine Form annehmen, welche
er will. Bewußte Erziehung zum Patriotismus bedeutet
immer eine Unterminierung von Gesittung und
Kultur im Volke, (!!!) ist somit direkt unmoralisch.
Jede patriotische Regung ist nämlich im tiefsten
Kerne unmoralisch. Laßt uns den Kindern den Patrio-
tismus zeigen, als das, was er in Wirklichkeit ist: Eine
unmoralische, engherzige und antireligiöse Regung. Unsere
Aufgabe muß es sein, unermüdllich in dem Volke die Illusion
über die Notwendigkeit und die Heiligkeit des Krieges zu zer-
stören, den Patriotismus zu bekämpfen und die Friedens-
bewegung zu propagieren!“

Das ist ein einzelner, gewiß, und ein so prächtiger Ge-
felle, der nicht viele seinesgleichen haben wird. Gewiß,
so weit werden nicht viele gehen, aber wer eine Ahnung hat
von der Radikalisierung des Volksschullehrerstandes, der gibt
zu: trotz der Verdienste des national-festen Teiles darf man
nicht wagen, auch nur eine Art politischen Unterrichts in
der Volksschule oder in der Fortbildungsschule erteilen zu
lassen. Nicht wesentlich besser liegt die Sache bei den Ober-
lehrern. So lange wir nicht eine Lehrerschaft von einheitlicher,
selbstsicherer National- und Staatsgesinnung haben, die gar
nichts zu tun hat mit der Anerkennung der Weisheit der
jeweiligen Regierung des Tages, so lange darf man von
der staatsbürgerlichen Erziehung gar nichts er-
warten und wird sie besser unterlassen.

Dagegen rede die Geschichte mit ihren Tatsachen! Sie
sind nicht totzuschlagen durch hämische Erläuterungen eines
verbissenen Lehrers, und das geschriebene Wort des Lehr-
buchs wird in der Erinnerung länger haften, als das miß-
günstige Urteil des einen oder anderen Lehrers.

Diese Bedenken gegen den staatsbürgerlichen Unterricht
machen klar, daß wir noch um die Grundlagen unserer
Bildung zu kämpfen haben, und es wird meines Er-

achtens die allererste Aufgabe der zu schaffenden nationalen Schule sein: einen nationalen Lehrerstand zu bilden; Erzieher dieses Lehrerstandes müssen die bewährtesten, besten Lehrer sein, über die das Land verfügt. Charaktere, die Wichtigeres zu geben haben, als Wissen, nämlich Anteil an der eigenen Festigkeit, an dem, was Achtung erzwingt und das fruchtbarste Element der Erziehung ist.

Sich der Erziehung der Erzieher widmen, das ist eine Aufgabe, des Schweißes der Edelsten wert.

Universität und Bildung

Von der Hochschule ist zu sagen, daß der heutige Betrieb der Spezialisierung auf allen Wissensgebieten es dahin gebracht hat, daß wirklich gebildete Menschen fast so selten sind, wie politisch Unterrichtete. Der Unterricht, wie er jetzt gehandhabt wird im Hinblick auf die Examenszwecke der Studierenden, hat mit der „universitas literarum“ gar nichts mehr zu tun; jeder ist froh, wenn er von seinem Fach oder Teilfach so viel in sich einpaukt, daß es zum Examen reicht — rechts oder links vom Wege dieses Fachwissens zu suchen, dazu hat man keine Zeit, und das Ergebnis ist ein Rückgang der allgemeinen Bildung, der erschreckend ist.

Als Heinrich von Treitschke nach Berlin kam, klagte er mit zürnenden Worten über die praktisch gewordene Jugend, die sich im Hinblick auf das Brotstudium die Zeit nicht gönne, sich auszulieben, womit er natürlich nicht das leiblich-sinnliche Genießen meinte, sondern die geistige Entwicklung, das Reisen, das bewußt gepflegte Wachsen der eigenen Persönlichkeit; er schalt auf die kaltherzige Beschränktheit, womit die meisten gerade nur das lernen, was sie unbedingt nötig haben — von den Schätzen der „universitas“ haben sie auf der Universität keinen Gewinn, und es bleibt bei den Ansätzen der Bildung, die sie auf dem Gymnasium in sich aufgenommen haben. Seit Treitschkes Mahnung sind vierzig Jahre ins

Land gegangen, und es ist schlimmer geworden, unübergleichlich viel schlimmer, da der materialistische Zug der Zeit seitdem erst so recht seine Wirkung äußern konnte. Man muß nur ein Examen mitmachen, und es erleben, wie die meisten Fragen aus dem Gebiete der sog. allgemeinen Bildung ausfallen, oder man muß einen Professor der alten Schule, der selbst auf der geistigen Höhe steht, die allgemeine Bildung verleiht, über seine Erfahrungen erzählen hören, und es wird einem klar, daß die Enge des geistigen Gesichtskreises diese Menschen klein machen muß. Wer in seiner Jugend ein Knecht der Zweckmäßigkeit ist, wann soll dem der Schwung kommen, wann die innere Wärme?

Diesem Verlust an seelischer Kraft, wie er aus der Enge des geistigen Gesichtskreises entsteht, muß entgegengearbeitet werden, und zwar durch Zwang, weil nicht erwartet werden kann, daß unsere Jugend sich wieder freiwillig zu den Quellen der Begeisterung zurückfindet, ohne die alles Leben schal und leer ist. Deshalb sollte jedem Fachexamen eine Prüfung auf allgemeine Bildung vorhergehen; deutsche Geschichte müßte obligatorisch sein; Volkswirtschaft, Literatur oder Kunstgeschichte oder Geschichte der fremden Völker dürfte der Prüfling wählen. Natürlich wird es sich nicht darum handeln, Jahreszahlen oder ähnliches totes Wissen herauszuquetschen — die Art der Prüfung muß der Absicht entsprechen: mit dem Blick auf's Ganze zu ermitteln, ob der zu Prüfende fähig ist, die großen Zusammenhänge des nationalen Werdens zu erfassen. Wer hier versagt, ist unbrauchbar und wird nicht eher zum Fachexamen zugelassen, als bis er die allgemeine Vorprüfung bestanden hat; denn es kann keiner ein guter Richter sein, der nur die paar Gesetze beherrscht, keiner z. B. ein guter Lehrer der Mathematik, der sonst nichts weiß; der Arzt, der Geistliche sind im höheren Sinne wertlos, wenn sie nicht über ihrem Berufe stehen.

Unsere akademisch Gebildeten sollten die geistigen Führer des Volkes sein, sollten das Rückgrat des politischen Lebens abgeben — jeder

weiß, wie weit wir davon entfernt sind. Aber, wird eingewendet, die armen Studenten sind ja heute schon überlastet und werden kaum fertig mit dem, was sie für ihr Brotstudium unbedingt wissen müssen; nun soll ihnen noch weiterer Stoff aufgeladen werden? Das ist nicht zu machen. Gewiß, so nicht, wie heute; deshalb gibt man ihnen Gelegenheit, sich — mit Treitschke zu reden — auszuleben, indem man jedem Studium ein Jahr zuschlägt, das Vorexamen aber doch erst kurz vor der Fachprüfung ablegen läßt.

Die Verlängerung des Studiums wird, in dieser Weise ausgenützt, nicht nur unsere Akademiker geistig heben, sie wird auch erschweren, daß ein geistiges Proletariat entsteht — eine Nebenwirkung von allergrößter Bedeutung.

Bureaukratie

Die akademisch Gebildeten, denen die öffentlichen Angelegenheiten in Rechtsprechung und Verwaltung übertragen sind, pflegt man die Bureaukratie zu nennen, und es ist hier Gelegenheit, sich mit ihr zu beschäftigen. Man wird sich freuen feststellen zu können, daß unsere Beamtschaft nach Ehrenhaftigkeit und Unantastbarkeit den alten guten Ruf bewahrt hat; wir kennen die Korruption der Ämter nicht, wie sie anderswo üblich ist, und wo sich schlechte Anfänge zeigen, sind es doch wirklich Ausnahmefälle.

Aber diese Bureaukratie, deren innere Anständigkeit unbezweifelt ist, hat trotzdem Schaden gelitten; sie ist verknöchert und unbeweglich geworden, sie ist geistig stehen geblieben und kann den Aufgaben der Zeit nicht mehr gerecht werden — kein Wunder, wenn man die Einseitigkeit des Bildungsganges unserer Beamten betrachtet. Mangel an allgemeiner Bildung und das Fehlen des nationalen Temperamentes sind die Ursachen; erstere würde die Fähigkeit verleihen, die amtlichen Dinge von höherer Warte, als der des Tagesdienstes zu betrachten, letzteres würde die Liebe verleihen, ohne die kein rechtes

Wirken gedeihen wird — die Liebe nicht so sehr zum Berufe, als zu dem Dienste, der dann nicht mehr verrichtet würde, weil man schließlich dazu angestellt ist, sondern weil er der Sache des Volkes, der Allgemeinheit gilt.

Jeder weiß, welch ausgezeichnete Männer wir in Verwaltung und Rechtspflege besitzen, geborene „Magistrate“ — aber fragt diese Spitzen selbst, und sie werden euch Bescheid geben, was sie von dem Durchschnitt ihrer Kollegen halten; mancher Präsident stöhnt über die Leute, die man ihm als Mitarbeiter bei Gericht oder Regierung zugesellt. Kein Zweifel, die allein fachliche Vorbildung reicht nicht aus, um so weniger als die Grundlage von der Schule her ungenügend war; aber auch die Auslese geschieht nicht in richtiger Weise. Zunächst ist der Staat nicht vorsichtig genug in der Annahmeerer, die seine Autorität vertreten sollen; grundsätzlich dürften nur Leute dazu genommen werden, in deren Familien eine gewisse Tradition herrscht. Die Ergänzung und Erneuerung von unten her soll nicht abgeschnitten werden, aber mit großer Vorsicht geschehen, indem man nicht nur auf die Begabung sieht, sondern den Charakter entscheiden läßt; die heute allzu oft geübte Rücksicht auf den Besitz muß ganz wegfallen. Der bequeme, korrekte Beamte hat heute wesentlich bessere Aussichten als der selbständige Mann, der nach oben seine Persönlichkeit wahrt.

Nach unten, d. h. eigentlich nach neben, verfällt man allzu oft unerträglicher Überhebung, die dem Publikum den Verkehr mit Beamten zu einer Last macht; man vergißt, daß der Beamte nicht Herr, sondern Diener ist. Gewiß, er ist Beauftragter seines Herrschers — aber auch der ist ja angeblich der erste Diener seines Staates. Diener ist der Beamte, nicht in wegwerfendem Sinne, sondern so, daß er die Angelegenheiten der Allgemeinheit übernommen hat und ihnen mit seiner Person zur Verfügung steht.

In der Bureaucratie lebt der Geist, der oben herrscht. Arbeitet daran, daß dort das nationale Temperament wieder erwacht, so sollt ihr sehen, wie neues Leben sich in dem alten

Körper regt; sorgt dafür, daß der Beamte eine Vorbildung erhält, die ihm den Blick aufs Ganze lenkt, urteilt bei Anstellung und Beförderung nicht allein nach dem Fachwissen, gar nicht nach dem Gelde, sondern nach dem Charakter, und wir bekommen wieder eine Bureaukratie, in der die besten Kräfte des Volkes sich zusammenfinden.

Die Subalternen hängen in der Auffassung vom Dienste und seinen Aufgaben, in ihrem Verhältnis zum Publikum von dem ab, was sie an ihren Vorgesetzten sehen, das ist eine alte Tatsache; heben wir das geistige Niveau der Vorgesetzten, so heben wir gleichzeitig die Subalternen.

Eines sei hier noch ausgesprochen: macht ein Ende mit der Schaffung immer neuer Stellen, wir ertrinken im Meere der höheren und subalternen Bureaukratie. Die Vielregiererei und die neuen Stellen sind ein *circulus vitiosus*.

Kunstpolitik

Ein gesundes Volk braucht die Kunst wie das tägliche Brot — sie ist kein Luxus der Reichen, sondern das stete Bedürfnis eines Jeden, dessen Befriedigung eine Funktion des Geistes ist, wie mannigfache andere; was heute dem Volke aller Stände als Kunst geboten wird, ist zum großen Teile Entartung, von der defakenten Tragödie bis zur Sensation des Kinematographen, und geeignet, die Entartung zu fördern.

Wir brauchen eine Kunstpolitik, die bei aller Achtung vor der künstlerischen Schöpfung als dem Ausdruck gesteigerter Persönlichkeit die Allgemeinheit ins Auge faßt und wohl unterscheidet, was dieser zuträglich ist, und was zwar als Gegenstand des Kunstgenusses eines engeren Kreises in Betracht kommen mag, der Allgemeinheit aber nicht überlassen werden soll.

Von besonderer Bedeutung wird diese Unterscheidung bei dem, was unserm Volke auf der Bühne und durch den Druck

geboten wird; man erinnert sich noch ganz dunkel der Zeiten, da man das Theater einmal als moralische Anstalt betrachten konnte, und die Leistungen auf dem Gebiete der sog. Unterhaltungsliteratur lassen oft den Wunsch aufkommen, die Buchdruckerkunst wäre niemals erfunden worden; auch was gewisse Witzblätter bieten, reizt zu ähnlichen Gedanken.

Ich meine, man wird den Mut haben müssen, dem Geschrei über die Unterdrückung der Kunst standzuhalten und kaltblütig von der öffentlichen Verbreitung in jeder Form alles auszuschließen, was sich der Maske der Kunst bedient, um auf alle dekadenten Neigungen spekulierend, Aufsehen zu erregen und Geld zu „machen“.

Die Kunst ist zu heilig, um dazu mißbraucht, unser Volk zu gut, um solcher Verführung ausgesetzt zu werden. Man wird der Zensur wieder die Aufgabe übertragen, das geistige Leben unseres Volkes nach allen den Richtungen zu überwachen, wo das sittliche Gefühl verletzt werden kann; auch politisch zersetzende Erscheinungen dürfen nicht zugelassen werden. Das Amt der Zensoren wird, um die Kunst vor jeder kleinlichen Polizeischikane sicher zu stellen, den besten und anerkanntesten Meistern auf allen Gebieten übertragen werden, die das Doppelamt haben, die Kunst zu verteidigen gegen jeden unrechten Eingriff des Staates und gleichzeitig die Allgemeinheit zu schützen vor den Einwirkungen der Ksterkunst.

Wie schwerfällig die Bureaucratie ist, kann man daraus abnehmen, wie lange sie dem unverantwortlichen Treiben der Fabrikanten von Schundliteratur und der Kinematographen tatenlos zugehört hat; man deckt den Brunnen zu, wenn das Kind hineingefallen ist — aber diese Brunnen der Volksvergiftung fordern täglich neue Opfer, statt daß man die ganze Schundliteratur ohne Gnade und Barmherzigkeit unterdrückt und den Kinematographen für die Volksbildung und die Hebung des Geschmacks nutzbar macht.

Das Theater

Was nun das Theater noch besonders betrifft, so weiß man, daß es dem Einfluß des Judentums verfallen ist und zum Geschäftsunternehmen herabgedrückt wurde: Vertrieb von Darbietungen, ausgeführt von Menschen, manchmal von künstlerischem Werte, durchweg aber der oberflächlichsten Berstreuung dienend.

Dieser Geschäftsbetrieb hat einen Tiefstand des Theaters und des Geschmacks des Publikums herbeigeführt, die in betrübender Wechselwirkung stehen, und es fragt sich, ob man dem Triumphe der Platttheit weiter zuschauen soll. Es könnte sonst dahin kommen, daß man z. B. gegen die Volksvergiftung durch den Alkohol erfolgreich ankämpft, die Vergiftung der Seelen aber zuläßt, die durch die Form und den Inhalt des Verabreichten besonders wirkungsvoll sein muß.

Man wird reiflich zu überlegen haben, ob das Theater nicht dem „freien Spiel der Kräfte“ entzogen werden soll; als seine Träger kämen an erster Stelle die Stadtgemeinden in Betracht, die auch dem ungesunden Wettbewerb und der Überproduktion auf diesem Gebiet ganz von selbst steuern würden.

Man soll nun nicht meinen, daß die Absicht dabei die wäre, das Publikum zum ausschließlichen Dienste der „ernsten Muse“ zu zwingen, es soll auch Heiteres und Anspruchloses geboten werden, aber ausgeschlossen bleibe alles Gemeine, das besonders in der Form des Halbgemeinen schädlich ist.

Die Wohnungsfrage

Die Grundlage des Zusammenlebens in der großen Gemeinschaft des Volkes und seines Staates bildet das Zusammenleben im kleinen Kreise der Familie, des Hauses, und noch kann man zum Glücke sagen, daß sie im wesentlichen unerschüttert ist; gefährdet erscheint sie dort, wo die Überkultur entartend gewirkt hat, und dort, wo die Massen auf

engem Raume zusammengedrängt wohnen müssen. Die erstere Gefahr lassen wir ganz außer Betracht, da sie nur wenige betrifft und ihre natürliche Beseitigung dadurch findet, daß die von ihr Betroffenen nach dem Gesetz der Degeneration ausgemerzt werden. Um so ernster muß man die zweite nehmen, die über dem Leben der zahllosen Familien liegt, die in den großen Städten zusammengeströmt sind. Die Tatsache besteht, ob man sie bedauert oder nicht, und ihre Ursachen sind bekannt und wirken weiter. Es gilt sich damit abzufinden und dem Schaden zu wehren, der daraus entstehen muß; dabei wird man sich auf den Boden der Erkenntnis stellen, daß häusliches Behagen der sicherste Schutzwall der Familie ist, das wiederum abhängt von den Räumen, in denen sie ihr Leben führt.

So kommt man ohne weiteres der großen Bedeutung der Wohnungsfrage für die Massen und ihr körperliches und sittliches Wohl auf den Grund und wird bereit sein, alles zu tun, was diese Frage glücklich löst.

Den Bodenreformern gebührt das Verdienst, den Weg hierzu gewiesen zu haben, und schon ist in einzelnen Fällen der Beweis geliefert worden, daß durch zielbewußtes Vorgehen von Gemeinde und Gesellschaft wirklich Nützliches geleistet werden kann. Aber es handelt sich doch erst um Versuche, und was sie Gutes bewirkt haben, verschwindet gegenüber dem ungeheuren Bedürfnis der Massen.

Es ist an der Zeit, von dem tastenden Versuchen zur umfassenden Behandlung der Bodenreform überzugehen; ist sie für die großen Städte am dringlichsten im Hinblick auf die dort herrschende Wohnungsnot, so ist sie nicht minder bedeutungsvoll für das flache Land, um dem ländlichen Arbeiter Annehmlichkeiten zu verschaffen, die ihn festhalten und die Neigung gar nicht aufkommen lassen, in die Stadt zu ziehen. Es ist erfreulich, daß gerade in der letzten Zeit die städtische Wohnungsfrage mit großem Eifer behandelt wird; die ländliche wird überall da, wo die innere Kolonisation wirksam wird, glücklich gelöst werden können.

Der Volksfreund wird alle Bestrebungen unterstützen, die in Stadt und Land den Abhängigen gesunde Wohnungen schaffen wollen, und er wird darauf hinwirken, daß unter der Führung und Mitwirkung von Staat und Gemeinde dies Werk im größten Maßstabe unternommen werde, wie es dem Bedürfnis entspricht.

Die Frauenfrage

Auf dem Boden der Familie ist die Frauenfrage entstanden, deren Bedeutung heute von niemand verkannt werden wird. Bei der Erörterung des Wahlrechts ist bereits ausgeführt worden, daß die politischen Bestrebungen der Frauen nicht als berechtigt und nützlich angesehen werden können. Die Teilnahme der Frauen am Kampfe der Parteien, ist von vornherein etwas, gegen das jedes gesunde Gefühl sich sträubt; diejenigen Frauen, die ihre Gleichberechtigung mit den Männern durch politische Tätigkeit glauben beweisen zu müssen, mögen sich einmal bei männlichen Bekannten erkundigen, warum und in welchem Umfange unser öffentliches Leben so verwildert ist. Es hält schwer, Männer von Ehre zu finden, die sich z. B. den Unflätigkeiten eines Wahlkampfes aussetzen, und es ist eine bekannte Tatsache, daß in immer wachsendem Maße Besitz und Bildung sich von dem Kampfplatz zurückziehen, auf dem sie entrechtet sind. Und nun sollten wirklich unsere Frauen von allen guten Geistern so verlassen sein, daß sie sich in diesen Wirrwar hineinstürzen wollen!

Sie sollen überzeugt sein, daß gerade die Männer, die am deutlichsten denken und fühlen, denen die Frau am heiligsten ist, gegen dieses Verlangen aufs äußerste ankämpfen werden. Das ist keine Frage des Rechtes zwischen Mann und Frau, wie überhaupt die Bezeichnung „Frauenrecht“ durchaus schief ist; es ist eine Frage der Arbeitsteilung.

Wer vom „Frauenrechte“ spricht und es den Frauen erobern will, der steht, ob er es weiß oder nicht, unter der Einwirkung der unheilvollen Rousseauschen Lehre von der Gleichheit aller Menschen, ohne daran zu denken, daß dieser furchtbar falsche Satz in diesem besonderen Falle schon durch die Verschiedenheit der Geschlechter, ihrer Anlagen, ihrer Leistungsfähigkeit und Urbestimmung widerlegt ist.

Die Natur selbst hat jedem Geschlechte seine Aufgabe bestimmt und eine Arbeitsteilung vorgeesehen, an der in den hauptsächlichsten Funktionen auch die weitestgehende Emanzipation nichts würde ändern können.

Was zur Versagung des Wahlrechts an die Frauen zu bemerken ist, habe ich oben kurz dargelegt, und es erscheint mir so durchschlagend, daß keine deutschbewußte Frau dem Trugbilde solches politischen Rechtes weiter nachjagen wird. Versteht man die Teilnahme an der Politik so, daß die Frauen wissen wollen, was vorgeht in unserm Volke, daß sie teilnehmen wollen an den Sorgen ihrer Männer und Söhne und sich mit ihnen freuen; daß sie in die Lage versetzt werden, sich ein Urteil zu bilden — kurz, denkt man an ein Unterrichtetsein über den Zustand des Vaterlandes, so wird man antworten, das haben längst alle Frauen, die es haben wollten, und dafür brauchen sie nicht zu kämpfen.

Wenn schließlich patriotische Frauen meinen, man solle gerade aus Gründen der Staatserhaltung ihr Geschlecht so mit politischem Wissen ausstatten, daß sie die Kinder zu guten Deutschen erziehen könnten, so sei gewarnt vor dem Versuch, in der Kinderstube bereits mit der staatsbürgerlichen Erziehung anzufangen. Die Stärke der Frau ist der Instinkt — die deutsche Frau wird, wenn sie ihres Volkstums bewußt ist und stolz auf seine Geschichte, seine Größe, seine Taten, aus ihrem Instinkt den Kindern nach Stimmung und Gefühl ihr Vaterland so wert machen, daß sie zum Denken erwacht, nicht anders können, als es lieben.

Diese Gefühlsgrundlage zu schaffen, ist eine edelste Aufgabe — wollt ihr dies politische Arbeit nennen,

weil sie später politische Folgen hat, so sei euch die Freude am Worte gelassen.

Gegen die politischen Ansprüche der Frauen also müssen wir uns wehren, wobei es sie trösten mag, daß wir der Mehrheit der Männer die gleichen Ansprüche bestreiten; politisch darf es eine Frauenfrage nicht geben.

Daß es eine soziale Frauenfrage gibt, steht fest, und daß sie als ein wichtiger Teil der großen sozialen Frage besondere Sorge erheischt, bezugleich; ihre Ursachen, ihre Geschichte zu schildern, ist nicht die Aufgabe dieser Schrift, wohl aber sei ausgesprochen, daß es eine ernste Pflicht der deutschbewußten Männer ist, die Lösung der sozialen Frauenfrage zusammen mit den Frauen zu suchen und zu erstreben.

Es sei nicht verschwiegen, daß alles, was bisher nicht sehr weit links stand, die ganze Frauenbewegung mit Argwohn verfolgte, weil unbestreitbar in ihr selbst die Tüchtigen eine führende Rolle spielten, weil die ganze sozialdemokratische und radikale Presse sie publizistisch vertrat, und weil infolge dieses Einflusses vieles geschah, was auch der Freund der sozialen Frauenbestrebungen nicht billigen konnte. Das Erfreuliche und — gestehen wir offen — Unerwartete scheint geschehen zu sein, daß die Frauenbewegung einen Ruck nach Rechts gemacht hat; wenn diese Wendung anhält, werden die auf dem Boden von Volk und Staat stehenden Männer bereitwillig den Führerinnen der Frauen mit Rat und Tat helfen, die sozialen Nöte und Sorgen ihres Geschlechtes zu bekämpfen.

Das sei gerne ausgesprochen: was auf diesem Gebiete von den Frauen geleistet worden ist, sowohl zur Feststellung der Tatbestände, zur Aufklärung und auch schon zur Beseitigung von Übeln, verdient alle Anerkennung.

Ganz gewiß ist es ein Stück nationale Arbeit, dem Teile der deutschen Frauen, die nicht zur Ehe schreiten, ein ihrer würdiges Dasein zu bereiten — eins aber werde vermieden, daß das weibliche Geschlecht den Männern in Berufen Wettbewerb bereitet, die ihm fern liegen; solche Konkurrenz

muß die wirtschaftliche Lage der Männer verschlechtern und würde die Zahl der unversorgten Frauen weiter vergrößern.

Frauenpflichten

Auf diesen Blättern war mehr als einmal die Rede von der Notwendigkeit, die Volkswohlfahrt zu fördern, und es war gesagt, daß Staat und Gesellschaft sich darein teilen müßten. Hier wird die aufklärende, heilende, verhindernde Arbeit der deutschen Frau ein dankbares Feld finden; Ehre denen, die sich als Helferinnen in dieser Liebesarbeit schon bewährt haben — willkommen, die dazu bereit sind; handelt es sich dabei auch nicht um die Frauenfrage im engeren Sinne, so doch gewiß in dem, daß jede Besserung eines Hausstandes die Lage der Frauen bessert, die in ihm leben.

Eines aber sei den Frauen noch ans Herz gelegt, was zwar mit den Frauenrechten nichts zu tun hat, um so mehr aber mit den Frauenpflichten, das ist, ihr Haus heilig und rein zu halten von allen Einflüssen der Verführung, und zwischen sich und allem Unreinen eine schärfste Grenze zu ziehen; kein Buch, keine Zeitung komme ins Haus, die Ansteckung bringen können, kein Gast werde geduldet, der nicht unantastbar ist, keine Gesellschaft werde anerkannt, wo nicht der Geist der sittlichen Keulichkeit herrscht.

Das stolze englische Wort „my house is my castle“ gilt vom Rechte; wenn wir heute sagen, „mein Haus ist meine Burg“, so gelte es von der Keinheit und Gesundheit des Lebens, und ihre Herrin sei die Hausfrau.

Sie wird es verstehen, dem Hause, wenn es reich ist, die Schäden des Reichtums fernzuhalten, wie sie sich in Luxus und Überkultur zeigen; sie wird auch die Schranke zwischen sich und den Unwürdigen ihres Geschlechtes ziehen, und die Herrschaft von Moden brechen, die diese Grenze verwischen; die wahre Vornehmheit zeigt sich wieder in der Schlichtheit.

Die Frau wird es auch sein, die das entartete Leben der

Gesellschaft wieder gesund macht, indem sie es aus dem heutigen falschen Scheine wieder der Wahrheit gewinnt.

Das Beispiel der Reichen und Wohlhabenden wird auf die Minderbegüterten und Armen wirken, und man wird lernen, die Aufmachung zu verachten, die mehr aus sich machen will, als man ist — nicht an menschlichem Werte, sondern an äußerlicher Geltung. Das Leben aller Stände gewänne so wieder an innerer Wahrheit, deren Weg unsere Frauen bahnen müssen.

Umdenken

Was auf den vorstehenden Blättern von Maßnahmen empfohlen worden ist, die in ihrer Gesamtheit eine durchgreifende Reichsreform darstellen würden, weicht in vielem so sehr von dem ab, was der deutsche Bürger an Meinungen in sich aufgenommen hat, daß an ihre Durchführung im normalen Wege erst gedacht werden könnte, wenn ein Umlernen, Umdenken vom Grunde auf stattgefunden hat. Nun habe ich bei Erörterung der von mir für geboten gehaltenen Verfassungsänderungen keinen Zweifel darüber gelassen, daß ich es für ausgeschlossen halte, sie im normalen Wege durchzusetzen; ich habe davon gesprochen, wie vielleicht im Zusammenhang mit gewaltigen Ereignissen der äußeren Politik die Gelegenheit zur Reform sich ergebe, bin aber auch, weil ich keine andere Rettung sehe, als die Einführung dieser Reformen, nicht davor zurückgeschreckt, den Staatsstreich zu empfehlen.

Mag es jetzt kommen, wie es will: das Umdenken ist unter allen Umständen notwendig, auch wenn die Reform nicht in Übereinstimmung von Volk, Volksvertretung, Bundesrat und Krone zustande kommt; denn allein solches Umdenken wird die Gewähr dafür bieten, daß unser gesamtes nationales, staatliches und gesellschaftliches Leben sich im Sinne der Reform entwickelt.

Also Umlernen müssen wir, und es wird sich zeigen, daß wir damit in vielem zurückkehren zu den Auffassungen, die deutschem Wesen entsprechen und die wir preisgegeben haben, weil wir uns auf fremde Wege verirrtten.

Aktive innere Politik

Umdenken heißt es in bezug auf die Grundlagen unserer gesamten inneren Politik.

Wir haben uns daran gewöhnt, die wirtschaftliche, soziale, kulturelle Entwicklung sich selbst zu überlassen und dem Staate als Vertreter der Gesamtheit nur ein Recht des Einschreitens in den Fällen zu gewähren, wo bereits zutage getretene Schäden und Notstände es geheiht haben; damit war unserer gesamten inneren Politik der Charakter der Abwehr, des Wiedergutmachens aufgedrückt, und sie verzichtete auf die Führung der Nation. Die Nachteile der defensiven Kriegsführung kennt heute jeder und freut sich, daß der Geist des Angriffs in unserm Heere lebt, der dem Gegner das Gesetz vorschreibt und sich selbst die Freiheit des Entschlusses für alle Fälle wahrt.

So grundverschieden die Verhältnisse des Krieges und der inneren Politik sind, das haben sie gemein, daß, wer sich auf die Defensiv beschränkt, in die Abhängigkeit des Gegners gerät und die Freiheit seiner eigenen Handlungen aufgibt; dazu kommt noch, daß es eine Torheit ist, Schäden erst eintreten zu lassen und sie dann gut zu machen.

Aggressive innere Politik heißt vorbeugen, verhindern, Kräfte sparen. Deshalb verlangen wir den Bruch mit dem Grundsatz des Gewährenlassens: der Staat als Vertreter der Interessen der Gesamtheit muß dem Gegner auf den Leib rücken, bestehe er nun aus Menschen oder Zuständen; Feinde des Staates darf er nicht erst zur Macht kommen, Schäden nicht erst entstehen und wirken lassen.

Suum cuique

Umdenken müssen wir in bezug auf den Grundsatz: Gleiches Recht für alle, und ihn ersetzen durch die Lösung: die politischen Rechte sind nach der Leistung des einzelnen für die Allgemeinheit und nach seinem Verhalten zu ihr zu bemessen. Diese beiden ersten Forderungen des Umdenkens verstoßen gegen geheiligte Grundsätze des Liberalismus — trotzdem wagt ein Altliberaler sie aufzustellen, der freilich die keizerliche Ansicht vertritt, daß sie eigentlich mit den Grundgedanken der liberalen Weltanschauung ebensowenig zu tun haben, wie etwa die Frage Schutzzoll oder Freihandel, Miliz oder stehendes Heer, Kolonien oder nicht. Die liberale Weltanschauung bejaht den Staat und geht von ihm aus; sie will dem einzelnen gegenüber dem Staate und den Mächtigen im Staate zur Geltung verhelfen, in dem sie die Rechte der Persönlichkeit vertritt; da sie den Staat anerkennt, ist es klar, daß diese Rechte des einzelnen ihre Schranken haben, und ihre Grenzen ergeben sich aus der Rücksicht auf den allgemeinen Nutzen, im einzelnen Falle die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit. So wird ein Liberaler, der sich nicht einfach der Herrschaft der Phrase unterwirft, mit vollster Überzeugung sagen dürfen, daß es Unsinn und Unrecht ist, allen gleiche politische Rechte zu gewähren, und daß es wiederum rein verstandesmäßig Unsinn und der Allgemeinheit gegenüber Unrecht ist, die inneren Feinde gewähren zu lassen, weil sie Bürger desselben Staates sind.

Um sich das Unheil zu vergegenwärtigen, das diese pseudo-liberale Auffassung angerichtet hat, betrachte man die Zustände in Posen, Westpreußen und Oberschlesien, was die Polen betrifft; Elsaß-Lothringen hinsichtlich der Reichsfeindschaft der Welschgesinnten; die überwältigende Machtstellung des Judentums und das Anwachsen der Sozialdemokratie, und man vergleiche damit, was sein könnte, wenn wir nicht die Narren und Sklaven der unheilvollen Gleichheitsidee gewesen wären: wir hätten beizeiten den Polen den Erwerb von Grund und

Boden untersagt und sie zur Auswanderung gezwungen; wir hätten das Reichsland diktatorisch als Militärgrenze regiert, jede Agitation gegen das Deutschtum verboten, jeden Zuwiderhandelnden rücksichtslos ausgewiesen — und das Land wäre längst befriedet und als wieder deutsch geworden im Besitze derselben Rechte, die es heute deutschfeindlich mißbraucht; wir hätten die Ostgrenze rechtzeitig geschlossen und dann vielleicht die inländischen Juden verbaut, aber wenn sie nicht mehr zu verbauen waren, hätten wir sie so gestellt, daß es ihnen anderswo besser gefallen hätte; endlich, wir hätten jeden, der sich selbst pathetisch als Feind des Staates, der Gesellschaft usw. aufspielt, als Feind behandelt und ausgewiesen.

Das sind nur vier Beispiele, denkt man sie durch, so wird man sich klar werden, wie anders es heute im Reiche ausfähe, wenn man sich nicht selbst politisch Hände und Füße gebunden hätte; dehnt man aber diese Prüfung auf alle Nöte unseres heutigen Lebens aus, so ergibt sich, daß wir durchweg in sträflich-fahrlässiger Weise Gefahren und Feinde haben anwachsen und stark werden lassen, bis ihre Bekämpfung nur mit verzweifelter Anstrengung möglich ist.

Das ist die Todsünde des Liberalismus an unserem Volke, die gerade die Anhänger dieser Weltanschauung verpflichtet sind, so weit wieder gut zu machen, wie es noch möglich ist.

Ich sage des Liberalismus, nicht der liberalen Parteien; denn der Liberalismus greift mit seinen Einwirkungen viel weiter. So ist es bekannt, daß die von den bürgerlichen Radikalen und Sozialisten stets als reaktionär verschrieene preußische Bureaucratie in der Hauptsache liberal ist, und bei Dichte betrachtet hat die konservative Partei schon mehr liberale Einflüsse auf sich wirken lassen, als es der Allgemeinheit nützlich war. Die liberalgesinnte Bureaucratie teilt mit den liberalen Parteien die Schuld an den Folgen dieses „laissez faire, laissez aller“, und die Konservativen müssen sich den Vorwurf machen, daß sie in einzelnen Fragen die Folgen nicht voraussehen, in andern aus taktischen oder Standesrücksichten

mittaten oder schwiegen, so daß sie für den bestehenden Zustand mitverantwortlich sind.

Die Umkehr, die wir jetzt vollziehen müssen, hat zur Voraussetzung das Umlernen, Umdenken, das wiederum auf der Erkenntnis des Grundfehlers ruht, und der war: die allgemeine Anwendung falsch verstandener sog. liberaler Grundsätze, die in Wahrheit gar nichts mit der liberalen Weltanschauung zu tun haben, auf wichtigste Gebiete des Volkslebens, dessen Gestaltung man völlig der Willkür einzelner Personen oder Personenkreise überließ.

Angeichts des Erfolges der Herrschaft dieser pseudo-liberalen Staats- und Gesellschaftsauffassung ist eine radikale Umkehr nötig; wer Herr seines Denkvermögens ist und unabhängig in seinen Entschlüssen dasteht, wird diese Umkehr vollziehen und seine öffentliche Tätigkeit danach einrichten. Eine Reform der Gedanken und Erkenntnisse genügt nicht; die Zeit fordert Taten.

Industrie und Landwirtschaft

Wer seinen Standpunkt in wichtigsten Fragen der Reichsreform richtig wählen will, muß sich über das Verhältnis der Industrie zur Landwirtschaft und sein eigenes zu beiden klar werden. Nachdem die Industrie zu einer der Trägerinnen unseres Wirtschaftslebens, und zwar zur derzeit stärkeren geworden ist, muß man daran festhalten, daß ein Ausgleich der Interessen beider in jedem Falle gesucht werde; daß es gar keinen Gegensatz der Interessen gäbe, ist natürlich nicht wahr, aber die gegenseitige Abhängigkeit voneinander wird den Kampf verhüten.

Faßt man, dies hoffend, die Möglichkeit ins Auge, daß doch einmal ein Widerstreit entsteht — um ein Beispiel anzuführen, daß etwa mit Rücksicht auf eine Notlage der Landwirtschaft eine starke Erhöhung der Agrarzölle vorgeschlagen würde, die eine Steigerung der industriellen Arbeitslöhne herbeiführen müßte — so wird, wer den Blick auf die Zukunft

richtet, keinen Augenblick zweifeln, daß die Entscheidung zugunsten der Landwirtschaft fallen muß. Nicht in dem Sinne natürlich, wie dies unsere Freihändler behaupten, daß die Industrie und mit ihr alle Konsumenten der agrarischen „Kaubgier“ ausgeliefert werden sollen, sondern nur dann, wenn wirklich nach gründlichster unparteiischer Prüfung feststeht, daß der Widerstreit der Interessen sich nicht lösen läßt.

Kein Vernünftiger wird die Verdienste der Industrie und ihre Notwendigkeit bestreiten, aber ebensowenig wird er den verbissenen Haß begreifen können, mit dem manche Sozialpolitiker, die das Ohr der Masse haben, die Landwirtschaft verfolgen.

Geht man der Bedeutung der Stände auf den Grund, so ergibt sich die unbedingte Unentbehrlichkeit der Landwirtschaft aus allen Gesichtspunkten des nationalen und staatlichen Lebens, von denen nur erwähnt seien: Volksgesundheit, Wehrkraft, Nachwuchs und Unabhängigkeit vom Ausland in der Ernährung. Dabei sind die politischen und sittlichen Werte noch gar nicht in Rechnung gezogen.

Uns kann es gleichgültig sein, ob in andern Ländern die Bewertung der Landwirtschaft eine andere ist, als bei uns; wir haben für uns zu sorgen und uns nach unsern Verhältnissen zu richten. Jedenfalls komme man uns nicht mit England, denn gerade das Beispiel dieses Landes beweist uns, wie gefährlich es auch für das gesündeste Volk ist, seine Landwirtschaft zu vernachlässigen; die Krankheiten, an denen England leidet, gehen in der Hauptsache darauf zurück, daß es kaltblütig die Landwirtschaft eingehen ließ und sich ganz der Industrie auslieferte.

Uns ist die Industrie die Ernährerin der Massen, die Quelle des Wohlstandes für eine zahlreiche Mittelschicht, die Quelle des Reichthums für die Unternehmer.

Das alles ist von größter Bedeutung, aber es greift nicht an den Urgrund unseres Daseins — die Gewähr unseres Lebens liegt auf dem Lande; deshalb hat dieses nicht

nur das ältere, sondern auch das bessere Recht, wenn der höchst unerwünschte Fall eines schweren Interessenstreites entstehen sollte.

Ich freue mich, die Erfahrung gemacht zu haben, daß größte und verdienteste Industriekapitäne, denen gewiß ihr Stand am nächsten steht, gleicher Auffassung sind und sich für diesen schlimmsten Fall zugunsten der Landwirtschaft entscheiden.

Geradezu unverantwortlich ist die Hezarbeit derjenigen, die unsere städtische Bevölkerung gegen die Landwirtschaft aufreizen — ist es Zufall, daß es fast durchweg Juden sind? Sind es aber Deutschgeborene, so seid gewiß, daß es von allen guten Instinkten verlassene Schwarmgeister sind.

Man wird annehmen können, daß die Ausfuhr deutscher Industrieerzeugnisse durch die verschiedenen Entwicklungsmöglichkeiten der heutigen Einfuhrländer nach und nach zurückgehen wird, so daß unsere Industrie gezwungen ist, sich auf den inneren Markt zu beschränken; das wäre aus allen Gesichtspunkten ein Glück, würde uns vom Auslande unabhängig machen und die Solidarität zwischen Industrie und Landwirtschaft fest verankern.

Möchten den Meistern der Reichsreform wirtschaftliche Berater zur Seite stehen, die diese Entwicklung mit weitem Blick vorbereiten! Möchten die Führer der deutschen Industrie sie zum Segen ihres Standes und zum Wohle des ganzen Volkes fördern!

Amerikanisierung

Umbdenken müssen wir auch in bezug auf die Unantastbarkeit des „freien Spiels der Kräfte“, das in allzu vielen Fällen einfach die Maske für die rücksichtsloseste Ausbeutung augenblicklicher Vorteile des besser Gestellten gegenüber dem minder Glücklichen liefern muß.

Die Einsicht muß Platz greifen, daß wir jetzt Raubbau an der körperlichen und geistigen Kraft unseres

Volk zu treiben, der, länger fortgesetzt, zu vorzeitiger Erschöpfung führen muß.

Nur im Vorbeigehen sei erwähnt, daß unserem Volke der Rat gegeben wurde, bei den Amerikanern in die Schule zu gehen, damit es von ihnen wirtschaftlich lerne. Als ob wir nicht in Gestalt der Juden schon allzu erfolgreiche Lehrer im Lande hätten?

Wie ist es möglich, daß einer auf den Markt treten kann, um uns die „Amerikanisierung“ zu empfehlen! Die gefühlloseste Form der Geschäftsgebahrung, ohne Treu und Glauben, jeder sozialen Rücksicht bar — wirklich ein raubtierartiger Betrieb, wie ihn nur ein kultur- und rassenloser Völkermischmasch erzeugen kann.

Man besaß so wenig Instinkt, uns dieses Muster zu empfehlen, und die Juden hatten den Instinkt, sofort zu verstehen, daß dadurch noch mehr Wasser auf ihre Mühlen geleitet würde.

Unsere stolze Industrie und der ehrbare Handel werden wissen, daß sie diesem Räte nicht folgen dürfen, wenn er sich nicht schließlich gegen sie selbst wenden soll — wiederum von der moralischen Rücksicht abgesehen, die sich nach einem bekannten Worte „von selbst versteht“. Es ist schade, daß schon ohne den gottvergeffenen Rat der Amerikanisierung der Wettbewerb Formen angenommen hat, die häufig die Gesetze des Anstandes, oft das Recht verletzen. Es mehren sich im Auslande die Stimmen, die deutsche Kaufleute und Fabrikanten größter Strupellosigkeit beschuldigen und sie den Amerikanern gleichstellen; ist es ein Trost, daß die Sünder in den meisten Fällen sog. „deutsche“ Juden sind? Der geschädigte Fremde unterscheidet nicht und wirft seinen Haß auf den Deutschen, und den Schaden zahlt schließlich der ehrenhafte deutsche Wettbewerb. Deshalb sei es ein Gebot der Standesehre, solchem jüdisch-amerikanischen Gebaren dadurch zu begegnen, daß es rücksichtslos aufgedeckt wird, wo es zur Kenntnis kommt; „Furcht muß den Wald hüten“.

Rückkehr zum politischen Leben

Eine Umkehr müssen unsere Gebildeten und Besitzenden vollziehen, die sich allmählich ganz vom politischen Leben zurückgezogen haben, angeekelt von den rohen Formen, die es angenommen hat, und damit komme ich zurück auf die persönlichen Gegenleistungen, die von ihnen bei der Reichsreform verlangt werden. Man kann verstehen, daß feinfühligere Menschen nichts zu tun haben wollen mit sog. Politikern, die vor der Ehre des Gegners nicht Halt machen, weil sie entweder selbst keine Ehre besitzen oder dies Gut nicht zu schätzen wissen; mit Agitatoren ohne Gewissen und Bildung, deren Handwerkszeug die eiserne Stirn und der freche Mund ist. Aber trotzdem darf der Gebildete sich nicht zurückziehen aus dem Kampfe; er schädigt sich selbst und das Ganze, wenn er die Führung der Massen an die Kanaille fallen läßt.

Die Rückkehr ins öffentliche Leben ist Mannespflicht. Wo man sich der Pflege des Geistigen zugewandt hat, bedenke man, daß dies, einseitig betrieben, nichts anderes ist, als eine Form des Egoismus, die unbefriedigt lassen muß. Man ehre die Kunst und pflege sie — aber man ver falle nicht in unmännliches Ästhetentum, das, dem Leben abgewandt, dem Schicksal des Vaterlandes gleichgültig zuschaut.

Sport und Spiel

Auf einem Gebiete ist die Umkehr über alles Erwarten schnell gefördert worden, auf dem der Körperpflege durch Sport und Spiel; man könnte fast über den Erfolg erschrecken, der durch die Wirkung der Mode ein Maß erreicht hat, das im Sinne des Ganzen schädlich zu werden droht. Mit der oft leidenschaftlichen Einseitigkeit, die im Charakter des Deutschen liegt, machen viele Freunde des Sportes dessen Ausübung zum Selbstzweck, und vergessen, daß er nur berechtigt ist als Mittel, die Gesundheit zu erhalten. So einseitig betrieben, entfremdet der Sport seine Anhänger allen ernstesten Dingen außerhalb seiner und des Broterwerbs; sie

verlieren das Verständnis für das Geistige — mancher Universitätsprofessor könnte erzählen, was ihn seine sportfreudigen Hörer erleben lassen — und geraten aus aller Beziehung zu den Fragen der Zeit; als Staatsbürger vernachlässigen sie ihre Pflichten gegen das Ganze und werden Egoisten ihres Steckenpferdes. Damit wird das Gegenteil von dem erreicht, was man wollte: die körperlich Gesunden dachte man sich als die Helfer und Träger gesunder öffentlicher Zustände, sie aber lassen die öffentlichen Pflichten im Stiche und leben allein ihrem Vergnügen. Wer den Sport fördern will, vergesse deshalb nie die Warnung vor der Einseitigkeit, sonst kommen wir aus dem Regen in die Traufe.

Gegen den Materialismus

Wer unserem Volke helfen will, muß trachten, es zu befreien aus dem Banne der materialistischen Weltanschauung, die dem deutschen Volke nach seiner ganzen Anlage durchaus fremd ist. Wohin ist der hochfliegende Idealismus gekommen, den wir an unsern Ahnen lieben und rühmen? Wohin der des Geschlechtes von 1848, das zwar nicht Glück noch Stern hatte, aber Gedanken und Schwung? Wohin der von 1870/71, der uns auf die Höhe des Erfolges führte? Wohin aber endlich der wunderbar-ernste-feurige Geist der Arndt, Scharnhorst, Stein, Fichte, Gneisenau und Blücher, der die edelste Erscheinung unserer ganzen Geschichte ist?

Wahrlich, die großen Tage des deutschen Volkes sind nicht die Zeiten des Überflusses; stets hat uns Not und Sorge tüchtig gesehen, nicht immer aber der Reichtum.

Der wagende Kaufmann königlichen Sinnes, wie ihn die Blüte der Hanse am Werke sah, ist unser Stolz — der Krämer, der engen Sinnes nur an sich denkt und zusammenkräht und sammelt, ist uns verhaßt; der königliche Kaufmann baut und schafft, der Krämer zerstört.

Es warne die sterbende Hanse, es warne uns das klägliche Beispiel der Niederlande!

Die Krankheit unserer Zeit ist die Herrschaft des Geldes, die ödeste, brutalste und entwürdigendste unter allen irgend möglichen. Laßt einen Gewaltmenschen sein Joch aufrichten, unter das die Schwächeren sich beugen sollen — es steckt Wert in ihm, denn er ist stark; es liegt Leistung hinter ihm, denn er wurde stark.

Sich dem Gelde beugen, den Wert bestimmen nach ihm, ist knechtisch. Nicht als ob der Besitz mißachtet werden sollte; man ehre den redlich erworbenen, verachte den unehrlich gewonnenen, aber man denke daran, daß es viele dem nationalen Leben unentbehrliche Arbeit gibt, die nichts einträgt.

Der Wert des Menschen werde bestimmt nach Gesinnung und Leistung, und ihr trifft das Rechte, einerlei ob der Mann, den ihr beurteilen wollt, arm ist oder reich.

Deutscher Idealismus

Mitleidig zuckt der Sohn unserer Zeit die Achsel, wenn er von „idealen“ Menschen spricht, jenen Unpraktischen, die nicht an sich denken und nichts vor sich bringen. Wenn wir verlangen, daß heute das Banner des deutschen Idealismus wieder aufgepflanzt werden soll in Deutschlands Gauen, so predigen wir nicht ein Schwelgen in Gefühlen, ein tatenloses Dämmern, ein geistiges Genießen — unsere Größten waren Idealisten, aber Männer des Gedankens, des heißen Herzens und der Tat! Armin, der große Karl, Martin Luther, der alte Fritz, Friedrich Schiller, alle die Helden der preussischen Wiedergeburt und Otto von Bismarck, — alles, ihr Herren ohne Schwung und Liebe, alles Idealisten! Denn das Wollen von Großem, das außer ihnen lag, trieb sie, mag es beim einen der Trieb zur Freiheit, beim andern der Wille zum Herrschen, beim Dritten das Gewissen, beim Vierten die Pflicht, bei andern ein anderes starkes Gefühl gewesen sein; und dem Gedanken folgte die Tat, nicht gewollt sich selbst zum Nutzen, sondern den andern, dem Volke.

Das Wesen des Idealismus, wie wir ihn verstehen, ist,

daß er sich von der Selbstsucht abkehrt, an andere denkt, für andere wirken will — also dient, indem er schafft und handelt.

Die Abkehr von der Selbstsucht tut uns not, der Gedanke an die Allgemeinheit, an das Volk, aus dem wir hervorgegangen sind, in dem wir stehen, das uns überdauert.

Man klagt, daß unserer Zeit die Freude fehle — mit Recht — und daß die Begierde nach Abwechslung, nach Sensation an ihre Stelle getreten sei, der Taumel, die Unruhe. Prüft euer eigenes Seelenleben, und ihr wißt, daß der auf die eigene Person beschränkte Genuß euch nicht erfreut; so ist der Mangel an Freude eine Folge der Selbstsucht, und die Freude kehrt wieder ein, sobald ihr die Selbstsucht verbannt.

Innere Umkehr

Reichsreform ohne innere Umkehr nach Erkennen, Wollen und Empfinden wird unmöglich sein — mit ihr wird die gewaltige Arbeitsleistung der Erneuerung unseres gesamten nationalen Lebens sich durchsetzen lassen; das Ganze wird gewinnen und jeder einzelne wird besser und innerlich reicher werden.

Der tatenfrohe, nach außen wirken wollende Idealismus, den wir den deutschen nennen, wird uns die Liebe zum Vaterlande wieder schenken, die wir kaum mehr kennen; denn was uns jetzt davon zum Festgebrauch und höfischen Zwecken an ein paar Tagen des Jahres vorgezeigt wird, hat mit dem edelsten, weil selbstlosesten aller Gefühle wenig zu tun; die echte Vaterlandsliebe erfüllt und erhebt ein Leben in jeder Stunde, sie gibt ihm Wärme und begründet das wunderbare Gefühl des Zusammenhanges mit den Millionen gleichen Blutes, mit der Ewigkeit.

Oft war in diesen Blättern die Rede vom Staate — dies Wort klingt fremd und sagt dem Herzen nichts; wie anders wirkt auf uns das Wort vom Volke. Aber man störe sich daran nicht: wie der Deutsche den Staat versteht, ist er kein

blutleerer Begriff, sondern ein lebendiges Wesen, das organisierte Volk, also mit ihm identisch, wenn seine Formen dem Wesen des Volkes entsprechen.

Es ist der leitende Gedanke dieser Schrift, daran mitzuarbeiten, und deshalb soll, wer gleiches Ziel erstrebt, aufgerufen werden, dem deutschen Staate, unserem Deutschen Reiche, die gleiche Liebe zu gönnen, wie unserem Volke selbst.

Der Idealismus, den wir predigen, wird in unserm Volke wieder Männer wirken lassen, und der Charakter wird zu seinem Rechte kommen. Heute arbeiten von oben und unten die hemmenden Kräfte der Auslese so entgegen, daß, was von Männern vorhanden ist, nicht zugelassen wird zur Führung der politischen Geschäfte; man kann heute mit gutem Gewissen nicht entscheiden, ob das allgemeine Wahlrecht oder die Bestimmung eines Einzelnen schädlicher wirken, indem sie Berufene fernhalten und die Geschicke solchen anvertrauen, deren Legitimation allein darin besteht, daß sie der Masse gefallen oder dem Einen bequem sind.

Volk und Herrscher

Wenn wieder Männer unser Volk führen, dann wird von selbst sein Verhältnis zum Träger der Krone wieder so, wie es dem deutschen Wesen entspricht; der Kaiser nicht der Herrscher, der unnahbar thront und sich als der Herr fühlt und seine Gnaden verschenkt, an wen er mag, sondern der Erste im Volke, der unter ihm lebt und mit ihm und als der Erste verpflichtet ist, ihm am treuesten und selbstlosesten zu dienen. Wie wir uns die Zukunft denken, ist die politische Arbeitsteilung so: ein unsern Verhältnissen entsprechendes Wahlrecht ermöglicht die Auslese erfahrener, tüchtiger und charaktervoller Männer für den Reichstag; aus ihm heben sich durch besondere Bedeutung die Männer heraus, die zu den obersten Ämtern taugen, und die zugleich die Vertrauensmänner des Kaisers und des Volkes sind. So wird die Ver-

bindung zwischen dem Volke und dem Herrscher hergestellt, und wie von selbst wird geschehen, was der alte Bardeleben einst Ludwig dem Römer gegenüber aussprach:

„Bei allen Völkern tun vor allem not Männer, so treu und unerschrocken vor ihren Fürsten sprechen, was das Volk leidet, denkt und wünscht. Denn ohne die, wo soll er's hören; ist doch sein Ohr nur eines Menschen Ohr.“

Es wird neben den Adel der Geburt ein Adel des echten Verdienstes treten, und sein Wert wird anerkannt sein, auch ohne daß er sich durch Prädikate ausweist; der alte Adel aber wird mit ihm in ehrenvollen Wettbewerb treten, und die Tüchtigsten werden am Werke sein, dem Ganzen zu dienen.

Während heute alles darauf angelegt zu sein scheint, die Männer zu töten, d. h. sie für die Öffentlichkeit tot zu machen, indem man sie nicht zur Geltung kommen läßt, wird die neue Zeit, die wir herbeiführen und erstreben, ihnen freie Bahn geben, und da auf Männer alles ankommt, wird man dann, das bekannte Wort Richard Wagners umbildend, sagen können: ihr wollt eine deutsche Staatskunst — ihr habt sie.

„Die Sehnsucht nach großen Zielen ist da“, meinte Herr von Bethmann-Hollweg etwas verschwommen; man soll ihm aus dem Volke heraus antworten: nicht nur die Sehnsucht ist da, sondern die Ziele, und es gilt, um sie zu arbeiten.

Unser Ziel ist: Eine Reform des Reiches, die die Zukunft unseres Volkes sicherstellt, es reinigt vom Kranken, und das Gesunde stärkt — die zurückgreift auf den leitenden Gedanken der Reichsgründung und die Losung ausgibt: Deutschland den Deutschen!

Von den Grundzügen deutscher Machtpolitik.

Unsere Lage

Die Reichsreform soll in der Hauptsache die Aufgabe erfüllen, die Zukunft unseres Volkes zu sichern, indem sie seine sittliche, körperliche, politische und wirtschaftliche Gesundheit wieder herstellt und weiterhin erhält. Ein gesundes Volk aber will leben, und dazu gehört die Sicherung und Betätigung nach außen, alles das, was man mit dem Worte *Machtpolitik* zusammenfassend bezeichnen kann.

Nach dem, was oben über die Unrichtigkeit des Schlagworts von der „Saturiertheit“ des Deutschen Reiches gesagt worden ist, wird es nicht überraschen, wenn hier unzweideutig ausgesprochen wird, daß der Teil der Erdoberfläche, der heute unter deutscher Herrschaft steht, dem Bedürfnis des deutschen Volkes nicht genügt. Ob dies den andern Staaten leid oder lieb ist, muß uns kalt lassen; sie mögen es wissen und beizeiten ihre Entscheidung treffen, ob sie vorziehen, uns im guten oder im bösen das zu verschaffen, was wir brauchen: Land.

Wer das Glück hat, einmal einem der Geister zu nahen, die seit zwanzig Jahren unsere äußere Politik machen, der hört von ihnen die Offenbarung, daß es viel leichter sei, als russischer, französischer, englischer Minister eine brauchbare und dabei gut aussehende Politik zu betreiben, denn wir hätten eben das Unglück, von Ost und West von unbedingten Feinden umklammert zu sein, im Südosten außerdem das deutsche Sprachgebiet von Südslawen bedroht zu sehen, während im Nordwesten England auf der Lauer liegt, das uns jederzeit den Weg zum Weltmeer versperren kann.

Alles richtig, was so Erleuchtete sagen, aber man braucht nicht die Schule des Auswärtigen Amtes durchgemacht zu haben, um das zu wissen. Unsere Lage ist schwierig; deshalb

fordert sie besondere Tüchtigkeit der leitenden Männer und dauernde Anspannung der Kräfte des Volkes, wobei wiederholt sei, was oben im Vorbeigehen ausgesprochen wurde, daß dies ein Glück für uns ist.

Unsere Lage ist schwierig und wird es mit jedem Tage mehr. Grundfalsch ist die Ansicht mancher sog. Staatsmänner, daß jeder gewonnene Tag unser Freund sei, weil wir von selbst stärker würden durch das Wachsen unserer Volkszahl und ihres Reichthums, während Frankreich am Ende seiner Leistungsfähigkeit zu Lande angekommen sei, England bald so weit komme, und Rußland immer mehr von den Aufgaben im fernsten Osten und im asiatischen Südosten in Anspruch genommen werde. Darin liegt natürlich etwas Richtiges, aber es ist eine Politik auf so weite Sicht, daß sie das lebende Geschlecht zur Untätigkeit verurteilt, wenn man sich darauf allein einrichtet; aber grundfalsch ist sie, wenn in unserem Volke Bedürfnisse entstehen, deren Befriedigung nicht so lange vertagt werden kann, bis die berühmte „Arbeit der Zeit“ für uns entschieden hat.

Wie die Gebildeten in unserem Volke, die Leute mit etwas politischem Blicke, allmählich erkannt haben, daß die Politik der Sätturiertheit unserer wirklichen Lage nicht mehr entspricht, so ist es geboten, daß alle am öffentlichen Leben Interessierten umdenken lernen und verlangen, daß wir tätige äußere Politik treiben, sagen wir ruhig aggressive.

Gerade wenn wir von Feinden umklammert sind, müssen wir uns regen, um nicht erdrückt zu werden, und so gut andere Nationen ihre Ausichten und Begehungen öffentlich erörtern, können wir dies auch; es wird sogar nützlich sein, dies zu tun, denn gerade das Schweigen der deutschen Öffentlichkeit und Regierung, das der Unklarheit und Ziellosigkeit entspringt, wird vom Auslande für besonders verschlagen und listig gehalten, und man vermutet Absichten nach allen Seiten, die gewiß beunruhigend wären — wenn sie bestünden. Engländer, Russen und Franzosen raffen von Land zusammen, was irgend

zu haben ist, ohne daß sie eigentlich Verwendung dafür haben — wir mit unsern 65 Millionen Menschen wollen nichts und tun nichts; das will den andern aber nicht in den Kopf, daß wir wirklich nichts wollen. Sie beurteilen uns nach sich selbst und sind überzeugt, daß tiefe Pläne dahinter stecken und daß wir zu einem Gewaltstreich ausholen werden, der mit einem Schlage das lang Vorbereitete verwirklicht. Wär' es nur so — aber Bülow, Schön, Riederlen als Träger einer kühnen, weitausschauenden Politik des Wollens und der Macht! Marokko hat die Antwort gegeben, und man kann annehmen, daß sie im Ausland verstanden worden ist: von diesen Staatsmännern fürchtet man nichts. Was man jetzt fürchtet, ist das deutsche Volk in dem Sinne, daß es Macht ist, ein gewaltiges Heer hat und eine starke Flotte, und daß die tatsächliche Macht vorhanden ist, die deutsche Ansprüche durchsetzen kann, wenn erst einmal wieder ein Staatsmann kommt, der solche ernstlich zu erheben magt.

Daher die Erwägung in London und Paris, ob es nicht zweckmäßiger sei, uns anzufallen, solange man selbst noch stark ist, und es ist lediglich die Rücksicht auf das immerhin vorhandene Risiko, wenn man nicht den Kampf eröffnet. England und Frankreich betreiben aggressive Politik, wir aber halten uns nicht nur in der Defensive, wir tun noch mehr, das heißt noch weniger: wir entsagen.

Entweder — oder

Wenn man verlangt, daß unser Volk in bezug auf die Grundanschauung von der äußeren Reichspolitik umdenken und sich zum Bekenntnis der aggressiven Politik durchringen soll, so muß man ihm die elementaren Möglichkeiten der überhaupt für das Deutsche Reich in Betracht kommenden Politik zeigen; das sind diese:

Entweder wir finden, daß es uns gut geht, daß wir täglich wohlhabender werden und Platz genug auf lange, lange

Zeit haben; dann lassen wir den Dingen ihren Lauf und beschränken uns weiter auf die Defensiv; d. h. wir verteidigen uns, wenn andere einen Angriff wagen. Allerdings dürfen wir uns dann auch den Kopf nicht zerbrechen über die Erhaltung der Absatzgebiete für unsere Industrie, auch nicht darüber, woher wir die uns fehlenden Rohprodukte bekommen, wenn das mißgünstige Ausland uns den Bezug erschwert oder gar unterbindet; wir müssen also darauf vertrauen, daß die bisherigen wirtschaftlichen Beziehungen zum Auslande sich nicht verändern und mindestens so günstig bleiben, wie sie jetzt sind. Wir müssen auch hinnehmen, daß wir vielleicht im eigenen Fett ersticken, sicher philiströs und krämerhaft entarten, die Rolle eines größeren Belgiens übernehmen — aber wir erfüllen das Ideal einer solchen Auffassung, indem wir möglichst billig einzukaufen und möglichst teuer zu verkaufen suchen, und vor allem, wir haben Frieden, es sei denn, daß es einem bösen Nachbarn nicht gefällt.

Alles in allem: das Ideal der Ideallosen.

Oder wir bemerken, daß nicht nur im Inland der wirtschaftliche Kampf ums Dasein sich täglich verschärft, sondern daß auch der Absatz nach außen immer schwieriger wird; wir übersehen nicht, daß wir in bezug auf wichtige Rohprodukte vom Auslande abhängig sind und Gefahr laufen, eines Tages lahm gelegt zu werden, wenn es dem Ausführstaate so beliebt; wir beobachten das Wachstum unserer Volkszahl und sehen den Tag kommen, wo die Überbevölkerung da ist und der Überschuß sich vor die Notwendigkeit gestellt sieht, sich anderswo eine Existenz zu gründen.

Dann werden wir finden, daß den aus diesen Umständen sich ergebenden Bedürfnissen einer nahen Zukunft das heutige Deutschland mitsamt seinen Kolonien nicht Genüge tut, so daß wir Land erwerben müssen. Diese Notwendigkeit grundsätzlich anerkannt, wirft sich die Frage auf, wo wir diesen Erwerb suchen, in Europa oder über See.

Die Möglichkeiten — allgemein

Jede Ausdehnung in Europa ist von vornherein nur durch siegreiche Kriege herbeizuführen, da weder Frankreich noch Rußland so menschenfreundlich sein werden, uns Teile ihres Gebietes abzutreten; haben wir nun gesiegt und erzwingen wir Landabtretungen, so erhalten wir Gebiete, in denen Menschen wohnen, Franzosen oder Russen, also Menschen, die uns feind sind, und man wird sich fragen, ob solch ein Landzuwachs unsere Lage verbessert. So weit sind wir noch lange nicht in der Herzenshärte nationaler Selbstsucht gekommen, daß wir vom besiegten Gegner die Abtretung menschenleeren Landes verlangen; freilich ist ein Idealist, wie Lagarde, vor fast fünfzig Jahren nicht davor zurückgeschreckt, für die Lösung der Polenfrage derartiges zu verlangen; etwas reichlich phantastisch hat vor kurzem eine pseudonym erschienene politische Broschüre (Großdeutschland von Tannenberg) eine großzügige Politik der Evakuierung im Osten und Westen zu Deutschlands Gunsten nach siegreicher Beendigung der europäischen Krise behandelt, und hier und da findet man in Zeitschriften nationaler Richtung ähnliche Gedanken erörtert, so daß man wohl annehmen kann, sie liegen in der Luft und sind wohl erzeugt durch die Erkenntnis, daß verzweifelte Anstrengungen nötig sein werden, um die Deutschen in Europa vor dem Ersticken zu retten. Freilich sind die Publizisten, die derartiges zu Papier zu bringen wagen, gemeingefährliche „Chauvinisten“, denen man auch nicht zugute halten wird, daß englische, russische und französische Schriftsteller in aller Gemütsruhe Pläne zur Aufteilung des Deutschen Reiches für den Fall entwerfen, daß es dem gemeinsamen Angriff erliegen würde; das nimmt ihnen der deutsche Philister nicht weiter übel, denn der Fremde darf sich grundsätzlich immer mehr erlauben, als der Landsmann.

Da wir die „Evakuierungsfrage“ im Vorbeigehen angechnitten haben, sei gesagt, daß es vielleicht gar nicht so unzweckmäßig ist, gelegentlich davon öffentlich zu reden, damit die Gegner erkennen lernen, daß so verzweifelte Maßnahmen

in Deutschland schon ihre Vertreter finden; sie werden dann finden, daß eine gewisse Vorsicht doch geboten ist, da man den furor teutonicus nicht allzu sehr reizen soll.

Wer historisch denken gelernt hat, dem werden sich die Haare sträuben, wenn man verlangt, daß ein von Europäern besiedeltes Land „evakuiert“ werden soll, was die gewaltsame Unterbrechung einer viele Jahrhunderte alten Entwicklung bedeutet; daneben verletzt der Gedanke das Gefühl des Kulturmenschen, und er steht im Widerspruch mit dem modernen Völkerrecht, das die Privaten der kriegführenden Mächte in ihrem Eigentum schützt. Aber wenn man gerade der besonderen Lage des deutschen Volkes ganz auf den Grund geht, das in Europa eingeschnürt ist und unter Umständen bei weiterem starkem Wachstum ersticken würde, wenn es sich nicht Luft macht, so wird man anerkennen müssen, daß der Fall eintreten kann, wo es vom besiegten Gegner im Westen oder Osten menschenleeres Land verlangen muß — es sei denn, wir hätten besiedlungsfähige Kolonien über See oder wir wären entschlossen, wieder eine Auswanderung Deutscher in fremde Staaten zuzulassen.

Jedenfalls sollte man die Evakuierung nur als ein Hilfsmittel in äußerster Not betrachten und eine solche kulturell, rechtlich und moralisch dem Zeitempfinden noch so fremde Maßregel auch nur für den Fall ins Auge fassen, daß übermütige Feinde uns angegriffen haben und dann von uns niedergeworfen sind; mit andern Worten, an einen Angriffskrieg zur Wegnahme fremden Landes zum Zwecke der Evakuierung sollten wir nicht denken, uns aber daran gewöhnen, eine solche Maßregel für zulässig zu halten als Antwort auf einen gegnerischen Angriff; ein Raubkrieg widerspricht unseren Begriffen, eine Strafe für ruchlosen Überfall erscheint uns gerechtfertigt, auch wenn sie diese härteste Form annimmt, denn „Not bricht Eisen“. Einem Verteidigungskrieg in diesem Sinne darf auch ein von deutscher Seite angriffsweise geführter gleichgeachtet werden, den wir unternehmen müßten, um den Gegnern zuzukommen.

Ausdehnung nach Südosteuropa

Also, es bleibt dabei, daß die Ausdehnung in Europa nach Osten und Westen nur im alleräußersten Notfalle in Betracht kommt; aber es bleibt zu erwägen, ob nicht der Südosten Raum für uns bietet, die von den sog. „subgermanischen“ Slawenstämmen aller Art bewohnten Teile Österreich-Ungarns und des Balkans. Unser Verhältnis zu diesem Lande wird nachher erörtert werden, aber hier sei ausgesprochen, daß eine großartige Besiedlung des Südostens eine durchaus gesunde Lösung darstellen wird — unter zwei Voraussetzungen, daß ein Verhältnis zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn gefunden wird, das in der Form eines ewigen Bundes eine vollständige und dauernde Solidarität der Interessen beider Staaten schafft, und außerdem, daß das Habsburger-Reich sich eine innere Staatsform gegeben hat, die die kulturelle und politische Führung der Deutschen in ihm für alle Zeiten sicherstellt, und zwar diesseits und jenseits der Leitha. Die Logik dieser Voraussetzungen ist klar: wir werden einen Staat, der einmal unser Feind werden kann, nicht stärken durch Abgabe unseres Überschusses, und erst recht dann nicht, wenn er slawisch-madjarisches Gepräge annimmt und die Einwanderer der Slawisierung oder Madjarisierung aussetzt. Sind aber diese Voraussetzungen erfüllt, so könnte im Sinne einer glückhaften deutschen Kolonialbewegung gar nichts Besseres geschehen, als die Ansiedlung unseres Überschusses in den dünnbevölkerten Teilen der Donaumonarchie, wobei der Vorstoß nach dem Balkan von vornherein ins Auge zu fassen wäre für den Zeitpunkt, wo jene Gebiete hinreichend Menschen aufgenommen haben.

Damit jeder Irrtum ausgeschlossen ist, sei ausdrücklich erwähnt, daß jede Kolonisation außerhalb des Reiches selbstverständlich erst dann in Angriff genommen werden darf, wenn die innere Kolonisation bei uns selbst durchgeführt ist; denn es ist ein Gebot der nationalen Selbstsucht und Selbsterhaltung, daß wir Menschen an einen anderen, selbst befreundeten

Staat erst dann abgeben dürfen, wenn unser eigenes Haus bestellt ist.

Kommt es aber dereinst, wenn alle diese Voraussetzungen gegeben sind, zur Kolonisation des europäischen Südostens, so hätte das für die gesamte deutsche Rasse den gewaltigen Erfolg, daß das heute gefährdete Deutschtum Österreichs und Ungarns für alle Zeiten gerettet würde.

Überseeische Siedlung

Wenn wir weder eine Kolonisation unseres Überschusses in heute russischen oder französischen Landstrichen in Angriff nehmen wollen, nachdem sie von den besiegten bisherigen Bewohnern geräumt sind, noch eine solche nach dem europäischen Südosten betreiben können, weil die Garantien auf österreichisch-ungarischer Seite nicht vorliegen, so bleibt nichts anderes übrig, als die Ansiedlung über See, wobei man sich nicht verschweigen darf, daß sie die am wenigsten erwünschte Form der deutschen Kolonisation ist, da sie eine Verzettlung der deutschen Volkskraft immerhin in gewissem Umfange nach sich ziehen kann.

Diese Erkenntnis, daß die überseeische Siedlung aus Gründen, die sich aus der geographischen Lage des Deutschen Reiches ergeben, erst an letzter Stelle ins Auge gefaßt werden soll, steht nun durchaus nicht im Widerspruch mit dem, was früher gelegentlich der Besprechung der deutschen Marokkopolitik gesagt worden ist; dort wurde es ganz allgemein als dringende Aufgabe der Reichspolitik erklärt, überseeisches Siedlungsland zu erwerben, und es wurde verurteilt, daß sie Marokko den Franzosen preisgegeben hat, obwohl es unter allen denkbaren Gesichtspunkten für uns unentbehrlich ist.

Diese Behauptungen halte ich im vollen Umfange aufrecht; abgesehen davon, daß Marokko allein schon als Erzeugnisgebiet und wegen des Baumwollbaus für uns unter allen Umständen notwendig ist, spricht seine Bedeutung als sehr

brauchbares Siedelungsland ernsthaft mit; denn wir wissen ja nicht, wie die Möglichkeiten der europäischen Kolonisation sich in Zukunft gestalten; wir können nicht voraussehen, ob die Bedingungen einer südöstlichen Siedelung sich erfüllen lassen, auch nicht, ob wir je in der Lage wären, von Frankreich oder Rußland Gebietsabtretungen zu erzwingen. Deshalb müssen wir Siedelungsland in Bereitschaft haben, das uns zu Eigentum gehört, gewissermaßen eine Reserve; nur dann sind wir hinsichtlich der Unterbringung und Versorgung unseres dereinstigen Überschusses so unabhängig, wie es dem Begriffe des Staates als einer souveränen Macht entspricht.

Daran aber muß unbedingt festgehalten werden, und unser Umdenken in dieser Beziehung kann gar nicht radikal genug sein, daß wir einen irgend in Betracht kommenden Volksverlust durch Auswanderung in fremde Staaten nie wieder erleiden dürfen.

Wir bejahen also die Notwendigkeit, unter allen Umständen überseeisches Land für das Deutsche Reich zu erwerben, wobei betont sei, daß außer dem Zwecke der Ansiedlung die für uns brennend gewordenen des industriellen Absatzgebietes und des Kulturlandes für uns fehlende Rohprodukte in Betracht gezogen werden müssen.

England

Diese von den nationalgesinnten Deutschen aller Parteien erkannte Notwendigkeit bringt uns in Gegensatz zu England, richtiger, sie verschärft die Gegensätze, die zwischen England und dem Deutschen Reiche bestehen, bis zur Un-erträglichkeit. Dieser Better jenseits des Kanals neidet uns die gewaltigen wirtschaftlichen Erfolge auf allen Gebieten, die wir in Angriff nehmen und fürchtet dadurch geschädigt zu werden; er blickt mit Mißtrauen auf unsere Flotte und bangt um die Grundlage seiner eigenen Weltmachtstellung; beides erweckte in ihm seit dem letzten Jahrzehnt des vorigen Jahr-

hundertz jene Stimmung, die sich von nervöser Gereiztheit zu offener Feindschaft steigerte, und deren Nährboden ganz unbestreitbar das Mißbehagen war, das die Gründung des Deutschen Reiches hervorgerufen hatte.

Zu diesen Gegensätzen ist nun ein dritter gekommen: das deutsche Streben nach Land über See und der englische Entschluß, solchen Erwerb nicht zuzulassen. Das Hervortreten dieses neuen Gegensatzes ist das wichtigste Ergebnis des Marokkokonflikts für die äußere Politik; von den Folgen für die innere ist oben ausführlich gesprochen worden.

Es sind Verhandlungen im Gange, um diesen Gegensatz zu mildern, und England gibt sich den Anschein, als ob es uns überseeischen Landerwerb gönne; was jetzt in bezug hierauf zwischen London und Berlin vor sich geht, entzieht sich der Öffentlichkeit; was man darüber hört, spricht dafür, daß wir wieder einmal gründlich hineingelegt werden sollen.

Wenn England sich jetzt bemüht, den Gegensatz abzuschwächen, so wird es seine guten Gründe dazu haben; wir Deutschen aber müssen uns klar sein, daß es sich nur um eine scheinbare Milde rung handelt, daß sachlich der Konflikt in voller Schärfe fortbesteht. Denn was England uns bietet, wird nur sein, was es glaubt entbehren zu können, und wo es glaubt, uns nicht fürchten zu müssen.

Die Wahrheit ist, daß England uns kein Gebiet überlassen wird, von dessen Besitz irgendeine nachteilige Wirkung auf seine eigene Machtstellung ausgehen könnte; nach dieser Richtung sollte die vor dem Parlament gemachte Äußerung des Premierministers Asquith unvergessen bleiben, daß England eine Festsetzung des Deutschen Reiches an der Westküste Marokkos als mit seinen Interessen unvereinbar nicht dulden könne.

Wo denn? Im Innern von Afrika?

Eine solche Haltung Englands geht in gleicher Weise gegen die deutsche Ehre, wie gegen das deutsche Interesse; wir haben allein zu bestimmen, was wir brauchen, und werden uns

fremdem Machtspruch nicht unterwerfen. Was im Herbst 1911 den deutschen Stolz am tiefsten gekränkt hat, ist das wohlbegründete Gefühl, daß die Unzulänglichkeit Bethmann Hollweg und die Leichtfertigkeit Riederlen-Waechters eine solche Unterwerfung vollzogen habe. Nicht nur muß die Wiederholung dieses schmählischen Vorgangs ausgeschlossen sein, sondern die deutsche Politik muß bei erster Gelegenheit aus freiem Entschluß die Gelegenheit herbeiführen, wo England erneut Farbe bekennen muß. Entschieden es sich wieder in unfreundlichem Sinne, dann müssen wir den Fehbehandelschuh aufnehmen — dann ist es klar, daß die deutsch-englische Frage nicht durch Komiteekundgebungen und Freundschaftsbefuche gelöst werden kann, sondern auch nur durch Blut und Eisen.

Man kann nicht anders, als diesen Konflikt einen tragischen nennen, dessen Wurzel allein in dem englischen Mißtrauen liegt; wie Shakespeare die Eifersucht im Leben zweier edlen, liebenswerten Menschen zur Ursache tragischer Verwicklung gestaltete, so scheint das Völkerschicksal die gleiche Leidenschaft zwei tüchtigen Nationen germanischen Blutes zum Verhängnis machen zu wollen; kein Zweifel, daß England dabei die Rolle des Othello spielt — Germania aber ist nicht Desdemona und wird nicht das Opfer künstlich aufgestachelten Hasses werden; wir wissen uns zu wehren.

Die tiefste Tragik liegt darin, daß bei ruhiger Betrachtung kein Anlaß zu ernstem Streite gegeben ist. Alles, was in Deutschland Bildung besitzt, liebt und verehrt England — abgesehen von seiner Politik; viel mehr als es gut ist, ahmen die national haltlosen und Halbgebildeten englisches Wesen nach; wir hegen keine politischen Pläne, die England gefährlich werden können; seine Industrie und die unserige haben sich noch nicht wirklich geschädigt, und es ist kaum abzusehen, wann sie sich schädigen werden. Also bei kaltem Blute gar kein Grund zur Rivalität, noch weniger zur Feindschaft, wenn England nur erkennen wollte, daß 65 Millionen Menschen in Stamm-Deutschland leben können, vielleicht zur Not auch 75, nicht aber 80 oder 90 Millionen.

Seinen 46 Millionen soll die Welt gehören, unsere viel größere Zahl soll von ihr ausgeschlossen sein. In dem Augenblick, wo England die Unhaltbarkeit dieses seines politischen Grundsatzes anerkennt, verschwindet der englisch-deutsche Konflikt, und die beiden Vettern germanischen Blutes gestalten vereint das Schicksal der Welt.

So und nicht anders ist die Sache von deutscher Seite betrachtet, und unsere Hand kann zu ehrlicher Freundschaft England jeden Tag in die seine legen — zu ehrlicher Freundschaft.

Käme es dazu, so könnte viel edles Blut und viel tüchtige Kraft gespart werden; bei England liegt die Entscheidung.

Wer das heroische Moment im Einzelleben, soweit der wirtschaftliche Daseinskampf das zuläßt, im Völkerleben aber unbedingt wieder als herrschend und treibend sehen möchte, der wird die Fügung des Völkerschicksals dankbar für das deutsche Volk hinnehmen und denken: in unserer ganzen Geschichte ist es uns hart geworden, vorwärts zu kommen und uns durchzusetzen — warum soll es jetzt anders sein? Nach unendlichen inneren Kämpfen sind die beiden deutschen Vormächte zu kraftvollen Staaten geworden; der Bruderkrieg des Jahres 1866 zwischen beiden war nötig, um das Deutsche Reich zu begründen. Warum soll die Anerkennung unserer Weltstellung erreicht werden ohne den Kampf zwischen den beiden Vettern?

Im Sinne heroischer Weltanschauung nehmen wir den englisch-deutschen Gegensatz trotz seiner Tragik als Segen für uns Deutsche hin, weil wir wissen, daß Kampf und Prüfung uns not tun.

So betrachtet, hat die kriegerische Auseinandersetzung zwischen England und dem Deutschen Reiche keinen Schrecken. Es wird uns hart werden, aber wir werden uns durchbeißen. Die Interessen von Handel und Industrie werden Not leiden, ganz gewiß und im höchsten Grade, aber das läßt sich nicht vermeiden, und noch sind wir nicht so weit, daß wir sie allen anderen Interessen der Gesamtheit voranstellen. Auch muß

man sich darüber klar sein, daß der Seeweg uns während der Dauer des Krieges für Aus- und Einfuhr vollständig versperret sein wird; wenn man im Kampfe um die Verstärkung der deutschen Flotte unserer Seemacht die Aufgabe zuweist, sie müsse den Seeverkehr ermöglichen, so ist das ein frommer Betrug, an den aber kein Unterrichteter glaubt.

Keinen Krieg, jammern unsere Geldsackidealisten — er ruiniert uns; das hat noch kein Krieg fertig gebracht, nicht einmal die furchtbare Niederlage Preußens gegen Napoleon mit ihrer unerhörten Ausraubung des besiegten Landes. Der Handel wird sicher schwere Einbuße erleiden, aber er wird sich seine Wege suchen; viel schlimmer werden die Verhältnisse der Industrie sich gestalten, und man muß sich vor Augen halten, was es heißt, wenn eine monatelange Krisis über sie hereinbricht. Aber auch diese hat vielleicht ihr Gutes; in furchtbar ernster Weise macht sie klar, wohin unsere Exportwirtschaft uns führt, indem sie uns vom Ausland abhängig macht, und die führenden Männer der Industrie werden dann vielleicht schneller zu dem Entschlusse gelangen, ihren Betrieben freiwillig Schranken zu setzen und die Produktion nach dem Bedürfnis des inneren Marktes einzurichten.

Alles in allem: wir kennen unser Verhältnis zu England und sind zu ehrlicher Freundschaft, zu ehrenvollem Frieden bereit, wenn unser Anspruch auf Machtausdehnung anerkannt wird; im anderen Falle nehmen wir den Kampf auf, im vollen Bewußtsein seiner Schwere und der Opfer, die er uns auferlegt.

Bereit zum Kriege verlangen wir, daß unsere Regierenden die kleinlich-ängstliche Rücksicht aufgeben und die notwendige Auseinandersetzung nicht um den Preis einer moralischen Niederlage hinauschieben, weil wir in so viel Monaten oder Jahren in dem oder jenem Punkte der Seekriegführung etwas besser gerüstet sein würden; das ist die Auffassung des Ressorts, nicht die einer Staatskunst, die das große Ganze mit all seinen Imponderabilien im Auge hat.

Frankreich

Im Anschluß hieran sei unser Verhältnis zu Frankreich betrachtet. Auch in ihm ist Tragik, auch hier ohne Schuld der Deutschen; wer gerecht ist, wird aber anerkennen, daß die Franzosen besseren Grund haben zu ihrer Feindschaft gegen das Deutsche Reich als die Engländer — besseren Grund im Sinne der Völkerpsychologie, nicht realpolitischer Erwägung der geschichtlichen Tatsachen. Frankreich ist besiegt worden — das ist anderen auch schon zugestoßen; Frankreich ist beraubt worden — das ist eine Lüge; Frankreichs Waffenehre ist verletzt — das ist nicht wahr, denn eine ehrenhafte Niederlage ist keine Schande. Aber Frankreich hat seine besondere Ehre und gefällt sich in der Rolle des Entehrten, der Sühne heischt. Nur wird man uns Deutschen erlauben, ein Ehrgefühl höchst seltsam zu finden, das seine Wiederherstellung von der Hilfe anderer erwartet; Engländer oder Russen oder beide zusammen sollen den Franzosen Genugthuung verschaffen helfen. Dies spricht dafür, daß ein falscher Ehrbegriff die Franzosen narrt — wir können nichts dafür und müssen uns damit abfinden. Aber traurig ist es, daß ein Volk, wie das französische sich so sehr betrügt, daß es recht eigentlich die politische Selbständigkeit aufgibt und im Schlepptau anderer daherzieht, sei dies nun Rußland oder England. So ist es für das Deutsche Reich ein Annex jener anderen geworden und hat aufgehört für uns ein selbständiger Gegner zu sein — trotz seiner Machtmittel.

Diese sind sehr ansehnlich, ja ernste und erfahrene Militärs behaupten, sie seien uns überlegen; dies halte ich nun nicht für richtig, weil man Grund hat anzunehmen, daß im französischen Heere manches auf dem Papier steht, was bei uns wirklich vorhanden ist; dazu kommt die innere Desorganisation des ganzen Volkes, die auch durch kriegerische Begeisterung nicht zu beseitigen ist, und der Mangel eines anerkannten Oberhauptes der Armee im Kriege. Ich bin sonach der Ansicht, daß wir mit Frankreich fertig werden, wenn auch der Kampf sehr schwer sein wird, ja ich glaube, wir würden, wenn

es hart auf hart geht, noch mehr leisten. Jedenfalls ist das Beispiel patriotischer Opferwilligkeit, das Frankreich jetzt seit über 40 Jahren der Welt bietet, in der Geschichte ohnegleichen und im höchsten Grade achtenswert; glücklich die Regierung, die ein solches Volk hinter sich hat — welcher Stoßseufzer aber ausdrücklich auf die militärische Opferbereitschaft und das lebendige Nationalgefühl zu beziehen ist.

Die Politik, die Frankreich seit dem Frankfurter Frieden mit dem Deutschen Reiche treibt, ist ein Spiel mit dem Feuer, und der Brand ist nur deshalb nicht längst ausgebrochen, weil die deutsche Geduld und Gutmütigkeit bis zur Schwäche groß sind, geben wir es zu, auch weil wir unter der Suggestion einer unmännlichen Friedenssehnsucht stehen und satt sind.

Aber diese Geduld war in den letzten Jahren so oft und so sehr auf die Probe gestellt, daß sie zu reißen droht; es hat den Anschein, daß unsere Öffentlichkeit in bezug auf Frankreich nach dem Marokkotreitfall umgelernt hat und bereit ist, aus der philosophischen Defensiv- zur aggressiven Politik überzugehen.

Was wäre das Ziel einer solchen?

Im sog. Marokko-Abkommen hat Frankreich uns in bezug auf die wirtschaftliche Betätigung Deutscher in Marokko Zugeständnisse gemacht, die unser Auswärtiges Amt sehr gepriesen hat; es sind nun schon zahlreiche Fälle bekannt geworden, wo deutsche Unternehmer schikanös behandelt worden sind — das war nach Frankreichs bisherigem Vorgehen in der ganzen marokkanischen Politik und nach seinen Absichten ausschließlicher Beherrschung des Landes gar nicht anders zu erwarten und wird sich jeden Tag wiederholen. Das Marokko-Abkommen hat uns so viel gekostet, daß wir verlangen können, daß jede Silbe von dem anderen Teile heilig gehalten werde; geschieht dies nicht und gelangt eine Beschwerde ans Auswärtige Amt, so müssen wir verlangen, daß dieses sich rückhaltlos hinter seine Landsleute stellt und auf Biegen oder Brechen Genugtuung verlangt. Wird diese verweigert, so ist der ganze Vertrag

gebrochen, unser Verzicht auf politische Betätigung in Marokko ist hinfällig, und wir rollen die ganze Frage von neuem auf.

Dann verlangen wir unseren Anteil am Lande und lassen es auf die Entscheidung der Waffen ankommen. Und zwar im Angriff, ohne Rücksicht auf die Bestimmungen des deutsch-österreichischen und russisch-französischen Bündnisvertrages, ohne Rücksicht auch auf die Haltung Englands. Was sein muß, muß geschehen — es läßt sich durch Diplomatisieren und Finassieren nicht überflüssig machen, es sei denn, daß man dauernd entsagen will. Wenn es zum Bruche kommen muß, so wollen wir dem Schicksal Trotz bieten und alle Vorteile des Angriffs für uns sichern. Das sittliche Recht ist auf unserer Seite.

Hält Frankreich seinen Vertrag in Treuen, so daß wir keinen Grund zur Beschwerde haben, so liegt dauernder Konfliktstoff doch in unserem Verhältnis zu England, dessen Vasall Frankreich geworden ist. Wir müssen damit rechnen, daß eine Verschärfung eintritt, die offenen Kampf in Aussicht stellt; dann wird es die Aufgabe aktiver Politik sein, Frankreich vor die Wahl zwischen uns und England zu stellen. In diesem Schicksalskampfe wird es heißen: „wer nicht ist für mich, der ist wider mich!“ Der Krieg wäre da, wenn Frankreich gegen uns entscheidet — und auch er muß ein deutscher Angriffskrieg sein.

Wie immer aber es dazu kommt, wir wissen, was dieser Kampf für uns bedeutet, aber Frankreich muß es auch wissen. Unsere Diplomaten haben verlernt, mit dem Ausland deutsch zu reden, und insbesondere die Franzosen haben seit Bismarcks Abgang kein deutliches Wort mehr zu hören bekommen; da kann es nicht schaden, wenn ihnen aus dem Volke heraus gesagt wird, daß es ums Dasein geht. Wir haben eine große Rechnung aufzumachen seit dem 10. Mai 1871.

Französische Publizisten reden so offenherzig über das Schicksal des Deutschen Reiches, wenn es dem gemeinsamen englisch-russisch-französischen Angriffe erliegen sollte, daß wir

für den umgekehrten Fall auch kein Blatt vor den Mund zu nehmen brauchen. Das siegreiche deutsche Volk wird fordern dürfen, daß die Bedrohung durch Frankreich endlich und für alle Zeiten aufhört; also muß Frankreich zerschmettert werden. Wir müssen weiter verlangen, daß uns so viel des französischen Bodens abgetreten wird, wie wir zum Zwecke endgültiger Sicherung brauchen, wobei in Betracht kommt, was oben über die Evakuierung gesagt worden ist. Wir würden endlich vom französischen Kolonialbesitz das für uns nehmen, was dem deutschen mehrfach erörterten Bedürfnis entspricht, wobei man von der nicht unberechtigten Ansicht ausgehen kann, daß auf kolonialem Gebiete am letzten Ende bei den Zuständen der beiden Völker immer die Franzosen die Plaghälter des deutschen Volkes sein werden. Bitter, sehr bitter, aber wahr, und näherer Begründung nicht bedürftig.

Es wird wenige auf deutschem Boden geben, die ein Niederwerfen des französischen Volkes nicht bedauern werden — aber sie werden nichts anderes tun können, als mitleidig sagen: „Tu l'as voulu, Georges Dandin.“

Belgien und die Niederlande

Da soeben unsere Gegner im Westen Europas behandelt wurden, ist es zweckmäßig, im Zusammenhange damit zu erörtern, welche Haltung wir Belgien und den Niederlanden gegenüber einnehmen sollen; wenn von diesen beiden Nachbarn bisher in der deutschen Öffentlichkeit gesprochen wurde, geschah es in der Weise, daß man sich mit dem Verhalten beider gegen uns befaßte, als wäre es selbstverständlich, daß wir immer und immer passiv bleiben müssen, während jeder andere, auch der kleinste Staat uns gegenüber das Recht habe, die Beziehungen nach seinem Willen zu regeln. Also keine Gegenseitigkeit, noch weniger Rücksicht des Kleinen auf den Großen, sondern der Kleine tut, was er will und der Große läßt ihn gewähren, einerlei ob jener freundlich verfährt oder unfreundlich. Es ist unbegreiflich, wie passiv unsere öffent-

liche Meinung sich bisher gegenüber den beiden niederdeutschen Nachbarstaaten verhalten hat, selbst die Alldeutschen haben, soweit ich sehe, weitestgehende Zurückhaltung geübt.

Meines Erachtens ist es an der Zeit, die Politik des Duldens ihnen gegenüber aufzugeben und eine solche des Forderns eintreten zu lassen, also auch in diesem Falle aktive Politik zu betreiben.

Das Wort Heinrich von Treitschkes, daß „die Staatengesellschaft immer aristokratischer werde“, scheint trotz seiner unbedingten Richtigkeit in der praktischen Politik nicht bestätigt zu werden, denn was läßt man den Kleinen und Kleinsten durchgehen, wobei man nur daran zu denken braucht, was sich z. B. Serbien oder manche süd- oder mittelamerikanischen Raubstaaten herausnehmen können; aber dies Wort wird durch den nächsten Krieg gründlich wahr gemacht werden.

Was Belgien und Holland betrifft, so muß beiden klar sein, daß dieser Krieg über ihre Zukunft entscheidet; wie die Verhältnisse in Europa sich zugespitzt haben, darf man offen aussprechen, daß solche Kleinstaaten das Daseinsrecht an sich schon verloren haben: denn nur der Staat kann das Recht auf Selbständigkeit geltend machen, der es mit dem Schwerte in der Hand durchsetzen kann.

Es spricht manches dafür, daß in beiden Ländern die Erkenntnis vorhanden ist, was der nächste Krieg für sie bedeutet, aber es scheint — da die Welt noch immer mit allzu wenig Weisheit regiert wird — daß sie ihr Interesse auf der Seite der Gegner des Deutschen Reiches suchen, statt umgekehrt. Wir wollen gar nicht sentimental werden und von den „Stammesgenossen niederdeutschen Blutes“ reden — sie sind uns, wenn sie sich in törichten Haß gegen das Deutsche Reich festrennen, gerade so lieb, wie die oberdeutschen Alemannen im Elsaß mit ihrer querköpfigen Feindseligkeit; nicht die Blutsverwandtschaft, sondern das egoistisch betrachtete Interesse müßte Holland und Belgien an unsere Seite führen. Denn beider staatliches Dasein garantieren wir, wenn auch beschränkt und im Anschluß an das Deutsche Reich;

den staatlichen Untergang aber haben sie ganz sicher zu erwarten, wenn wir besiegt werden sollten.

Wie heute die Regierungen beider Kleinstaaten, ihre Volksvertretungen und ihre Presse sich zu allem Deutschen stellen, kann man mit großer Wahrscheinlichkeit darauf rechnen, daß beide, vor die Wahl zwischen dem Deutschen Reiche und England-Frankreich gestellt, für letztere optieren werden, also den Fehler wiederholen, den Hannover, Kurhessen und Nassau im preußisch-österreichischen Konflikte des Sommers 1866 machten; sie werden sich nicht darüber wundern dürfen, wenn die Folgen die gleichen sind.

Nun soll man auf deutscher Seite ganz klar aussprechen, daß uns der Zuwachs Belgiens und Hollands in keinem Falle Freude machen wird; die Bevölkerung der Niederlande ist durch jahrhundertlange Kleinstaaterei geistig so verödet und engherzig geworden und zum großen Teile unter dem gedankenlosen Krämeregiment so zuchtlos, daß ihre Aufnahme in ein näheres Verhältnis zum Reiche nicht erwünscht ist, dies um so weniger, als man billig bezweifeln muß, ob diese Menschen durch das Zusammenleben mit einem mächtigen Staate wieder zu Ordnung, Zucht und Opferwilligkeit erzogen werden könnten. Nicht anders liegt die Sache in Belgien, wenn auch aus anderen Ursachen; seine Bevölkerung ist durch das Pfaffenregiment der Habsburger verdorben, dazu noch sozialistisch unterwühlt, soweit die jetzigen Bewohner nicht unter dem Einfluß des Klerus stehen — kurz, kein Menschenmaterial, das als Zuwachs in irgend-einer Form sehr willkommen wäre; daran ändert auch die sog. vlämische Bewegung nichts Wesentliches, denn ihre Erfolge stehen in der Hauptsache auf dem Papier, und die französischen Sprechenden haben nach wie vor das Heft in der Hand; sie regieren den Staat, ihre Sympathien entscheiden, und die Blamen lassen sich alles bieten.

Also wirklich, wer Holland und Belgien kennt, wird sich nicht um sie reißen — wenn wir beide Länder trotzdem in der oder jener Form unserem Staatswesen angliedern müssen, so

geschieht es nicht wegen ihrer Bewohner, sondern trotz ihnen unter dem Zwange der Nothwendigkeit.

Es ist unmöglich, die Rheinmündungen englisch-französischer Herrschaft oder auch nur solchem Einflusse zu überlassen, wie es heute schon unnatürlich ist, daß Deutschland den Ausgang von seiner wichtigsten Verkehrsstraße zur See nicht selbst besitzt; es ist unmöglich, die Nordseeküste in die Hände dieser Staaten geraten zu lassen; es ist unmöglich, an unseren nordwestlichen Grenzen Kleinstaaten zu belassen, die keine Gewähr gegen englisch-französische Neutralitätsbrüche bieten, ja wahrscheinlich diesen unseren Feinden, einer *vis haud ingrata* nachgebend, gerne Stützpunkte gewähren.

Deshalb müssen wir verlangen, daß, sobald der deutsche Gegensatz zu England und Frankreich oder auch nur einem von beiden kriegerischer Auseinandersetzung zutreibt, Belgien und Holland vor die Wahl zwischen jenen und dem Deutschen Reiche gestellt werden. Entscheiden sie sich, im letzten Augenblick noch Vernunft annehmend, für uns, so retten sie ihre staatliche Selbständigkeit in dem Sinne, wie sie die Einzelstaaten des Deutschen Reiches besitzen; schlagen sie sich auf die andere Seite, so werden sie annektiert — beides unter der Voraussetzung des deutschen Sieges.

Im Falle der Annerion müßte von vornherein die Einverleibung in Preußen erfolgen, das den neuen Provinzen gegenüber so verfahren würde, daß die Lehren der dänischen, polnischen und elsass-lothringischen Widersehllichkeiten ausgenutzt würden. Im ersteren Falle würde die Form des Anschlusses nach den Grundgedanken der Reichsverfassung leicht gefunden werden können, wobei z. B. hinsichtlich der Landesverteidigung zu Lande und zur See die Stellung beider zukünftigen Bundesstaaten weniger günstig wäre, als diejenige Bayerns, während nach innen die gleiche Selbständigkeit zugestanden werden kann; die Kolonien müßten der Verwaltung des Reiches unterstellt werden, dem dafür auch die Lasten ihres Schutzes auferlegt werden; auf diese Weise würde es

ermöglicht, daß die Kolonien sowohl der Niederlande wie Belgiens, die für beide viel zu groß sind, in einer Weise nutzbar gemacht würden, die ihrem Werte entspricht.

Käme es zu solcher Gestaltung der Dinge, so wären die Sünden der Habsburger und die des Wiener Kongresses wieder gutgemacht, und das deutsche Volk hätte seinen uralten Besitz an der Nordsee wiedergewonnen — ohne Enthusiasmus, ohne Sentimentalität und Selbsttäuschung; dabei muß man daran denken, daß nach unseren Annahmen und nach dem, was vorher über Frankreich gesagt ist, gleichzeitig die endgültige Regelung unseres Verhältnisses zu Frankreich erfolgen würde.

Was hier ausgeführt wurde, mag den schwachen und kleinen Nachbarstaaten gegenüber hart und überhebend klingen, aber ich stelle mich auf den Boden mangelnder Sympathie, den jene bereitet haben, und was die Sache betrifft, halte ich mich an das, was ein vorläufig noch enger Kreis von Gebildeten in Holland und Belgien selbst für geboten erklärt. Hier sei eines Zusammentreffens mit einem höheren holländischen Offizier gedacht, einem sehr intelligenten und schneidigen Manne; er trug mir seine Gedanken über die zukünftige Gestaltung der deutsch-niederländischen Beziehungen vor und begründete sie nach allen Richtungen. Als er fertig war, konnte ich nur antworten, daß er mit jedem Worte meine eigene Auffassung vorgetragen habe, und heute habe ich die Genugtuung, einem hoffentlich recht weiten Leserkreise die Gedanken jenes niederländischen Offiziers mitzuteilen, der sich über die Lage seines Vaterlandes gar keinen Illusionen hingab.

Daß bei solcher Gestaltung die niederdeutsche Sprache unangetastet bliebe, ist selbstverständlich; in Belgien würde dem Flämischen zur Herrschaft verholfen und nur die Kommandosprache des Heeres müßte Hochdeutsch sein.

Die Gebenden werden wir sein, die Deutschen des Reiches, die diese Abgesprengten wieder einem großen politischen Leben zuführen.

Die Schweiz

Nur um vollständig zu sein, sei auch unser Verhältnis zum südwestlichen Grenzstaat, zu der Schweiz erwähnt. So zweifelhaft man sein muß, ob Belgien und Holland ihre Neutralitätsverpflichtungen erfüllen können und wollen — von der Schweiz kann man überzeugt sein, daß sie beides tun wird. So eng und klein dies Gemeinwesen ist, der Geist der Unabhängigkeit und der Stolz auf sie, sind dort wirklich zu finden; mögen wir Deutschen uns mit Recht über manche Beweise fehlender Sympathie beschweren und das vorlaute weltliche Treiben auch im deutschen Sprachgebiet der Schweiz peinlich empfinden, das darf uns nicht irre machen in der politischen Bewertung der Republik. Sie wird alles daran setzen, jede Verletzung der Neutralität zu verhindern, und ihre Waffentüchtigkeit wird ihrem entschlossenen Willen Nachdruck verleihen.

Österreich-Ungarn

Zurzeit zieht der englisch-deutsche Gegensatz den Hauptteil der Aufmerksamkeit auf sich; aber für unsere Zukunft und für unsere Aussichten im jetzt bevorstehenden Völkerringen nach der Seite der Machtverteilung von gleicher Wichtigkeit wie diese Frage, ist unser Verhältnis zur österreichisch-ungarischen Monarchie. So skeptisch man lange Zeit gerade in nationalen Kreisen das deutsch-österreichische Bündnis beurteilte, heute wird man sagen müssen, daß es dem Bedürfnisse beider verbündeten Staaten entspricht und die Gewähr der Dauer in sich trägt. Man hatte sich daran gewöhnt, den Kaiser Franz Josef als besonders überzeugten Anhänger des Bündnisses anzusehen, dagegen von dem Thronfolger bezweifelt, ob er bei der Stange bleiben werde; es war eine bekannte Redewendung, das Bündnis „ruhe auf den zwei Augen des alten Kaisers“. Inzwischen haben die letzten Jahre bedeutungsvolle Anzeichen dafür geliefert, daß der Erzherzog-Thronfolger den Wert der deutschen Bundesgenossenschaft kennt und in bezug

auf die Beziehungen zum Deutschen Reiche die Politik seines Oheims fortsetzen wird. Es braucht hier nicht erörtert zu werden, daß dies allein der politischen Vernunft entspricht und in gleicher Weise im Interesse des Donaufstaates, wie der Dynastie liegt. Auf deutscher Seite ist man nicht im Zweifel, daß die Gebenden in der Hauptsache wir sind; was wir empfangen, sei hier kurz geprüft; es wird zu diesem Zwecke nötig sein, die inneren Verhältnisse des Habsburger Reiches und ihre voraussichtliche Entwicklung ins Auge zu fassen, um beurteilen zu können, ob wir darauf rechnen dürfen, im Notfalle etwas zu empfangen, mit anderen Worten, ob Österreich-Ungarn für uns bündnisfähig ist.

Der Betrachter aus dem Reiche sieht häufig nur die Schattenseiten dieser Ungeheuerlichkeit eines politischen Gebildes, das als Ganzes anormal ist und dessen Glieder wiederum jeder Regel Hohn sprechen. Die beiden sog. Reichshälften hassen sich wie das höllische Feuer, und der Kaiser-König hat die angenehme Aufgabe, es beiden recht zu machen. Der Nationalitätenstreit untergräbt die cisleithanische Hälfte; er legt die Verwaltung lahm und schlägt dem wirtschaftlichen Leben schwere Wunden. Die Macht des Judentums, das in Österreich nur scheinbar politisch ausgeschaltet ist, übersteigt alles Maß und hat eine täglich schlimmer werdende Korruption herbeigeführt. Die obersten Staatsbehörden opfern Tag für Tag staatliche Interessen und Autorität, um sich über Wasser zu halten — kurz, ein Bild unglücklichster Zerrüttung. Der alte Kaiser hat das Bedürfnis nach Ruhe und weicht jeder scharfen Entscheidung aus; Fragen, die so wichtig sind, wie die Wehrvorlagen, werden in Madjarien einfach durch Obstruktion verschleppt, und im Wiener Reichsrat mit so viel Sonderinteressen der heutigetägigen Nationalitäten verquickt, daß eine Lösung kaum möglich erscheint.

Wenn man die Habsburger Monarchie nach diesen Erscheinungen beurteilt, wird man glauben, es mit dem Bruch eines Staates zu tun zu haben, das hilflos da liegt und von den Stürmen der Sonderinteressen seiner Nationalitäten hin

und her geworfen wird — dies als einziges Zeichen, daß es noch da ist und nicht völlig untergegangen.

Und doch, diese staatliche Unmöglichkeit bringt es fertig, machtpolitisch etwas ganz anderes zu sein, als verfassungspolitisch. Dieses Gebilde, das dem Auge des inneren Politikers ein Wrack scheint, stellt sich dem Blicke des äußeren Politikers als ein stattliches Kriegsschiff dar, nicht ganz so modern und wohlgerüstet, wie es sein könnte, aber immerhin ein zum Kampfe brauchbares Fahrzeug.

Wer dem Sage huldigt, daß der Staat Macht ist, wird also Osterreich-Ungarn trotz aller innerpolitischen Unmöglichkeiten für einen Staat erklären müssen; wer aber die Dinge ohne Rücksicht auf die parlamentarischen Velleitäten betrachtet, kommt zu der Ansicht: das Reich ist machtpolitisch sein Herrscher plus sein Heer.

Damit haben wir das Entscheidende gefunden, Herrscher und Heer, und erkennen sofort die weitere Anomalie, daß derselbe Staat, der innerpolitisch mit dem minderwertigsten und kleinsten Stamm seiner Untertanen nicht fertig wird, nach außen eine geachtete und wichtige Rolle spielt.

Sünden des Kaisers und seiner Regierungen, dieser innere Zerfall, sagt die öffentliche Meinung; Sünden des Liberalismus, der Unentschlossenheit des Herrschers und der Unzulänglichkeit seiner Minister, antwortet der Gerechtere. Daß die beiden zuletztgenannten eine schwere Verantwortung trifft, wird als feststehend anerkannt werden; die liberalen Sünden aber haben es erst möglich gemacht, daß das Übel einen solchen Umfang annehmen konnte.

Das Heer ist Osterreich, es ist das Organ des Herrschers, allein dessen Willen unterstellt, der Träger des staatlichen Lebens, seiner Macht und Zukunft.

Nun wird aber der gewissenhafte Beobachter bemerken, daß auf die Dauer das Heer kein Machtfaktor bleiben kann, wenn die innere Zerrüttung weiter fortschreitet; der Haß der Nationalitäten wird eines Tages vor den Bezirken der Kaiserinnen nicht mehr Halt machen, sondern die Disziplin unter-

graben, ja man behauptet, daß dies schon angefangen habe. Die Anomalie der äußeren Stärke und inneren Schwäche kann nicht bestehen bleiben, ohne den Staat auch nach außen zu schwächen. Dies kann nicht verkannt werden, und man hört, daß der Thronfolger wisse, was auf dem Spiele steht und entschlossen sei, dem inneren Verfall zu steuern und die Autorität des Staates, mit Friedrich Wilhelm I. zu reden, wieder wie einen „rocher de bronze zu etablieren.“

Er scheint der Mann dazu; ein handfester Herr, mit Gemüt nicht allzu sehr belastet, aber begabt mit Sinn für Ordnung; kaum ein hervorragend fähiger Mann, aber ein kühler Beobachter, der die Menschen einzuschätzen gelernt hat, als sein Gesundheitszustand es wahrscheinlich machte, daß nicht er, sondern sein jüngerer Bruder dereinst die Krone tragen werde. Man sagt, daß Franz Ferdinand empört sei über die Anmaßungen der Madjaren, die jede pflichtmäßige Leistung zu Erpressungen gegen die Krone benutzen; man berichtet, daß die innerpolitische Zerrüttung der Staatsmaschinerie dem Ordnungssinn des Thronfolgers widerspricht, und daß er vor der jüdischen Korruption und allen ihr Verfallenen Abscheu empfindet. Dazu kommt, daß er notwendig aus dem Selbstbewußtsein des noch nicht ruheselig gewordenen Habsburgers heraus jeden Angriff gegen die Autorität der Krone als persönliche Reizung empfindet — kurz, alles spricht dafür, daß er nicht nur weiß, wie faul die Dinge im Reiche Habsburg sind, sondern daß er auch entschlossen ist, sie zu reformieren; es werden ihm Äußerungen zugeschrieben, die, wenn sie wirklich gefallen sind, darauf schließen lassen, daß er das Verhältnis der Krone zu Ungarn selbst auf die Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes in Ordnung bringen will.

Aufgaben des nächsten Kaisers

Wie denkt man sich überhaupt die Möglichkeit, in der Gesamtmonarchie Ordnung zu stiften? Fragt man so viele Österreicher als man kennt, keiner antwortet etwas Greifbares,

und einer widerspricht dem andern. Der Beobachter aus dem Reiche, der sich zu der Ansicht durchgerungen hat, daß die Zustände in seinem eigenen Vaterlande nur mit Gewaltmitteln geheilt werden können, erkennt alsbald die Schwächen in den Ansichten und Absichten der österreichischen Politiker, die um so schwerer ins Gewicht fallen, weil die dortigen Verhältnisse viel schlimmer und verwickelter sind als bei uns.

Auf die Gefahr hin, frivol gescholten zu werden, spreche ich aus: wer glaubt, die Zustände in Osterreich-Ungarn — also sowohl das Verhältnis beider Hälften zueinander, wie die inneren Wirren in beiden — könnten im Wege parlamentarischer und verfassungsmäßiger Behandlung in Ordnung gebracht werden, dem fehlt entweder der spezifisch politische Blick, oder er belügt sich selbst. Wer diesen Staat retten will, muß offen bekennen: nur im Wege der Diktatur kann geholfen werden.

Reichsparlamente, die nicht einmal in Lebensfragen der Monarchie die nötige Disziplin bewähren; Landtage, die sich durch Obstruktion selbst ausschalten, haben kein Daseinsrecht, und das Bedürfnis der Parlamentarier, an der Krippe zu sitzen, wird die außerhalb Stehenden nicht hindern, jede Hoffnung auf die Volksvertretungen aller Kategorien fallen zu lassen.

Ein tüchtiger Herrscher, der den Staat retten will, muß über jene zur Tagesordnung übergehen und die Rettung aus eigenem Rechte und der Machtfülle heraus erzwingen, die er sich durch die Entsetzung der Parlamente wiedergibt. Ich gehe noch weiter und bin überzeugt, daß die oktroyierte Ordnung sich nicht ohne weiteres durchsetzt; dann ist es die Aufgabe des Herrscherdiktators, sie mit Waffengewalt zu erzwingen und jeden Widerstand niederzumerfen. Wie der preußisch-österreichische Dualismus durch Blut und Eisen geordnet werden mußte, so wird das gleiche für das Verhältnis Osterreichs und Ungarns gelten, aber auch für die Lösung der Nationalitätenfrage in beiden Reichshälften. Also wird der

Freund des Landes raten, alle Sentimentalitäten beiseite zu setzen, entwürdigte Volksvertretungen nach Hause zu schicken und die Diktatur aufzurichten mit der Aufgabe, Ordnung zu stiften in jedem Punkte wo sie fehlt, und mit der Absicht, wenn es not tut, Gewalt anzuwenden.

Jeder Herrscher und jeder ihm helfende Staatsmann werden gerechtfertigt sein, und jedes Mittel wird gebilligt werden, wenn sie es wirklich fertig bringen, Ordnung zu stiften; freilich darüber werden Herrscher und Minister sich klar sein müssen, mit Halbheiten läßt sich nichts ausrichten, auch nichts mit dem heute so und morgen so. Ein fester Plan mit eisernem Willen und starker Hand durchgeführt, muß aber gelingen — denn der Diktator hat das Heer.

Die Deutschen und die Krone

Uber die Deutschen des Landes, was wird aus ihnen?

Die Deutschen haben die Sünden des Liberalismus begangen, zum Schaden ihres eigenen Volkes und des Staates, zum Vorteil der andern Nationalitäten; jetzt müssen sie zeigen, ob sie etwas gelernt haben und ebenso kühne, wie große Politik treiben können. Sie sollten vor den Thronfolger treten und ihm ein Bündnis anbieten des Inhalts: sie willigen in die Beseitigung der Verfassungen, vor allem der Parlamente, und unterstützen die Diktatur des zukünftigen Kaisers mit allen Mitteln, indem sie sich ihm als Staatsvolk zur Verfügung stellen. Die Diktatur soll den zentralistischen Staat wieder herstellen, mit einem Reichsparlament, in welchem die Zahl der Abgeordneten der einzelnen Nationalitäten im Verhältnis zur heutigen Gesamtsteuerleistung festgelegt wird; das Wahlrecht innerhalb der Nationalitäten wird zweckmäßig ein nach Bildung und Besitz gestuftes Klassensystem sein. Der Kaiser sichert den Deutschen zu, daß deutsch die Reichssprache wird und daß überall den Deutschen, auch wo sie in der Minderheit sind, ihr Recht werde unter der Formel, daß das Staats-

voll nirgends majorisiert werden dürfe. Es ist anzunehmen, daß der Steuerleistung entsprechend die Deutschen im Reichs=parlament die absolute Mehrheit erhalten; würde das nicht eintreten, so müßte in der zu oktroyierenden Reichsverfassung bestimmt werden, daß ein Mehrheitsbeschluß, dem alle deutschen Stimmen entgegenstehen, ohne Wirkung bleibt. Das Klassenwahlrecht innerhalb der Nationalitäten wird dafür sorgen, daß die deutschen Abgeordneten nicht Volksverrat üben können. Unter solchen Bedingungen werden die Deutschen den Kaiser unterstützen, etwaigen bewaffneten Widerstand zu brechen, und sie werden sich auch insofern wieder als Staatsvolk bewähren, daß sie die Masse der Beamten und Offiziere stellen.

Dem Plane, sich dem kommenden Kaiser in solcher Weise zur Verfügung zu stellen, hält man die Warnung entgegen, die aus dem Sprichwort „Danke vom Hause Habsburg“ klingt. Mit volstem Rechte ist das nationale Deutschtum Österreichs der Dynastie gegenüber mißtrauisch geworden, und man wird, auch wenn man alle Verfassungsbedenken über Bord wirft und dem volkschädlichen Pseudo=liberalismus absagt, doch den Zweifel hegen, ob der Kaiser die ihm zugestandene Diktatur nicht zum Nachteil der Deutschen mißbrauchen werde, ob nicht am letzten Ende die dummen Deutschen hören würden: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen“. In der Richtung dieser Zweifel wird man daran erinnern, daß Erzherzog Franz Ferdinand ganz allgemein wegen seiner Gemahlin als tschechisch gesinnt geschildert wird, und außerdem als streng klerikal. Daß er ein frommer Katholik ist, dafür liegen Beweise vor; daß er klerikal sein sollte im Sinne der Auslieferung staatlicher und dynastischer Ansprüche an die Kirche, ist bei einem Manne von so ausgesprochenem dynastischem Selbstgefühl nicht anzunehmen; daß er ein Tschechenfreund im Sinne der Deutschfeindschaft wäre, muß bei der Annahme geringsten politischen Instinkts und Voraussicht geradezu als ausgeschlossen gelten, denn was können die Tschechen dem Habsburger bieten, der das Gesamtreich wieder herstellen will? Ich gebe zu, die

Deutschen haben allen Anlaß, mißtrauisch gegen den kommenden Kaiser zu sein, aber sie können das Spiel für ihr Volk nur gewinnen, wenn sie kühn sind und Großes wagen; unter keinen Umständen dürfen ihre Führer sich in der Haltung gegen den Herrscher durch Gerüchte bestimmen lassen, auch wenn diese die ganze Presse durchlaufen; sie werden so vorsichtig sein und die Quellen dieser Gerüchte erforschen, und dann finden sie Madjaren und Juden am Werke, letztere in Pest gleich eifrig wie in Wien, und alle beide gleich raffiniert in der öffentlichen Diskreditierung des Mannes, den sie allen Anlaß haben, zu fürchten, und dessen Absichten sie schon entgegenarbeiten, ehe er zum Throne gelangt. Wer die Madjaren und die Juden mit ihrer Presse kennt, der wird ihrer Suggestion nicht erliegen — im Gegenteil, er wird bei einigem Instinkt seine Sympathie dem Manne zuwenden, den jene so hassen; denn schließlich kann man auch denken: sage mir, wer dich hasset, und ich sage dir, wer du bist.

Aber auch in dieser Schicksalsfrage für das Deutschtum Oesterreichs heißt es, alle Sentimentalität vermeiden und kühl-realistisch verfahren. Die Überlegung spricht dafür, daß der künftige Kaiser, wenn er sein Reich retten will, mit den Deutschen zusammengehen muß, einerlei ob er sie liebt oder nicht; die Überlegung spricht dafür, daß die Stellung der Deutschen nur im Zusammenwirken mit der Krone haltbar ist —: also sind beide geborene Bundesgenossen. Stellt es sich heraus, daß dieser Herrscher auf die rettende Reform verzichtet, so geht das Schicksal seinen Gang, und die Deutschen brauchen sich die Köpfe nicht zu zerbrechen — sie werden nicht habsburgischer sein als der Habsburger; zeigt er sich als Feind der Deutschen, so werden sie dem Kampfe nicht ausweichen. Aber bietet er sich als Bundesgenosse an, oder ist er bereit, die deutsche Hilfe anzunehmen, so soll sie ihm um deswillen nicht versagt werden, weil er von Juden und Madjaren als stockklerikal und tschechenfreundlich hingestellt wird.

Möglich, daß später, nachdem die Reform in gemeinsamer Arbeit bewältigt ist, der Herrscher, schlecht beraten, sich von den Deutschen abwenden würde; solchen Betrug brauchen die Deutschen nicht zu fürchten, denn er würde sich in seinen Folgen schließlich, d. h. sehr bald gegen den wenden, der ihn begeht.

Deutschland und Österreich

Die Sicherheit gegen eine dauernde Schädigung durch solche Täuschung erhält das Deutschtum Österreichs durch das Deutsche Reich, und hier ist der Anlaß, zum Ausgangspunkte dieser ganzen Erörterung zurückzukehren, zur Frage der Bündnisfähigkeit des Habsburgerstaates; dabei wird die Notwendigkeit sich ergeben, daß wir im Reiche in bezug auf manchen heute befolgten Grundsatz unserer Politik umlernen müssen.

Das Bündnis mit Österreich-Ungarn hat für uns nur Wert, wenn dessen Heer stark und leistungsfähig ist; zerfällt das Heer infolge des weiteren inneren Zerfalles des Staates, so schwindet jedes Interesse an dieser Bundesgenossenschaft, ja es könnte nötig werden, aus Gründen der eigenen Sicherheit Maßregeln zu ergreifen, die die äußere Unverletztheit des kranken Staates beeinträchtigen würden.

Bismarck hat bekanntlich das Verhältnis zwischen dem Hause Habsburg und den Deutschen Österreichs sehr vorsichtig behandelt, viel vorsichtiger als sein alter Kaiser; aber darüber hat er keinen Zweifel gelassen, daß ein slawisches Österreich, d. h. ein Österreich, in dem die deutschfeindlichen Slawen aller Art im Bunde mit der Krone regieren, für das Deutsche Reich unerträglich ist; die Gründe hierfür sind so klar, daß man sie nicht zum hundertsten Male darlegen muß. Daraus ergibt sich, daß wir den geheiligten Grundsatz von der Nichtintervention verwerfen und im Reiche offen bekennen: wir können der Entwicklung in Österreich nicht ruhig zusehen, wenn der neue Herrscher den selbstmörderischen Versuch machen sollte,

sich den Slawen in die Arme zu werfen und deutschfeindlich zu regieren; dasselbe müßten wir tun, wenn er kraftlos den Staat dem Untergang entgegentreiben läßt, und endlich müßten wir wiederum einschreiten, wenn er nach anfänglicher Zusammenarbeit mit den Deutschen und nach Erreichung seiner nächsten Ziele diese seine Bundesgenossen verraten würde.

In der Entschlossenheit der reichsdeutschen öffentlichen Meinung und der von ihr beeinflussten amtlichen Politik, die Deutschen Österreichs unter keinen Umständen das Opfer einer feindlichen Haltung der Krone und der Slawen werden zu lassen, liegt am letzten Ende die Daseinsbürgschaft des österreichischen Deutschtums, und weil dies so ist, kann jenes trotz alles Mißtrauens den Bund mit dem Thronfolger wagen.

Ja, man kann einen Schritt weiter gehen, wiederum mit der Interventionscheu brechend, und sagen, die Erhaltung des österreichischen Deutschtums und die Stärkung des Staates durch Wiederaufrichtung des Zentralismus liegen so sehr im reichsdeutschen Interesse, daß eine kluge Staatskunst des Reiches dem künftigen Habsburger Herrscher ihre Hilfe zur Verfügung stellt, wenn er sie gegen aufrührerische Slawen oder Madjaren braucht; so gut Rußland im Jahre 1849 die Madjaren niederwerfen half, so gut kann Deutschland etwa die Tschechen zähmen helfen.

Wenn man schon den Slawen Bisleithaniens gönnen würde, wieder unter die Fuchtel eines starken Mannes zu kommen — die Madjaren unter den Zentralismus zu bringen, das geht der öffentlichen Meinung Deutschlands gegen den Strich, denn sie sind doch unsere bekannten Bundesgenossen.

Umlernen, umdenken! Man betet nach, was die madjarische und jüdische Presse einem vorsingt, ohne zu prüfen, ob es wahr ist. In Wirklichkeit sind die Madjaren fanatische Feinde alles Deutschen, nicht nur in Ungarn, nicht nur in Bisleithanien, sondern auch des Deutschen Reiches, und ihren Wert als Bundesgenossen gegen die Slawen aus eigenem Ent-

schlusse, haben sie längst verloren; das tatsächliche Vorhandensein der Madjaren wirkt ja als Keil zwischen den Slawen und wird so weiterwirken, auch wenn die Krone im Bunde mit allen Deutschen des ganzen Reiches das zentralistische Regiment wieder herstellt.

Also um der „ritterlichen“ Madjaren willen wird kein Deutscher im Reiche sich gegen ein Bündnis seiner ostmärkischen Volksgenossen mit dem Hause Habsburg unter reichsdeutschem Hilfsversprechen zu wenden brauchen.

Ziehen wir aus allem jetzt Gesagten die Folgerung, so kommen wir zu sehr klaren Schlüssen: das Deutsche Reich hat ein höchstes Interesse daran, daß ein starkes, in sich gefestigtes Österreich als einheitlicher Staat besteht und erhalten bleibt; dies Interesse ist so groß, daß zur Erreichung des Zweckes dem Hause Habsburg sogar Waffenhilfe geleistet werden sollte.

Die Voraussetzung für ein solches unbedingt freundschaftliches Verhältnis ist das freundliche Verhalten der Krone und der Staatsgewalt zum ostmärkischen Deutschtum, das in dem Gesamtstaat dem Deutschtum die Stellung gewährt, die ihm als dem eigentlichen Staatsvolke zukommt.

Ist diese Voraussetzung erfüllt und hat die Krone mit oder ohne reichsdeutsche Hilfe Ordnung gestiftet, so wäre das ewige Bündnis anzustreben, von dem oben geredet worden ist und unser Bevölkerungsüberschuß aus dem Reiche könnte nach Südosten geleitet werden, um dem dortigen Deutschtum neues Blut zuzuführen.

Alles in allem: eine Freundschaft auf Leben und Tod, Gedeih und Verderb, die Habsburg vor allen Stürmen retten würde, ebenso wie unsere Volksgenossen im Donaufstaate.

So bereit wir nun sind, dieses engste Verhältnis einzugehen, so soll man doch wissen lassen, daß wir zum Äußersten entschlossen sind, wenn Habsburg deutschfeindlich würde. Man kann ruhig das Schlagwort aussprechen: Der Habsburger Staat wird deutschfreundlich sein, oder er wird nicht sein. Will es ein Herrscher auf sich nehmen, deutsch-

feindlich zu regieren, so wird dieser Staat zusammenbrechen, und das Reich ist verpflichtet, in diesem Zusammenbruche die Deutschen zu retten und zu sammeln.

Der Weg scheint so klar vor beiden Teilen zu liegen, daß man meinen sollte, er könnte gar nicht verfehlt werden.

Daß zu den Interessen, die das Deutsche Reich unter allen Umständen schützen muß — also selbst auf die Gefahr einer Intervention — der Weg zur Adria gehört, ist klar; wenn man in Berlin weiß, was hier auf dem Spiele steht, ergibt sich die Unmöglichkeit der trialistischen Pläne, die dem Thronfolger untergeschoben wurden — wohlgemerkt wiederum von Juden und Madjaren.

Aus diesen Blättern ergibt sich, wie unendlich viele und schwere Arbeit unser Volk und seine Führer zu verrichten haben, um deutsche Art und Macht sicherzustellen — nirgends wird sie schwerer sein, als im Reiche der Habsburger, nirgends aber ist sie auch nötiger und dringender; im rechten Geiste angefaßt und vollführt, wird sie eine gestaltende Wirkung auf die Ostmarkdeutschen ausüben und ihnen wiederschenken, was sie verloren glaubten, ihr Vaterland; Habsburg aber wird geborgen sein, und Österreich ist endlich, was es bis jetzt noch nie gewesen ist, ein Staat.

Rußland

Was unseren andern Nachbarn im Osten betrifft, das russische Reich, so wird man daran festhalten, daß, von deutscher Seite betrachtet, kein vernünftiger Grund zu finden ist, der beide entzweien sollte. Die inneren Zustände Rußlands kümmern uns nicht, denn sie gehen uns gar nichts an; das wird sich erreichen lassen, daß den deutschen Rückwanderern der Weg nach dem Reiche nicht versperrt wird. Eine Rettung des Deutschtums in baltischen Landen durch Eingreifen des Reiches liegt nicht in den Grenzen der Möglichkeit; sollte der russische Staat so selbstmörderisch töricht sein, wirklich diese seine treuesten und wertvollsten Untertanen erdrosseln zu wollen, so bleibt nichts andres übrig, als

der Rat an die dortigen Deutschen, das furchtbar Harte zu tun, den Bruch mit fast tausendjähriger Entwicklung zu vollziehen und das Land ihrer Väter zu verlassen. Das Reich und der nach unsern Wünschen mit ihm verbündete Habsburgerstaat wird diese unvergleichlich bewährten Deutschen mit offenen Armen aufnehmen und ihnen die Stelle vor dem Feinde anweisen, wo sie die überlieferte Tüchtigkeit und Schulung mit Aussicht auf Erfolg bewähren können.

Etwas anderes können die Balten nicht erwarten, anderes kann Reichs-Deutschland nicht versprechen; denn das ist doch nicht zu verkennen: so wenig die Deutschen dulden könnten, daß Rußland sich der Weichselmündung bemächtigt und sie dauernd hält, so wenig können die Russen zulassen, daß sie im Baltikum von der Ostsee abgeschnitten werden. Daran ist, solange das russische Reich als Einheitsstaat besteht, nichts zu ändern; anders kann es werden, wenn das mit einer Verfassung beglückte Land die gewaltigen Gegensätze der verschiedenen Nationalitäten zum Ausbruch kommen läßt und ein Auseinanderfallen in verschiedene Staaten erfolgte.

Es sei wiederholt: von deutscher Seite ist kein vernünftiger Anlaß zu einem feindlichen Zusammenstoß zu erblicken; anders sieht die Sache auf russischer Seite aus. Denn der Russe haßt den Deutschen mit dem instinktiven Haße des in jeder Begabung Unterlegenen gegen den Überlegenen; alles am Deutschen ist ihm zuwider, sein Fleiß, seine Redlichkeit, seine Ordnungsliebe, seine Reinlichkeit, und er erblickt in der Betätigung dieser Eigenschaften eine ihm unerträgliche Überhebung. Dieser Deutschenhaß ist die treibende Kraft des Panlawismus und auch insofern politisch für uns von Wichtigkeit, als jede Regierung jederzeit, wenn sie sich durch einen populären Krieg von inneren Schwierigkeiten entlasten will, gegen uns losschlagen kann. Dem Haße des Volkes entspricht ein tiefeingewurzelt ganz unbegründetes Mißtrauen der Regierenden, und so kommt es, daß wir einen Feind im Osten haben, der genau so unsere Wachsamkeit und Schlagfertigkeit notwendig macht, wie der im Westen.

Ein Krieg mit Rußland hat für das Deutsche Reich nichts Verlockendes, aber auch nichts Furchterliches; dieser Gegner mag zwar infolge seiner der unsrigen fast um das Doppelte überlegenen Volkszahl ein ungeheures Heer unterhalten, aber es steht viel davon auf dem Papier, und von der wirklich vorhandenen Streitmacht wird kaum mehr als ein Drittel gegen uns verwendet werden können, da man das Innere des grenzenlosen Reiches nicht der Anarchie ausliefern und den Osten nicht entblößen kann. Hierzu kommen die Schäden des slawischen Charakters, Disziplinlosigkeit, unordentliche Heeresverwaltung, mangelhafte Ausrüstung und Desorganisation des Staatsganzen — alles Umstände, die uns bei einigermaßen zureichender Führung die Gewißheit der Überlegenheit gewähren; dazu kommt noch, daß voraussichtlich ein Krieg mit Rußland Österreich an unsere Seite führen würde. Das Wahrscheinlichste ist, daß Frankreich und Rußland gleichzeitig vorgehen, und daß wir beiden, mit Österreich als Bundesgenossen, gegenübertreten würden; dann ist die Arbeitsteilung jedenfalls so, daß in der Hauptsache wir uns gegen Frankreich wenden und im Norden und Osten nur so viel Truppen lassen, um einen russischen Einfall abzuwehren, daß im übrigen aber der Krieg gegen Rußland von Österreich geführt würde, dem von Reichstruppen noch so viel zugesellt werden, als nötig sind, um den Russen etwas überlegen gegenüberzutreten.

Es sei wiederholt, der russische Krieg hat keine Schrecken für uns, auch nicht der gleichzeitige Kampf mit Frankreich; was letzterem gegenüber in bezug auf die Notwendigkeiten im Falle des deutschen Sieges gesagt ist, gilt auch den Verhältnissen des Ostens entsprechend für den des deutschen oder deutsch-österreichischen Sieges gegen Rußland; wir werden die Gebietabtretungen verlangen, die uns eine bessere Grenze und gleichzeitig Siedelungsland gewähren, wobei die Evakuierung sich nicht umgehen lassen wird; für unseren Bundesgenossen wird der Preis darin bestehen, daß ihm für seine Balkanpolitik Bewegungsfreiheit zugestanden wird.

Die Türkei

Nur um vollständig zu sein, sei auch unseres Verhältnisses zur Türkei gedacht, das eine Zeitlang in manchen Köpfen höchst phantastische Vorstellungen erzeugt hat. Kein Zweifel, daß die Türkei einmal ein willkommener Gelegenheitsbundesgenosse sein kann, wenn sie zufällig aktionsfähig ist — noch weniger zweifelhaft aber, daß es eine unverzeihliche Torheit wäre, an die Möglichkeit eines festen Bündnisses zu glauben, das uns zu jeder Zeit wirksamen Beistand leisten könnte. War die Türkei vor dem Sturze Abdul Hamids schon an allen Ecken und Enden ihres Staatsgebiets so sehr in Anspruch genommen, um die Abfallbestrebungen militärisch niederzuhalten oder überwachen zu lassen, daß sie an keine wirksame Machtentfaltung gegen eine europäische Macht oder zugunsten eines europäischen Bundesgenossen denken konnte, so ist sie jetzt, nachdem die Jungtürken an der Herrschaft sind und den wahnwitzigen Versuch machen, dieses Konglomerat von ganz und halbbarbarischen Stämmen verschiedenster Rassen und Sprachen parlamentarisch-konstitutionell zu regieren, zu jeder größeren, ernsthaften Aktion unfähig. Die weitere Zerrüttung dieses Staatswesens kann gar nicht ausbleiben; die sog. jungtürkische Bewegung verschleiert durch ihren schönen Namen, daß sie in der Hauptsache eine jüdische Unternehmung ist, der das Wohl und die Freiheit aller andern Untertanen der Türkei, die nicht ihre Glaubensgenossen sind, im höchsten Grade gleichgültig ist. Wenn je ein Staat nur straff absolutistisch regiert werden konnte, so ist es die Türkei — nun läßt man die Juden ihre Künste an ihm versuchen, und das Ergebnis muß eine neue Bewährung des alten Sages werden: „Qui mange du juif, en meurt.“

Mit diesem Urteil soll nicht bestritten werden, daß auch Nichtjuden mit hochfliegenderm Idealismus und reinem Willen sich dem Jungtürkentum angeschlossen haben — aber diese lauterer Elemente können ebensowenig als Führer angesehen werden und eine stärkere Wirkung ausüben, wie etwa die vertriebenen Idealisten unter der sog. deutschen Sozialdemokratie

jüdischer Observanz, und es wird trotz der Anerkennung dieser Tatsache dabei bleiben, daß sehr bald das jetzige Regiment den türkischen Staat zur völligen Auflösung bringt.

Einen solchen Staat als Bundesgenossen zu werben oder gar ein Bündnis mit ihm schließen zu wollen, wäre eine politische Torheit, und man kann gar nicht eindringlich genug vor der phantastischen Einbildung warnen, daß jetzt, wo die Sonne der Freiheit über Mohammeds Reich aufgegangen ist, ein Kulturstaat sich schnell entwickeln werde, der sich zum Dank für die deutsche Hilfeleistung auf den verschiedensten Gebieten zu einem treuen und kräftigen Bundesgenossen des Deutschen Reiches auszuwachsen werde.

Rumänien

Wiso laßt alle Hoffnung fahren, was die Türkei betrifft, aber haltet gute Fühlung mit Rumänien, dem Lande, in dem ein deutscher Fürst im Bunde mit dem patriotischen und anständigen Teile der gesellschaftlichen Oberschicht wirklich Hervorragendes geleistet hat — bekanntlich in scharfer Abwehr gegen die Juden, die dafür bei den Höfen und Regierungen der Welt mit ihren Beschwerden hausieren gehen. So unbeträchtlich die rumänische Kriegsmacht im Verhältnis zu den übrigen in Kampf tretenden Heeren auch sein wird, an der Stelle, wo man sie verwenden kann, wird sie sehr wertvolle Dienste tun. Es sei nicht übergangen, daß die Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Rumänien die denkbar besten sind, und der gerechte Beobachter wird sagen, daß in diesem Punkte Herr von Riederlen-Wächter als früherer Gesandter sich bewährt hat.

Vorderasiatische Siedlungspläne

Während im allgemeinen die bürgerlichen Radikalen von kolonialer Siedlungspolitik als Anhänger des „laissez faire laissez aller“ nichts wissen wollen, bejahen die aus den Nationalsozialen hervorgegangenen die Notwendigkeit,

solche Politik zu betreiben — aber sie begehen den Denkfehler, diese nur, wenn ich so sagen soll, als Kulturpolitik zu behandeln, nicht aber als Machtpolitik. An die Gewinnung des besiedelten Bodens für das Deutsche Reich denken sie nicht. Das würde also darauf hinauslaufen, daß wir statt selbstherrlicher Kolonialpolitik nach den Bedürfnissen des Deutschen Reiches eine neue Auswanderung in fremdes Staatsgebiet nicht nur dulden, sondern von Reichs wegen fördern und organisieren sollen. Dahin gehören alle Pläne, Syrien und Mesopotamien deutsch zu besiedeln. Eine Besitzergreifung dieser Länder für das Deutsche Reich ist ganz ausgeschlossen, weil wir nicht die Stellung im Mittelmeer haben, die die notwendige Voraussetzung einer solchen Eroberung wäre; daraus ergibt sich von selbst, daß wir deutsche Siedler dorthin nicht abgeben dürfen. Sie würden uns mit derselben tödlichen Sicherheit verloren gehen, wie die nach Amerika Auswandernden; sie würden Untertanen des fremden Staates werden und voraussichtlich sehr bald dem englischen und französischen Einfluß erliegen.

Derartige brotlose Künste dürfen wir nicht mehr ausüben, und man kann nicht dringend genug davor warnen, dem Trugbild der kleinasiatischen, syrischen oder mesopotamischen Siedlungspolitik nachzujagen. Natürlich soll damit nicht gesagt sein, daß auch der einzelne wagemutige Kaufmann, Unternehmer oder Landwirt diese Länder meiden soll — durchaus nicht; es kann nur erwünscht sein, wenn das Auslands-Deutschtum den Kreis seiner Wirksamkeit und seines Einflusses weiter ausdehnt; was hier bekämpft wurde, ist der Plan, eine derartige asiatische Kolonisation im großen Stile auf deutsche Kosten ins Leben zu rufen.

Nordamerika

Man wäre noch zu erörtern, wie wir uns zu den Weltmächten über den Meeren, zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Japan stellen sollen; beiden haben

wir Dienste von eigentlich unbezahlbarem Werte geleistet, beide denken nicht im entferntesten daran, sich uns dafür verbunden zu fühlen, noch viel weniger sich durch die Tat dankbar zu erweisen. Wer politisch denken gelernt hat, wird ihnen das gar nicht übel nehmen, denn der Staat darf eben nicht sentimental sein, sondern er muß immer das eigene Interesse wahren; das aber können wir verlangen, daß die fehlende Sympathie nicht gar zu unverbindlich zur Schau getragen wird.

Was Amerika betrifft, so hat es eine Zeit gegeben, wo man sich bemühte, diesen Vetter mit allen Mitteln höfischer Schmeichelkünste für uns zu gewinnen — für den stolzen, selbstbewußten Deutschen peinliche Erinnerungen. Die Biedermänner der Union haben alle diese Liebeswerbungen mit der prozigen Nonchalance genossen, die ihrer Unkultur so wohl ansteht, und sind kalt bis in die Herzgrube geblieben; wo eine Gelegenheit war, dem Deutschen Reiche auch nur den guten Willen zu zeigen, haben sie mit unfehlbarer Sicherheit das Gegenteil getan.

Was können wir politisch von Amerika erwarten? Dachte man wirklich daran, daß die Union sich in einem deutsch=englischen Kriege auf die deutsche Seite schlagen werde? Fürchtete man, daß sie England gegen uns unterstützen werde? Eines ist so ungereimt wie das andere. Die Amerikaner wissen, daß sie der tertius gaudens sein werden und hüten sich, diese sympathische Rolle mit der eines Teilnehmers am Kampfe zu vertauschen. Welches Interesse sollte sie dazu veranlassen?

Die amerikanische Politik wird naturgemäß allein die Interessen ihres Landes verfolgen, und die gehen dahin, dem kommenden großen Kampfe der europäischen Mächte ruhig zuzuschauen, allen wirtschaftlichen Nutzen einzuheimsen, den diese Gelegenheit bringen wird, und nachher die politischen Vorteile auszubeuten, die sich aus der notwendigen Schwächung Europas ergeben. Ganz gewiß aber wird die Union sich nicht auf die deutsche Seite stellen, und wenn sie es täte, was hätten wir für einen praktischen Nutzen davon?

Man wird sich also für die Zukunft auf den Standpunkt

stellen, daß unsere Politik den Vereinigten Staaten gegenüber sich auf das Gebiet des Wirtschaftlichen beschränkt. Hier liegen schwere Aufgaben und ernste Pflichten; daß die Union im Kampfe um die wirtschaftlichen Interessen jetzt die stärkere Stellung hat, läßt sich nicht leugnen, denn wir sind im Bezuge wichtigster Produkte auf sie angewiesen. Gerade diese Abhängigkeit sollte aber zum Antrieb einer großzügigen deutschen Kolonialpolitik werden, die uns eben Gebiete gewinnt, in denen wir jene Produkte selbst erzeugen, um uns von dem amerikanischen Lieferanten freizumachen. Andererseits aber schließt diese Anerkennung der starken amerikanischen Stellung noch nicht die Notwendigkeit ein, nun wehrlos dem amerikanischen Übermut, der sogar die Form der unbehüllten Gewalt annimmt, die deutsche Volkswirtschaft auszuliefern; im Gegenteil, der Güteraustausch ist so ungeheuer, daß Amerika ein Interesse daran hat, sowohl unser Verkäufer wie unser Abnehmer zu bleiben und den Verkehr nicht unterbrechen zu lassen. Also brauchen wir die amerikanischen Herausforderungen nicht ruhig hinzunehmen, sondern wir sollten sie mit den Gegenmaßregeln erwidern, die den Vereinigten Staaten zeigen, daß wir uns nicht jeder Willensregung eines brutalen Gegenspielers unterwerfen.

Um zu einem richtigen Verhältnis mit diesem nach allen Richtungen unsympathischen Gemeinwesen zu kommen, sollte man ein Ende machen mit der Umschmeichlung des Volkes und mit der gesellschaftlichen Bevorzugung amerikanischer Gäste auf deutschem Boden; man hat schon so oft so schlimme Erfahrungen mit ihnen gemacht, daß man geheilt sein könnte. Das, was den deutschen Beobachter am meisten verstimmt und verwirrt, ist der immer stärker werdende Verdacht, daß der Besitz von Geld alle Türen öffnet, auch die des Kaiserschlosses; so wirkt diese Vorzugsbehandlung amerikanischer Gäste genau in derselben Weise, wie die Heranziehung reicher Juden in die Umgebung des Kaisers.

Südamerika

Nur ein Wort über Südamerika und die angeblichen Absichten des Deutschen Reiches auf Landerwerb in einem der dortigen Staaten zum Zwecke der Gründung einer Kolonie des Reiches: Solche Pläne bestehen nicht, und wenn sie bestünden, wären sie unvernünftig und undurchführbar; sie hätten verfolgt werden können, solange Südamerika noch nicht staatlich organisiert war, jetzt aber, wo das ganze Land aufgeteilt ist, scheidet jede Möglichkeit einer Besitzergreifung aus. Das ist keine Verbeugung vor den südamerikanischen Staaten, deren Kulturgehalt und -Wert eigentlich gar nicht niedrig genug angenommen werden kann, sondern nur die Anerkennung von geschichtlichen Tatsachen; es ist auch keine Nachgiebigkeit gegen die Monroedoktrin, sondern der Verzicht auf Unmögliches — gerade das aber muß dem Deutschen, der in den Beziehungen zu anderen Völkern auch den Schein gewahrt sehen will, eigentlich leid tun, daß man in den Verdacht kommt, der Monroelehre auszuweichen, wenn man alle Absichten auf Südamerika leugnet und als töricht verwirft. Denn wenn irgend etwas politische und moralische Genugtuung hervorgerufen könnte, so wäre es eine Handlung, die — natürlich durch deutsche Interessen begründet — der unerträglichen Anmaßung, die in der Monroedoktrin ihren hochmütigen Ausdruck findet, die Zähne zeigte.

Japan

Ganz ähnlich, wie zu den Vereinigten Staaten, ist unser Verhältnis zu Japan, nur mit dem Unterschiede, daß man dem heroischen Patriotismus der Japaner trotz ihrer Rassefremdheit die Achtung nicht versagen wird, auf die das Krämervolk der Union mit seiner vom Idealen unberührten Seele keinen Anspruch hat. Politisch haben wir direkt mit Japan nichts zu tun; ein politischer Gegensatz zwischen beiden Ländern wird sich bei einigermaßen gutem Willen ganz vermeiden lassen. Die Ausnützung des russisch-japanischen Gegensatzes

im Falle eines Krieges zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland in der Weise, daß wir mit oder ohne Bündnis einen japanischen Angriff im fernsten Osten zu veranlassen suchen, widerspricht dem deutschen Rassebewußtsein. Wenn wir unsere ganze innere Politik auf der Rasse aufbauen und durch die Aufrichtung der Herrschaft des Rassegedankens wieder gesund machen wollen, so muß auch die äußere Politik dem Gesetze der Rasse untergeordnet werden; dies wird uns verbieten, gegen die weiße Rasse zusammenzugehen mit irgendeiner anderen Rasse, mag es sich in unseren Feinden auch um die niederste Stufe der Weißen, und in den zum Zusammengehen Geneigten um die höchste Stufe der Farbigen handeln. Hier heißt es, den Anfängen widerstehen und die Rassenehre wahren. Der sog. Realpolitiker, der England Arm in Arm mit Japan sieht, wird über solche Prinzipienreiterei lächeln; freilich kapituliert er auch vor den Juden und hält Portugal und die Halbblut-Staaten Amerikas für Kulturländer, weil es da und dort einen anständigen Gasthof gibt; zu der Realpolitik Bismarckschen Stiles gehört aber auch die Wahrung der großen Grundsätze und der Imponderabilien.

Also Achtung der Leistung Japans, Förderung der wirtschaftlichen Interessen unter Beschränkung auf „korrekte Beziehungen“ und keinesfalls Zusammengehen mit ihm gegen einen weißen Feind.

Italien

Man wird sich darüber wundern, daß unser dritter Genosse im Dreibund noch gar nicht erwähnt wurde, das Königreich Italien. Die Antwort könnte lauten, wie der Satz des römischen Billigkeitsrechtes „*minima non curat praetor*“, nur ins Politische übersetzt. Von diesem Staate, der Preußen-Deutschland in bezug auf die Durchführung seiner Einigung so viel verdankt, dürfen wir nichts hoffen und brauchen wir nichts zu fürchten. Italiens Bedeutung liegt, wenn man sich gar nichts vormachen will, darin, daß es womöglich den

Anlaß zu einem europäischen Kriege gäbe, indem es Österreich selbst angreift oder zu einem Angriffe reizt, und daß dann weitere Verwicklungen folgen. Aber als Macht fällt es auch dann nicht ins Gewicht, sondern nur als Anlaß, und die großen Entscheidungen zwischen den in den Kampf gezogenen anderen Staaten werden an Italien vorübergehen, als sei es gar nicht da.

Ist es gerechtfertigt, von einem Bundesgenossen so unfreundlich zu reden? Nun, Italien ist nicht unser Bundesgenosse, sondern es spielt ihn; aber es gibt sich so wenig Mühe, ihn gut zu spielen, daß man genau sieht, wie verhaßt ihm selbst dies Spiel ist. Italien ist von Englands und Frankreichs Partie — und wir wollen diesen beiden einen solchen Freund lassen. Seine Geschichte ist nicht ehrenvoll; das stolze „Italia farà da se“ des wirklich großen Grafen Cavour ist nicht Wahrheit geworden; Italien ist durch Frankreich und durch Preußen-Deutschland „gemacht“ worden. Wo es seine eigenen Machtmittel versucht hat, war der Erfolg ein Beweis kriegerischer Untüchtigkeit; so war es von den Tagen Radetzky's und Tegetthof's bis zur abessinischen Niederlage, und die jetzige Kriegsführung der Türkei gegenüber ist nichts weniger als imponierend. Dazu ein Verhalten gegenüber dem deutschen Bundesgenossen, das mit dem Bülow'schen Scherze von der „Extratour“ sehr nachsichtig gekennzeichnet ist, und endlich die offenen Unfreundlichkeiten gegen Österreich. Was hat solch ein Bündnis mit einem so treulosen und untüchtigen Genossen für einen Wert? Unsere Regierenden durchschauen Italien und halten den Dreibund nur aufrecht, weil sie glauben, daß Frankreich und England mit der Aufstellung ihrer Land- und Seestreitkräfte während der ersten Kriegswochen einige Rücksicht auf die Möglichkeit nehmen müssen, daß Italien sich doch auf unsere Seite schlage, daß man also in Südfrankreich einige Armeekorps belassen müsse und das Mittelmeer nicht ganz entblößen werde, bevor es offen Stellung genommen habe. Aber sind unsere Regierenden davon überzeugt, daß diese Unsicherheit vielleicht gar nicht besteht, und daß unsere

beiden heutigen intimsten Gegner nicht ihrer Sache ganz sicher sind, daß Italien gegen sie nichts unternimmt?

Das heutige System staatlicher Beziehungen ist so künstlich und verschnörkelt mit seinen Allianzen und Ententen, daß man eigentlich nicht mehr ein noch aus wüßte, wenn man die Dinge ernst nähme und nicht sähe, wie oft sie sich gegenseitig aufheben und widersprechen. Wenn der erste Kanonenblitz durch die Dunstwolken dieser Politik der allgemeinen Kriegsfurcht gefahren ist, dann werden alle diese verzwickten Unnatürlichkeiten schnell durchsichtig und einfach werden. Aber obwohl man das voraussieht, darf man die Frage aufwerfen, ob es nicht geradezu unwürdig ist, ein so verlogenes Verhältnis wie den Dreibund aufrecht zu erhalten. Man gönnt Italien die Vorteile und weiß bestimmt, daß es seine Verpflichtungen nicht erfüllen wird. Also: macht ein Ende mit dieser politischen Lüge. Die Erwägung, daß ein offener italienisch-österreichischer Konflikt durch die Bindung beider im Dreibund hintangehalten werde, hat etwas für sich, sollte uns im Reiche aber nicht dazu bestimmen, eine Rolle weiter zu spielen, die von England und Frankreich als die des betrogenen Liebhabers angesehen wird und uns lächerlich macht.

Auswärtiges Amt

Die allgemeine Unzufriedenheit mit der Erfolglosigkeit unserer auswärtigen Politik hatte auch die Folge, daß man eine sog. Reform des Auswärtigen Amtes verlangte; die berühmte Bevorzugung des Adels sollte ein Ende haben, die Vorbildung der Beamten sollte modernisiert werden — kurz, im Wege papierner Vorschriften sollte uns eine Leitung und Vertretung des Deutschen Reiches verschafft werden, die seine äußeren Geschäfte erfolgreich zu besorgen verstehe. Dies Vertrauen auf Prüfungsordnungen und ähnliches Papier ist ebenso kindlich naiv, wie die Verwerfung des Adels, der für einen echten Liberalen des neuen Schlages der Prügeljunge für alles sein muß, wohl weil man gar nicht mehr daran

denkt, wie viel die liberale Sache alten Schlages dem Adel verdankt. So skeptisch man dem Adel gegenübersteht, man schreibt ihm doch offenbar etwas wie eine „heiligende Macht“ zu, die schon den drei Buchstaben „von“ innewohnen muß; wie wäre es sonst denkbar, daß, wer heute noch Schön oder Riberlen heißt, morgen in den Adel erhoben und mit dem „von“ begabt, nun plötzlich ein anderer Mensch sein sollte. Wobei auch nicht zu übersehen ist, daß recht liberale Leute, wie Herr Schwabach, Herr Friedländer und andere, Herrn Siemens nicht zu vergessen, nicht verschmäht haben, sich in den Adelsstand erheben zu lassen.

Um aus dem Späße dieser Naivitäten herauszukommen, muß man nur die Aufmerksamkeit auf die doch nicht zu bestreitende Tatsache lenken, daß der Junker Bismarck eine auch von den überzeugungstreuesten Radikalen anerkannte auswärtige Politik betrieben hat, während die beiden Bourgeois aus Worms und Stuttgart, die Herren Schön und Riberlen, die auch geadelte Bourgeois blieben, eine Politik gemacht haben, die auch der Liberalste nicht erfolgreich finden kann. Was zwischen beiden Zeiten liegt, läßt sich in Schuld und Mißglücken redlich zwischen bürgerliche und adelige Beamte des auswärtigen Dienstes verteilen, woraus der Unvoreingenommene sieht, daß es darauf gar nicht ankommt, sondern wie in allem auf die Persönlichkeiten, auf die Männer. Nehmt alle reichen Bankiers-, Großkaufmanns- und Industriellen-Söhne, die über das väterliche Kontor hinausstreben, im Auswärtigen Amte auf, und ihr habt so wenig Gewähr wie heute, daß etwas geleistet wird.

Aber sucht euch die Leute aus, die etwas geleistet haben, nehmt Gutsbesitzer oder Industrielle, die dazu bereit sind, große deutsche Bankherren, Offiziere, Journalisten, Parlamentarier, die sich bei den Verhandlungen über auswärtige Fragen als eingearbeitet gezeigt haben — nehmt Leute von Einsicht, Tatkraft und Willen, wo ihr sie findet, und wir kommen wieder vom Flecke. Stellt das Ressort sie zur Verfügung, um so besser — hat es

keine oder nicht in genügender Zahl, so sei sein Chef unbesorgen genug, außerhalb des Amtes zu suchen. Der Mangel der „diplomatischen Berufsvorbildung“ kann kein Hindernis sein, nachdem diese Vorbildung ihren geringen politisch-pädagogischen Wert bewiesen hat; ja man möchte geradezu den Rat geben, einen Staatssekretär zu ernennen, der bisher der Diplomatie nicht angehört hat, damit dieser Junft frisches Blut zugeführt werde. Ist er ein Mann, wird er's „dermachen“.

Die Engländer sagen „Männer nicht Maßregeln“ — mit vollem Rechte dann, wenn man den Geist, in dem die Politik geführt wird, als nicht zu trennenden Bestandteil der Persönlichkeit ansieht. Aber sie wissen auch, daß der echte Staatsmann sich gerade in der auswärtigen Politik auf die öffentliche Meinung seines Volkes zu stützen suchen wird, die erst seinen Bestrebungen Wucht und Geschlossenheit verleiht, wie andererseits der einzelne mit seinem Willen herauswächst aus der Gesamtheit.

Außere Politik und nationales Leben

Das wechselseitige Sich-Beeinflussen von Volk und Staatsmann, das Sich-Stützen und =Treiben und =Wecken ist für eine große nationale Politik unentbehrlich, und deshalb ist es nötig, daß alle, die eine solche Politik herbeisehnen, in unserem politischen Leben so wirken, daß gleichzeitig die Regierenden und die Allgemeinheit, die Staatsmänner und die öffentliche Meinung von dem Hauche eines großen nationalen Willens erfüllt werden.

Man predige es auf Märkten und Gassen, in der Presse und im Parlamente: Unser Volk will gesund werden und gesund bleiben; es will nach außen eine Politik betrieben haben, die unabhängig, stolz und selbstbewußt ist, freundschaftlich und zu Opfern bereit gegenüber dem treuen Bundesgenossen, ge-

lassen und ruhig den „Korrekten“ gegenüber, scharf und zum Bruche bereit gegen die halboffenen und offenen Feinde, sowie gegen die falschen Freunde.

Wir empfinden es als unwürdig und schädlich zugleich, daß gerade die Deutschen den anderen nachlaufen, deren Gunst erbetteln und glücklich scheinen, wenn sie ein freundliches Wort erhaschen.

Ein Volk, wie das unsere, darf im Verkehr mit den anderen selbstbewußt sein, denn es kann auf gewaltige politische und kulturelle Leistungen verweisen — so streng es im inneren Leben mit sich selbst verfahren muß, um „besser zu werden vor anderen“; nicht hochfahrend und überhebend, wie der „Parvenü“ in der Staatengesellschaft, sondern sicher und fest und dessen bewußt, daß jede europäische Staatengründung, alle europäische Kultur von Germanen ausgeht, mag unser Reich auch die jüngste unter den großen Mächten Europas sein.

Die Engherzigkeit der kleinen Vorteile für den Augenblick sei verbannt, auch der traurige Sinn des Krämers und Kurhändlers; tapfer sei unser Herz und zum Schlagen bereit unser Arm.

Krieg und Frieden

Den Frieden lieben sollen alle — alle den Krieg auch ehren. Den Frieden lieben aber heißt nicht, mutlos und ruheselig den Entscheidungen ausweichen, die getroffen sein wollen, wenn nicht unser Volk an Ehre und Bestand Schaden leiden soll; den Krieg ehren heißt nicht, zum frechen Friedensbrecher werden, nur um die größere Macht zu zeigen.

Der Krieg sei uns heilig, wie das läuternde Schicksal; wie dieses das Leben des einzelnen oder eines Geschlechtes bessern kann oder vernichten, so denke man sich den Krieg und glaube daran, daß nur der im Sinne der Ewigkeit Schlechte und Unbrauchbare unterliegen wird.

Heilig sei uns der Krieg, wie das läuternde Schicksal,

denn er wird alles Große und Opferbereite, also Selbstlose wecken in unserem Volke und seine Seele reinigen von den Schlacken der selbstischen Kleinheit.

Wert sei er uns als der Prüfstein der Kraft und Tüchtigkeit und aller männlichen Tugenden.

Willkommen sei er uns als der Arzt unserer Seelen, der mit stärksten Mitteln uns heilen wird.

Unsere Staatsmänner aber sollen wissen, daß ihr Volk den Krieg nicht fürchtet, sollen wissen, daß das Geschrei um den ewigen Frieden die Gesunden nicht vergiftet hat, sollen wissen, daß wir gerne bereit sind zu kämpfen, wo die Ehre und das Wohl unseres Volkes auf dem Spiele stehen. Aber auch das muß ihnen bekannt sein, daß wir Lebenden dies Wohl nicht messen und wägen nach dem Vorteil dieses Geschlechtes, sondern daß darin alles liegt, was das Leben unseres Volkes in Gegenwart und Zukunft erhält und sichert. Deshalb sei das Leben des einzelnen und der staatlichen Gesamtheit unter das Wort Friedrich Niebysches gestellt:

Das Land eurer Kinder sollt ihr lieben!

Es ist uns Vaterland und Mutterland für uns selbst, uns Lebende; die Verbindung mit der Ewigkeit schafft ein Blick auf unsere Kinder, und damit stellt die Verantwortlichkeit sich ein, die jede Zeit vor der Zukunft trägt.

Das ist deshalb der letzte Wunsch, aber auch die höchste Notwendigkeit: Politik nicht zu treiben für den Tag und seine Bedürfnisse, nicht so, daß der Widerstand jener Parteigröße, der Tadel jenes Teils der Presse oder die Feindschaft mit dieser parlamentarischen Gruppe vermieden werden — auch nicht so, daß die Unbequemlichkeit eines scharfen Wortes nach diesem oder jenem Staate, oder die einer Abwehrmaßregel uns hemme oder gar schwache Nerven oder mangelnder Mut — sondern so, daß wir bestehen können vor der Nachwelt, die besser und stolzer ist, als wir selbst, weil wir sie dazu gemacht, indem wir uns selbst gebessert haben.

Deutsche Machtpolitik und innere Wirkung

Deutsche Machtpolitik treiben, heißt die Zukunft unseres Volkes sichern, indem das Notwendige entschlossen getan wird; nicht Vorteile erschleichen, nicht den Schwachen berauben, nicht vor Stärkeren sich beugen, sondern aufrecht durch die Völkervelt schreiten; im Bewußtsein der Leistungen unseres Volkes und seines Wertes das offen verlangen, was unser Recht ist, und dem gebotenen Kampfe nicht ausweichen — immer auch dessen bewußt bleiben, daß allein das im Völkerleben Segen bringt, was in ernster Arbeit und schwerem Kampfe errungen ist.

Phantasien, politische Sentimentalitäten und Gefühlsschwelgerei — so werden die Herren von der Realpolitik abwehrend sagen, und ihr Urteil wird um so ablehnender lauten, je unergiebigere ihre eigene, Realpolitik getaufte Tätigkeit des schwachen Herzens und des fehlenden Blickes war. Nein, ihr Verehrten, euer Urteil wird nicht mehr gehört, nachdem eure Realpolitik uns über zwanzig magere Jahre gebracht hat, obwohl ihr noch vom Fette des Bismarckschen Ansehens gezehrt habt.

Der Sentimentalität kann niemand ferner stehen, als der, der diese Politik der nationalen Zukunft vertritt, die auch allen Imponderabilien der nationalen Ehre ganz von selbst und aus ihrer Wesenseinheit heraus gerecht wird.

Jetzt ist ein tapferes und schönes Buch erschienen, in dem General von Bernharbi über „Deutschland und den nächsten Krieg“ geschrieben hat; darin sagt er von der auswärtigen Politik, daß sie die Phantasie des Volkes befriedigen müsse; das ist psychologisch durchaus richtig, und die Unzufriedenheit mit dem heutigen Regiment ist nicht am wenigsten darauf zurückzuführen, daß es dieses seelische Moment ganz und gar außer Betracht läßt und den gesunden Instinkten des Volkes widerspricht.

Ein anderer, der seine Deutschen sehr gut gekannt hat, Gustav Freytag, sagt in seinen Bildern aus der deutschen Vergangenheit vom Kaiser Rothbart: „Der beste Segen eines großen Herrscherlebens ist, daß es Glanz und Wärme in Mil-

lionen Herzen sendet.“ Wie wahr das ist, haben alle erlebt, die Kaiser Wilhelm I. am Werke sahen — aber dies gilt nicht nur vom Leben eines erfolggekrönten und geliebten Fürsten, es gilt von jedem Heldendasein und von jeder Tat, und die Tat eines ganzen Volkes ist seine äußere Politik.

Eine stolze, unabhängige, die Zukunft unseres Volkes sichernde Politik wird Glanz und Wärme in die Herzen der Deutschen senden und wieder wecken, was nur eingeschlafen, nicht verloren ist, die echte Vaterlandsliebe.

So wird eine tüchtige auswärtige Politik auch die belebende und segenspendende Kraft unseres inneren Volkslebens werden, und durch die Einwirkung auf die Seelen die Stimmung schaffen, welche die gewaltigen Aufgaben der Reichsreform zu unternehmen und zu lösen wagt.

Was auf dem Wege liegt, wissen wir — wissen auch, daß heftigster Widerstand aller zu erwarten ist, deren vermeintliche Rechte durch die Reichsreform geschmälert werden müßten; so groß werden die Schwierigkeiten sein, daß man zweifeln muß, ob sie verfassungsmäßig sich beheben lassen — und es war oben die Hoffnung ausgesprochen worden, daß die verfassungsmäßige Durchführung im Anschluß und unter der seelischen Erhebung eines gewaltigen Ereignisses möglich sein werde. Hat man diese Hoffnung, so wird der Krieg gerechtfertigt, den ein Staatsmann mit diesem Ziele der inneren Wirkung unternehmen würde; General von Bernhardi hat den Mut, die Pflicht zum Kriege gegebenenfalls aus den Notwendigkeiten der inneren Politik zu verkündigen. Dieser Gedanke liegt ganz im Geiste Heinrich von Treitschkes, der da sagt: „In den großen Krisen des Völkerlebens ist der Krieg immer ein milderer Heilmittel als die Revolution, weil er die Treue wahrt und sein Ausgang wie ein Gottesurteil erscheint.“ Freilich bezieht dieser Ausspruch sich auf die große deutsche Krisis im preußisch-österreichischen Konflikte, aber er hat seine Geltung auch für eine solche Krisis, wie sie der Kampf um die Reichsreform bringen könnte.

Vielfach, sehen wir, sind die Aufgaben deutscher Machtpolitik, und sie werden an die Kraft der Leitenden und der Gesamtheit die größten Anforderungen stellen, aber so soll es sein, denn wer es gut meint mit unserem Volke, muß wünschen, daß es ihm schwer gemacht werde.

Aber auch an dem schwersten Werke werden wir nicht scheitern, wenn wir alle erfüllt sind von dem Gedanken an die Zukunft, an die Ewigkeit unseres Volkes.

Deutschtum und Menschheit

Eine beschränkte Auffassung für einen modernen Menschen, mit solcher Leidenschaftlichkeit das eigene Volk in den Vordergrund zu schieben; die Zukunft gehört der Menschheit und der freie Geist strebt hinaus aus den Schranken des Volkes, er will, mit dem Marquis von Bosa „ein Bürger dieser Welt“ werden. Dem sei entgegnet, daß gerade wir Deutschen gar nicht einseitig und leidenschaftlich genug in der Betonung des Nationalen sein können, denn unsere Schwäche ist die Neigung zum Kosmopolitischen. Was unser Volk ist mit seinen guten und schlechten Seiten, wissen wir — die Menschheit kennen wir nicht und lehnen es ab, für sie zu sorgen oder gar uns für sie zu begeistern. Wo fängt das an und hört es auf, was uns zugemutet werden soll, als zur Menschheit gehörig zu lieben und in unser Streben einzuschließen? Ist der verkommene oder halb tierische russische Bauer des Mir, der Schwarze in Ostafrika, das Halbblut Deutsch-Südwests, oder der unerträgliche Jude Galiziens oder Rumäniens ein Glied dieser Menschheit?

Wer überhaupt an die Menschheit denkt, dem beschränkt sich der Kreis auf die des Menschentums Würdigen, und er findet auch diesen Kosmopolitismus nur berechtigt unter dem Gesichtspunkt der Schonung und Erhaltung edelster Rassekräfte. So wird man an eine Solidarität der germanischen Völker glauben können — was außerhalb dieses Kreises liegt, kümmert uns gar nicht, und mit der germanischen Solidarität

hat es noch gute Wege, wenn man sieht, daß England und das Deutsche Reich kaum ohne Krieg zu einem rechten Verhältnis gelangen werden.

Aber, das dürfen wir sagen, dem edelsten Teile der Menschheit und seiner Erhaltung dienen wir, wenn wir mit allen Mitteln unser eigenes Volk zu bessern und zu stärken streben. Wie oft hören wir von Festrednern bei Bier und Tabak Emanuel Geibels zuversichtliches Wort:

Und es wird am deutschen Wesen
Einmal noch die Welt genesen.

Wie so harmlose Verkündiger der deutschen Größe es meinen, stimmt der Spruch ganz gewiß nicht und muß uns auf die Nerven fallen; aber er trägt Wahrheit in sich, wenn wir, selbst zur Umkehr entschlossen, die Entartung und den Zerfall überall sehen. Was ist dies England geworden, das heute noch der deutsche Philister begeistert lobpreist: der Herrschaft der Masse politisch ausgeliefert, seit die aristokratische Schein-Demokratie oder schein-demokratische Aristokratie der Gentry einer sog. echten Demokratie Platz machen mußte; die Landwirtschaft zerstört; die Klasse untergraben von dem industriellen Leben; das Geldwesen im Begriff unter jüdische Führung zu fallen und die geschäftlichen Verhältnisse weitgehend amerikanisiert. Wahrlich, heute hat man das Recht nicht, uns England als Muster vorzuhalten — dagegen in vielem als warnendes Beispiel.

Und doch beruht das Heil der Erde darauf, daß England so wenig wie unser Vaterland zugrunde gehe; kein Zweifel, daß in den gesund gebliebenen, rassig noch unverdorbenen Schichten der englischen Gesellschaft noch die starken Eigenschaften vorhanden sind, die wir nur schwächer besitzen — aber sie gelangen nicht mehr zur Wirkung, denn die Masse hat das Wort. Es könnte sein, daß wir noch einmal Englands Lehrer werden; es ist unser Glück, wesentlich später in den Bannkreis der Industrie gezogen und auch mit der Demokratie später

beglückt worden zu sein; wenn wir uns rechtzeitig besinnen und Halt machen, kommen wir minder geschädigt in die Zukunft und können dem Vetter den Weg zur Rettung zeigen, wenn anders er noch die innere Kraft dazu hat.

Das wäre zwar keine Politik der Menschheitbeglückung, aber eine solche germanischer Rassengemeinschaft, und sie könnte, wenn sie dereinst gelänge, wahr machen, daß am deutschen Wesen die unter germanischer Führung stehende Welt genese.

Doch das ist eine Sorge fernerer Zukunft. Jetzt handelt es sich um uns selbst, und unsere Losung laute: die äußere Machtstellung des deutschen Volkes zu sichern und auszubauen, um seinem inneren Leben die unzerstörbaren Grundlagen zu geben.

Helfer und Gegner.

Die Aufgabe

Daß es im Deutschen Reiche nicht mehr so „weitergehen“ kann, wie bisher, darüber sind Millionen einig; was aber geschehen soll, damit es besser werde, darüber kommen sie nicht zur Klarheit; auch ernste und sorgenvolle Männer kommen nicht über Einzelvorschläge hinaus, denn sie erkennen nicht, daß die Umkehr im ganzen notwendig ist oder sie wagen nicht, daran zu denken.

Die Reichsreform, die oben vorgeschlagen worden ist, umfaßt alle Gebiete des nationalen Lebens, auf denen Krankheits-Erscheinungen sich gezeigt haben, und sie will auf allen die Gesundheit wiederherstellen; möglich, daß ich nicht einmal alle Schäden erkannt oder erörtert habe; die Reichsreform ist also eine Vielheit von Einzelmaßregeln, zusammengehalten von dem Zweckgedanken des nationalen Wohles.

Mancher meiner Vorschläge wird den Beifall dieses oder jenes Personenkreises finden — aber das Ganze? Man wird geneigt sein, die Überlegenheit der eigenen politischen Erfahrung zu zeigen und mitleidig sagen:

Leicht bei einander wohnen die Gedanken
doch hart im Raume stoßen sich die Sachen.

Als ob ich das nicht selber wüßte. Jede Zeile dieses Buches spricht von Mühen und Kampf, von schwersten Mühen und Kämpfen, die Ordnung bringen sollen; es ist kein Bild des Friedens und Genießens, das ich vor Augen sehe, sondern das einer Arbeit, die um so härter sein wird, als sie vielen Einzelnen aus Liebe zum Ganzen weh tun muß.

Wer von den Millionen in unserem Volke, die eine Besserung heraufführen möchten, es wirklich ernst nimmt, der muß sich überzeugen, daß mit Flick- und Kleistern nicht mehr geholfen werden kann; nur ganze Arbeit bringt das Heil.

Wer wird dazu sich bereit finden?

So weit verbreitet die „unorganisierten“ Reformgedanken

sind, so wenig finden sie im öffentlichen Leben ihre Vertreter — nach allem, was oben festgestellt worden ist, kein Wunder. Alle Sozialisten, Bürgerlich=Radikalen, Jüdisch=Mißleiteten schreien nach Erweiterung der Rechte der Masse, und mit ihnen schreit ihre Presse; sie schwärmen vom Frieden und hassen den kulturfeindlichen Militarismus — kurz, sie sind in allem der Gegenpol dessen, was die Reichsreform erreichen soll.

Darüber wird man sich klar sein, daß diesen Kreisen gegenüber jede Mühe verloren ist, sie von der Notwendigkeit der Reform mit ihren Opfern aller Art überzeugen zu wollen; die Reform wird gegen sie gemacht werden müssen, also gegen den Widerstand der Masse und ihrer Leiter in der Presse und in den Parteien. Dieser Erkenntnis gemäß sind oben schon die Maßregeln besprochen worden, die diesen Widerstand besiegen werden, und wir brauchen uns mit diesen Gegnern hier nicht mehr zu beschäftigen.

Nationale Radikale

Nur wenig sei über die ausgesprochen nationalgesinnten bürgerlichen Radikalen gesagt, die aus der gescheiterten nationalsozialen Partei ihre Unterkunft bei den Deutschfreisinnigen gefunden haben. Bei ihnen ist idealer Schwung und lautere Begeisterung zu finden; ihrem vornehmsten Vertreter Friedrich Naumann wird auch der Gegner die Achtung nicht versagen. Aber sie haben sich verirrt im politischen Leben unserer Zeit und predigen eine Abart von Liebe zum Volke, die Verderben bringen muß. Sie sind recht eigentlich die Fanatiker des Rechtes der Masse, ganz unberührt von den Lehren der Geschichte, die auf jede Massenherrschaft den schmähllichsten Untergang hat folgen lassen. Aus dem sozialen Empfinden eines in weitgehendem Maße gerechtfertigten Mitleides mit dem städtischen Industrieproletariat heraus, haben sie sich in einen Taumel hineingefühlt, =gedacht und =geredet, der in den Entwurzelten die Blüte unseres Volkes erblickt; die seßhaft

Geblienen auf dem Lande, aller städtische und ländliche Mittelstand sind ihnen Rückständige, die sich von kaltherzigen Interessenpolitikern zu Zwecken politischer Reaktion mißbrauchen lassen. Daher ihr förmlicher Haß gegen alles, was ans Land und an die Landwirtschaft erinnert, und gegen den kleinen städtischen Mittelstand — alles geistig, wirtschaftlich und politisch Zurückgebliebene, denen gegenüber der Proletarier der wertvollere Mensch und Bürger ist. Deshalb kann man ihm ruhig das Regiment anvertrauen, er wird es, dazu berufen, mit Mäßigung und allgemeinnützlich ausüben. Bequem ist dieser Götzendienst vor der Masse, aber ein Verbrechen an unserm Volke, und man möchte die harten Worte, die Luther gegen alle Schwarmgeister geschleudert hat, auf sie anwenden. Denn das sind Schwarmgeister, die aus christlichem Mitleid mit dem Lose des Proletariats in Gedankensprüngen unter Verachtung aller geschichtlichen Lehren dazu kommen, das Volksganze unter die Führung der Massen stellen zu wollen. Ihr Verbrechen wird durch das nationale Gewand, das sie ihrem Streben umhängen, nicht gemindert, denn auch die nationalbewußte Masse bleibt Masse und wird Politik nur nach den Interessen und dem Urteil der Masse betreiben.

Es ist nicht Überhebung des Besizenden oder vielleicht besser Gebildeten, ein solches Regiment abzulehnen; wir sehen in allen Deutschgeborenen auf dem Boden des Reiches unsere Volksgenossen, und unsere Liebe und Sorge gehört ihnen; aber wir dürfen ihnen um deswillen nicht anvertrauen, was sie nicht leisten können.

Die Schwarmgeister nationalsozialer Herkunft wird unsere Pläne als Angriff gegen die Rechte der Masse verwerfen, und wir müssen auf schärfsten Kampf von dieser Seite gefaßt sein — nicht weil sie irgendeinen beträchtlichen Teil des Proletariats hinter sich hätte, das ja gar nichts von ihr wissen will, sondern weil sie durch die Vermittlung der Juden über einen sehr großen Anhang in der Presse verfügt und auf diesem Wege die öffentliche Meinung verwirren kann.

Schrittmacher der Sozialdemokratie

Die Auseinandersetzung der entschlossenen Bürgerlichen mit diesen Halbsozialisten ist an sich eine Notwendigkeit, die wohl nach dem Verhalten der Freisinnigen bei der letzten Reichstagswahl unausbleiblich geworden ist; man wird sich dabei vor Augen halten müssen, daß eine wirksame Bekämpfung der Sozialdemokratie erst dann beginnen kann, wenn ihre bürgerlichen Schrittmacher und Helfer niedergekämpft sind. Deshalb sollte man ohne Gnade und Barmherzigkeit den Freisinn im Kampfe mit der Sozialdemokratie im Stiche lassen und in dem mit einer andern bürgerlichen Partei unbedingt die andere unterstützen.

Diese Radikalen, die fortgesetzt Verrat an der bürgerlichen Sache verüben, sind nicht besser als die Sozialisten selbst, und man soll sie dazu zwingen, aus den bürgerlichen Reihen auszuscheiden und ganz zur Sozialdemokratie überzutreten. Man braucht sich auch kein Gewissen aus so hartem Verfahren zu machen, denn wie die Dinge sich entwickelt haben, ist der Freisinn die Judenpartei sans phrase geworden; wer die jüdische Herrschaft brechen will, muß ihre parlamentarische Schutzgarde sprengen, und er wird keine Rücksicht darauf nehmen, daß auch ehrlich-deutschgesinnte Demokraten der alten Schule sich zum Judenfreisinn verirrt haben, die in ihrer Harmlosigkeit nicht wissen, von wem und zu welchen Zwecken sie mißbraucht werden.

Das Zentrum

Schwieriger liegen die Dinge dem Zentrum gegenüber, das in wichtigen Fragen, wie bei Bekämpfung der Sozialdemokratie heute mit den Bürgerlichen Hand in Hand geht, in andern nationalen Fragen aber ganz unzuverlässig ist, wie z. B. in der Polenfrage. Es ist eine alte Redensart, daß unser Volk das Unglück habe, unter der schwarz-rot-goldenen Internationale zu leiden, wobei mit schwarz der Ultramonta-

nismus, mit rot die Sozialdemokratie und mit gold das Judentum gemeint sind, und mancher zerbricht sich den Kopf, welche der drei Gefahren wohl am größten sei. Für den, der den Gedankengängen dieses Buches folgt, wird es nicht zweifelhaft sein, daß der ärgste Feind das Judentum ist; dann folgt die Sozialdemokratie, die ohne jüdische Leitung und Geldunterstützung nicht entfernt so mächtig geworden wäre, und die, der jüdischen Hilfe beraubt, leichter zu bekämpfen sein wird.

Wie aber steht es mit dem Zentrum? In weiten Kreisen des evangelischen Bürgertums hat die Meinung sich festgesetzt, daß es im Hinblick auf die Internationalität der katholischen Kirche und des Papsttums mit ihren Herrschaftsansprüchen gefährlicher sei, als der Sozialismus, wobei man auf die Völker verweist, die unter klerikalem Regiment zugrunde gerichtet worden sind. Dieser Auffassung kann ich mich nicht anschließen.

Zunächst muß man erkennen, daß das Zentrum bei Licht betrachtet, keine Partei ist, deren Anhänger in allen wesentlichen Fragen einer Meinung wären; der radikal-soziale Arbeitersekretär und der eigentlich konservative schlesische oder westfälische Magnat bilden die Pole, zwischen denen viele Zwischenstufen aller Grade sich finden, wie reine Agrarier, städtische Demokraten und absolutistische Kleriker. Diese alle verbindet ein Band, das der unbegrenzten Anhänglichkeit an ihre Kirche, und es wirkt einigend über alle Gegensätze hinaus die Sorge um den katholischen Glauben und die Einrichtungen der Kirche, als ob sie vom Staate oder von den Evangelischen bedroht wären, wenn nicht die gläubigen Katholiken eine entschlossene Schutzwehr bildeten.

Das ist in Wahrheit der Kern der Zentrums-politik, und seine Führer mögen sagen was sie wollen, das Zentrum ist eine konfessionelle Partei. Das ist die schlimme Seite seines Wesens, denn infolge der Beurteilung politischer Angelegenheiten vom Standpunkt der Konfession, entsteht die Gefahr, daß politische Fragen nicht mit dem Auge des nationalen Bürgers angesehen werden,

sondern mit dem des Katholiken, was dann nach sich zieht, daß in allen Fällen, wo die Interessen der Allgemeinheit und der Kirche zusammenstoßen, ohne weiteres die Partei der Kirche ergriffen wird.

Damit ist gekennzeichnet, daß diese Partei nicht getragen wird durch eine politische Weltanschauung — politisch sind alle Schattierungen in ihr vertreten, und daß für sie nicht das nationale Interesse allein maßgebend ist, sondern daß gegebenenfalls die Rücksichten auf die Kirche, also etwas außerhalb der Nation und des Staates Stehendes, entscheidenden Einfluß haben. Insoweit kommt das Zentrum für nationale Politik als unbedingter Bundesgenosse nicht in Betracht.

Aber es ist nicht nur konfessionelle, es ist auch politische Partei, und als solche kraft der Gegensätze von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, die es verdauen muß, politisch Mittelpartei, weil es in sich fortgesetzt vermitteln und ausgleichen muß. Das ist gut für den Staat, da manche politisch-radikalen Kräfte durch die konfessionelle Rücksicht innerhalb des Zentrums im Bann gehalten werden und dem Staate nicht schaden können; es ist nicht gut für die Allgemeinheit, daß durch dieses fortgesetzte Lawieren hinter den Türen des Fraktionszimmers jeder große Zug aus dem Leben dieser starken Partei verschwindet und sie auf die Politik der Kompromisse angewiesen wird, die man brutal als die des *Ruhhandels* bezeichnet hat.

Die starke Seite des Zentrums, seine Eigenschaft als Mittelpartei, kam sofort zur Geltung, als es die unbedingte Kampfstellung gegen das Reich und die Einzelstaaten aufgegeben hatte, nachdem die Stürme des Kulturkampfes sich ausgetobt hatten. Es machte mit Bismarck bereits die Schutz- und Sozialpolitik, es war nach und nach für die Verstärkung des Heeres und die Schaffung der Flotte zu haben, auch für die kolonialen Forderungen; in wichtigen inneren Angelegenheiten, wie bei der Ausarbeitung des Zolltarifs und des bürgerlichen Gesetzbuchs hat es nützliche Arbeit geleistet — kurz, es war zur positiven Mitwirkung bereit und

hat hierdurch und durch seine parlamentarische Macht der Regierung gegenüber eine ganz besondere Stellung gewonnen.

Nun jammern die Liberalen, vor allem die Radikalen, daß der Einfluß des Zentrums gebrochen werden müsse — aber sie sind so verblendet gar nicht zu sehen, daß sie ihm diese Stellung selbst geschaffen haben. Solange Bismarck regierte, unterstützten die Linksliberalen wahllos Zentrum und Sozialdemokratie, um die Konservativen und die verhassten, bismarck-treuen und rechtsstehenden Nationalliberalen zu schwächen; als das Zentrum in gewissen Grenzen gouvernemental wurde, bekämpften sie es gleichfalls und wurden zu einseitigsten Schleppträgern des Proletariats. Mit jedem verdrängten Konservativen und Nationalliberalen wuchs der Wert des Zentrums für die Regierung, mit jedem neugewählten Sozialisten steigerte er sich, und heute ist es so weit, daß eine staatszerhaltende Politik gar nicht mehr ohne das Zentrum betrieben werden kann.

Ob dies einem angenehm ist oder nicht, bleibt außer Betracht, es ist eine Tatsache, über die zu jammern keiner das Recht hat, der dabei mitgeholfen hat. Im Sinne der liberalen Parteipolitik haben also die Radikalen Selbstmord getrieben, als sie die Sozialdemokratie stärkten, und sie machen die Stellung des Zentrums unangreifbar, solange sie so verfahren.

Der Bülow-Block, der heute von vielen als Ideal gepriesen wird, war von vornherein Episode, und keine schöne; jedenfalls haben die Radikalen in der Gesellschaft, in der sie sich zeitweilig befunden haben, nichts gelernt, und letztere konnte froh sein, als sie diesen Genossen los wurde, der mehr als einmal die sympatischen Gewohnheiten des Expreßers gezeigt hat.

Jedenfalls wird man nicht fehlgehen in der Annahme, daß die letzten Wahlen die parlamentarische Bedeutung des Zentrums weiter gehoben haben, trotz seiner Mandatverluste.

Will man sich über seine Politik ein Urteil bilden, so muß man unterscheiden zwischen der Rolle, die es in Bayern und Baden, und der, die es im Reichstag spielt. In beiden süddeutschen Bundesstaaten ist es reaktionär und übt seine

Herrschaft in ebenso kulturfeindlicher, wie brutaler Weise aus, so daß die Meinung wohl begründet erscheint, daß in diesen Fällen der Geist der Zentrumspolitik in Reinkultur gezogen sei. Im Reichstag freilich ist eine Zentrumsmehrheit unter keinen Umständen möglich, so daß man dort immer zu größerer Vorsicht und Zurückhaltung veranlaßt ist; das gleiche gilt vom preußischen Abgeordnetenhaus.

Zentrum und Nationalpolitik

Betrachtet man die Haltung des Zentrums dort und im Reichstage in den ausgesprochen nationalen Fragen, so zeigt sich in bedauerlicher Klarheit, daß es für nationale Politik entweder kein Gefühl hat oder daß es sie aus Rücksicht auf kirchliche Interessen nicht treiben will. In der Ostmarkenfrage geht es mit den deutschfeindlichen Polen durch dick und dünn, desgleichen in Elsaß-Lothringen mit den Nationalisten und sonstigen Welschgesinnten; es wahrt die Interessen der Dänen und Welfen, und nimmt sich in kolonialen Angelegenheiten bis zum Massenverrat der Farbigen an; bei Heeres- und Flottenforderungen gibt es den engherzigen Standpunkt nicht auf, zu feilschen und herabzuhandeln. Alles in allem: eine Haltung, die beweist, daß der nationale Instinkt in der Partei noch längst nicht so entwickelt ist, daß sie wenigstens in den Fragen, wo kirchliche Interessen gar nicht direkt berührt sind, nationale Politik mitmache; es genügt schon der Argwohn, man wolle unter anderem Titel die katholische Kirche treffen, um das Zentrum im Osten und Westen zu einer das Deutschtum schädigenden Haltung zu veranlassen.

So kommt man zu einem sehr unbefriedigenden Ergebnis, das sich auch dadurch nicht angenehmer gestaltet, daß das Zentrum in letzter Zeit in scharfem Kampfe gegen die Sozialdemokratie steht; denn man wird sich daran erinnern, wie lange beide Schulter an Schulter gegen den Staat gekämpft haben, auch daran, daß beide jetzt im Reichsland Hand in Hand gehen, und daß noch vor kurzem Prälaten und sozial-

demokratische Führer sich in vertrauter Beratung zusammengefunden haben. Man kann also nicht darauf vertrauen, daß die jetzige Abkehr des Zentrums von der Sozialdemokratie unter allen Umständen und für immer dauern wird, so heftig man diese heute auch befiehlt; denn das Zentrum ist die Partei der Opportunität, und letztere wird gefunden nicht nach den staatlichen und nationalen Interessen, sondern nach denen der Partei.

Also vieles Bedenkliche, für den schlechthin Nationalgesinnten um so ernster, als er damit rechnen muß, daß jeder Tag die alten Bundesgenossen wieder zusammenführen wird, wenn das Zentrum sich von irgendeiner staatlichen Maßregel bedroht oder beschwert glaubt.

Und trotzdem bleibe ich dabei, daß es minder gefährlich ist, als die Sozialdemokratie. Man sagt, international sind beide, aber die Sozialdemokratie hat es im großen ganzen mit dem Proletariat zu tun, das nicht genügend Gegenmotive gegen die Internationalität hat, während die Anhänger des Zentrums in der großen Mehrheit festhaft und bodenständig sind und infolge davon zu wirklichen Internationalen gar nicht gemacht werden können. Das Zentrum ist die parteipolitische Vertretung kirchlicher Interessen, die katholische Kirche ist aufgebaut auf der Autorität, und das Zentrum ist die Partei der Autorität. Ja, nach innen und nach unten, gegen die Kirche und gegen seine Anhänger — aber gegen den Staat nur so lange, als man Frieden mit ihm hält; bricht neuer Kampf aus, so wird die Zentrumspresse in ihrem wüsten Ton sich nicht von der sozialistischen unterscheiden, wenn anders das einst berücksichtigte „Korps der Hexkapläne“ nicht ausgestorben ist. Aber immerhin, das Zentrum ist eine Partei der Autorität insofern, als es für die Autorität der Kirche unbedingt und für die des Staates insolange eintritt, als zwischen Staat und Kirche Friede herrscht. Die Sozialdemokratie ist die Partei, die grundsätzlich alle Autorität bekämpft und untergräbt, die Haß und Verachtung gegen die Träger der Verwaltung in jedem Sinne schürt, die zur offenen Auslehnung

auffordert; was die sozialistische Presse auf diesem Gebiete gesündigt hat und jeden Tag weiter sündigt, ist unerhört, und niemand bezweifelt den Erfolg dieser verwüstenden Tätigkeit. Grundsätzliche Bekämpfung jeder Autorität ist gefährlicher als eine Autorität, die nach einer Richtung unbedingt, nach anderer bedingt anerkannt wird.

Dazu kommt, daß das Zentrum als konfessionelle Partei vor dem Eindringen der Juden gesichert ist und sich ihrem Einfluß entzieht; alle andern Parteien, ausgenommen die kleinen antisemitischen Gruppen, haben Juden zu Mitgliedern, und die Wirkung ist mindestens, daß sie bisher der ernsthaften Bekämpfung der Judengefahr ausgewichen sind. Das hat freilich auch das Zentrum getan, aber trotzdem ist es latent antisemitisch und wird, wenn erst der Kampf gegen das Judentum von einer kommenden Regierung aufgenommen wird, die Gefolgschaft nicht versagen.

Endlich wird man anerkennen müssen, daß bei aller Verschiedenartigkeit der politischen Elemente, die in ihm zusammengefaßt sind, im Zentrum doch der Geist der Beharrung herrscht; kein Wunder, wenn man sieht, daß das Land und die Landstädte sein sicherster Besitz sind. Man wird annehmen können, daß diese konservative Stimmung die Partei vor extrem-staatsfeindlichen Handlungen auch bei etwaigem schärfstem Kampfe mit dem Staate abhalten wird.

Man sieht, wie „problematischer Natur“ diese Partei ist, die am letzten Ende doch ein echtes Erzeugnis des deutschen Volksgeistes darstellt: die Glaubensstreue sucht in der Gestalt einer politischen Partei eine Verteidigung der Kirche gegen staatliche Eingriffe zu schaffen; diese Glaubensstreue macht die Partei notwendig konfessionell einseitig und stumpft das nationale Gefühl und das nationale Gewissen ihrer Getreuen ab. Aber echte Deutsche sind diese Getreuen in Art und Unart, rassenreiner Adel, Bauern, Kleinbürger, städtischer Mittelstand, und man darf vertrauen, daß ihr nationales Gefühl nicht getötet werden kann. Es ist auch kein Zweifel, daß die lokalen Organisationen außerhalb Bayerns und Badens den

nationalen Pulsschlag viel lebhafter empfinden, als die Parteileitung, weil sie durch ihre Überlieferung ganz an die Politik des „do ut des“ gewöhnt worden ist. Aber alles in allem: problematisch, und wie das Mißtrauen des Zentrums gegen den Staat und alles Nicht-Katholische nicht zu überwinden ist, so muß auf deren Seite das gleiche Gefühl stets wach bleiben.

Ist nun das Zentrum für die Reichsreform zu haben und zu gebrauchen? Ich glaube: nein, wenn es nicht gelingt, die nationalen Instinkte so zu wecken, daß das lebhaftere nationale Temperament der örtlichen Organisationen die Parteileitung beeinflusst. An sich sollte man annehmen, daß jede volks- und staatserhaltende Politik den Beifall des Zentrums finden müßte — aber das herrschende Moment des Mißtrauens macht dies mehr als fraglich, und man muß daran denken, daß Mißtrauen kleinlich macht. So ist in der Tat die Politik des Zentrums auch in den Fällen der positiven Mitarbeit den Zug der Kleinlichkeit und Engherzigkeit nicht losgeworden, der im Widerspruch zu der Weite und Größe des nationalen Gedankens und jeder wahrhaft nationalen Politik steht.

Möglich, daß eine gewaltige Erregung des Volkes, wie sie durch große Ereignisse der internationalen Politik hervorgerufen wird, die Geister unserer dem Zentrum zugewandten Volksgenossen ergreift und rührt, daß das Mißtrauen schwindet und daß sie dann unbefangen als Deutsche die Aufgaben des deutschen Bürgers und Staates erfassen und bereit sind, bei ihrer Lösung mitzuhelfen. Wie das Zentrum jetzt beschaffen ist und seine Politik betreibt, muß man bezweifeln, daß es eine große nationale Reform unboreingenommen prüfen und mitmachen wird; man muß nach seinem Wesen und seiner Vergangenheit wünschen, daß es kein dauerndes politisch-konfessionelles Gebilde in unserem Volksleben bleibe, sondern überwunden werde — überwunden nicht durch den Staat, nicht durch den etwa gleichfalls politisch organisierten Protestantismus, und nicht im politischen Machtkampf, sondern durch das erstarkte Nationalgefühl seiner heutigen Anhänger, die er-

kannt haben, daß niemand daran denkt, an den katholischen Glauben zu rühren und daß niemand der katholischen Kirche zu nahe tritt, es sei denn, daß sie die Rechte der Nichtkatholischen oder des Staates verletzt.

Ein Niederkämpfen des Zentrums ist ausgeschlossen, darüber muß man sich klar sein — die Überwindung ist nur möglich aus dem deutschen Geiste seiner Getreuen heraus, und dieser wird in dem Maße erstarken, wie die deutsche Gesamtpolitik es zuwege bringt, das Nationalgefühl so zu entwickeln, daß die Vaterlandsliebe und nur sie der unbeirrbare Kompaß unseres öffentlichen Lebens wird.

Die Nationalliberalen

Die eigentliche Reichspartei ist die nationalliberale, sowohl nach den Absichten ihrer Gründer, wie nach ihren geschichtlichen Leistungen; aber gerade an ihr zeigt sich der Fluch, daß sie den Liberalismus in der entscheidenden Zeit im Sinne der allgemeinen politischen Gleichberechtigung aller verstand und daß sie sich im wesentlichen bis heute von dieser falschen, ja eigentlich für den Denkenden unmöglichen Auffassung noch nicht freigemacht hat. Wenn trotzdem so Hervorragendes von ihr und von dem Nationalverein, aus dem sie hervorgegangen ist, in der Vorbereitung der Stimmung für die Reichsgründung und nachher beim Ausbau des Reiches geleistet wurde, daß dies Verdienst niemals vergessen werden darf, so war das nur möglich, weil ein Mann von Bismarcks Größe der Werkmeister war, und weil ihr selbst die besten Kräfte des Bürgertums sich zur Verfügung stellten. Bildung und Besitz aus allen Berufen wetteiferten darin, der Partei zu dienen, in die man alle Ideale des nationalen Bürgertums legte, und begeisterter Schwung, Gedankenreichtum, Tüchtigkeit und Besonnenheit waren in ihr zu Hause. Man sagt vom Frankfurter Parlamente, daß es nach Geist, Bildung und Beredsamkeit die hervorragendste politische Versammlung der

Geschichte gewesen sei — ich glaube, man kann behaupten, daß die nationalliberale Partei der ersten Zeit nach 1871 den Vergleich mit den Frankfurter Vorgängern aufnehmen kann, wie sie in allem Wesentlichen die Nachfolgerin der Erbkaiserlichen wurde. Also Ehre, wem Ehre gebührt, und die Partei der Bennigsen, Miquel, Treitschke, Sybel und Gneist hat sie verdient.

Aber sie trug den Keim des Verderbens in sich, nicht allein durch ihre unpolitische Auffassung der Freiheit als der unbedingten Gleichberechtigung aller, sondern dadurch, daß sie — eben dieser Auffassung des Liberalismus zu Liebe — von vornherein den Juden Zutritt gewährte, ja ihnen führende Stellungen überließ. Es ist bekannt, welche Rolle die Abgeordneten Lasfer und Bamberger in der nationalliberalen Partei gespielt haben, und wie sie durch ihren Einfluß in der Partei im politischen Leben des jungen Reiches eine uns heute unbegreifliche Bedeutung gewannen; man weiß auch, daß die Gesetzgebung von ihnen im Sinne des „laissez faire laissez aller“ verhängnisvoll beeinflusst worden ist. Nun darf man dem guten Willen, der Einsicht der Partei daraus nicht eigentlich einen Vorwurf machen, denn man stand erst am Anfang eines großen politischen Lebens und hatte das Herz voll von den erfüllten Idealen des Kaisertraumes; auch hatte das Judentum noch nicht Gelegenheit gehabt, seine zerstörende Wirksamkeit offensichtlich zu entwickeln — und man bedenke, um gerecht zu sein, daß die konservative Partei der Jahrzehnte vorher ganz unter dem Banne des Juden Stahl gestanden hatte. Es war der Mangel an Instinkt, verbunden mit dem an Erfahrung, der es zuließ, daß man den Juden solchen Einfluß in der Partei einräumte.

Solange nun das politische Leben im Reiche einen großen Zug trug, weil eine machtvolle Persönlichkeit dahinter stand, ließ sich das ertragen, und ein Bismarck sorgte dafür, daß das nationale Temperament nicht erlahmte; die Partei hatte ihre große Zeit, und man wird sich heute noch mit Stolz der sog. Septennatswahl des Frühjahrs 1887 erinnern, wo sie

als stärkste Fraktion aus diesem Wahlkampfe nationaler Erhebung hervorging.

Gleichsam als ob Bismarck ihr das politische Rückgrat gegeben hätte — trotz scharfer Gegnerschaft in manchen bedeutsamen Fragen — klappte sie moralisch zusammen, als er aus dem Amte schied. Sie hat alle Sünden des neuen KurSES mitgemacht, hat allen Kanzlern Gefolgschaft geleistet, hat lawiert und vermittelt, hat die Fehler des Kaisers zugebedeckt und die klägliche auswärtige Politik gewähren lassen, auch nichts unternommen, um dem verderblichen Treiben der Sozialdemokratie Einhalt zu gebieten, noch weniger dem zersetzenden Einfluß der Juden zu steuern.

Für alle die Nöte dieser Zeit trägt sie die Verantwortung in dem Sinne mit, daß sie der Entwicklung ihren Lauf ließ und nicht auf den Gedanken kam, der Schwäche der obersten Staatsleitung dadurch aufzuhelfen, daß aus dem Parlament heraus verantwortungsvolle Politik durchgeführt werden müsse — nötigenfalls im Wege rücksichtsloser Opposition, die um so weniger wirkungslos hätte bleiben können, als sie von nationaler Seite gekommen wäre.

Wenn man im vollen Umfang die Einwirkung einer großen Persönlichkeit auf das politische Leben in ihren positiven und negativen Erscheinungen kennen lernen will, so muß man die Geschichte der nationalliberalen Partei mit und ohne Bismarck studieren; sobald er schied, begann die Partei zu entarten, als ob sie den eigentlichen Führer verloren hätte und mit ihm den festen Halt.

Bassermann als Führer

Diese Entartung der Partei war besiegelt, als sie nach Benignus' endgültigem Rücktritt den Mannheimer Rechtsanwalt Bassermann zum Führer erhob, weil von den zunächst als geeignet angesehenen Parlamentariern der eine, Freiherr von Hehl etwas zu weit rechts, der andere, Bankdirektor Büsing, etwas zu weit links stand. Bassermann

nun fehlen alle Eigenschaften, über die der Leiter einer wichtigen, ja unentbehrlichen Partei verfügen muß; zunächst fehlt ihm der Charakter, und damit der feste Halt in sich selbst, die sittliche Widerstandsfähigkeit; dann mangelt der Blick für die treibenden Kräfte der Zeit, das Verständnis für die Entwicklung der Nation außerhalb des Parteilebens und außerhalb des Parlaments, und endlich die wirkliche Liebe und Sorge; dagegen verfügt er über ein Maß von Eitelkeit, das für mehrere bedeutende Menschen ausreichen würde, soweit solche überhaupt eitel sein dürfen. So ist Herr Wassermann das Verhängnis seiner Partei geworden, und die Geschichte wird dereinst von ihm sagen, daß er nächst dem Fürsten Bülow der Schuldigste ist an der Unfruchtbarkeit der wichtigen Zeitspanne der letzten drei Jahrzehnte. Diesem Kanzler wesensverwandt und in persönlichen Beziehungen zu ihm stehend, die Bülow wiederholt öffentlich als Freundschaft kennzeichnete, hat Wassermann dessen innere und die äußere Politik mitgemacht; wo er ihn einmal bekämpfte, geschah es mit halbem Herzen und aus taktischen Erwägungen, und der Rückfall in das alte Gefolgschaftsverhältnis trat immer bald wieder ein. Der ganze Mangel an staatsmännischem Verantwortlichkeitsgefühl zeigte sich in und nach den Kämpfen um die Reichsfinanzreform, wo er den verderblichen populären Neigungen nachgab und die Kege gegen den schwarz-blauen Block mitmachte, statt den Anschluß nach rechts in Ehren zu suchen; er zeigte sich in der Duldung der jungliberalen Machenschaften in der Partei und in dem Seelenbündnis mit dem Hansabund, und zuletzt in der Linksorientierung der Partei bei den Wahlen und im Parlament. Die Partei, die trotz mannigfacher Fehler auf eine ruhmreiche Vergangenheit blickt, ist von diesem verhängnisvollen Manne in einen Zustand versetzt worden, der im kleinen ein Bild des gesamten politischen Lebens im Deutschen Reiche ist. Wie seit Bismarcks Abgang im Reiche nur mehr verwaltet und nicht mehr regiert wird, so hat die nationalliberale Partei nur noch dem Tage

gelebt und ist ihren großen Aufgaben alles schuldig geblieben. Gerade das gebildete und besitzende Bürgertum mußte dem Regiment des neuen Kurses den äußersten Widerstand entgegensetzen, es mußte dem Herrscher die Wahrheit sagen beim ersten Fehler, den er beging, es mußte verlangen, daß die sozialistische Verhezung eingedämmt werde, es mußte die Führung des notleidenden Mittelstandes übernehmen und alles daransetzen, die Mitarbeit und Bundesgenossenschaft der Konservativen für diese Aufgaben zu erlangen.

Heute bietet die Partei ein Chaos, und sie wird sich daraus nur retten, wenn sie diesen Führer zum Abgrund beseitigt. Lange genug hat es gedauert, bis der Widerstand gegen diese verderbliche Tätigkeit Bassermanns in der Partei sich organisiert hat; jetzt scheinen die rechtsstehenden Altliberalen den Kampf aufgenommen zu haben, und man möchte hoffen, daß sie ihn siegreich durchführen, zum Wohle der Partei vom Standpunkt des Parteimannes, zum Heile des Ganzen von dem des Patrioten. Darüber sollten aber alle sich klar sein, die jetzt innerhalb der Partei auf reinliche Scheidung drängen und eine Regeneration im Sinne der Miquel-Bennigsen'schen Überlieferungen anstreben, daß mit Bertuschen und Verkleistern nichts erreicht wird — auch hier muß ganze Arbeit geleistet werden, selbst auf die Gefahr hin, daß die Linkstehenden ausscheiden und zu den Freisinnigen übergehen, wohin sie zum großen Teile gehören; die Partei würde einen Verlust von Anhängern nur ganz vorübergehend erleiden, denn alle, die ihr ferngeblieben sind wegen der vollendeten Unmännlichkeit ihrer Politik, alle die heute eigentlich politisch heimatlos sind, weil sie Bedenken tragen, den Konservativen beizutreten, würden sich der wiedergeborenen national-liberalen Partei anschließen.

Zukunft der Partei

Uber wird es zu solcher reinlichen Scheidung, zu solcher Wiedergeburt kommen? Ich fürchte nein, und verweise zur Begründung darauf, daß die Partei sich auf Tod

und Leben jüdischem Einfluß verschrieben zu haben scheint. Der Jude Rießer, die jüdischen Affiliierten Basser-
mann, Stresemann und Paasche sind die Leute des „Rucks nach
links“ — die Führer der altliberalen, mittelparteilichen Rich-
tung, auf denen die Hoffnung der Umkehr hauptsächlich ruht,
Friedberg und Schiffer sind ebenfalls Juden, und in den lokalen
Organisationen spielen die Juden fast überall eine ausschlag-
gebende Rolle, auch wenn sie nicht an erster Stelle stehen. Unter
solcher Leitung wird voraussichtlich alles auf ein Kompromiß
abgestellt, wird man auch vermeiden wollen, zu wenig liberal
zu erscheinen; das Günstigste, was zu erreichen ist, wird sein,
daß die Partei für die politischen Tageszwecke wieder brauch-
barer und vielleicht auch zuverlässiger wird — zur nationalen
Mittelpartei wird sie damit noch längst nicht wieder, noch
weniger zur Trägerin unserer politischen Zukunft.

Man wird verstehen, daß es gerade dem Altliberalen be-
sonders schwer fällt, über die Partei, der er bis zur Meintat
der Stimmenabgabe für Bebel angehört hat, in solcher Weise
sprechen zu müssen, aber es muß geschehen auf die Gefahr
hin, des Abfalls von der Sache des Liberalismus geziehen
zu werden — wobei es darauf ankommt, was man unter
liberal versteht.

Wenn man den jetzigen Zustand der nationalliberalen
Partei so beurteilt und von ihrer nächsten Zukunft so wenig
erwartet, was kann man dann von ihrer Mitwirkung bei der
Reichsreform erhoffen? Nichts, solange die Partei sich nicht
selbst reformiert hat — alles, wenn sie es im Sinne der echten,
demokratisch nicht zügellos gewordenen, liberalen Welt-
anschauung und großer nationaler Auffassung getan haben
wird. Ich behaupte, daß die große Mehrzahl der National-
liberalen innerlich auf dem Standpunkt des wirklich gemäßigten
Liberalismus steht, daß sie um die nationale Entwicklung
unseres Volkes bangt — aber das sind nicht die Lauten, nicht
die lokalen Leiter, es sind die Berärgerten, Halbverzweifelten,
deren nationales Temperament nicht so stark ist, daß sie
den Kampf aufnehmen. Reinigen sie die Partei nicht, so wird

man sie außerhalb der Partei zur Mitarbeit gewinnen, wenn erst die gewaltige Reformarbeit begonnen hat. Insbesondere scheint es zweifelhaft, ob die Partei sich dazu entschließen wird, eine feste Stellung zum Judentum einzunehmen und den jüdischen Einfluß in ihrem Innern zu brechen. Da dies von allen jüdischen und im jüdischen Auftrag schreibenden Federn als höchst intolerant verschrieen würde, und da bis heute der Durchschnittsliberale nichts so sehr fürchtet, wie diesen Vorwurf, so wird man es nicht wagen, und damit das Urteil über die Partei sprechen; sie wird verderben, wie jeder, der vom Juden ist.

Die Reichspartei

Den Übergang von den Nationalliberalen zu den Konservativen bildet die Reichspartei, auch freikonservative genannt; ihr Name kennzeichnet die Absicht ihrer Begründer, und in der Tat war sie gedacht als die Bismarck-Partei durch dick und dünn. Es ist ihr gegangen wie den Nationalliberalen: sie hat sich nicht dazu aufgerafft, ihre politischen Schlußfolgerungen aus Bismarcks Entlassung zu ziehen und hat als Partei fast alle die zahllosen Fehler seiner Nachfolger mitgemacht; dabei sei gerne anerkannt, daß hervorragende Freikonservative für ihre Person Bismarck die Treue gehalten haben, vor allem ihr Führer von Kardorf; das gleiche gilt übrigens auch von den Nationalliberalen — als Partei aber verfuhr man „taktisch“ und suchte den Anschluß an die jeweils Regierenden. Herr von Kardorf verstand es, durch das Gewicht seiner Persönlichkeit, die rein gouvernementalen Neigungen in der Partei doch so weit zu kompensieren, daß eine gewisse Selbständigkeit gewahrt wurde. Als nach seinem Tode im Reichstag Fürst Hatzfeld die Führung übernahm, ging das Ansehen mit einem Schlage verloren; denn eine Partei, die sich ein national gleichgültiges und an Charakter unbeschriebenes Oberhaupt gibt, dankt ab. Im Sinne nationaler Politik ist die Leitung im preußischen Abgeordnetenhaus

ebenso unzulänglich, die dem Freiherrn von Zedlitz und Neufirkh anvertraut ist, dem Diplomaten der inneren Politik, einem Manne von großen Fähigkeiten und reicher Erfahrung, zweifellos auch von Einsicht — aber auch er nur allzu stiefmütterlich bedacht mit den männlichen Eigenschaften des Charakters und deshalb ohne Größe der Auffassung und Haltung; er ist eine Figur des politischen Helldunkels, hat seine Hände in allem und findet Vertrauen bei keinem.

Die Partei tut sich — sagen wir gesellschaftlich — etwas darauf zugute, daß zahlreiche Minister aus ihr hervorgegangen sind; Minister des neuen Kurses, meine Herren, sind nur in Ausnahmefällen zur Reklame zu gebrauchen, und ihre Zugehörigkeit zur Partei gewährt keinen Glanz; ich wüßte nicht, welches Ansehen z. B. die Herren von Bethmann Hollweg und Delbrück verleihen könnten, es sei denn das der gesellschaftlichen Stellung — die politische Wahlverwandtschaft ist doch eigentlich nur kompromittierend.

Aber wer die Zusammensetzung dieser Partei im Lande kennt, weiß, daß viele tüchtige, ja ausgezeichnete Kräfte in ihr zu finden sind; politische Einsicht und Schulung sind in reichem Maße vorhanden — und hier beginnen die Hoffnungen des Altliberalen: wenn die freikonservative Partei sich freimacht von den Rücksichten nach oben und sich Männer von Charakter zu Führern setzt, so wird sie ein wichtiges Glied der Kampfgenossenschaft werden, die dem deutschen Volke die Reichsreform erstreitet.

Die Konservativen

Die Hoffnung wächst, indem wir uns den Konservativen nähern. Auch sie sind belastet mit dem Fluche ihres Verhaltens gegen Bismarck, als er entlassen war — wiederum die Partei gemeint, und die persönlich Treuen ausdrücklich ausgenommen; auch sie haben viel zu lange gezögert, dem Regiment der letzten zwei Jahrzehnte ihren Widerstand entgegenzusetzen, und wo sie es in innerpolitischen Fragen getan

haben, geschah es unter dem Verdachte der Interessenpolitik; auch bei ihnen sind die rein opportunistischen und goubernementalen Strömungen zu lange herrschend geblieben und noch heute nicht überwunden. Also das Schuldbuch ist reichlich beschrieben — und doch eine Hoffnung!

Sie besteht darin, daß die Partei es dahin gebracht hat, einen Charakter zum Führer zu machen und zu ertragen. Denn Herr von Heydebrand ist ein Charakter, der einzige, den wir bis jetzt erwähnen konnten. Das ist in solcher Zeit, wenn nicht alles, so doch die Grundlage alles gemeinnützigen Wirkens.

Noch ist Herr von Heydebrand nicht der ideale Führer einer großen deutschen Partei; dazu ist er zuviel Advokat seiner Fraktion im Sinne der Einseitigkeit und der mangelnden Fähigkeit, sich in andere zu versetzen; noch ist er zu sehr Nur-Preuße, um die Dinge außerhalb Preußens unbefangen zu beurteilen; noch ist er zu junkerlich-unideologisch, um die geistigen Strömungen richtig zu würdigen, was eine Unterschätzung der sittlichen Kräfte nach sich ziehen könnte. Aber er hat die eine große Erkenntnis in sich gewonnen und vertritt sie mit der verhaltenen Leidenschaft des außerordentlichen Menschen: mein Preußen ist als Staatswesen noch verhältnismäßig unberührt und unerschüttert von den Folgen des liberaldemokratischen Regiments; deshalb ist es noch stark und gesund; um es stark und gesund zu erhalten, muß alles rücksichtslos bekämpft werden, was eine Umgestaltung in demokratischer Richtung anstrebt und bezweckt.

Das ist die Lösung eines Mannes, eines Politikers, und wohl der Sache, wenn der Mann ein Charakter ist! Und erfreulich, daß der Preuße Heydebrand damit die beste Politik im deutschen Sinne betreibt, die heute denkbar ist, vielleicht ohne es zu wollen.

Denn das Deutsche Reich ruht auf dem preußischen Staate, es steht und fällt mit ihm; es geht zur Not für einige Zeit, daß der Reichstag ein Tummelplatz der Demokratie ist, auch daß die süddeutschen Staaten sich demokratische Verfassungen

geben — solange der preußische Staat nicht unterwühlt ist, geht darüber das Reich nicht zugrunde. So wird der zum Retter des Reiches, der für Preußen eine Politik betreibt und nötigenfalls erzwingt, die der Demokratisierung des Staates unbeugsamen Widerstand entgegensetzt.

Dies sagt, von Dank erfüllt, ein Altliberaler, der unbefangen genug ist, die Dinge zu sehen wie sie sind; er darf daran noch einige Wünsche knüpfen.

Volkstümlich-konservative Politik

Die heutige Politik der Konservativen ist — um ein Schlagwort zu gebrauchen — zu verstandesmäßig und zu sachlich-bescheiden; das macht ihren Trägern Ehre, aber es hat den Nachteil, daß das Gefühl, die Phantasie der Anhänger und derer, die es werden könnten, zu wenig bewegt wird; deshalb sollte, in Ergänzung der Sachlichkeit das nationale Pathos mehr zur Wirkung gebracht werden: die scheinbare Enge der preußischen Politik, die scheinbar nur auf Wahrung von Standesinteressen ausgeht, muß den Zug ins Große und Weite nehmen, indem sie stolze, selbstbewußteste nationale Reichspolitik gleichzeitig betreibt. Das Deutschnationale muß strahlen und leuchten und anziehen! Deshalb gegen Polen, Franzosen und Dänen schärfste Wahrung der deutschen Interessen verlangen! Deshalb innere Kolonisation, auch wo sie dem Standesvorteil des Großgrundbesitzes widerspricht! Deshalb vor allem eine stolze äußere Politik! Im Sinne dieser Wünsche ist die entschiedene Haltung der Konservativen im Reichstag gegenüber der Marokkopolitik des letzten Jahres als ein Anfang zu begrüßen, und man möchte nur hoffen, daß mit gleicher Entschiedenheit fortgesetzt zur äußeren Politik Stellung genommen würde, solange nicht ein anderer Geist in sie gekommen ist.

Gegenüber den kirchlich Freieren ist die konservative Partei belastet mit dem Vorwurf, sich mit der lutherischen Orthodorie in der Absicht verbunden zu haben, das religiöse Leben in kirchlich-engsten Banden zu halten und das geistige Leben zu bevormunden. So sehr man nun geneigt sein wird, den Einfluß der fest auf dem Boden des Dogmas stehenden evangelischen Kirche und ihrer Gläubigen im Sinne der Staatstreue anzuerkennen, so wenig darf man übersehen, daß die Ausbreitung des konservativen Gedankens durch die Identifizierung mit kirchlicher Strenggläubigkeit beeinträchtigt wird. Im Westen und Süden des Reiches gibt es zahllose politisch-konservativ gesinnte Menschen, die Bedenken tragen, sich der Partei anzuschließen, weil sie es nicht verantworten können, auch in religiösen Dingen die Stellung einzunehmen, die dem Parteiprogramm entspricht. Deshalb wäre es angezeigt, die Parteilosung so zu gestalten, daß sie auch dem kirchlich Freieren die Mitarbeit ermöglicht, ohne die kirchlich Strengen davon auszuschließen; man möge überlegen, ob man die kirchlichen Fragen nicht ganz aus dem Parteiprogramm ausschalten soll.

Größte Vorsicht ist in bezug auf das Zusammengehen mit dem Zentrum geboten, damit der Verdacht nicht gerechtfertigt wird, als wollten die evangelischen und katholischen Orthodoren, durch das Band der Strenggläubigkeit geeint, unser öffentliches Leben in Fesseln schlagen. So weit in politischen Angelegenheiten praktisch zusammengearbeitet werden kann, muß dies natürlich geschehen — aber die Betonung des Nationalen muß stets beweisen, daß man mit der Engherzigkeit des Zentrums nichts zu tun hat, und in allen Fällen, wo dieses oder die katholische Kirche dem Staate oder dem Protestantismus oder der geistigen Freiheit zu nahe tritt, müssen die Konservativen zu scharfer Abwehr bereit sein.

In dieser Richtung bewegt sich der Rat, der Bildung mit mehr Vertrauen entgegenzukommen, sie nicht mißtrauisch als Trägerin alles Radikalismus zu betrachten und dadurch den weiten Kreis der gebildeten Nationalen ohne

kirchliche Bedürfnisse abzustößen. Bis jetzt ist die konservative Partei im großen ganzen eine agrarische, kleinstädtische; sie muß ihre Anhänger auch in den anderen Schichten unserer Gesellschaft suchen, und die Zeit sie zu finden war niemals günstiger als eben jetzt. Der Idealismus, der bei den gebildeten Nationalen oder den National-Gebildeten vorhanden ist, wird ihr selbst neue Schwungkraft geben und ihren Blick erweitern; fast aber scheint es, als ob man sich vor dem Überschwang jener Ideologen fürchte und lieber realpolitisch auf dem Boden kleben bleiben wolle, als sich mit solchen zusammensetzen, die in den Verdacht des Chauvinismus oder des übernationalen Demagogentums gebracht worden sind. Es wird zu unterscheiden sein und leicht sich entscheiden lassen, mit wem man zusammengehen kann, mit wem nicht.

Auffallend ist auch die Zurückhaltung, die man in konservativen Kreisen der Massenlehre gegenüber bewahrt, und allem, was mit ihr zusammenhängt, obwohl gerade sie die unvergleichlich beste Begründung konservativer Politik liefert.

Krone, Regierung und konservative Partei

In einem wird die Partei noch umdenken müssen, obwohl sie sich gerade in diesem Punkte in besonders schwieriger Lage befindet: in der Frage des politischen Widerstandes gegen die Maßnahmen der Regierung, also in der der parlamentarischen Opposition. Entsprechend der geschichtlich begründeten Auffassung, daß in Preußen das Königtum aus der Fülle der ihm rechtmäßig zustehenden Gewalten durch die Gewährung der Verfassung einen Teil seiner Rechte abgetreten und den Gesamtumfang seiner Befugnisse freiwillig beschränkt habe, versteht man das Recht der Krone auf die verbliebenen Rechte und interpretiert sozusagen durchweg restriktiv, nicht extensiv. Durchaus mit Grund. Deshalb vermeidet man alles, was an die sog. parlamentarische Regie-

rungsform erinnern könnte und widerstrebt allen Maßnahmen, die einen Schritt auf dem Wege zum Parlamentarismus bedeuten könnten. So verfißt man das unbedingte Recht der Krone auf die Ernennung und Entlassung ihrer Ratgeber und versteift sich darauf, daß allein das Vertrauen des Königs zu seinen Ministern entscheide; alle Handlungen, die wie ein Beeinflussenwollen des Königs in bezug hierauf aussehn könnten, werden peinlich vermieden, vor allem jeder Anschein grundsätzlicher Opposition.

Hier gerät nun die Partei in eine politische Zwickmühle, und es entsteht die Gefahr, daß sie aus Königstreue den König schädigt, indem sie ihn nicht von schädlichen Ratgebern befreit; die staatschädlichen Handlungen solcher Ratgeber werden dem König zu Lasten geschrieben und untergraben seine Stellung. Man übt an Handlungen des Königs selbst keine parlamentarische Kritik und will sie nicht zulassen, auch wenn die Handlungen noch so nachteilig für ihn und den Staat sind, weil man das Königtum nicht schwächen möchte; man läßt also den König ruhig seinen gefährlichen Weg weiter schreiten und schwächt das Königtum dadurch erst recht in Gegenwart und Zukunft. Es ist der preußische Adel, der diese achtungswerte, aber unpolitische Auffassung vertritt — er sei widerlegt mit dem Worte des märkischen Edelmannes, das schon einmal wiedergegeben wurde: „Bei allen Völkern tun vor allem not Männer, so treu und unerschrocken vor ihrem Fürsten sprechen.“ An der Unerschrockenheit fehlt es gewiß nicht, denn was heute wirklich konservativ ist, hat von dem Herrscher nichts zu hoffen oder zu fürchten, es steht außerhalb des höfischen Kreises und ist frei und unabhängig, wie nur ein echter Demokrat; ein durch die Entwicklung widerlegter Grundsatz hemmt solche Betätigung, und mit ihm muß gebrochen werden.

Konservative Pflichten

Wenn die konservative Partei einen Reichskanzler oder ein preußisches Ministerium als gefährlich erkennt und sieht, daß die Hand an die Wurzeln des preußischen Staates gelegt wird, dann ist es nicht mit der Abwehr im einzelnen Falle getan, dann heißt es rücksichtslose Opposition betreiben und den Schädling als Schädling kennzeichnen. Wenn der König, gar nicht oder schlecht beraten, Fehler begeht, deren Häufung ihn persönlich und die Krone schädigt, so will das von treuen Männern ausgesprochen sein; denn „ohne die, wo soll er's hören“, sagt der alte Bardeleben.

Man denke sich die Wirkung, wenn Herr von Heydebrand, der Königstreue und Staatsfeste, die tiefsten Beschwerden seiner Gesinnungsgenossen würdig, offen, ungeschminkt und bis aufs Letzte vor dem Parlament zur Sprache brächte und großzügig die Zukunftsfragen Preußens und des Reiches erörterte — könnte das überhört werden? Ein reinigendes Gewitter — oder? Wenn nicht, so fällt die Verantwortung auf die, welche die Reinigung der politischen Atmosphäre verhindern.

Die Konservativen, die sich Herrn von Heydebrand zum Führer gesetzt haben, bewiesen, daß sie freie Männer sind; dann müssen sie sich aber auch frei machen von Parteigrundsätzen, die sich mit den Pflichten gegen Königtum, Volk und Staat nicht mehr vereinigen lassen; sie sollen überzeugt sein, daß nichts ihnen so sehr geschadet hat, als daß sie den Fürsten Bülow nicht offen bekämpft haben, nachdem er die preußische Wahlreform angekündigt hatte. Ein solcher Frevel machte diesen Mann des Tages unmöglich und er mußte beseitigt werden; aber der Kampf mußte offen geführt werden, ohne Scheu vor dem Urteil verführter und mißleiteter Massen, auch ohne Rücksicht auf etwaige Folgen des Reichstagswahlkampfes; das hätte die Partei politisch und sittlich gekräftigt und sie vor dem Vorwurf machiavellistischen Verfahrens sichergestellt.

Volkstümlische Politik treiben steht nicht im Widerspruch mit Königstreue und Staatstreue;

sie sind identisch, und wer solche Politik betreibt, kann über den Schmähruf junkerlicher Reaktion mit der Ruhe des guten Gewissens lachen.

Der Parlamentarismus, wie er bei der Reichsreform eingeführt werden soll, sichert den staatszerhaltenden Kräften den notwendigen Einfluß und entlastet die Krone von einer Verantwortung, die sie in den riesengroß angewachsenen Verhältnissen des modernen Preußens und des Deutschen Reiches nicht allein mehr tragen kann; sie bringt auch eine vernünftige Arbeitsteilung und man sollte denken, daß auch der überzeugteste Konservative sie mitmachen kann.

Die Antisemiten

Was zuletzt von den Konservativen gesagt worden ist, gilt im großen ganzen von den antisemitischen Gruppen und vom Bunde der Landwirte, wiewohl in ersteren auch starke demokratische Strömungen vorhanden sind, und obwohl der letztere nicht Partei ist, sondern ein Verein zur Vertretung der wirtschaftlichen und politischen Interessen der Landwirtschaft.

Die Partei=Antisemiten haben viel gesündigt, und vielleicht haben die nicht unrecht, die da meinen, das Auftreten antisemitischer Parteigruppen, die unter sich in Streit gerieten und vielfach persönlich anrühigen Elementen den Tummelplatz für ihre schädliche Tätigkeit boten, habe dem Judentum mehr genützt als geschadet, indem dadurch die Gebildeten gegen allen Antisemitismus aufgebracht wurden.

Alle Schuld zugegeben, muß aber der Gerechte doch erklären, daß der Partei=Antisemitismus das große Verdienst hat, allem zum Troß die Hand auf die Wunde gelegt zu haben, die das Judentum unserem Volke schlug und täglich von neuem schlägt. Sie haben die judengegnerische Bewegung im Zuge gehalten und doch weiteste Kreise über die Gefahren der Zeit aufgeklärt.

Jetzt wird es ihre Aufgabe sein, auszuharren, bis die

Lösung der Judenabwehr allen Nationalgesinnten aller Stände und Berufe selbstverständlich geworden sein wird. Es ist ein gutes Zeichen, daß die wirtschaftlichen Erfolge der Juden nicht mehr im Vordergrund der antisemitischen Tätigkeit stehen, sondern daß die moralische und nationale Seite der Judenfrage mit größtem Nachdruck betont wird. Das freche Wort, der Antisemitismus sei der Sozialismus der dummen Kerle, ist nie wahr gewesen — jetzt aber, wo der Kampf auf das völkisch=sittliche Gebiet getragen worden ist, darf auch niemand sagen, er ziehe seine Kraft aus dem Reide der im Wirtschaftsleben Unterlegenen oder Zurückgebliebenen.

Die Partei=Antisemiten werden den Anschluß an die Reichsreform finden; die demokratischen Neigungen werden sie, wo solche in ihren Kreisen vorhanden sind, unterdrücken mit dem Hinweis, daß die stärkste Waffe des Judentums die Demokratie der Nichtjuden bildet. Auch müssen sie streben, das Kleinbürgerlich=Enge ihres Auftretens zu überwinden und ebenso groß denkend und weitblickend mit Hand anzulegen, wie sie es tapfer getan haben.

Bund der Landwirte

Der Bund der Landwirte deckt sich personell in sehr großem Umfang mit den Konservativen, wengleich auch Angehörige anderer Parteien und Parteiloze in ihm in erheblicher Zahl vorhanden sind. Er hat unverjähnbare Verdienste um die deutsche Landwirtschaft und ist unserem öffentlichen Leben unentbehrlich geworden. Aber er ist der Gefahr nicht entgangen, im Hinblick auf seine Aufgabe der wirtschaftlichen Förderung seiner Standesinteressen opportunistische Politik zu treiben, die ihn in ein so nahes Verhältnis zum Zentrum gebracht hat, daß man fast ein Umgarntwerden fürchten muß. Der Bund der Landwirte will nationale Politik treiben; so sehr er das Recht hat, zur Erreichung des für die Landwirtschaft Notwendigen sich der Bundesgenossenschaft des

Zentrums im einzelnen Falle zu bedienen, so wenig sollte er sich in ein dauerndes Verhältnis mit dieser nicht unbedingt nationalen Partei einlassen; tut er es doch, so setzt er sich dem Verdachte aus, mehr an die Standesinteressen, als an das große Ganze zu denken.

Die Neigung zu derartig opportunistischer Politik findet sich offenbar nur in wenigen, aber nicht einflußlosen Personen, und man kann hoffen, daß immer stärker werdende nationale Temperament der Bundesmitglieder werde verhindern, daß die Zentrumsfreundschaft in nationalen Fragen die Haltung des Bundes ungünstig beeinflusse.

Die großen Versammlungen nach den letzten Wahlen haben durchweg scharf nationale Töne angeschlagen, und besonders wichtig erscheint es, daß die Judengefahr im vollen Umfange erkannt ist.

Alles in allem: auf den Bund der Landwirte darf man sicherlich bei der Reichsreform zählen.

Der Bauernbund

Die deutschen Landwirte müßten keine Deutschen sein, wenn sie nicht einander in die Haare gerieten; so haben wir den Zwist zwischen dem Deutschen Bauernbund und dem Bund der Landwirte, von dem man nur hoffen kann, daß er bald friedlich-schiedlich und in Ehren ausgeglichen wird. Es kann hier nicht die Aufgabe sein, die Streitpunkte zu untersuchen und ein Urteil abzugeben, aber das darf ausgesprochen werden, daß auf dem außerordentlich wichtigen Gebiete der inneren Kolonisation der Bauernbund den weiteren Blick und die größere Auffassung hat. Wenn gemeinsame Arbeit beide zusammenführt, so werden die Meinungsunterschiede gegenüber der höheren Pflicht zurücktreten und beide werden helfen eine Politik zu treiben, die im besten Sinne Bauernpolitik ist, aber auch den anderen Ständen zum Rechte verhilft.

Die nationale Presse

Auf das tägliche Leben unseres Volkes ist die Presse politisch von viel größerem Einfluß als die Parteien, und es ist oben dargelegt worden, wie gefährlich, ja verderblich es ist, daß der größte Teil unserer Zeitungen sich in Händen befindet, die nicht im nationalen Sinne arbeiten können oder wollen. Man wird sich darauf einrichten müssen, daß alle jüdisch geleiteten und beeinflussten Blätter der Reichsreform mit allen Mitteln entgegenwirken werden; den Kampf mit ihnen müssen die Freunde der Reform auf sich nehmen, wie den mit den übrigen feindlichen Mächten. Aber sie werden darauf rechnen dürfen, daß die nationale Presse, deren Verdienste um die deutsche Sache oben hervorgehoben wurden, die Bundeshilfe nicht versagt. Die zum Kreise der nationalen Presse gehörigen Zeitungen werden natürlich nach ihrem Standpunkt die eine oder die andere Reformmaßregel mehr oder weniger freudig aufnehmen oder bedenklich finden, aber der nationale Instinkt wird ihnen sagen, daß man sich nicht zersplittern darf, indem man sich an den mißliebigen Vorschlägen festbeißt, sondern daß bei Übereinstimmung über das Ziel der Reform eine Verständigung über die Wege dahin herbeigeführt werden kann. Alle gesunden Kräfte unserer Publizistik werden mitarbeiten müssen, und sie werden es tun können in der Überzeugung, daß noch nie ein notwendigerer, noch nie ein heiligerer Kampf für unser Volk geführt worden ist, als der, der es vor dem Chaos retten soll.

Die Parteilosen

Fassen wir das Ergebnis dieser Erörterungen zusammen, so kann man die Gruppierung der Helfer und Gegner ziemlich klar übersehen, soweit die heutigen Parteiverhältnisse in Betracht kommen; aber das würde noch kein richtiges Bild ergeben, denn zwei Umstände müssen noch berücksichtigt werden: die unbestrittene Tatsache, daß wir Millionen von Bürgern haben, die sich zu keiner Partei bekennen,

und sodann die Sehnsucht auch der Angehörigen bestimmter Parteien, aus der Parteipolitik herauszukommen.

Ohne sich ins Ungewisse zu verlieren, wird man annehmen können, daß die überwältigende Mehrzahl der Unabhängigen im Lande, die zu keiner Partei gehören, die Politik der Reichsreform begeistert mitmachen würde; die Zahllosen, die sich durch ein Programm nicht binden lassen, werden erkennen, daß es hier aufs Ganze geht; sie sind ganz gewiß keine Feinde des Staates und auch nicht international Verführte, denn die Parteien solcher Richtung reißen die Gesinnungsgenossen an sich. Sie sind entweder bisher gleichgültig gewesen, oder zu selbständig für die Unterwerfung unter bestimmte Programme, oder verstimmt über den Bank der Parteien und die Mißerfolge des jetzigen Regiments. Die Reichsreform ist die Politik der Selbständigen; der Kampf um sie wird unser Volk schütteln und rütteln, so daß es Gleichgültige nicht mehr gibt, und alle Verstimmung wird weichen, wenn dieser Kampf um die Zukunft des deutschen Volkes aufgenommen wird. Hier also sind Bundesgenossen in Masse zu finden, und eine andere Reserve stellen die Parteimitglieder dar, die sich so viel eigenes Urteil und geistige Selbständigkeit bewahrt haben, daß sie, wenn es sich um Großes handelt, ihren eigenen Weg gehen; man wird dabei insbesondere an die Angehörigen des rechten Flügels der Nationalliberalen und an die konservativ gerichteten Anhänger des Zentrums denken dürfen.

Will man den Kreis der Helfer genauer umschreiben, so wird man sagen dürfen: der ganze standesbewußte Mittelstand, soweit er national ist und sich der jüdischen Vormundschaft entzogen hat, und die echte Aristokratie werden im Bunde mit der nationalen Presse die rettende Tat unter der Führung der Krone vollbringen und unserem Volke die Reichsreform erstreiten.

Die Krone

Unter der Führung der Krone!
Darin liegt das Schicksal, ob die Krone die Zeit erkennt mit ihren harten Notwendigkeiten und den Entschluß faßt, alle Pflichten treu und unerschrocken auf sich zu nehmen, die die Notwendigkeit ihr auferlegt. Denn den Gedanken muß man aufgeben, daß ohne sie oder gegen sie die Reform begonnen und durchgesetzt werden könnte — den Traum einer rettenden Tat von unten wird keiner träumen, der unser Volk kennt und den Einfluß der Monarchie, wie der staatlichen Organisation richtig einschätzt. Also: weder ohne noch gegen die Krone werden wir die Besserung erreichen — aber, wenn wir dies mit solcher Bestimmtheit erklären, müssen wir mit derselben Entschiedenheit aussprechen: versagt die Krone dieser Pflicht gegenüber, so besiegelt sie ihr eigenes Schicksal mit dem des Volkes. Das Chaos kennt keine Kronen; bricht es über das Volk der Deutschen herein, so verschlingt es alles Ragende — mit den Ragenden des Verdienstes auch die der Geburt.

Die Krone ist die geborene Führerin in diesem Daseinskampfe, und sie müßte diese Aufgabe übernehmen, auch wenn sie nicht ihr eigenstes Interesse dabei zu wahren hätte. Denn Fürst sein, heißt der Erste sein, nicht im Genießen, nicht im Erheben von Ansprüchen, sondern im Opfern und Leisten; die geschichtliche Entwicklung des deutschen Herrschertums weist uns darauf hin, daß einst — vor der Erblichkeit des Königs- oder Herzogsamtes — der von den gleichberechtigten Volksgenossen auf den Heerschild erhoben wurde, der der Tapferste war, der als Erster im Streite sich bewährt hatte. Dieser sittliche Grundgedanke des deutschen Fürstentums ist lange Jahrhunderte zurückgetreten, ja in der Zeit des Absolutismus ganz vergessen worden. Aber es klingt wie die Erinnerung an die Tage der deutschen Heldenzeit, wenn der Große Friedrich, der absolute König von Gottesgnaden, sich selbst den ersten Diener des Staates nennt; er ist es gewesen und mit ihm die wahrhaft Schöpferischen seines Hauses,

der Große Kurfürst, Friedrich Wilhelm I. und Kaiser Wilhelm I. Auf ihren Leistungen beruht die unvergleichliche Stellung des preußischen Königtums, auf der freiwilligen Anerkennung des Volkes, daß diese Obersten im Staate auch die Besten waren.

Die Zeiten des Gottesgnadentums im landläufigen Sinne sind vorüber; die Kritik leuchtet in alle Winkel der Entwicklung und der tatsächlichen Zustände, sie prüft die Berechtigungen und fragt, wenn sie ungeschichtlich und lieblos ist, nur danach, ob das Bestehende zweckmäßig und vernünftig ist; hat sie Achtung vor dem Gewordenen, so fragt sie doch, ob es dem Wohle des Ganzen am besten dient oder ob nicht Besseres gefunden werden könnte.

Weil sie nun dem Wohle des Ganzen am besten gedient hat, deshalb ist die Monarchie die Staatsform, die von der überwältigenden Mehrheit der Deutschen dieser Zeit als die dem deutschen Wesen entsprechendste aus freier Überzeugung anerkannt wird; man möchte hoffen, daß niemals der Zweifel entsteht, ob nicht eine andere Staatsform dem Wohle des Volkes zuträglicher wäre. So fest gegründet die Treue der Deutschen zu ihren Oberhäuptern durch das Verdienst großer Ahnen dasteht, so unerschütterlich ihre Anhänglichkeit an die lebenden Erben solcher Verdienste erscheint — man wird, wenn man die Entwicklung unseres Geschlechtes ins Auge faßt, nicht zu bestreiten wagen, daß gehäufte Fehler der Krone und dauernde Untüchtigkeit ihrer Träger dahin führen könnten, daß unser Volk sich fragt, weshalb es eine Staatsform weiter hinnehmen soll, die es zwingen will, ein unbrauchbares Oberhaupt zu ertragen. Wem das einzigartige Verhältnis des preußischen Volkes zu seinem Königshause ans Herz gewachsen ist, der wird keinen besseren Wunsch haben, als den, daß das Schicksal uns in alle Zukunft solche Zweifel, solche Fragestellung erspare.

Mit seinen Königen ist Preußen groß geworden, ja geradezu durch die großen unter ihnen; durch Wilhelms des Siegreichen Verdienst ist das Kaiseramt das edelste geworden,

so weit wir Umchau halten unter den Völkern der Erde; mögen seine Erben wahren, was er seinem Volke und ihnen hinterlassen hat!

Damit dies werde, und damit für alle Zeit das Kaisertum unangetastet bleibe von den Zweifeln eines unbefriedigten Volkes, muß es erfüllt sein, von dem sittlichen Grundgedanken deutschen Fürstentums: am treuesten, am tapfersten, am opferwilligsten zu dienen. Wer höchste Rechte hat, hat höchste Pflichten; wer höchste Freiheit hat, ist der Gebundenste der Pflicht; wer den höchsten Befehl führt, muß sich selbst am meisten gehorchen, d. h. dem kategorischen Imperativ in sich.

Der Kaiser

Dies Buch ist veranlaßt durch die politische Zerrüttung unseres Volkes, die zum guten Teile das Ergebnis ungezügelter Entwicklungsvorgänge ist, zum anderen Teile aber darauf zurückgeht, daß unser Geschlecht unbefriedigt ist von der Art, wie seit mehr denn zwei Jahrzehnten die Geschicke des Deutschen Reiches geleitet werden. Wir haben die Unzulänglichkeit der obersten Beamten kennen gelernt und wissen, daß auch die politischen Parteien des Reichstags schwere Schuld auf sich geladen haben — so groß das Sündenregister beider auch ist, vor der Gegenwart und vor der Zukunft steht der Träger der Krone als der erste Verantwortliche da. Das entspricht der Stellung des deutschen Kaisers, und er hat es auch selbst gewollt; die Kanzler verschwinden, wie sie gekommen sind, und die verderblichen Parteiführer tauchen unter in der Vergessenheit. An weithin sichtbarer Stelle aber steht der Kaiser; er ist der Bleibende — wäre er auch „der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht“! Hat er Unglück in der Wahl seiner Berater — ihr Ungeschick belastet ihn; läßt er sie eine Politik treiben, die den elementaren Wünschen der Besten im Volke entgegenhandelt — der Mißerfolg belastet ihn; treibt er selbst eine Politik, die zum Unheil ausschlägt — trifft ihn die Schuld;

beläßt er Mutlose im Amte, die den Entscheidungen ausweichen — ihn trifft der Vorwurf mangelnder Entschlußkraft. Kurz, wie der glückliche Herrscher den Ruhm genießt, so sammelt aller Tadel sich auf das Haupt des Erfolglosen. Und das von Rechts wegen, solange nicht eine Teilung der Verantwortlichkeit zwischen Kaiser und Volk vorgenommen worden ist; denn, wie jetzt die Dinge verfassungsmäßig und tatsächlich im Deutschen Reiche liegen, ist der Kaiser der wirkliche alleinige Träger unseres Schicksals — die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit des Reichskanzlers steht auf dem Papier. Mit was aber haftet der Kanzler im schlimmsten Falle? Mit seinem Namen vor der Geschichte. Der Kaiser aber haftet mit dem Kaisertum selbst.

Man weiß, daß mehrmals schon der Unwille des Volkes sich über allzu schwere Fehler der kaiserlichen Politik laut entladen hat; das ist nicht leicht zu nehmen, denn jeder derartige Ausbruch rüttelt an den Grundfesten, die unerschütterlich bleiben sollen.

Kein Zweifel: Kaiser Wilhelm II. hat ausgesprochenes Unglück in der Wahl seiner obersten Berater; kein Zweifel auch, daß er als Herrscher selbst kein Glück hat. Worin sein Verdienst dankbar anerkannt wird, in der Schaffung der deutschen Flotte, hat er doch die Zweifel gerade derer gegen sich, die am eifrigsten für die Seerüstung eingetreten sind, ob er von diesem Machtmittel Gebrauch machen werde; die Demütigungen des letzten Herbstes haben diese Zweifel verstärkt, und gerade die treuesten Freunde des Kaisertums fragen, wie diese Sorgen zum Schweigen gebracht werden können.

Sie fragen sich weiter, ob der Kaiser Einblick hat in die großen Fragen der Zeit, die der Entscheidung entgegenreifen? Ob all die Gefahren, die der sorgende Patriot längst erkannt hat, von seinem Kaiser auch gesehen werden — und der Frager kann sich selbst keine beruhigende Antwort geben, wenn er sieht, daß nichts geschieht, um den Gefahren zu begegnen.

Was wollt ihr ewig Unzufriedenen? Der Kaiser ist ein moderner Mensch, der seinen Verkehr ohne Voreingenommenheit wählt, und mit dem Leben des Volkes durch seine außeramtlichen Vertrauten in steter Berührung gehalten wird. Mag sein, daß heute am Kaiserhofe weniger nach Rang und Geburt gefragt wird, als je zuvor — kein Gewissenhafter kann deshalb den Eindruck gewinnen, daß durch die minder aristokratisch gewordene Umgebung des Herrschers die Verbindung mit dem Volke verbessert worden sei; man kann nicht anders, als das Gegenteil annehmen. All sein Verkehr mit den seiner Gunst gewürdigten Emporgekommenen bringt dem Kaiser die Sorgen des Volkes nicht vor das Ohr und sagt ihm nichts von den Nöten der Zeit.

Das aber ist das Schlimme: den Ernsten ist der Kaiser unnahbar, seinen treuesten Getreuen, den deutschen Männern von Adel des Blutes, der Gesinnung und der Leistung, die ihm sagen möchten, was jetzt zur Entscheidung drängt, die ihm raten möchten, wie sie herbeiführen, die ihm helfen möchten, sie glücklich zu lösen. Versuchte es einer — er müßte erfahren, daß der Kaiser nur für die zu sprechen ist, die er ruft. Und doch hatte er in seinen jungen Jahren verkündet, daß seine Türe jedem seiner Untertanen offen stehe. Das klang schon patriarchalisch=überlebt, mochte aber hingenommen werden, wenn es in Erfüllung ging, obzwar die Männer, die von ihrer Pflicht getrieben das Ohr des Kaisers suchten, sich nicht als Untertanen gefühlt haben werden, sondern als freie Bürger. Aber es ging nicht in Erfüllung — oder soll man diese darin finden, daß die zum kaiserlichen Verkehre Zugelassenen im Wortsinne „Untertanen“ sind?

Das Eigentümliche steht fest: kein absoluter Fürst war seinen Getreuen so unnahbar, wie dieser konstitutionelle Herrscher, und es ist, als ob der Hof sich für die Preisgabe gewisser Herrscherrechte durch die Verfassung habe entschädigen wollen durch ein Zeremoniell, das die Stellung des Herrschers durch Außerlichkeiten zu steigern suchte. Das ist ein Widerspruch in sich, der sich

rächen wird, und man soll nicht vergessen, daß durch äußerliche Mittel die Stellung der Krone sich weder heben, noch halten läßt. Sie ruht in der Tüchtigkeit des Herrschers und in der Überzeugung des Volkes, daß er es am ernstesten nimmt mit seinem Wohle, daß er der Erste in Sorgen und Mühen sei, der unermülich dienende, der opferwilligste im Entsagen. Wenn diese Überzeugung ins Schwanken geraten ist, wird sie durch keinen höfischen Prunk, durch keine üppige Prachtentfaltung gestützt, sondern nur durch neue Leistungen, durch neue Taten.

Der Zustand

Sind wir so weit schon? Ja und nein. Ja insoweit, als das Ansehen, das Kaiser Wilhelms I. Verdienst der Krone verliehen, schon schwere Einbuße erlitten hat — nein um deswillen, weil Geduld die Frucht der Liebe und Treue des Volkes ist; und die Geduld ist angebrochen zwar, aber nicht erschöpft.

Noch ist es Zeit, durch neue Taten schnell vergessen zu machen, was in zwei Jahrzehnten gefehlt wurde. Es heißt eindringen in den Kern der Zeitfragen auf sittlichem, wirtschaftlichem, sozialem Gebiete und dem der Machtpolitik; es heißt entschlossen Stellung zu ihnen zu nehmen und sie in Gutem oder Bösem zur Lösung zu bringen. Es gilt, die Männer ans Werk zu rufen, die mehr sind als Beamte, mehr als Virtuosen des bureaukratischen Apparates, mehr als Diplomaten. Staatsmänner braucht unser Volk, sie braucht der Kaiser als Helfer, und er wird sie finden, wenn er sein Urteil auf den Charakter baut.

Es hieße verzweifeln an der Zukunft unseres Volkes, wenn man nicht sicher wäre, daß es genügend Männer zählt, die zur kraftvollen Leitung seiner Geschicke befähigt sind; die bis jetzt geübten Methoden der Auslese von oben und von unten sind falsch und man muß ein anderes Verfahren einschlagen. Das ist gewiß: wenn der Herrscher Männer um sich haben will, so hat er sie.

Der Kronprinz

In so besonderer Zeit richten die Augen sich auf den, der der Krone am nächsten steht; denn man muß, um auf alles vorbereitet zu sein, damit rechnen, daß eine Umkehr des Herrschers nicht eintritt. Dann wächst der Schaden und die Aufgabe des Nachfolgers wird schwerer — also muß seine Kraft größer sein, um sie zu lösen, und er wird erst recht sich vertiefen und einarbeiten müssen in all die Aufgaben, die seiner harren. Für ihn als den zukünftigen Kaiser gilt alles, was von dem Herrscher selbst gesagt worden ist; auch von ihm wird verlangt, der Erste zu sein in Wollen und Vollbringen, und der Ernst seines Berufes kann ihm gar nicht früh genug zum Bewußtsein kommen. Denn es bleibt wahr: wirklich herrschen heißt entsagen, arbeiten und dienen. Glänzende Vorbilder bieten die Großen des Geschlechts der Hohenzollern dem Nachfahren. Um vom alten Fritz und dem Großen Kurfürsten zu schweigen, wie hat Wilhelm I. an seiner militärischen Ausbildung von Jugend an gearbeitet, wie ist er eingedrungen in die Lebensfragen seines Heeres, wie hat er bis ins höchste Alter jede neue Angelegenheit des politischen Lebens verfolgt und erfaßt. Man denke auch an einen viel zu wenig Gewürdigten des Hauses, den Prinzen Friedrich Karl, der den Kenner seines Lebensganges mit Bewunderung erfüllt; es ist ergreifend zu sehen, wie er an sich arbeitet, selber sein strengster Richter, aber in früher Jugend ein fertiger Mann, als er von seinem König gerufen wird, das preußische Heer zu führen.

„Genie ist Fleiß,“ sagt Goethe, von sich selbst auf die Allgemeinheit schließend, wohl nur mit sehr bedingtem Rechte — aber ohne Fleiß keine bleibende Tat. Die Kunst des Herrschers läßt sich ebensowenig improvisieren, wie die des Staatsmannes und des Feldherrn; sie will erarbeitet sein.

Ein jeder gönnt dem Kaisersohn den Genuß der Jugend — aber er wird dabei sagen: der Erbe des Thrones ist so wenig Privatperson, wie es der Herrscher selbst in einer Stunde seines Lebens ist. Herrschen heißt entsagen und dienen.

Nun steigt gerade in den Kaisertreuen der Zweifel auf, ob das, was durch die Zeitungen über die Beschäftigung des Kronprinzen bekannt wird, entfernt geeignet sei, ihn für seinen künftigen Beruf vorzubereiten, der Schwerstes von ihm verlangen wird. Sport ist gut und gesund als Erholung und um den Körper frisch zu erhalten, damit der Geist arbeiten kann — aber gleichsam als Haupttätigkeit wird er einem Thronerben selbst dann nicht zugestanden werden können, wenn dieser durch die Ausübung des Sportes die Gelegenheit sucht, sich gewissen Reibungen zu entziehen, die in der Nähe des Thrones nicht zu vermeiden sein sollen. So lieb und wert uns die Persönlichkeit des Kronprinzen ist, so haben wir doch das Recht, darauf aufmerksam zu machen, daß eine Rede mit dem Bekenntnis völkischer Gesinnung und eine feste politische Demonstration noch nicht genügen, um die Zweifel in bezug auf seine Neigung zu ernster Arbeit zu zerstreuen; was über die Nichtausübung seiner derzeitigen militärischen Stellung durch die Presse geht und was offenbar unbestreitbar ist, muß im Gegenteil diesen Sorgen neue Nahrung geben, und man möchte wünschen, daß beizeiten dem Kaisersohne ein Berater sich beigesellt, der ihn das Gebot der Pflicht kennen lehrt.

Es gibt ein schönes Wort von Montesquieu, das sich im Esprit des lois findet; er sagt: „Das Volk in Deutschland ist gut; es hofft immer, und es kam kein neuer Fürst, daß es nicht glaubte, der wird's besser machen als der alte.“ Wie gut das deutsche Volk ist, mag man daraus ermessen, daß es zahllose Enttäuschungen hingenommen hat und doch die Treue hält. Aber die Zeiten haben sich gewandelt, und kein fürstliches Haus sollte es darauf ankommen lassen, die getäuschten Hoffnungen zu vermehren. Es ist auch kein Mensch so hochgefürstet, daß er auf die Anerkennung seiner persönlichen Tüchtigkeit, persönlicher Leistungen verzichten kann. Ohne lehrhafte Überhebung darf der Freund des Hauses Hohenzollern dessen zukünftigem Haupte die Mahnung Schillers in Erinnerung bringen:

Wer etwas treffliches leisten will,
Hätt' gern was Großes geboren,
Der sammle still und unerschlaft
Im kleinsten Punkte die größte Kraft.

Aus dem Poetischen ins Praktische übersetzt heißt dies:
Das Detail kennen, lieben, beherrschen lernen.
Wozu der junge Fritz von seinem Vater gezwungen wurde,
das tue sein Nachfahre heute aus freiem Entschluß, und er
wird den Segen der Arbeit kennen lernen und erfahren, daß
sie erst die Sicherheit verleiht, deren die Hochgeborenen mehr
bedürfen als jeder sonst.

Der Kaiser als Führer

Es ist einer der schönsten Züge des deutschen Volkscharakters,
daß die Mannentreue sich über alle Stürme einer schwe-
ren Entwicklung erhalten hat, obwohl sie durch das Unrecht
und den Druck von oben oft auf harte Proben gestellt worden
ist; bei genauem Hinsehen wird man finden, daß sie in unseren
Zeiten wieder neugeboren oder jedenfalls aufgefrischt worden
ist durch die herrliche Persönlichkeit des ersten Wilhelm und
seine wundervolle Bornehmheit, durch seine Treue zu seinen
Getreuen. Das Bedürfnis lebt heute noch in den
Besten unseres Volkes, einem starken, tüchtigen
Führer zu folgen; alle, die unverführt geblieben sind von
den Lehren undeutscher Demokratie, sehnen sich danach, nicht
weil sie knechtisch gesinnt wären oder characterschwach, sondern
weil sie wissen, daß Großes nur bewirkt werden kann durch
die Zusammenfassung der Einzelkräfte, was sich wiederum
nur durch die Unterordnung unter einen Führer erreichen läßt.

Ein Glück für unser Volk, wenn in dem Träger
der Krone dieser Führer ihm erstünde.

Die Helfer

Doppeltes Glück, wenn ihr jetziger Träger die Fühlung mit
seinen wahren Getreuen sucht; er wird sie leicht finden
und dann erleben, was die Zusammenarbeit von Fürst und

Volk zuwege bringt. Die Zeit drängt. Alles, was Pflichtbewußtsein hat, soll sich verbinden: Der deutsche Kaiser, ihm zur Seite Staatsmänner in des Wortes edlem Sinne, und mit ihnen alle Gesundgebliebenen im Volke, sie schreiten ans Werk und führen es aus!

Den schwachen Herzen, die zwar wissen, was unserem Vaterlande heute not tut, die den Kampf aber scheuen und auf ein Wunder sündhaft warten, sei zugerufen, was ein feuriger Patriot einst dem zaghaften Bruder antwortete. Als die besten Männer Italiens die Einigung und Rettung ihrer zerrissenen Heimat vorbereiteten und alles gar zu langsam ging, schrieb Florestan Pepe seinem ungeduldigen Bruder Wilhelm, um ihn zu trösten und zur Geduld zu mahnen: „Wir harren auf die Erfüllung der Zeiten.“ Der aber entgegnete ihm in stürmischem Ausbruch: „Die Menschen sind die Zeiten.“

Die Menschen sind die Zeiten; sie sind die Träger ihres Geschickes, die Gestalter ihrer Zukunft. Was man so oberflächlich-tief „Entwicklung“ nennt, ist nichts Mystisches, keine geheimnisvolle Kraft im Sinne des Schicksals der griechischen Tragödie — es ist Menschenwerk. Wir lassen uns nicht äffen von dem Schlagwort Zeitgeist oder Entwicklung und zerstören seinen Nimbus, indem wir sagen: sind die Menschen tapfer und gut, so sind Geist und Entwicklung ihrer Zeit gut — sind sie feige und schlecht, so sind es auch jene.

Die Menschen sind die Zeiten!

Wenn wir erst erkannt haben, an welchen Mängeln unser sittliches, staatliches, wirtschaftliches und persönliches Leben leidet, dann ist das Spiel gewonnen, denn die Mehrzahl der Deutschen ist noch tapfer und gut. So rufe man sie auf zum Kampfe um die Zukunft und freue sich, wenn ihr Blut durcheinander getrieben wird durch den Kampf; sie sollen gerüttelt und geschüttelt werden, damit sie aufwachen aus dem nationalen Halbschlaf, der den schädlichen Mächten das Feld überläßt.

Nichtstun, gewähren lassen ist sicheres Verderben — der Kampf ist der Vater aller guten Dinge; nach ihm brennen die Treuesten und Besten im Lande, und wer unser Volk in allen Schichten und Ständen, in Stadt und Land, in allen Teilen des Vaterlandes kennt, darf mit gutem Gewissen sagen: es ist nicht wahr, daß wir ein ruheselig Geschlecht seien, nur dem Wohlleben, dem Gewinn und den kleinen Zwecken des Tages lebend — trotz aller derer, die so tun. Wenn heut ein Geist herniederstiege, einer der Schöpfer unseres Deutschen Reiches, er würde allzu vieles finden, was ihn erschreckte; vieles, was er sich anders gedacht; viele, die er verwerfen müßte — und ihm würde angst werden um sein deutsches Volk. Aber er würde auch finden, daß der deutsche Idealismus noch nicht erstorben ist, und daß, die von ihm erfüllt sind, Männer und Frauen, im stillen vorbereiten in Gedanken und Wünschen, was Rettung bringt; wenn er dann wiederkehrt in die Ewigkeit, könnte er sprechen:

Nicht rühmen kann ich, nicht verdammen,
Untröstlich ist's noch allerwärts;
Doch sah ich manches Auge flammen
Und klopfen hört' ich manches Herz.

Er hätte recht, dieser Bote der Ewigkeit, und könnte den Schöpfern des Reiches melden: die flammenden Augen, die pochenden Herzen dort unten verlangen nach der Tat, ersehnen den Führer und verheißen die Rettung der Deutschen.

Wenn ich der Kaiser wär'.

Herrscher und Volk

So ist dies Buch genannt — aber mit welchem Rechte? Vom ersten bis zum letzten Worte spricht es davon, wie ein Einzelner die gegenwärtige Lage des deutschen Volkes und Reiches sieht, und was er für nötig und geeignet hält, den von ihm festgestellten Mängeln abzuhelpfen. Will dies alles sagen: Ich, wenn ich der Höchstgestellte im Vaterlande wäre und die Macht der Initiative besäße — ich würde so handeln, wie dies Buch es empfiehlt?

Nicht mehr und nicht weniger sagen Titel und Inhalt zusammen. Ein Herrscher soll im Frieden leben mit seinem Volke — du aber predigst den Kampf. Ein Herrscher soll sich in Übereinstimmung befinden mit den Besten seines Volkes, mein' ich dagegen, und Frieden nicht halten, wo er Verderben bedeutet.

Wie man Krankheiten und Verbrechen bekämpft und den verheerenden Naturgewalten zu wehren sucht, so müssen auch die moralischen und politischen Gebrechen der Allgemeinheit bekämpft werden, damit sie nicht überhand nehmen. Wer gibt das Recht dazu, dem Widerstand entgegenzusetzen, was die Mehrheit will, oder das zu ändern, was der Mehrheit gefällt und ihr nicht anstößig ist?

Das Volk im politischen Sinne sind wir alle, vom Kaiser herunter bis zum geringsten Manne, und die Volksgemeinschaft findet ihre Grenzen erst gegenüber Fremdvölkischen — im Sinne der höchsten sittlichen und politischen Werte und der letzten Verantwortlichkeit sind Volk nur die Besten, die Erkennenden, Opferwilligen, von Selbstsucht Freien, die Diener der Gesamtheit, deren Tun und Lassen den Eindruck bestimmt, den die Gesamtheit einer Zeit auf die Mitlebenden macht und der Nachwelt hinterläßt. Das ist wieder nicht Dünkel und Überhebung, sondern eine Feststellung, die dem Kenner der Geschichte nichts Neues ist

für die Vergangenheiten; man soll nur den Mut haben, sie auch vor der Gegenwart auszusprechen. Wenn man sich zu dieser Auffassung bekennt, wo es um die letzten politischen und sittlichen Werte geht, dann ist man gefeit gegen das Urteil der Anbeter der Masse und denkt mit Friedrich Schiller:

„— wer den Besten seiner Zeit genug
Getan, der hat gelebt für alle Zeiten.“

Herrscher und Helfer

Wenn ich der Kaiser wär', würd' ich so denken, und ich würd' mir die Besten suchen und sie mir zu Helfern gewinnen, um mit ihnen zu raten und zu taten fürs gemeine Wohl.

Das ist die Aufgabe des Kanzlers und der Minister, und unverantwortliche Ratgeber sind immer vom Übel.

Schon recht — aber alle Kanzler in zweiundzwanzig Jahren haben nichts getaugt, und die Minister, trotzdem manch' tüchtiger und für Größeres brauchbarer Mann unter ihnen war und noch ist, haben Fruchtbares, Heilsames nicht leisten können, weil der leitende Wille gefehlt hat; an die ernstesten Fragen haben sie gar nicht herangekonnt, so daß man nicht einmal weiß, ob ihnen bekannt ist, was heute auf dem Spiele steht.

In dieser Form hat die oberste Bureaucratie versagt. Wenn ich der Kaiser wär', würd' ich zu ihr sprechen: ihr habt euch daran gewöhnt, zu verwalten, statt zu regieren; verwaltet ruhig weiter, indes ich sehe, wo ich mir Rates erhole.

Dann würd' ich erkunden, wer in den zwei Jahrzehnten, seit der Eine, der Große ging, öffentlich, sei's in den Parlamenten, sei's in freien Versammlungen, sei's in der Presse oder sonst durch die Schrift, an meinen Handlungen Kritik geübt hat, aber nur solche würd' ich beachten, die das öffentlich taten.

Dann würd' ich prüfen, wo franke Liebe, Sorge oder Schmerz das Urteil bestimmt haben; dann wüßte ich, wo ich

sie zu suchen hätte, die Positiven und Reformbereiten. Zu ihnen nähm' ich die Besten aus allen Ständen und Berufen, die durch das Urteil ihrer Genossen zu führender Stellung bestimmt sind, Industrielle, Kaufleute, Gelehrte, Männer der Selbstverwaltung und die hellsten Köpfe des Heeres und der Presse. Die alle ließ' ich mir kommen zu freier Aussprache mit der Pflicht, mich nicht zu schonen und nach reinstem Gewissen die Wahrheit zu sagen; mit denen pflöge ich Rates und ließe mich unterrichten über alles, was vorgeht im gesamten Volke.

Also nicht nur die verantwortlichen obersten Beamten beiseite geschoben, sondern auch den Reichstag? Auch ihn, und ich würde jedem Vorwurf mit der Frage begegnen, wo er mir, seit ich Kaiser, recht geraten, wo er mich gerecht beurteilt habe?

Mit meinen Helfern nun, dem Parlament der Besten, würde ich die ganze deutsche Welt durchprüfen, nach ihrem Rate weiteren Rat erholen, und endlich den Plan entwerfen lassen, nach dem ich die Reform betriebe.

Nennt's Reichsrat, Volksrat, oder wie ihr wollt; dieser enge Kreis von Wissenden würde mich wiederum die Allerbesten, Entschlossensten und Brauchbarsten kennen lehren, und ich wüßte nun, wer meine Minister würden.

Kaiserpflcht

Sätte ich sie gefunden, so verbänd' ich mich ihnen, wie Wilhelm I. sich Roon, Moltke und Bismarck verbunden hat, und ich ginge mit ihnen an die Arbeit.

Eines wäre das oberste Gesetz: kein Stückwerk! Alles was nach Reform verlangt, müßte gebessert werden, alles Gesunde gekräftigt, alles Faule beseitigt, alle heilbaren Schäden behandelt werden.

Das zweite Gebot wäre: Durchhalten!

Kein Geschrei der andersgesinnten Presse, kein Murren der Masse darf Den beirren, der für die Zukunft seines Volkes kämpft, und mit unbeugsamem Willen, mit eisernen Nerven müßte im Streite aushalten, wer ihn begonnen.

Die Losung aber, die ich allen gäbe, die ich zu Bundesgenossen werben wollte, sollte lauten: Deutschland den Deutschen — gesunde Deutsche der Ewigkeit.

Wer aber kommen sollte, um mich zu warnen, wer mich hinwies auf die Gefahr so gewaltigen Unternehmens, dem zeigt' ich das Bild Kaiser Wilhelms I. und spräche: wie dieser, mein Ahne, Mut und Entschluß fand, sich mit fast allen in seinem Volke in Widerspruch zu setzen, um den preussischen Staat zu retten, so erkenne ich die Kaiserpflicht, viel Schwereres auf mich zu nehmen, und ich bin gewiß, die Geschichte wird mich rechtfertigen wie ihn.

Wer mich aber trotzdem warnte vor dem Hasse der Widerstrebenden, vor dem Abfall für treu Gehaltener, vor den Zweifeln in der eigenen Brust, dem würd' ich entgegenen, daß ich auch alles das tragen wolle und werde, mit meinem Gewissen im reinen —

„Denn wer den Sinn aufs Ganze hat gerichtet,
Dem ist der Streit in seiner Brust geschlichtet.“

Das Ganze aber wäre mir: Des deutschen Volkes Ewigkeit, für die zu leben und zu sterben des rechten Kaisers Pflicht ist.

Absicht und Anlaß

Wir sind am Ende; der Weg ist durchmessen von der freudlosen Gegenwart bis in die erhoffte bessere Zukunft. Manches harte Wort ist gesprochen und noch härtere Taten sind verlangt worden. Viele werden höhnen und spotten über die Gewaltjamkeit der Kur, die unserm Volke helfen soll — viele sagen, daß das Bild verzerrt sei, das ich entwarf — noch mehr aber werden meinen Rat verwerfen, weil er Unmögliches verlange.

Ich lasse sie höhnen und spotten, zürnen und verwerfen, denn ich weiß, daß die Dinge so sind, wie ich geschrieben — wie sie anders gebessert werden könnten, als ich empfehle, weiß ich aber nicht. Möglich, daß in dieser oder jener Einzelheit

mein Blick nicht ganz klar war, daß hier oder dort ein milderer Urteil, für dieses oder jenes Gebrechen ein milderer Mittel angezeigt erscheint — im ganzen habe ich richtig gesehen, im ganzen glaube ich richtig geraten zu haben.

Die Erfahrungen des Tages hab' ich hier niedergelegt, gewonnen in einem an Kämpfen und Enttäuschungen reichen Leben, das sich doch aber nicht hat brechen lassen; meine Heilmittel sind so gewählt, wie sie den festgestellten Leiden entsprechen.

Kein wissenschaftliches Werk wollte dies Buch werden, auch kein in allen Einzelheiten ausgearbeitetes politisches Programm liefern; es will der Zeit den Spiegel vorhalten, damit man sehe, wie die Dinge heute sind, und es will die Richtung des Weges zeigen, der nach meiner Überzeugung zur Besserung führt.

Mehr will ich fürs Erste nicht, als daß alle, die wie ich sorgenvoll sind, prüfen und bedenken, was hier geschrieben ist, und bessere Vorschläge machen, wenn sie sich finden lassen; je milder die Mittel, um so lieber soll es mir sein — aber wirken müssen sie, sonst seien die schärferen gewählt.

Wer ist nun der, der hier zu Gericht zu sitzen wagt über ein ganzes Volk? Einer, der sein Volk liebt.

Wer gibt ihm das Recht, zu urteilen und zu verlangen? Die Liebe.

Was treibt ihn, ungefragt seine Meinung zu offenbaren? Der Schrecken der Einsamkeit.

Dies Buch schrieb einer von denen, die mundtot gemacht sind vor den Souveränen des allgemeinen gleichen Wahlrechts, weil sie die Wahrheit nicht hören wollen; und vor den Hochgestellten zugleich, weil denen der Mut fehlt, der Wahrheit ins Angesicht zu schauen.

Wißt ihr, wie diesen Einsamen zu Mute ist, die helfen möchten und Gehör nicht finden?

Kein Schrecken gleicht heute der Einsamkeit jener Unerhörten, der moralischen, geistigen, politischen

Einsamkeit aller derer, die sich klar geworden sind über den wirklichen Zustand unseres Vaterlandes und seiner Menschen, und die mutig genug sind, sich nicht mehr selbst zu belügen.

Die Schicksalsfrage

Wer diese Einsamkeit kennt, weiß, daß der alte Cato kein Narr war, auch nicht an einer fixen Idee litt, als er seine Römer mahnte und immer wieder mahnte mit zürnenden Worten. Sie haben ihn nicht gehört, und das Schicksal ging seinen Gang bis zu dem furchtbaren Chaos, dem gesunde Germanen ein Ende bereiteten.

Sollen auf deutschem Boden die Menschen germanischen Blutes ähnlichem Schicksal verfallen, weil sie nicht hören wollen?

Wenn wieder das Chaos kommt, wo sind die Gesunden, die es zur Ordnung zwingen und bändigen?

Was wird aus der Welt, wenn die Deutschen verderben? Denkt diese Gedanken durch, und ihr begreift, daß, wer sich jahrelang mit ihnen getragen hat, Genossen sucht, um der Einsamkeit zu entgehen. Genossen nicht der Verzweiflung, nicht des Entjagens — Genossen des Erkennens und der Arbeit.

Jedes Wort dieses Buches spricht von dem Glauben an die Ewigkeit unseres Volkes; mag er erschüttert sein, er wird sich wieder festigen, wenn erst von Gleichgesinnten der Kampf um die Reichsreform aufgenommen wird. Noch ist es nicht zu spät, ein edles Volk zu retten — aber lange dürft ihr nicht mehr säumen.

Im Anfang war die Tat.